



Neumarkt 18-24

50667 Köln

BASISPROSPEKT VOM 16.09.2008

FÜR

PFANDBRIEFE

[mit fester Verzinsung]

[ohne periodische Verzinsung]

[mit variabler Verzinsung]

[mit Kündigungsrecht der Emittentin]

[ohne Kündigungsrecht der Emittentin].

INHALTSVERZEICHNIS

1	Zusammenfassung des Prospektes.....	6
1.1	Wichtige Hinweise.....	6
1.2	Die Kreissparkasse Köln.....	6
1.2.1	Kurzbeschreibung der Emittentin	6
1.2.2	Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen.....	8
1.2.3	Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin.....	8
1.3	Die Pfandbriefe	9
1.3.1	Beschreibung.....	9
1.3.2	Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere	9
2	Risikofaktoren.....	12
2.1	Emittentin.....	12
2.2	Wertpapiere.....	13
3	Emittentenbeschreibung	16
3.1	Angaben zur Emittentin	16
3.1.1	Verantwortliche Personen.....	16
3.1.2	Abschlussprüfer.....	16
3.1.3	Angaben über die Emittentin	16
3.1.3.1	Juristischer Name und Handelsregistereintragung	16
3.1.3.2	Gründung der Kreissparkasse Köln.....	16
3.1.3.3	Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz	16
3.1.3.4	Geschäftsanschrift.....	17
3.1.3.5	Einlagensicherung und Rating	17
3.1.3.6	Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind	18
3.1.4	Geschäftsüberblick.....	19
3.1.4.1	Aufgaben und Funktionen.....	19
3.1.4.2	Geschäftsfelder	19
3.1.4.3	Geschäftsgebiet	20
3.1.5	Organisationsstruktur	21
3.1.6	Trendinformationen.....	21
3.1.7	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane.....	21
3.1.8	Organe.....	21
3.1.8.1	Vorstands-, Verwaltungsrats- und Kreditausschussmitglieder.....	22
3.1.8.2	Interessenkonflikte.....	25
3.1.9	Träger der Kreissparkasse Köln	26
3.1.10	Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	26

3.1.10.1	Geschäftsjahr.....	26
3.1.10.2	Historische Finanzinformationen.....	26
3.1.11	Gerichts- und Schiedsverfahren.....	26
3.1.12	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Köln.....	26
3.1.13	Einsehbare Dokumente.....	27
3.2	Historische Finanzinformationen.....	27
3.2.1	Konzernabschluss zum 31.Dezember 2006 des Konzerns der Kreissparkasse Köln, Land Nordrhein-Westfalen, Regierungsbezirk Köln.....	28
3.2.1.1	Konzernlagebericht 2006.....	28
3.2.1.2	Konzernbilanz.....	41
3.2.1.3	Gewinn- und Verlustrechnung.....	43
3.2.1.4	Eigenkapitalspiegel und Kapitalflussrechnung.....	45
3.2.1.5	Konzernanhang.....	47
3.2.1.6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	71
3.2.2	Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 des Konzerns der Kreissparkasse Köln, Land Nordrhein-Westfalen, Regierungsbezirk Köln.....	75
3.2.2.1	Konzernlagebericht.....	75
3.2.2.2	Nachtragsbericht.....	81
3.2.2.3	Risikoberichterstattung.....	81
3.2.2.4	Prognosebericht.....	91
3.2.2.5	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS.....	94
3.2.2.6	Konzernbilanz nach IFRS.....	95
3.2.2.7	Eigenkapitalveränderungsrechnung.....	96
3.2.2.8	Kapitalflussrechnung.....	97
3.2.2.9	Konzernanhang (Notes).....	100
3.2.2.10	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	177
3.2.3	Jahres-Einzelabschluss der Kreissparkasse Köln 2007.....	178
3.2.3.1	Lagebericht 2007.....	178
3.2.3.2	Bilanz.....	195
3.2.3.3	Gewinn- und Verlustrechnung.....	197
3.2.3.4	Anhang.....	198
3.2.3.5	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	216
4	Wertpapierbeschreibung für Pfandbriefe der Kreissparkasse Köln.....	217
4.1	Allgemeines.....	217
4.2	Verantwortliche Personen.....	217
4.3	Wichtige Angaben.....	217
4.3.1	Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte.....	217
4.3.2	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses.....	217

4.4	Angaben über die anzubietenden Pfandbriefe mit fester, ohne periodische oder mit variabler Verzinsung	218
4.4.1	Wertpapiergattung, Identifikationsnummer.....	218
4.4.2	Anwendbares Recht	218
4.4.3	Verbriefung	218
4.4.4	Währung	218
4.4.5	Status und Rang	218
4.4.6	Kündigungsrechte.....	218
4.4.7	Verzinsung.....	218
4.4.8	Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung	220
4.4.9	Rendite.....	221
4.4.10	Ermächtigung.....	221
4.4.11	Emissionstermin	221
4.4.12	Übertragbarkeit der Wertpapiere.....	221
4.4.13	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland	221
4.4.13.1	Verkaufsbeschränkungen	221
4.5	Bedingungen und Konditionen des Angebots.....	222
4.5.1	Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots	222
4.5.1.1	Bedingungen, denen das Angebot unterliegt	222
4.5.1.2	Emissionsvolumen, Stückelung.....	222
4.5.1.3	Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn	222
4.5.1.4	Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung.....	222
4.5.1.5	Mindestzeichnung, Mindestanlagebetrag	222
4.5.1.6	Lieferung der Wertpapiere	222
4.5.2	Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung	223
4.5.2.1	Potentielle Investoren.....	223
4.5.2.2	Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugewiesenen Betrages	223
4.5.3	Kursfestsetzung, Verkaufskurs	223
4.5.4	Platzierung und Emission	223
4.5.4.1	Platzierung.....	223
4.5.4.2	Zahl- und Hinterlegungsstelle	223
4.5.4.3	Emissionsübernahme, Platzierung durch andere Kreditinstitute	223
4.5.4.4	Emissionsübernahmevertrag.....	224
4.6	Zulassung zum Handel	224
4.7	Märkte, auf denen Pfandbriefe derselben Gattung bereits zum Handel zugelassen sind	224
4.8	Zusätzliche Informationen	224
4.8.1	Übernommene Informationen von Seiten Dritter	224

4.8.2	Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden 224	
4.8.3	Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen.....	224
4.8.4	Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen	225
4.8.5	Rating.....	225
5	Anleihebedingungen	226
6	Endgültige Bedingungen	230
7	Unterschriftenseite	234

1 Zusammenfassung des Prospektes

1.1 Wichtige Hinweise

Die nachfolgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch „Prospekt“ genannt) zu verstehen. Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt des Basisprospektes einschließlich etwaiger Nachträge zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium des Basisprospektes einschließlich etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des Art. 26 Abs. 5 Verordnung (EG) Nr. 809/2004 und § 6 des Wertpapierprospektgesetzes (WpPG) (nachfolgend „Endgültige Bedingungen“ genannt) getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberpfandbriefen (nachfolgend auch „Pfandbriefe“ oder „Schuldverschreibungen“ genannt) stehen. Die Kreissparkasse Köln (nachfolgend auch „Emittentin“ genannt) haftet für den Inhalt dieser Zusammenfassung, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird. Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in einem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

1.2 Die Kreissparkasse Köln

1.2.1 Kurzbeschreibung der Emittentin

Bezeichnung	Kreissparkasse Köln
Rechtsform	Die Kreissparkasse Köln ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, eingetragen beim Amtsgericht Köln unter HRA 15033.
Rechtsordnung	Deutsches Recht
Sitz	Köln
Träger	Träger der Kreissparkasse Köln ist der vom Rhein-Erft-Kreis, vom Rheinisch-Bergischen Kreis, vom Oberbergischen Kreis und vom Rhein-Sieg-Kreis gebildete „Zweckverband für die Kreissparkasse Köln“ mit Sitz in Köln
Aufgaben	Die Kreissparkasse Köln ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand sicherzustellen. Die Kreissparkasse Köln stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe, fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise sowie die Wirtschaftserziehung der Jugend. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der am Zweckverband für die Kreissparkasse Köln beteiligten Landkreise im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.
Organe	Organe sind der Vorstand, der Verwaltungsrat und der Kreditausschuss.
Geschäftsfelder	Die Kreissparkasse Köln betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen, die entsprechende Sparkassenverordnung oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen.
Organisationsstruktur	Die Kreissparkasse Köln ist Mutterunternehmen im „Konzern Kreissparkasse Köln“. In den Konzernabschluss sind neben der Kreissparkasse Köln acht verbundene inländische Unternehmen einbezogen. An vier dieser Tochtergesellschaften ist die Emittentin direkt und an vier Töchtern indirekt beteiligt. Sämtliche Tochterunternehmen haben ihren Sitz im Satzungsgebiet.

Ausgewählte wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin	<p>Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband ist in Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben an der zum Sparkassenverbund gehörenden WestLB AG beteiligt. Anfang 2008 verständigten sich die Anteilseigner der WestLB AG auf eine Risikoabschirmung, die die WestLB weitestgehend von den Risiken aus den auf eine Zweckgesellschaft übertragenen strukturierten Wertpapierportfolios befreit.</p> <p>Das Land NRW hat hierfür eine Garantie in Höhe von 5 Mrd. Euro übernommen. Die übrigen Eigentümer haben ihrerseits gegenüber dem Land NRW für einen Teilbetrag von 2 Mrd. Euro entsprechend ihrer Beteiligungsquoten eine Rückgarantie abgegeben.</p> <p>Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband stellte seinen Anteil an dieser Risikoabschirmung in Höhe von 500 Mio. Euro über einen 2004 gegründeten Reservefonds dar. Für die in Verbindung damit mögliche quotale Inanspruchnahme durch den Reservefonds hat die Kreissparkasse Köln außerplanmäßig 56,6 Mio. € einer entsprechenden Rückstellung zugeführt.</p> <p>Zum Zeitpunkt der Prospekterstellung ist offen, wann und in welchem Umfang die Mittel zur Unterstützung der WestLB AG abgerufen werden.</p>
Geschäftsanschrift	<p>Kreissparkasse Köln Neumarkt 18-24, 50667 Köln</p> <p>Telefon: 0221/227-01 Telefax: 0221/227-3920 E-Mail: info@ksk-koeln.de</p>
Internetseite	<p>http://www.ksk-koeln.de</p>

1.2.2 Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung bestimmter Finanzinformationen aus dem Konzernabschluss gemäß International Financial Reporting Standards (IFRS) der Kreissparkasse Köln für die Geschäftsjahre 2007 und 2006, jeweils zum Jahresultimo. Sie sind dem geprüften Konzernabschluss 2007 der Emittentin entnommen:

Jahresabschluss	31.12.2007 in Mio. EUR	31.12.2006 in Mio. EUR
Bilanzsumme	23.169,9	23.218,3
Forderungen an Kunden	17.509,8	17.374,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.604,0	13.376,5
Finanzanlagen	3.607,9	3.737,4
Eigenkapital	1.646,4	1.531,3
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	479,8	272,3
Provisionsüberschuss	121,2	119,5
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	447,1	397,0
Konzernjahresüberschuss nach Minderheitenanteilen	151,7	62,6

1.2.3 Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin

Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Köln wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen. Folgende Aspekte können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Köln, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben:

Risikomanagement

Die Kreissparkasse Köln investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Kreissparkasse Köln auswirken.

Operationelles Risiko

Schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Kreissparkasse Köln mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Das gleiche gilt für den Ausfall der Datenverarbeitungssysteme.

Wettbewerb

Sollte es der Kreissparkasse Köln nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.

Bonitätsrisiko

Sollte die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken, wäre die Emittentin höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere erhebliche Risikovorsorge für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze sowie höhere Risikoaufschläge können zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Kreissparkasse Köln führen.

Liquiditätsrisiko

Im Falle einer Liquiditätskrise wäre die Kreissparkasse Köln möglicherweise nicht in der Lage, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in vollem Umfang bzw. zeitgerecht nachzukommen.

1.3 Die Pfandbriefe

1.3.1 Beschreibung

Die Ausstattung der Pfandbriefe sowie die Angebotsbedingungen ergeben sich aus diesem Prospekt in Verbindung mit den Endgültigen Bedingungen für die jeweilige Emission. Die endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt.

Anleger sollten bei der Entscheidung über einen Erwerb von Pfandbriefen zunächst ihre jeweilige finanzielle Situation und ihre Anlageziele berücksichtigen und die Eignung solcher Pfandbriefe angesichts ihrer persönlichen Umstände immer vor Erwerb mit ihren eigenen Finanz-, Rechts- und Steuerberatern erörtern.

Bei den anzubietenden Pfandbriefen handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der Kreissparkasse Köln, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung mit einem Mindestnennwert in Höhe von EUR ●. Form und Inhalt der Pfandbriefe sowie die Rechte und Pflichten der Emittentin und der Gläubiger unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Pfandbriefe sind gedeckte Schuldverschreibungen, die durch getrennte Deckungsmassen gedeckt sind, wobei zwischen Hypothekendarlehenpfandbriefen und Öffentlichen Pfandbriefen unterschieden wird. Hypothekendarlehenpfandbriefe sind gedeckt durch erworbene Hypotheken. Bei Öffentlichen Pfandbriefen besteht die Deckungsmasse aus erworbenen Forderungen gegen staatliche Stellen. Seit dem 19. Juli 2005 regelt das Pfandbriefgesetz die Pfandbriefemissionen der Emittentin.

Die Emittentin beabsichtigt, laufend Emissionen von Pfandbriefen [mit fester Verzinsung] [ohne periodische Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] [mit Kündigungsrecht der Emittentin] [ohne Kündigungsrecht der Emittentin] zu begeben.

1.3.2 Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Pfandbriefe, die unter diesem Basisprospekt begeben werden, können börsennotiert oder nicht börsennotiert sein. Der Kurs börsennotierter Pfandbriefe bestimmt sich anhand der Marktgegebenheiten und kann unterhalb des Emissionskurses bzw. des Kaufpreises fallen. Die Emittentin beabsichtigt, für nicht börsennotierte Pfandbriefe regelmäßig An- und Verkaufskurse zu stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Pfandbriefe während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuern

Neben- und Folgekosten beim Kauf und Verkauf der Pfandbriefe sowie mögliche steuerliche Folgen der Anlage in Pfandbriefen können negative Auswirkungen auf die Rendite der Anlage haben.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Pfandbriefe zu kündigen und somit vorzeitig zum Nennwert zurückzubezahlen, besteht das Risiko, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und bei veränderlichem Zinssatz]

[Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.]

[Der Kurs von Pfandbriefen ohne periodische Verzinsung wird durch Veränderungen des Marktzinsniveaus stärker beeinflusst als der von üblichen Anleihen.]

[Beim Erwerb von Pfandbriefen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Pfandbriefe zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb

Bei kreditfinanziertem Erwerb der Pfandbriefe kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen: Kommt es zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Pfandbriefe oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen.

Risiko durch Basiswertentwicklung

Eine Anlage in Pfandbriefen mit derivativen Zinsstrukturen (Pfandbriefe mit variabler Verzinsung) umfasst immer das Risiko, dass die Zinsen ganz oder zum Teil verloren werden können. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Basiswerte (Referenzzinssatz) haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Die derivative Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Pfandbriefe mit derivativer Verzinsung abzusichern.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Pfandbriefe nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen und wird bei Pfandbriefen mit derivativer Zinsstruktur durch den Basiswert beeinflusst.

Rating der Pfandbriefe

Pfandbriefe, die unter diesem Basisprospekt begeben werden, können ein Rating aufweisen oder nicht. Eine Veränderung des Ratings der Pfandbriefe kann einen Handel mit den Pfandbriefen nachteilig beeinflussen. Im Fall eines Verkaufs der Pfandbriefe vor dem Fälligkeitstag, könnte ein Investor einen Verlust im Vergleich zum eingesetzten Kapital erleiden.

2 Risikofaktoren

2.1 Emittentin

Die Kreissparkasse Köln ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Köln, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Köln wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat die Kreissparkasse Köln zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen von Wertpapieremissionen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risiko-steuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Risikomanagement

Die Kreissparkasse Köln investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Kreissparkasse Köln auswirken. Sollte sich herausstellen, dass diese Überwachungsmechanismen zur Begrenzung der sich tatsächlich realisierenden Risiken nicht voll wirksam sind oder diese noch nicht abdecken, könnten höhere als vorhergesehene Verluste insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang oder Verlust sowie zu einem Reputations-schaden führen.

Operationelles Risiko

Unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Kreissparkasse Köln mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit eines solchen Ereignisses mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln, wie bei Kreditinstituten üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte die Kreissparkasse Köln offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall einspringender EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und sonstiger Notfallpläne beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen, die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Kreissparkasse Köln führen könnten.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Kreissparkasse Köln herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Kreissparkasse Köln nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten und Dienstleistungen zu begegnen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Bonitätsrisiko

Als Kreditinstitut ist die Kreissparkasse Köln dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Köln nicht nachkommen können. Obwohl die Kreissparkasse Köln ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann auf Grund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken. Die Kreissparkasse Köln wäre dann höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze auf Grund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Kreissparkasse Köln, einer Erhöhung der Zinsausgaben und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhlung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Kreissparkasse Köln können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Markttätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Kreissparkasse Köln nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Kreissparkasse Köln zur Folge haben. Sinkende Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf die Kreissparkasse Köln auswirken.

Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit

Die Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit verwirklicht sich, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann. Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Das Refinanzierungsrisiko könnte sich etwa bei einer Verschlechterung des Institutsratings der Kreissparkasse Köln aufgrund einer negativer Geschäftsentwicklung oder aufgrund einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin realisieren. Zudem könnten Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktpreisen liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko). Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt die Kreissparkasse Köln ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf die Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide Aktiva vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsabrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung dieses Risikos aber nicht ausgeschlossen.

2.2 Wertpapiere

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Pfandbriefe oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen und – im Falle eines Zahlungsausfalles der Emittentin hinsichtlich der Pfandbriefe – zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist in jedem Fall unerlässlich und wird nicht durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen ersetzt.

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Pfandbriefe, die unter diesem Basisprospekt begeben werden, können börsennotiert oder nicht börsennotiert sein. Der Kurs börsennotierter Pfandbriefe bestimmt sich anhand der Marktgegebenheiten und kann unterhalb des Emissionskurses bzw. des Kaufpreises fallen. Für nicht börsennotierte Pfandbriefe kann es schwieriger sein, ihren Wert zu bestimmen.

Soweit die Emittentin die Zulassung der Pfandbriefe zum Handel im regulierten Markt oder deren Einbeziehung in den Freiverkehr einer Börse nicht beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Pfandbriefe zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Pfandbriefe vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbkurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Pfandbriefen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Pfandbriefe erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Zinszahlungen auf die Pfandbriefe oder vom Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Pfandbriefe steuerlich realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Anleihe insgesamt zu den in den Anleihebedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass sein Investment nicht die erwartete Dauer hat.

Die vorzeitige Rückzahlung eines Pfandbriefes kann außerdem dazu führen, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten und der zurückgezahlte Nennbetrag der Pfandbriefe niedriger als der für die Pfandbriefe vom Anleihegläubiger gezahlte Kaufpreis ist und dadurch das eingesetzte Kapital zum Teil verloren ist.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass Anleger die Beträge, die sie bei einer Kündigung erhalten, nur noch mit einer niedrigeren Rendite als die gekündigten Pfandbriefe anlegen können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und bei veränderlichem Zinssatz]

[Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.]

[Bei Pfandbriefen ohne periodische Verzinsung haben Veränderungen des Marktzinsniveaus wegen der stark unter dem Nennwert liegenden Emissionskurse, die durch die Abzinsung zustande kommen, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die Kurse als bei üblichen Anleihen.]

[Beim Erwerb von Pfandbriefen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Pfandbriefe zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibung

Wird der Erwerb der Pfandbriefe mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Pfandbriefe oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäftes den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Zinsrisiko durch Basiswertentwicklung

Eine Anlage in Pfandbriefen mit derivativen Zinsstrukturen (Pfandbriefe mit variabler Verzinsung) umfasst immer das Risiko, dass die Zinsen ganz oder zum Teil verloren werden können. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Basiswerte (Referenzzinssatz) haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Die derivative Verzinsung eines Pfandbriefes, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Pfandbriefe mit derivativer Verzinsung abzusichern.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Basiswertes (Referenzzinssatz) hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Kreissparkasse Köln keine Kontrolle hat. Falls die Formel zur Ermittlung von Zinsen darüber hinaus einen Multiplikator oder Hebefaktor, Zinsober- oder -untergrenzen enthält, wird die Wirkung von Veränderungen beim jeweiligen Basiswert für den zu zahlenden Betrag verstärkt. Eine historische Wertentwicklung des Basiswertes kann nicht als aussagekräftig für die künftige Wertentwicklung während der Laufzeit von Pfandbriefen mit derivativen Zinsstrukturen angesehen werden.

Die Kreissparkasse Köln kann für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, die auch „Basiswerte“ im Rahmen von Pfandbriefen mit derivativen Zinsstrukturen betreffen und diesen möglicherweise beeinflussen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Pfandbriefe nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Diese Gefahr besteht unabhängig davon, ob die Pfandbriefe börsennotiert oder nicht börsennotiert sind. Es gibt keine Gewähr, dass sich ein liquider Markt für die Pfandbriefe entwickeln wird, oder, falls ein solcher bereits existiert, dass dieser weiter fortbestehen wird. Eine Notierung von Pfandbriefen an einer Börse führt nicht zwangsläufig zu höherer Liquidität. Das Liquiditätsrisiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen und wird bei Pfandbriefen mit derivativer Zinsstruktur durch den Basiswert beeinflusst.

Rating der Pfandbriefe

Pfandbriefe, die unter diesem Basisprospekt begeben werden, können ein Rating aufweisen oder nicht. Eine Veränderung des Ratings der Pfandbriefe kann einen Handel mit den Pfandbriefen nachteilig beeinflussen. Im Fall eines Verkaufs der Pfandbriefe vor dem Fälligkeitstag, könnte ein Investor einen Verlust im Vergleich zum eingesetzten Kapital erleiden.

Erhöhtes Risiko bei Pfandbriefen mit derivativen Zinsstrukturen

Die Anlage in Pfandbriefen mit derivativen Zinsstrukturen ist gegenüber anderen Anleihen durch ein erhöhtes Renditerisiko gekennzeichnet.

3 Emittentenbeschreibung

3.1 Angaben zur Emittentin

3.1.1 Verantwortliche Personen

Die Kreissparkasse Köln mit Sitz in Köln übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3.1.2 Abschlussprüfer

Jahres- und Konzernabschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 war der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV), Prüfungsstelle, Kirchfeldstraße 60, 40217 Düsseldorf. Die geprüften Finanzinformationen sind unter Abschnitt 3.2 aufgeführt.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes ist eine nach dem Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen gesetzlich vorgeschriebene Einrichtung, die unter anderem die Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte vornimmt. Sie prüft ebenfalls die Konzernabschlüsse und die Konzernlageberichte. Die Prüfungsstelle ist unabhängig und nicht weisungsgebunden; sie berücksichtigt die Grundsätze des Institutes der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW).

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes ist Mitglied des IDW sowie freiwilliges Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

3.1.3 Angaben über die Emittentin

3.1.3.1 Juristischer Name und Handelsregistereintragung

Der juristische und kommerzielle Name lautet: Kreissparkasse Köln.

Die Kreissparkasse Köln ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter HR 15033 eingetragen.

3.1.3.2 Gründung der Kreissparkasse Köln

In der Rechtsform der Zweckverbandssparkasse besteht die Kreissparkasse Köln seit dem 01.01.1923. Hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Existenz beruft sich die Emittentin auf das Gründungsdatum ihrer ältesten Rechtsvorgängerin, der 1853 gegründeten Sparkasse der Stadt Wipperfürth.

Als Zweckverbandssparkasse ist die Kreissparkasse Köln getragen vom Rhein-Erft-Kreis, vom Rheinisch-Bergischen Kreis, vom Oberbergischen Kreis und vom Rhein-Sieg-Kreis. Sie bilden – zum Zweckverband vereinigt – den Träger der Emittentin.

3.1.3.3 Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz

Die Kreissparkasse Köln ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Köln.

Die Emittentin unterliegt dem Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen sowie der Sparkassenverordnung Nordrhein-Westfalen. Die Rechtsverhältnisse der Emittentin werden darüber hinaus durch die Satzung der Kreissparkasse Köln geregelt. Die Kreissparkasse Köln unterliegt der staatlichen Aufsicht des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen (Sparkassenaufsichtsbehörde). Die Satzung und deren Änderungen bedürfen der Genehmigung der Sparkassenaufsichtsbehörde.

Die Kreissparkasse Köln als Kreditinstitut unterliegt zusätzlich, nach Maßgabe des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG), der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, einer bundeseigenen, rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Bundesanstalt untersteht der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.

3.1.3.4 Geschäftsanschrift

Die Kreissparkasse Köln ist unter ihrer Geschäftsanschrift Neumarkt 18-24, 50667 Köln, Telefon: 0221/227-01 erreichbar.

3.1.3.5 Einlagensicherung und Rating

Die Kreissparkasse Köln ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses Sicherungssystem besteht aus den satzungsrechtlich in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbundenen Fonds: 11 Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassenverbände, der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Als institutssichernde Einrichtung im Sinne des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes schützt dieses System den Bestand der angeschlossenen Institute. Die Fondsvermögen dienen der Durchführung von Stützungsmaßnahmen zur Sanierung und stellen sicher, dass ein Institut seine Verbindlichkeiten weiterhin erfüllen kann.

Nach § 2 Satzung des Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands schützt der Fonds die Einlagen von Kunden (Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“) sowie die Schuldverschreibungen im Besitz der Kunden. Kunden im Sinne der Satzung sind Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen sowie öffentliche Stellen. Einlagen der Kunden sind insbesondere Spareinlagen, Sparkassenbriefe sowie Termin- und Sichteinlagen. Geschützt werden ebenfalls Verbindlichkeiten gegenüber Kapitalanlagegesellschaften und deren Depotbanken (Bilanzposition: „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“), soweit es sich um Teile des Fondsvermögens handelt sowie die Mittel, die den Mitgliedssparkassen von Kreditinstituten außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Unter anderem auf Basis des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe hat die Ratingagentur Moody's Investors Services Limited (Moody's) der Kreissparkasse Köln zum Zeitpunkt der Prospekterstellung folgende Ratingeinschätzungen abgegeben (Institutsrating):

Kriterium	Bewertung	Unverändert seit
Langfristige Verbindlichkeiten (Long Term Bank Deposits)	Aa2 (stabil)	11.05.2007
Kurzfristige Verbindlichkeiten (Short Term Bank Deposits)	Prime-1 (stabil)	08.07.2004
Finanzkraft (Bank Financial Strength)	C (stabil)	11.05.2007

Die für langfristige Verbindlichkeiten erteilten Moody's-Ratings sind Meinungen über das relevante Kreditrisiko festverzinslicher Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder darüber. Sie betreffen die Möglichkeit, dass eine finanzielle Verpflichtung nicht wie zugesichert eingehalten werden kann. Aa-geratete Verbindlichkeiten sind von hoher Qualität und bergen ein sehr geringes Kreditrisiko. Moody's verwendet in den Ratingkategorien Aa bis Caa zusätzlich numerische Unterteilungen. Der Zusatz „1“ bedeutet, dass eine entsprechend bewertete Verbindlichkeit in das obere Drittel der jeweiligen Ratingkategorie einzuordnen ist, während „2“ und „3“ das mittlere bzw. untere Drittel anzeigen.

Die von Moody's erteilten Kurzfrustratings sind Meinungen über die Fähigkeit eines Emittenten zur Erfüllung seiner kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten. Derartige Verbindlichkeiten verfügen, sofern nicht ausdrücklich anders festgelegt, in der Regel über eine Ursprungslaufzeit von höchstens 13 Monaten. Emittenten, die mit Prime-1 bewertet werden, verfügen in herausragender Weise über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Die für Banken erteilten Finanzkraftratings sind Meinungen über die einer Bank innewohnende Sicherheit und Solidität. Als solche lassen sie bestimmte externe Kreditrisiken und Unterstützungsmechanismen unberücksichtigt. „C“-geratete Banken verfügen über eine ausreichend hohe eigene Finanzkraft. In der Regel handelt es sich um Institute mit einer zwar eher eingeschränkten, aber noch immer hochwertigen Geschäftsstruktur. Diese Banken weisen entweder eine akzeptable finanzwirtschaftliche Verfassung in einem sicheren und stabilen operativen Umfeld oder aber eine gute finanzwirtschaftliche Verfassung in einem weniger sicheren und stabilen operativen Umfeld auf. Moody's verwendet in den Ratingkategorien unterhalb von A zusätzlich ein „+“ und oberhalb von E zusätzlich ein „-“, wo dies angebracht erscheint, um Feinabstufungen zwischen stärkeren und schwächeren Banken innerhalb derselben Kategorie kenntlich zu machen.

Ein Ratingausblick – hier der Zusatz „stabil“ – ist eine Meinung über die Richtung, in die sich ein Rating mittelfristig voraussichtlich entwickeln wird. Die Ausblicke werden in die folgenden vier Kategorien unterteilt: positiv (POS), negativ (NEG), stabil (STA) und „noch unbestimmt“ (DEV – „developing“, d. h. ereignisabhängig).

Die vorgenannten Rating-Definitionen stammen von der Internetseite von Moody's (<http://www.moody's.de>) und wurden korrekt wiedergegeben. Ferner sind – soweit bekannt und aus den von der Ratingagentur Moody's Investors Services Limited (Moody's) veröffentlichten Informationen ableitbar – keine Tatsachen unterschlagen worden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

3.1.3.6 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind

Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband ist in Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben an der zum Sparkassenverbund gehörenden WestLB beteiligt.

Die Anteilseigner der WestLB AG haben sich zu Beginn des Jahres 2008 auf einen Risikoschirm verständigt, der die WestLB weitestgehend von den Risiken aus den auf eine Zweckgesellschaft übertragenen strukturierten Wertpapierportfolios befreit.

Das Land NRW hat zu diesem Zweck eine Garantie über 5 Mrd. Euro abgegeben. Die übrigen Eigentümer haben ihrerseits gegenüber dem Land NRW für einen Teilbetrag von 2 Mrd. Euro entsprechend ihrer Beteiligungsquoten eine Rückgarantie abgegeben, sodass Zahlungsausfälle zunächst bis zur Höhe von 2 Mrd. Euro von allen Eigentümern anteilig und gleichrangig übernommen werden. Verluste, die diese quotale Risikoabschirmung übersteigen, trägt das Land NRW alleine.

Die beiden Sparkassenverbände in Nordrhein-Westfalen stellen ihren Anteil an der Risikoabschirmung in Höhe von jeweils 500 Mio. Euro über die im Jahr 2004 gegründeten Reservefonds zur Verfügung. Diese Fonds wurden von den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der WestLB AG für den Fall des Unterstützungsbedarfs einer Sparkasse oder der WestLB AG gegründet. Um einer eventuellen Nachschusspflicht der Kreissparkasse Köln zum Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverband nachzukommen, hat die Kreissparkasse Köln in voller Höhe Vorsorge für den auf sie entfallenden Anteil an dieser Risikoabschirmung getroffen. Dies machte eine außerplanmäßige Zuführung von 56,6 Mio. Euro zu der Rückstellung für den Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes erforderlich. Zum Zeitpunkt der Prospekterstellung ist offen, wann und in welchem Umfang die Mittel zur Unterstützung der WestLB AG abgerufen werden.

3.1.4 Geschäftsüberblick

3.1.4.1 Aufgaben und Funktionen

Die Kreissparkasse Köln ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand sicherzustellen. Die Kreissparkasse Köln stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe, fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise sowie die Wirtschaftserziehung der Jugend. Die Geschäfte der Emittentin sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck ihres Geschäftsbetriebes. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der am Zweckverband für die Kreissparkasse Köln beteiligten Landkreise im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.

3.1.4.2 Geschäftsfelder

Die Kreissparkasse Köln betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen, die Sparkassenverordnung Nordrhein-Westfalen oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Die Betreuungsstruktur spiegelt die Positionierung der Sparkasse im Kundengeschäft wider und gliedert sich in die Geschäftssegmente Privatkunden / Retail, Firmenkunden / Kommunale Kunden sowie Eigengeschäft.

Die Sparkasse bietet ihren Kunden ein vielfältiges Produktspektrum und umfassende Bank- und Beratungsdienstleistungen aus den Bereichen Vermögensbildung und -verwaltung, Geld- und Kapitalanlage, Finanzierung sowie Zahlungsverkehr.

Kerngeschäftsfelder sind das Einlagen- und das Kreditgeschäft. Neben klassischen Anlage- und Finanzierungsformen wie Termin- und Spareinlagen oder Kontokorrent- und Ratenkrediten sowie Hypothekenfinanzierungen zählen zur Leistungspalette der Kreissparkasse Köln ebenso vergleichsweise junge Produkte wie strukturierte Anlagen und Finanzierungen, Leasing, Factoring oder Mezzanekapital. Eine lange Tradition besitzt die Beratung, Betreuung und Begleitung von Existenzgründungen. Weitere Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln sind die Bereitstellung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen und das Wertpapiergeschäft.

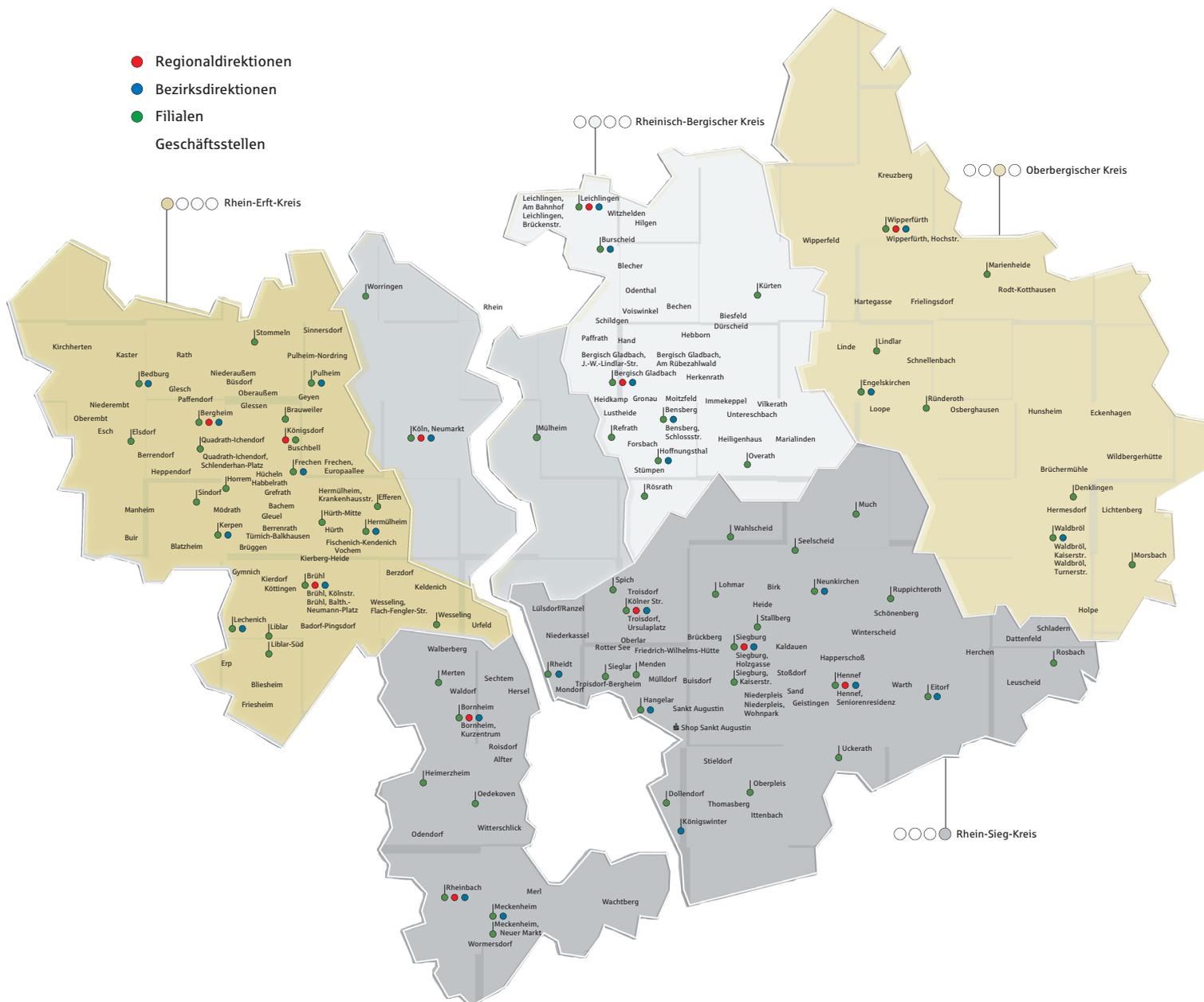
Im Rahmen des Sparkassenverbundes kooperiert die Sparkasse bei ihrer Geschäftstätigkeit unter anderem mit folgenden Partnerunternehmen:

- DekaBank Deutsche Girozentrale,
- Gruppe Deutsche Leasing,
- LBS Westdeutsche Landesbausparkasse,
- MasterCard,
- neue leben Pensionsverwaltung AG,
- Profinanz Versicherungsmakler GmbH,
- Profinanz Rheinland,
-  Broker AG,
-  CountryDesk GbR,
-  direkt Versicherung AG,
- WestConsult Westdeutsche Consulting GmbH,
- WestLB AG.

3.1.4.3 Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Emittentin ist das Gebiet der am Zweckverband für die Kreissparkasse Köln beteiligten Kreise und gliedert sich geografisch in den Rhein-Erft-Kreis, den Rheinisch-Bergischen Kreis, den Oberbergischen Kreis und den Rhein-Sieg-Kreis. In der Fläche umfasst das Geschäftsgebiet ca. 3.650 km². Die vier Kreise enthalten 50 Städte und Gemeinden (in acht davon existieren eigenständige Sparkassen).

Innerhalb des Geschäftsgebiets ist es der Kreissparkasse Köln erlaubt, Geschäftsstellen einzurichten. In diesem Wirtschaftsraum unterhält die Emittentin 12 Regional- und 28 Bezirksdirektionen sowie 216 Geschäftsstellen.



Kreditvergaben an Personen mit Sitz oder Niederlassung außerhalb des Geschäftsgebietes sind satzungsgemäß auf die Gebiete der Regionalbezirke Köln, Düsseldorf und Arnsberg sowie der Kreise Ahrweiler, Neuwied und Altenkirchen beschränkt (Regionalprinzip).

3.1.5 Organisationsstruktur

Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) sowie der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Kreissparkasse Köln ist eigenständig.

Die Kreissparkasse Köln ist Mutterunternehmen im „Konzern Kreissparkasse Köln“. In den Konzernabschluss sind neben der Kreissparkasse Köln acht verbundene inländische Unternehmen einbezogen. An vier dieser Tochtergesellschaften ist die Emittentin direkt und an vier Töchtern indirekt beteiligt. Sämtliche Tochterunternehmen haben ihren Sitz im Satzungsgebiet.

An folgenden in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist die Emittentin direkt beteiligt:

Unternehmen	Beteiligungsquote
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln	100 %
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln	100 %
KSK-Wagniskapital GmbH, Köln	93,2 %
PARETO GmbH, Köln	100 %

An folgenden in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist die Emittentin indirekt beteiligt:

Unternehmen	Beteiligungsquote
KSK-FinanzVermittlung GmbH, Köln	100 %
KSK-Immobilien GmbH, Köln	100 %
maXimmo GmbH, Siegburg	100 %
SOLUM Facility Management GmbH, Köln	100 %

3.1.6 Trendinformationen

Seit dem 31.12.2007 sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Kreissparkasse Köln eingetreten.

3.1.7 Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane

3.1.8 Organe

Die Organe der Kreissparkasse Köln sind:

- der Vorstand,
- der Verwaltungsrat,
- der Kreditausschuss.

3.1.8.1 Vorstands-, Verwaltungsrats- und Kreditausschussmitglieder

Vorstand

Der Vorstand der Kreissparkasse Köln besteht satzungsgemäß aus fünf Mitgliedern. Daneben können zwei stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Verwaltungsrat ist zuständig für die Bestellung, die Wiederbestellung, die Ablehnung der Wiederbestellung und die Abberufung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes. Mitglieder des Vorstandes sind derzeit:

Vorsitzender: Alexander Wüerst

Stellvertretender Vorsitzender: Josef Hastrich

Mitglieder: Hans Seigner
Wolfgang Schmitz
Dr. Klaus Tiedeken

Stellvertretendes Mitglied
(§ 18 Absatz 2 Sparkassengesetz NW) Volker Wolf

Folgende Vorstandsmitglieder der Kreissparkasse Köln sind Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsrates oder anderer Kontrollgremien u.a. in nachfolgend aufgeführten Gesellschaften:

Alexander Wüerst: Börse Düsseldorf AG
Deutsche Leasing AG
Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG
Provinzial Rheinland Versicherung AG
WestLB AG

Josef Hastrich DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG
☒ Broker AG & Co. KG
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG

Dr. Klaus Tiedeken Deutsche WertpapierService Bank AG
Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG

Die Mitglieder des Vorstandes haben ihre Geschäftsadresse jeweils Neumarkt 18-24, 50667 Köln.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Köln besteht satzungsgemäß aus dem vorsitzenden Mitglied und dreiundzwanzig weiteren Mitgliedern. Bis zur Kommunalwahl im Jahr 2014 besteht der Verwaltungsrat aus weiteren zwölf Mitgliedern.

Vorsitzende Verwaltungsrat:

Vorsitzendes Mitglied
Werner Stump
Landrat

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Dieter Heuel
Verwaltungsleiter a.D.

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Holger Müller MdL
Abgeordneter

3. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Ralf Wurth
Abteilungsleiter Rheinische Kliniken Düsseldorf

Mitglieder Verwaltungsrat der Kreissparkasse Köln:

Mitglied	Stellvertreter	Mitglied	Stellvertreter
Horst Adler Geschäftsführer im Bereich Abwassertechnik	Dr. Wolfgang Beckers- Schwarz Selbstständiger Diplomkaufmann	Peter-Ralf Müller Selbstständiger Kauf- mann Labortechnik	Udo Scharnhorst Pensionär
Margit Ahus Fraktionsgeschäfts- führerin	Michael Stefer Polizeibeamter	Leo Overath Rentner	Ivo Hurnik Regierungsangestellter
Horst Becker MdL Abgeordneter	Hans-Werner Müller Fraktionsgeschäftsführer	Wilhelm Schmitz Leitender Regierungs- schuldirektor a.D.	Bernhard Breu Pensionär
Jürgen Becker Ministerialdirigent	Michael Solf MdL Abgeordneter	Rolf Uebach Studiendirektor	Christa Schütz Hausfrau
Peter Biesenbach MdL Abgeordneter	Paul Eßer Kaufmännischer Angestellter im Bereich EDV	Thomas Wallau Geschäftsführer	Ralf Offergeld Wirtschaftsprüfer / Steuerberater
Hildegard Diekhans Hausfrau	Wilhelm Moll Rentner	Rüdiger Warnecke Selbstständiger Unternehmer Immobilien	Horst Lambertz Angestellter
Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter	Michael Wiecki Selbstständiger Unter- nehmer Immobilien	Karl-Heinz Weingarten Diplomingenieur unselbstständig	Arnold Biciste Geschäftsführer Caritas- verband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.
Sebastian Hartmann Student	Renate Bergholz Bürokauffrau	Dr. Jürgen Wilhelm Geschäftsführer Deutscher Entwicklungs- dienst	Udo Klemt Selbstständiger Rechtsanwalt
Dieter Heuel Verwaltungsleiter a.D.	Rolf Bausch Ministerialrat	Eduard Wolf Prokurist Heilmittel- Vertriebsgesellschaft	Martin Stähr Studiendirektor a.D.
Josef Kings Rentner	Guido van den Berg Wissenschaftlicher Referent	Ralf Wurth Abteilungsleiter Rheini- sche Kliniken Düsseldorf	Friedhelm J. Beucher Rektor
Klaus Lennartz Vizepräsident des Deutschen Wirtschafts- verbandes	Helmut Latak Sozialarbeiter	Gerhard Zorn Landesverwaltungsrat Landschaftsverband Rheinland	Claudia Seydholdt Diplompsychologin unselbstständig
Holger Müller MdL Abgeordneter	Johannes Dünner Beamter Stadt Köln		

Mitglieder Arbeitnehmervertreter

Mitglied	Stellvertreter	Mitglied	Stellvertreter
Willy Axer Sparkassenangestellter	Ralf Krupp Sparkassenangestellter	Christa Peters Sparkassenangestellte	Marcus Nähser Sparkassenangestellter
Wilfried Bolender Sparkassenangestellter	Dieter Fromm Sparkassenangestellter	Julia Richter Sparkassenangestellte	Elke Müller Sparkassenangestellte
Anita Bolz Sparkassenangestellte	Peter Bourry Sparkassenangestellter	Karl-Heinz Sohn Sparkassenangestellter	Heribert Siefen Sparkassenangestellter
Wolfgang Horak Sparkassenangestellter	Rolf Glees Sparkassenangestellter	Ulrich Tepper Sparkassenangestellter	Christel Menten Sparkassenangestellte
R. Mario Hudec Sparkassenangestellter	Stephan Heldmann Sparkassenangestellter	Simone Zens Sparkassenangestellte	Ottilie Kügler Sparkassenangestellte
Manfred Nelles Sparkassenangestellter	Michael Wiegand Sparkassenangestellter	Ulla Zoher Sparkassenangestellte	Norbert Witt Sparkassenangestellter

Teilnehmer der Verwaltungsratssitzung nach § 10 Absatz 3 Satz 3 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen:**Hauptverwaltungsbeamter**

Werner Stump
Landrat

1. Stellvertreter des Hauptverwaltungsbeamten

Frithjof Kühn
Landrat

2. Stellvertreter des Hauptverwaltungsbeamten

Rolf Menzel
Landrat

3. Stellvertreter des Hauptverwaltungsbeamten

Hagen Jobi
Landrat

Teilnehmer mit beratender Stimme nach § 9 Absatz 3b Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen:

Hagen Jobi
Landrat

Frithjof Kühn
Landrat

Rolf Menzel
Landrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben ihre Geschäftsadresse jeweils Neumarkt 18-24, 50667 Köln.

Kreditausschuss

Der Kreditausschuss der Kreissparkasse Köln besteht satzungsgemäß aus dem vorsitzenden Mitglied und vier weiteren Mitgliedern. Bis zur Kommunalwahl im Jahr 2009 ist der Kreditausschuss erweitert und besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und sechs weiteren Mitgliedern.

Der Kreditausschuss beschließt über die Zustimmung zu dem Beschluss des Vorstandes über die Gewährung von Krediten, die nach der Geschäftsanweisung für den Kreditausschuss seiner Zustimmung bedürfen, die ihm vom Vorstand zur Zustimmung vorgelegt werden und bei denen es sich um Organkredite im Sinne von § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen handelt.

Vorsitzende Kreditausschuss:

Vorsitzendes Mitglied

Frithjof Kühn
Landrat

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Peter Biesenbach MdL
Abgeordneter

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Wilhelm Schmitz MdL
Abgeordneter

3. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Holger Müller MdL
Abgeordneter

Mitglieder Kreditausschuss:

Mitglied	Stellvertreter	Mitglied	Stellvertreter
Peter Biesenbach MdL Abgeordneter	Margit Ahus Fraktionsgeschäftsführerin	Klaus Lennartz Vizepräsident des Deutschen Wirtschaftsverbandes	Rolf Uebach Studiendirektor
Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter	Hildegard Diekhans Hausfrau	Holger Müller MdL Abgeordneter	Dr. Jürgen Wilhelm Geschäftsführer Deutscher Entwicklungsdienst
Dieter Heuel Verwaltungsleiter a.D.	Leo Overath Rentner	Wilhelm Schmitz Leitender Regierungsschuldirektor a.D.	Wilhelm Moll Rentner

Die Mitglieder des Kreditausschusses haben ihre Geschäftsadresse jeweils Neumarkt 18-24, 50667 Köln.

3.1.8.2 Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder bestehen derzeit keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Köln sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.1.9 Träger der Kreissparkasse Köln

Träger der Kreissparkasse Köln im Sinne von § 1 Abs. 1 Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen ist der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln. Der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat seinen Sitz in Köln. Er setzt sich aus dem Rhein-Erft-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Oberbergischen Kreis sowie dem Rhein-Sieg-Kreis zusammen.

3.1.10 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

3.1.10.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Kreissparkasse Köln entspricht dem Kalenderjahr.

3.1.10.2 Historische Finanzinformationen

Alle in diesem Prospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Kreissparkasse Köln beruhen auf den Geschäftsabschlüssen der Kreissparkasse Köln für ihre zum 31. Dezember 2006 und 31. Dezember 2007 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Die geprüften historischen Finanzangaben der Kreissparkasse Köln (Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 sind im Abschnitt 3.2 unter „Historische Finanzinformationen“ abgedruckt.

Die historischen Finanzinformationen zeigen die Konzernabschlüsse der Geschäftsjahre 2006 und 2007 sowie den Einzelabschluss der Kreissparkasse Köln aus dem Geschäftsjahr 2007. Es wird darauf hingewiesen, dass der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 nach dem Standard internationaler Rechnungslegungsvorschriften (International Financial Reporting Standards, kurz „IFRS“) erstellt wurde. Der Konzernabschluss 2006 sowie der Einzelabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2007 wurden entsprechend der herkömmlichen deutschen Rechnungslegung nach HGB aufgestellt.

3.1.11 Gerichts- und Schiedsverfahren

Es hat keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Kreissparkasse Köln noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) gegeben, die im Zeitraum der mindestens letzten 12 Monate bestanden / abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Kreissparkasse Köln oder ihres Konzerns auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

3.1.12 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Köln

Seit dem 31.12.2007 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Köln eingetreten.

3.1.13 Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospektes sind die Geschäftsberichte 2006 und 2007 einschließlich Jahresabschluss, die Satzung der Kreissparkasse Köln, die Satzung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln sowie Ablichtungen weiterer in diesem Prospekt genannter Unterlagen während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung erhältlich.

Sonstige historische Finanzinformationen der Geschäftsjahre 2006 und 2007, die den Konzern Kreissparkasse Köln sowie die konsolidierten Tochterunternehmen betreffen, sind unter dem Namen der Emittentin bzw. der Töchter in der Rubrik Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte im elektronischen Bundesanzeiger (<http://www.ebundesanzeiger.de>) abrufbar.

3.2 Historische Finanzinformationen

Auf den folgenden Seiten finden sich der Jahresabschluss des Konzern Kreissparkasse Köln einschließlich Lagebericht, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalpiegel, Kapitalflussrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006 auf den Seiten 28 bis 74 sowie für das Geschäftsjahr 2007 auf den Seiten 75 bis 177.

Der Jahres-Einzelabschluss der Kreissparkasse Köln einschließlich Lagebericht, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2007 ist auf den Seiten 178 bis 216 abgedruckt.

3.2.1 Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006

des Konzerns der Kreissparkasse Köln, Land Nordrhein-Westfalen, Regierungsbezirk Köln

3.2.1.1 Konzernlagebericht 2006

Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Kreditgewerbe

Die 2005 einsetzende konjunkturelle Belebung gewann 2006, begünstigt durch eine unverändert große Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft, weiter an Fahrt. Signifikantestes Indiz hierfür war ein boomender deutscher Außenhandel. Den deutschen Export konnten selbst der starke Euro und eine abflauende US-Konjunktur nicht stoppen. Auch die Importe verzeichneten ein deutliches Wachstum. Per saldo schloss die Außenhandelsbilanz mit einem nochmals gestiegenen Überschuss ab. Deutschland blieb dennoch – verglichen mit anderen Industrieländern – beim Bruttosozialprodukt auch 2006 Wachstumsschlusslicht in Europa. Die hohe Auslandsnachfrage regte erstmals seit Jahren spürbar die inländische Investitionstätigkeit an. Hiervon profitierten die Investitionsgüterindustrie und die Bauwirtschaft. Aufgrund der guten Konjunktur ging die Arbeitslosenzahl um rund 600.000 zurück. Die verbesserte Beschäftigungslage trug trotz stagnierender Reallöhne zu dem besseren Konsumklima bei. Der Anstieg der Verbraucherpreise fiel mit 1,7 % geringer als im Vorjahr aus.

Auch die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen entwickelte sich – analog zum Bundestrend – positiv. Mit einem guten Branchenmix aus Dienstleistungen und Industrie ist die rheinische Wirtschaft seit Jahren ein wesentlicher Impulsgeber für das Land. Die Wirtschaft im Städtedreieck Aachen-Köln-Düsseldorf etwa stand 2006 ganz im Zeichen des Aufschwungs. In dieser Region prägen so starke Branchen wie Chemie und Kunststoff, der Fahrzeug- und Maschinenbau, die Elektroindustrie, der produktionsnahe Großhandel oder Medien das Bild. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde vom sehr guten Auslandsgeschäft und – dies anders als in den Vorjahren – von steigenden Inlandsinvestitionen gespeist. Der Exportfunke sprang jedoch nicht nur auf die Unternehmensinvestitionen über. Auch am Arbeitsmarkt zeigte sich eine Trendwende: Der Arbeitsplatzabbau in der Region Köln/Bonn beispielsweise scheint insgesamt zum Stillstand gekommen zu sein, die Beschäftigungschancen sind gestiegen. Im gesamten Geschäftsgebiet der Kreissparkasse Köln berichtet die Wirtschaft über positive Geschäftsverläufe. Die Geschäftslage der Unternehmen im Rhein-Erft-Kreis und im Rheinisch-Bergischen Kreis ist so gut wie lange nicht mehr, die Wirtschaft im Oberbergischen floriert, und auch im einwohnerstarken Rhein-Sieg-Kreis geht es wirtschaftlich weiter aufwärts.

Die Risikolage der deutschen Kreditwirtschaft hat sich seit 2002/2003 durch eine verbesserte Kreditqualität im Firmen- und Privatkundenkreditgeschäft deutlich entspannt. Im Ergebnis führte dies zu einer erhöhten Risikotragfähigkeit der Banken und Sparkassen. Die Zinsspanne blieb 2006 allerdings – ungeachtet eines weiter stabilisierten Ertragsniveaus – markt- und wettbewerbsbedingt unter Druck. So stiegen vor allem die Zinsen für kurz- und mittelfristige Einlagen stärker als für Kredite mit gleichen Laufzeiten. In den nächsten Jahren ist eine nachhaltige Steigerung vor allem des Provisi- onsergebnisses und des Handelsergebnisses eines der wichtigsten Ziele der Kreditwirtschaft. Über die erzielten Erfolge der letzten Jahre hinaus sind die Institute jedoch bestrebt, durch verstärkte Kooperationen, Bündelung von Prozessen, Auslagerungen oder Spezialisierung Personal- und Sachkosten zu verringern. Intensive Anstrengungen sind außerdem darauf gerichtet, höhere Marktanteile durch neue Kunden, ein besseres Cross Selling und einen noch effektiveren Vertrieb zu gewinnen.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Kreissparkasse Köln vereinigte sich zum 31. Mai 2006, rückwirkend auf den 1. Januar 2006, mit der im Rhein-Sieg-Kreis tätigen Sparkasse Hennef. Durch diese Fusion erhöhte sich das Geschäftsvolumen um 737,0 Mio. Euro.

Zur besseren Vergleichbarkeit sind als Vorjahreswerte jeweils die addierten Werte des Konzernabschlusses 2005 der Kreissparkasse Köln und des Jahresabschlusses 2005 der Sparkasse Hennef ausgewiesen.

Geschäftsentwicklung des Konzerns

Die Geschäftsentwicklung des Konzerns wird im Wesentlichen durch die Kreissparkasse Köln geprägt.

Segmentbezogene Informationen werden im Konzernanhang im Abschnitt „Segmentberichterstattung“ dargestellt.

Geschäftsvolumen und Bilanzsumme

Geschäftsvolumen und Bilanzsumme	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Geschäftsvolumen	23.283,1	22.924,0	359,1	1,6
Bilanzsumme	22.817,1	22.453,6	363,5	1,6

Der Konzern Kreissparkasse Köln, der auch 2006 das Ziel eines stetigen und nachhaltigen Wachstums verfolgte, kann auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurückblicken. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Avale) erhöhte sich um 1,6 % auf 23.283,1 Mio. Euro. Die Bilanzsumme wuchs ebenfalls um 1,6 % auf 22.817,1 Mio. Euro. Ausschlaggebend waren im Wesentlichen ein höherer Bestand kurzfristiger Eigenanlagen auf der einen Seite und gestiegene verbrieftete Verbindlichkeiten auf der anderen Seite.

Kreditgeschäft

Kreditvolumen	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Forderungen an Kunden	16.648,1	16.540,6	107,5	0,6
Eventualverbindlichkeiten	466,0	470,4	-4,4	-0,9
Gesamt	17.114,1	17.011,0	103,1	0,6

Das Kreditvolumen des Konzerns Kreissparkasse Köln (Forderungen an Kunden und Avale) stieg um 103,1 Mio. Euro auf 17.114,1 Mio. Euro.

Im Einzelnen war das Kreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr durch gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet. Auf der einen Seite übertraf das Kreditneugeschäft durch das gestiegene Zusagevolumen erneut das Neugeschäft des Vorjahres. Ausschlaggebend waren eine aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung spürbar zugenommene Investitionsbereitschaft der mittelständischen Firmenkunden sowie eine nochmalige Zunahme der privaten Wohnungsbaufinanzierung. Wie in den Vorjahren dominierten hierbei, bedingt durch das Zinsniveau, Finanzierungen mit mittel- bis langfristiger Zinsbindung.

Auf der anderen Seite führten Sonderfaktoren dazu, dass die positiven Effekte des Kreditneugeschäfts in großen Teilen aufgezehrt wurden und das Wachstum des Kreditvolumens insgesamt hinter den Erwartungen zurückblieb. Eine Ursache liegt zum einen darin, dass die Privatkunden vermehrt Sondertilgungen zu ihren Wohnungsbaufinanzierungen leisteten. Darüber hinaus wurden am Jahresende in Anspruch genommene Dispositionskredite zurückgeführt. Infolge der konjunkturbedingt guten Liquidität vieler Firmenkunden bestand zum anderen ein merklich geringerer Bedarf an kurzfristigen Krediten. Außerdem hat der Abbau im Großkundengeschäft, insbesondere im Bereich der Immobilienfinanzierung, das Kreditgeschäft beeinflusst.

Vom Gesamtbestand sind 8.457,5 Mio. Euro an Unternehmen und Selbstständige, 7.154,8 Mio. Euro an Private und 1.501,8 Mio. Euro an öffentliche Haushalte (ohne kommunal verbürgte Finanzierungen) ausgeliehen.

Kreditvolumen nach Kundengruppen	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Unternehmen und Selbstständige	8.457,5	8.426,4	31,1	0,4
Private	7.154,8	7.101,8	53,0	0,7
Öffentliche Haushalte	1.501,8	1.482,8	19,0	1,3
Gesamt	17.114,1	17.011,0	103,1	0,6

Eigenanlagen

Die Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erhöhte sich um 25,6 % auf 2.574,3 Mio. Euro. Die Zugänge betrafen überwiegend den Handelsbestand. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verringerte sich im Gegenzug um 11,4 % auf 1.555,9 Mio. Euro. Dieser Rückgang konzentrierte sich im Wesentlichen auf Spezialfonds und sonstige Investmentanteile der Liquiditätsreserve.

Beteiligungen

Der unter den Beteiligungen, Anteilen an assoziierten Unternehmen und Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesene Anteilsbesitz des Konzerns erhöhte sich um 0,9 % auf 402,9 Mio. Euro.

Einlagengeschäft

Einlagenbestände	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.343,1	13.343,9	-0,8	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.035,5	1.720,5	315,0	18,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	548,0	572,7	-24,7	-4,3
Genussrechtskapital	57,8	67,6	-9,8	-14,5
Gesamt	15.984,4	15.704,7	279,7	1,8

Die gesamten Einlagenbestände erhöhten sich um 1,8 % auf 15.984,4 Mio. Euro, der Zuwachs konzentrierte sich hierbei auf die Verbrieften Verbindlichkeiten.

Einlagenbestände nach Produkten	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Spareinlagen	5.599,4	5.939,2	-339,8	-5,7
Hauseigene Emissionen	4.408,8	3.922,2	486,6	12,4
Sichteinlagen	2.793,1	2.956,7	-163,6	-5,5
☹-Anlagekonto	1.010,7	1.174,3	-163,6	-13,6
Befristete Einlagen	2.172,4	1.712,3	460,1	26,9
Gesamt	15.984,4	15.704,7	279,7	1,8

Davon: Hauseigene Emissionen bei Kreditinstituten

906,0	737,0	169,0	22,9
-------	-------	-------	------

Die Spareinlagen, die nach wie vor die wichtigste Refinanzierungsquelle der Sparkasse darstellen, haben im Gegensatz zum Vorjahr einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen. Der Bestand verringerte sich um 339,8 Mio. Euro auf 5.599,4 Mio. Euro. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Fälligkeiten von Einmalanlagen mit steigendem Zins sowie auf die weiterhin an Bedeutung verlierenden normal verzinsten Spareinlagen zurückzuführen. Dagegen war das S-ExtraSparen infolge weiterhin attraktiver Konditionen gefragt.

Die befristeten Einlagen, die die Termineinlagen von Kunden und Institutionellen beinhalten, verbuchten aufgrund des Anstiegs der kurzfristigen Zinsen im vergangenen Jahr erhebliche Mittelzuflüsse. Der Gesamtbestand erhöhte sich um 460,1 Mio. Euro auf 2.172,4 Mio. Euro. Neben den Privatkunden haben vor allem auch die Unternehmen ihre befristeten Einlagen aufgestockt.

Der Bestand an hauseigenen Emissionen (Sparkassenbriefe, Inhaberschuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kapitalbriefe und Genussrechtskapital) hat sich um 12,4 % auf 4.408,8 Mio. Euro erhöht. Der Anstieg ist in erster Linie auf die Ausgabe kurzfristiger eigener Inhaberschuldverschreibungen und von Sparkassenbriefen an Kunden sowie die Emission eines langfristigen Hypothekendarlehenpfandbriefes, der überwiegend bei Kreditinstituten abgesetzt wurde, zurückzuführen. Hilfreich für die Platzierung bei einem breiten Investorenkreis ist das gute Rating der Kreissparkasse Köln (A1 für erstrangige, unbesicherte Anleihen und Aaa für Hypothekendarlehenpfandbriefe bei der Ratingagentur Moody's).

Da die Kunden aufgrund der steigenden Geld- und Kapitalmarktzinsen für ihre finanziellen Dispositionen verstärkt befristete Einlagen und hauseigene Emissionen wählten, ging der Bestand an Sichteinlagen und Tagesgeldanlagen um 327,2 Mio. Euro auf 3.803,8 Mio. Euro zurück.

Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 31,1 % auf 666,9 Mio. Euro. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Reduzierung kurzfristiger Geldanlagen bei der eigenen Girozentrale und anderen Kreditinstituten zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 2,2 % auf 5.251,3 Mio. Euro. Der Anstieg beruht in erster Linie auf kurzfristigen Geldaufnahmen bei der eigenen Girozentrale.

Wertpapierkommissionsgeschäft

Aufgrund der anhaltend positiven Entwicklung der Wertpapiermärkte war weiterhin ein hohes Interesse privater und institutioneller Anleger an bilanzneutralen Wertpapieren zu verzeichnen. Die durch die Sparkasse im Kundenauftrag abgewickelten Umsätze stiegen erfreulicherweise um 26,6 % auf 7.304,4 Mio. Euro. Hieraus resultierte ein Nettoabsatz (Ankäufe abzüglich Verkäufe und Fälligkeiten) von 131,2 Mio. Euro, der im Wesentlichen durch den Absatz festverzinslicher Anleihen und von Investmentanteilen gekennzeichnet war.

Personal- und Sozialbereich

Ende 2006 beschäftigte der Konzern Kreissparkasse Köln 4.175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hierin sind 1.095 Teilzeitbeschäftigte und 353 Auszubildende enthalten. Die Ausbildungsquote, die maßgeblich durch die Kreissparkasse Köln bestimmt wird, beträgt 11,7 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten der Kreissparkasse Köln beträgt 20 Jahre und das Durchschnittsalter 40 Jahre. 30 % der bankspezifisch Beschäftigten weisen mit einem Hochschul-, Fachhochschul-, Lehrinstituts- oder Fachlehrgangsabschluss eine höhere Qualifizierung auf.

Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

Einschließlich der aus dem Konzernbilanzgewinn 2006 vorgesehenen Zuführung wird das Konzerneigenkapital (inklusive der Anteile anderer Gesellschafter) 1.227,4 Mio. Euro betragen. Ergänzend verfügt die Kreissparkasse Köln über weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG. Auf Instituts-ebene übertrifft die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zur Summe aus gewichteten Risikoaktiva und der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisikopositionen mit 12,7 % deutlich die in Grundsatz I der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht festgelegte Mindestnorm von 8 %. Im Jahresverlauf schwankte die Gesamtkennziffer des Grundsatzes I zwischen 12,1 % und 12,8 %. Die Voraussetzungen für weiteres geschäftliches Wachstum sind somit gegeben.

Die größten Einzelpositionen auf der Aktivseite der Bilanz stellen mit 73 % die Forderungen an Kunden und mit 18 % die Eigenanlagen dar. Auf der Passivseite der Bilanz dominieren mit 58 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie mit 23 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Für die spezifischen Risiken der Geschäftstätigkeit von Kreditinstituten ist angemessen Vorsorge getroffen. Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch entsprechende Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip und die übrigen Vermögensgegenstände wurden ebenfalls vorsichtig bewertet.

Die Zahlungsbereitschaft der Kreissparkasse Köln war jederzeit gewährleistet. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Weitergehende Erläuterungen zur Steuerung von Liquiditätsrisiken und zur Einhaltung der Liquiditätskennziffer des Grundsatzes II der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht enthält der Risikobericht.

Ertragslage

Das Ergebnis der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) bewegte sich im Geschäftsjahr 2006 auf zufriedenstellendem Niveau, wobei sich der Konzern-Jahresüberschuss unter anderem aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr höheren Wertberichtigungsbedarfs auf Forderungen um 20,4 % auf 49,8 Mio. Euro verringerte.

Ertragslage	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Zinsergebnis (GuV 1 bis GuV 5)	486,0	475,2	10,8	2,3
+ Provisionsüberschuss (GuV 6 ./. GuV 7)	119,8	113,7	6,1	5,4
+ Nettoertrag aus Finanz- geschäften (GuV 8)	13,9	12,6	1,3	10,3
+ Saldo der sonstigen betriebli- chen Erträge und Aufwendun- gen (GuV 9 und GuV 12)	16,9	23,9	-7,0	-29,3
= Gesamt	636,6	625,4	11,2	1,8
./. Verwaltungsaufwendungen (GuV 10 und GuV 11)	402,7	406,2	-3,5	-0,9
./. Aufwendungen aus Verlust- übernahme (GuV 17)	0,1	0,1	0,0	0,0
= Ergebnis vor Bewertung	233,8	219,1	14,7	6,7
./. Bewertungsergebnis (GuV 13 bis GuV 16)	173,7	129,0	44,7	34,7
= Ergebnis vor Steuern	60,1	90,1	-30,0	-33,3
./. Steueraufwand (GuV 22 und GuV 23)	10,3	27,5	-17,2	-62,5
= Konzern-Jahresüberschuss (inkl. Anteile anderer Gesell- schafter)	49,8	62,6	-12,8	-20,4

Das Zinsergebnis (einschließlich der GuV-Posten 3 bis 5) erhöhte sich trotz des im Jahresverlauf am kurzen Laufzeitende gestiegenen Zinsniveaus um 2,3 % auf 486,0 Mio. Euro und entsprach damit den Erwartungen. Mit einem Anteil von 76,3 % am Bruttoertrag (Vorjahr 76,0 %) bleibt das Zinsergebnis weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle. Der Provisionsüberschuss (GuV-Posten 6 und 7) erhöhte sich erfreulicherweise um 6,1 Mio. Euro auf 119,8 Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren insbesondere gestiegene Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft und aus der Vermittlung im Versicherungsgeschäft. Damit macht der Provisionsüberschuss 18,8 % des Bruttoertrages aus (Vorjahr 18,2 %). Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften (GuV-Posten 8), d. h. aus dem Handel mit Wertpapieren, Devisen und Derivaten, ist um 1,3 Mio. Euro auf 13,9 Mio. Euro gestiegen.

Verwaltungsaufwendungen	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Personalaufwand (GuV 10 a)	227,0	228,8	-1,8	-0,8
+ Andere Verwaltungsaufwendungen (GuV 10 b)	153,0	155,2	-2,2	-1,4
= Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV 10)	380,0	384,0	-4,0	-1,0
+ Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV 11)	22,7	22,2	0,5	2,3
= Gesamt	402,7	406,2	-3,5	-0,9

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10) haben erwartungsgemäß um 1,0 % auf 380,0 Mio. Euro abgenommen. Die darin enthaltenen Personalaufwendungen sind um 0,8 % auf 227,0 Mio. Euro gesunken. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verringerten sich um 2,2 Mio. Euro auf 153,0 Mio. Euro. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV-Posten 11) erhöhten sich um 0,5 Mio. Euro auf 22,7 Mio. Euro. Die Relation der Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10 und 11) zum Bruttoertrag beträgt 63,3 % (Vorjahr 65,0 %).

Bewertungsergebnis	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Bewertungsergebnis Kredite und Wertpapiere der Liquiditätsreserve (GuV 13)	173,9	152,7	21,2	13,9
./. Sonstiges Bewertungsergebnis (GuV 16)	0,2	23,7	-23,5	-99,2
= Gesamt	173,7	129,0	44,7	34,7

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (GuV-Posten 13) werden nach der Verrechnung mit Erträgen mit 173,9 Mio. Euro (Vorjahr 152,7 Mio. Euro) ausgewiesen. Der Anstieg ist zum einen auf einen gestiegenen Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen und zum anderen auf erhöhte Abschreibungen auf Anleihen und Schuldverschreibungen der Liquiditätsreserve zurückzuführen.

Nach hohen Zuschreibungen auf Beteiligungen im Vorjahr reduzierte sich das sonstige Bewertungsergebnis (GuV-Posten 16) um 23,5 Mio. Euro auf 0,2 Mio. Euro.

Steueraufwand	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV 22)	9,1	26,2	-17,1	-65,3
+ Sonstige Steuern (GuV 23)	1,2	1,3	-0,1	-7,7
= Gesamt	10,3	27,5	-17,2	-62,5

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV-Posten 22) verringerten sich um 17,1 Mio. Euro auf 9,1 Mio. Euro. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen begründet durch höhere steuerfreie Erträge aus Spezialfonds und sonstigen Investmentanteilen sowie die Nutzung der steuerlichen Verlustvorträge der ehemaligen Sparkasse Hennef.

Der größte Teil des Konzern-Jahresüberschusses von 49,8 Mio. Euro wurde vorweg der Sicherheitsrücklage zugeführt. Vorbehaltlich eines noch erforderlichen Beschlusses der Zwecksverbandsversammlung soll eine Ausschüttung von 7,4 Mio. Euro zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an den Träger der Sparkasse erfolgen. Der Restbetrag des Konzerngewinns soll ebenfalls in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden.

Nachtragsbericht

Die Kreissparkasse Köln nimmt über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband am Bieterverfahren Landesbank Berlin Holding AG teil.

Risikoberichterstattung

Die Risikolage des Konzerns wird maßgeblich durch die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln bestimmt.

Risikomanagement

Grundlage der geschäftspolitischen Entscheidungen der Kreissparkasse Köln bildet unter Berücksichtigung vorhandener Risikodeckungspotenziale die laufende Beurteilung des Verhältnisses von erzielbarer Rentabilität und einzugehenden Risiken, so dass dem Risikomanagementprozess entscheidende Bedeutung zukommt. Unter Risiko ist dabei die Gefahr eines Verlustes oder Schadens durch eine ungünstigere als die ursprünglich erwartete zukünftige Entwicklung zu verstehen.

Die Verantwortung für die Unternehmens- und Risikostrategie sowie für ein funktionierendes Risikomanagementsystem obliegt dem Gesamtvorstand. Der Verwaltungsrat wird regelmäßig über die Risikosituation der Sparkasse informiert. Die operative Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen erfolgt durch die Zentralbereiche Institutionelle/Eigengeschäfte (Treasury), Organisation/Informationstechnologie und Personal, die Überwachung durch den Zentralbereich Unternehmenssteuerung/Betriebswirtschaft/Rechnungswesen, ergänzend bei Adressenrisiken auch durch den Zentralbereich Kredit-Risiko-Management. Im Rahmen des internen Kontrollsystems prüft der Zentralbereich Revision die Ordnungsmäßigkeit und Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems.

Zur Begrenzung der Risiken legt der Gesamtvorstand unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit jährlich ein System von Globallimiten und Verlustobergrenzen fest.

Das maximale Risikodeckungspotenzial bezüglich der GuV besteht aus dem modifizierten Gewinn vor Steuern, den Vorsorgereserven und Teilen der Sicherheitsrücklage. Zur Sicherung eines Mindestgewinnes wird neben den Jahreslimiten ein Gewinnrisikolimit täglich überwacht. Basis für das maximale Risikodeckungspotenzial bezüglich der Vermögensebene ist das materielle Eigenkapital. Von den jeweiligen Risikodeckungspotenzialen werden nur so viel zur Limitierung freigegeben, dass auch bei Eintritt der Risiken ein ausreichendes Verhältnis von Sicherheitsrücklage zu Risikoaktiva verbleibt.

Die Sparkasse unterscheidet die Risikoarten Adressen-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken, wobei die bedeutendsten Risiken der Sparkasse das Adressenrisiko und das Marktpreisrisiko darstellen. Die Risiken werden sowohl hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung als auch ihrer barwertigen Vermögensverluste betrachtet. Die Aggregation der Einzelrisiken zum Gesamtrisiko erfolgt dabei ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Die monatliche Unterrichtung des Gesamtvorstandes über die aktuelle Risiko- und Ertragslage sowie die Auslastung der Limite wie auch die mindestens vierteljährliche Unterrichtung über Stressrisiken findet durch den Überwachungsvorstand im Rahmen der regelmäßigen Vorstandssitzungen statt.

Zur Absicherung von Marktpreisrisiken aus Kundengeschäften und Eigenemissionen der Sparkasse werden derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Dabei kommen weit überwiegend Swaps und Devissentermingeschäfte zum Einsatz. Daneben werden Derivategeschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen. Das Volumen der derivativen Finanzinstrumente zum 31.12.2006 wird im Konzernanhang im Abschnitt „Sonstige Angaben“ näher erläutert.

Adressenrisiken

Adressenrisiken werden unterschieden in Adressenausfall- und Bonitätsrisiken. Unter Adressenausfallrisiko ist das Risiko eines Verlustes aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners zu verstehen. Bonitätsrisiko ist das Risiko von Verlusten aufgrund von Ratingverschlechterungen bei Kunden, Emittenten und Kontrahenten.

Das Eingehen von Adressenrisiken im Kunden- sowie im Eigenanlagegeschäft ist zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Sparkasse. Die vom Vorstand festgelegte umfassende Kreditrisikostategie wird jährlich überprüft, gegebenenfalls angepasst und dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Kreditrisikomanagements hat der Vorstand im Berichtsjahr ein Kreditkomitee installiert, das sich aus dem Kreditvorstand und dem Marktfolgevorstand sowie leitenden Mitarbeitern aus den jeweiligen Fachbereichen zusammensetzt. Dieses Gremium erarbeitet individuelle Engagementstrategien, in denen die Kreditrisikostategie der Kreissparkasse Köln konkretisiert wird.

Im Kreditgeschäft wird das Adressenrisiko durch individuelle Bonitätsprüfungen sowie die Ermittlung eines Bonitätsratings im Rahmen der einzelnen Kreditentscheidung berücksichtigt. Hierfür werden aktuelle für die S-Finanzgruppe entwickelte kundengruppenbezogene Ratingverfahren eingesetzt.

Zur Quantifizierung, Limitierung und Analyse der Adressenrisiken setzt die Sparkasse das Kreditrisikomodell Credit Portfolio View (CPV) ein. CPV bewertet Kredit-, Kontrahenten-, Länder- und Anteilseignerrisiken, bildet Wechselwirkungen und Diversifikationseffekte innerhalb eines Portfolios ab, berücksichtigt Schwankungen der Sicherheitenverwertung und berechnet die unerwarteten Verluste auf Portfolioebene auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 %. Während für Kunden der Sparkasse interne Ratings ermittelt werden, werden für Emittenten und Kontrahenten Ratings von externen Ratingagenturen verwendet. Weiterhin werden risikoorientierte Limite für Wertpapieremittenten und Kontrahenten laufend durch den Bereich Analyse/Kreditservice überwacht. Zur Optimierung der Kontrahentenrisiken und zur Sicherung von Linien im Rahmen der Liquiditätssteuerung wurden im Berichtsjahr Collateralvereinbarungen mit weiteren Geschäftspartnern abgeschlossen.

Dem Vorstand wird durch den Zentralbereich Kredit-Risiko-Management vierteljährlich ein umfangreicher, den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) entsprechender Kreditrisikobericht vorgelegt. Darin werden die Entwicklung des Kreditportfolios (z.B. nach Branchenstruktur und Risikoklassen), die Einhaltung bzw. Auslastung der Limitsysteme, die Entwicklung der Großkredite und bedeutender Engagements sowie der Geschäftsverlauf im Kreditgeschäft dargestellt. Besondere Beachtung findet dabei die Darstellung möglicher Konzentrationsrisiken innerhalb der obigen Kriterien.

Schwerpunkt des originären Kreditgeschäfts zum Stichtag 31.12.2006 sind mit 49 % des Gesamtvolumens die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige sowie mit 42 % die Kredite an Privatkunden. Innerhalb der gewerblichen Kunden bildet der Bereich Dienstleistungen mit 65 % den Branchenschwerpunkt, wobei innerhalb dieses Segments wiederum 55 % auf den Teilbereich Wohnungsunternehmen und Grundstückswesen entfallen. Bei der Ratinggliederung nach Gesamtkreditvolumen befinden sich zum Jahresende bezogen auf die Ratingkategorien 1 bis 16 ca. 69 % des Volumens in den Kategorien 1 bis 8 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. Im Jahresverlauf stieg der Anteil der risikoarmen Kategorien 1 bis 8 sowohl bei den Stückzahlen als auch beim Volumen sukzessive an. Mit einer Ausnahme bewegten sich die Adressenrisiken auf beiden Ebenen in 2006 innerhalb der festgelegten Limite, die Risikotragfähigkeit war durch beachtliche Spielräume bei anderen Limiten jederzeit gegeben.

Alle erkannten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind in ausreichendem Maße abgesichert. Entgegen den Erwartungen stieg der Vorsorgebedarf in 2006 gegenüber dem Vorjahr an. Ursächlich für diese Entwicklung war die Neubewertung zweier umfangreicher Immobilienengagements sowie die Einbeziehung der aufgenommenen Sparkasse Hennef. Vor dem Hintergrund der in 2006 vorgenommenen Einzelwertberichtigungen sowie des aufgehellten konjunkturellen Umfeldes erwartet die Kreissparkasse Köln im Geschäftsjahr 2007 einen deutlichen Rückgang des Nettobewertungsergebnisses.

Die Struktur des eigengemanagten Teils der Wertpapiereigenanlagen, der zum Jahresende ca. 68 % dieser Eigenanlagen insgesamt ausmacht, ist unter anderem von der Strategievorgabe möglichst geringer Ausfallrisiken geprägt. So entfallen davon ca. 78 % auf Staaten und Länder mit guter Bonität, Pfandbriefe und Erste Adressen (Rating AA bis AAA). Bei dem restlichen fremdgemagten Teil der Eigenanlagen wird eine breite Streuung der Portfolios sichergestellt.

Die Beteiligungen des Konzerns Kreissparkasse Köln werden nach ihren jeweiligen Beteiligungsmotiven klassifiziert. Von den renditeorientierten Beteiligungen sind die Beteiligungen zur Erfüllung von Sparkassenaufgaben zu unterscheiden, wobei allein die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband volumenbezogen etwa 65 % des Beteiligungsportfolios ausmacht.

Die Steuerung der Beteiligungen erfolgt durch den Bereich Beteiligungen/Wagniskapital der Kreissparkasse Köln, die portfoliobezogene Risikomessung und -beurteilung wird monatlich mit Hilfe von CPV durchgeführt. Zur Berücksichtigung von Konzentrationseffekten werden ab 2007 im Rahmen von CPV Kredit- und Beteiligungsrisiken auf der Vermögensebene gemeinsam gemessen und limitiert.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste, die sich aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter an den Finanzmärkten ergeben können. Marktpreisrisiken umfassen neben den bei der Sparkasse dominierenden Zinsänderungsrisiken auch Währungs- und Aktienkursrisiken. Die operative Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen obliegt dem Zentralbereich Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury).

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Risikomanagements hat der Vorstand im Berichtsjahr einen Bilanzstrukturausschuss eingerichtet, dem der Überwachungsvorstand und der Handelsvorstand sowie Vertreter der Zentralbereiche Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury) und Unternehmenssteuerung angehören und der den Vorstand in Fragen der Marktpreisrisikosteuerung berät.

Die Berechnung der Zinsüberschussrisiken für die periodische Risikobetrachtung erfolgt mit Hilfe von Elastizitätsbilanzen. Das Risiko für das laufende Geschäftsjahr wird als Summe bisher eingetretener und zukünftiger Risiken definiert. Dabei ist das eingetretene Risiko als negative Abweichung des – unter Berücksichtigung der tatsächlichen Entwicklung – aktuell erwarteten Zinsüberschusses vom für das Geschäftsjahr geplanten Zinsüberschuss definiert. Das zukünftige Risiko ergibt sich als negative Abweichung eines auf Basis eines Zinsanstiegs ermittelten vom aktuell erwarteten Zinsüberschuss.

Das Zinsbuch auf Vermögensebene umfasst alle zinstragenden Kunden- und Eigengeschäfte (Buchforderungen und -verbindlichkeiten, verzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve, Spezialfonds und Swaps). Die Risiken werden mittels „Moderner Historischer Simulation“ ermittelt, zusätzlich wird das Risiko auf Basis eines „200-Basispunkte ad hoc-Schocks“ berechnet und gesteuert.

Zur Messung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften verwendet die Sparkasse die Software „SCD“ der Firma SimCorp, die durchgängig die notwendigen Funktionalitäten für Handel, Abwicklung und Kontrolle, Controlling und Rechnungswesen bietet. Der Value-at-Risk (VaR) wird auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 % gemessen. Ergänzend kommen Sensitivitätsanalysen und Stresstests zum Einsatz.

Die Vorstandsmitglieder werden täglich über die Risikopositionen, die erzielten Handlungsergebnisse und die Auslastung der Verlustobergrenzen von Handelsgeschäften auf GuV- und Vermögensebene informiert.

Ein Backtesting der verwendeten Risikoparameter wird alle zwei Monate durchgeführt und der Vorstand wird im Rahmen des Monatsreports über die Ergebnisse informiert.

Im Verlauf des Jahres 2006 lagen die Marktpreisrisiken der Sparkasse sowohl auf der GuV- als auch der Vermögensebene durchweg unter den festgelegten Globallimiten. Der maximale VaR des Handelsbuches im Berichtsjahr betrug 5,4 Mio. Euro bei 10 Tagen Haltedauer.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, eigene Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nicht fristgerecht erfüllen zu können. Das Risiko besteht also darin, dass das Ziel der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit nicht erreicht wird.

Die operative Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen erfolgt bei Liquiditätsrisiken durch den Zentralbereich Institutionelle/Eigengeschäfte (Treasury). Basis für Maßnahmenvorschläge im Bilanzstrukturausschuss bildet der monatlich zu erstellende Managementreport, der sich auf erwartete Veränderungen der Liquiditätspositionen stützt (u.a. durch Fälligkeiten von Refinanzierungsmitteln). Das spezielle Marktliquiditätsrisiko wird im Risikosteuerungssystem in der Form berücksichtigt, dass die Haltedauer der weniger liquiden Positionen entsprechend höher angesetzt wird. Das Refinanzierungsrisiko aus Veränderungen der eigenen Bonität wird im Rahmen der mittelfristigen Planung berücksichtigt.

Die Liquiditätssicherung im engeren Sinne führt der Zentralbereich Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury) durch, indem auf Basis der Fälligkeitsstruktur die so genannte materielle Liquidität überwacht wird. Der Begrenzung des Liquiditätsrisikos im engeren Sinne dient weiterhin die Überwachung des Grundsatzes II der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Im Jahresverlauf 2006 schwankte die monatlich ermittelte Liquiditätskennziffer des Grundsatzes II zwischen 1,80 und 2,07 und lag damit deutlich über dem Mindestwert von 1,0. Auf Basis der Planzahlen erwartet die Sparkasse auch weiterhin eine solide Liquiditätssituation.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Die Kreissparkasse Köln steuert den operationellen Bereich (Gestaltung der Prozesse, technisch-organisatorische Ausstattung, personelle Ressourcen) mit dem Ziel, ein unter Kosten-/Nutzen-Aspekten sinnvolles Risikoniveau einzunehmen. Der Fokus der Steuerung liegt hier auf den „bedeutenden Schadensfällen“ und den „wesentlichen operationellen Risiken“.

Werden wesentliche operationelle Risiken erkannt, so sind auf der Basis der Ursachenanalyse Maßnahmen vorgesehen, welche die Eintrittswahrscheinlichkeit auf ein tolerables Maß senken und/oder die Verluste im Schadensfall begrenzen. Sind (Gegen-)Steuerungsmaßnahmen im Sinne eines aktiven Managements nicht möglich oder unrentabel, verzichtet die Sparkasse auf aktive Steuerungsmaßnahmen und trägt die Verluste im Falle des Schadeneintritts in voller Höhe. Für solche Risiken hält die Sparkasse im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts Risikodeckungspotenzial bereit.

Das Management und Controlling operationeller Risiken folgt einem fünfstufigen Prozessmodell, das im abgelaufenen Geschäftsjahr implementiert wurde und ab 2007 vollständig zum Einsatz kommt. Es lässt sich in die Phasen Risikoidentifizierung, Risikobewertung, Reporting, Risikosteuerung und Risikoüberwachung unterteilen. In der Identifizierungsphase steht das frühzeitige Erkennen und die strukturierte Erfassung von operationellen Risiken im Vordergrund. Die Identifikation erfolgt durch die eingesetzten Methoden Risikoinventur und Schadensfalldatenbank. In der Bewertungsphase werden die identifizierten operationellen Risiken qualitativ bewertet. Das Reporting erfolgt regelmäßig in standardisierter Form. Die Reports, die die gegenwärtige Risikosituation der Sparkasse widerspiegeln, werden durch den Bereich Risikocontrolling erstellt. Analysen und Erkenntnisse aus Bewertung und Reporting liefern die Grundlage für Managemententscheidungen im Rahmen der Steuerung der operationellen Risiken. Die Risikoüberwachung stellt schließlich sicher, dass die operationelle Risikosituation der angestrebten Risikolage entspricht. Dazu gehört ebenso die Überprüfung der Eignung, Wirksamkeit und Effizienz der angewandten Identifizierungs-, Bewertungs-, Steuerungs- und Kontrollmethoden.

Gesamtrisikosituation

Die Kreissparkasse Köln steuert ihre Gesamtrisiken in einer Weise, die dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt ihrer Geschäfte entspricht. Die jeweiligen Gesamtrisiken haben im Jahr 2006 an keinem der Stichtage - weder in periodischer noch in barwertiger Sicht - die entsprechende Verlustobergrenze überschritten. Die Kreissparkasse Köln geht davon aus, dass sich vor dem Hintergrund einer vorsichtigen Kredit- und Eigenanlagenstrategie die Gesamtrisiken weiterhin im Rahmen der eingesetzten Risikodeckungs-potenziale bewegen werden und der Kurs eines stetigen und nachhaltigen Wachstums fortgesetzt werden kann.

Prognosebericht

Im Prognosebericht des Konzerns Kreissparkasse Köln werden die wesentlichen Chancen und Risiken erläutert und beurteilt. Da die nachfolgenden Ausführungen auf Annahmen beruhen, können die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Der Konzern verfügt über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd eingreifen zu können. Aussagen zur Risikolage sind im Risikobericht enthalten.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das globale Wirtschaftswachstum dürfte sich, wenn auch mit einer geringeren Dynamik als im vergangenen Jahr, im Jahr 2007 fortsetzen. Zwar dämpft das nachlassende Wachstum in den USA die Exporte der übrigen Welt, die Expansion wird insbesondere im Euroraum jedoch seit einiger Zeit viel stärker durch die Binnennachfrage gestützt. In den USA ist mit einem nachlassenden Wachstum zu rechnen, da zum einen die mögliche Straffung der Geldpolitik belastend wirken dürfte und zum anderen die Korrektur nach den Übertreibungen im Wohnungsbau und im privaten Konsum hinzukommt. Die größten Risikofaktoren stellen dabei nach wie vor die Ölpreisentwicklung und das US-Leistungsbilanzdefizit dar.

In Deutschland scheinen die jahrelangen Restrukturierungen innerhalb des Unternehmenssektors endlich Früchte zu tragen und schlagen sich in einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit nieder, was die Anfälligkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber einer globalen Wachstumsabkühlung verringert. Die Auftragsbestände und Kapazitätsauslastung sind im langfristigen Vergleich hoch. Zudem gestalten sich die Absatzperspektiven unverändert günstig, und die Unternehmen schätzen ihre wirtschaftliche Lage derzeit so gut ein wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Investitionen dürften daher nicht mehr nur auf nachholbedingte Ersatzinvestitionen abzielen, sondern vermehrt auch auf eine Expansion der Kapazitäten. In der zweiten Jahreshälfte 2007 dürfte ferner das Auslaufen einiger Abschreibungserleichterungen am Jahresende zu Vorzieheffekten führen. Dreh- und Angelpunkt der Konjunkturentwicklung bleibt jedoch der deutlich restriktivere Kurs der Fiskalpolitik in diesem Jahr. Der Regelsatz der Mehrwertsteuer wurde auf 19 % angehoben. Weitere Steuern werden erhöht und Steuervergünstigungen abgebaut. Die Nettobelastung der privaten Haushalte wird unzweifelhaft die Konsumdynamik dämpfen. Die Konsumausgaben sollten sich nach einer Delle zu Jahresbeginn rasch erholen und im Jahresverlauf wieder ansteigen. Dafür sprechen der anhaltende Beschäftigungsaufbau, steigende Löhne und vermutlich niedrigere Energiepreise.

Die EZB erwartet im Mittel in den nächsten zwei Jahren ein Wirtschaftswachstum, das in etwa dem Potenzialwachstum entspricht und einer Inflationsrate, die 2007 leicht über der Zielmarke und 2008 im Zielkorridor der EZB liegt. Daher scheint eine Straffung der Geldpolitik um weitere 25 Basispunkte vorerst ausreichend für eine langfristig stabile Inflationsentwicklung zu sein. Jede Prognose des weiteren Verlaufs des Zinspfads hängt von den zugrunde liegenden Konjunkturerwartungen der EZB ab.

Nach allgemeiner Einschätzung ist das Umfeld für ein Anhalten der Niedrigzinsphase bei gleichzeitig sehr flacher bis zum Teil inverser Zinsstruktur weiterhin gegeben, denn nach wie vor prägen strukturelle Faktoren das Marktgeschehen. Bei den langfristigen Zinsen sind daher auch 2007 keine signifikanten Steigerungen zu erwarten.

Konzern Kreissparkasse Köln

Angesichts der erwarteten konjunkturellen Rahmenbedingungen verfolgt der Konzern Kreissparkasse Köln erneut das Ziel eines moderaten, stetigen Wachstums des Geschäftsvolumens. Im Kreditgeschäft ist ein höherer Zuwachs als im Jahr 2006 geplant. Der Fokus soll dabei weiterhin auf der Qualität des Neugeschäfts liegen. Ungeachtet des anhaltend scharfen Wettbewerbs wird durch attraktive Konditionengestaltungen eine stärkere Gewinnung bilanzwirksamer Kundeneinlagen angestrebt. Ziel im bilanzneutralen Wertpapiergeschäft ist es, die durch die Sparkasse abgewickelten Kundenumsätze nach Möglichkeit weiter auszubauen. Wesentliche Ansätze zur Ausweitung des Verbundgeschäftes bieten sich weiterhin im Bereich der Vermittlung der privaten Altersvorsorge, der Versicherungen sowie der Leasingfinanzierungen.

Vor dem Hintergrund einer sehr flachen Zinsstruktur ist mit einem deutlichen Rückgang des Zinsergebnisses zu rechnen.

Nach wie vor misst der Konzern Kreissparkasse Köln einer kontinuierlichen Steigerung des Ergebnisbeitrages des Provisionsgeschäftes eine hohe Bedeutung bei. Hier wird von leicht steigenden Erträgen ausgegangen.

Auch beim Handelsergebnis (Handelsgeschäfte zur Verbreiterung der Ertragsbasis) wird aufgrund der Prognose einer anhaltend positiven Entwicklung an den Börsen eine Verbesserung des letztjährigen Ergebnisses angestrebt.

Bei den Personalaufwendungen ist absolut mit einem leicht sinkenden Aufwand zu rechnen. Die Sachaufwendungen dürften wieder wesentlich von den Kosten für Dienstleistungen aus Outsourcing-Maßnahmen geprägt sein. Insgesamt erwartet der Konzern Kreissparkasse Köln, dass die Sachaufwendungen, insbesondere aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung, leicht steigen.

Unter der Annahme einer weiterhin positiven konjunkturellen Entwicklung sowie eines nur unwesentlich veränderten Niveaus der langfristigen Zinsen ist von einem deutlichen Rückgang des Bewertungsergebnisses auszugehen.

Für die Segmente Privatkunden/Retail und Firmenkunden wird bei einem rückläufigen Zinsüberschuss, einem leicht erhöhten Provisionsüberschuss sowie einem deutlich geringeren Bewertungsergebnis ein insgesamt leicht verbessertes Ergebnis vor Steuern erwartet.

Im Segment Treasury/Handel dürfte sich der Zinsüberschuss weiter rückläufig entwickeln. Bei einer im weiteren Jahresverlauf anhaltenden positiven Marktentwicklung sollte sich jedoch das Bewertungsergebnis und damit auch das Ergebnis vor Steuern verbessern.

Insgesamt wird für das laufende und das kommende Jahr weiter eine stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung des Konzerns erwartet. Der Konzern Kreissparkasse Köln ist zuversichtlich, das Konzerneigenkapital auf Basis der eigenen Ertragskraft weiter angemessen stärken zu können.

Köln, 04. April 2007

Kreissparkasse Köln

Der Vorstand

Wüerst

Hastrich

Seigner

Schmitz

Dr. Tiedeken

3.2.1.2 Konzernbilanz

Aktivseite		Konzernbilanz zum 31.12.2006		
	Euro	Euro	Euro	31.12.2005 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		89.273.545,93		76.108
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>396.960.935,87</u>		<u>219.492</u>
			486.234.481,80	295.600
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		465.559.989,02		715.021
b) andere Forderungen		<u>201.334.667,98</u>		<u>201.601</u>
			666.894.657,00	916.622
4. Forderungen an Kunden			16.648.125.462,60	15.973.266
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	8.121.563.158,05 Euro			(6.240.480)
Kommunalkredite	<u>1.876.513.850,71 Euro</u>			<u>(1.702.500)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro	-,-		(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	1.074.355.254,03			480.031
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>1.074.355.254,03 Euro</u>			(480.031)
bb) von anderen Emittenten	<u>1.465.622.505,55</u>			<u>1.470.129</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.325.801.763,10 Euro	2.539.977.759,58		<u>1.950.160</u>
				(1.309.718)
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>34.285.579,25</u>		<u>65.275</u>
Nennbetrag	34.400.085,47 Euro			(64.794)
			2.574.263.338,83	2.015.435
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.555.944.572,65	1.729.868
7. Beteiligungen			<u>380.677.656,59</u>	<u>372.325</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Assoziierte Unternehmen			21.393.464,99	16.692
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Anteile an verbundenen Unternehmen			784.500,00	757
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
10. Treuhandvermögen			42.800.075,44	65.821
darunter:				
Treuhandkredite	42.090.460,03 Euro			(64.986)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
12. Immaterielle Anlagewerte			10.017.500,17	9.580
13. Sachanlagen			<u>227.102.910,63</u>	<u>213.273</u>
14. Sonstige Vermögensgegenstände			147.174.619,43	99.722
15. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>55.645.026,33</u>	<u>24.157</u>
Summe der Aktiva			22.817.058.266,46	21.733.118

Passivseite	Konzernbilanz zum 31.12.2006			
	Euro	Euro	Euro	31.12.2005 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		<u>260.315.143,21</u>		<u>74.077</u>
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>4.990.995.899,32</u>		<u>4.736.495</u>
			<u>5.251.311.042,53</u>	<u>4.810.572</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>5.422.775.804,76</u>			<u>5.589.005</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>176.616.495,81</u>			<u>180.679</u>
			<u>5.599.392.300,57</u>	<u>5.769.684</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>3.803.818.224,64</u>			<u>4.048.899</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>3.939.928.027,84</u>			<u>3.186.452</u>
		<u>7.743.746.252,48</u>		<u>7.235.351</u>
			<u>13.343.138.553,05</u>	<u>13.005.035</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>2.035.537.470,24</u>		<u>1.717.630</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-</u>		<u>-</u>
darunter:			<u>2.035.537.470,24</u>	<u>1.717.630</u>
Geldmarktpapiere	<u>-</u>			<u>(-)</u>
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>-</u>			<u>(-)</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			<u>42.800.075,44</u>	<u>65.821</u>
darunter: Treuhandkredite	<u>42.090.460,03</u>			<u>(64.986)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>33.685.941,89</u>	<u>73.339</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>88.660.218,13</u>	<u>109.735</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>53.381.694,00</u>		<u>49.033</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>18.069.705,00</u>		<u>10.851</u>
c) andere Rückstellungen		<u>109.852.934,99</u>		<u>105.722</u>
			<u>181.304.333,99</u>	<u>165.606</u>
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>547.951.579,19</u>	<u>553.868</u>
9. Genusssrechtskapital			<u>57.847.742,44</u>	<u>67.614</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>1.934.261,66</u>			<u>(12.111)</u>
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>-</u>		<u>-</u>
b) Kapitalrücklage		<u>-</u>		<u>-</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>1.215.753.891,59</u>			<u>1.145.366</u>
cb) andere Rücklagen	<u>-</u>			<u>-</u>
		<u>1.215.753.891,59</u>		<u>1.145.366</u>
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		<u>340.467,73</u>		<u>339</u>
e) Konzernbilanzgewinn		<u>18.726.950,24</u>		<u>18.193</u>
			<u>1.234.821.309,56</u>	<u>1.163.898</u>
Summe der Passiva			<u>22.817.058.266,46</u>	<u>21.733.118</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>-</u>		<u>-</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>466.047.647,94</u>		<u>453.787</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>466.047.647,94</u>	<u>453.787</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>-</u>		<u>-</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-</u>		<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>878.718.711,90</u>		<u>690.742</u>
			<u>878.718.711,90</u>	<u>690.742</u>

3.2.1.3 Gewinn- und Verlustrechnung

**Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2005 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>929.539.222,09</u>			<u>905.353</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	<u>81.489.404,98</u>			<u>73.681</u>
		<u>1.011.028.627,07</u>		<u>979.034</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>621.326.763,81</u>		<u>627.029</u>
			<u>389.701.863,26</u>	<u>352.005</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>85.729.447,91</u>		<u>94.729</u>
b) Beteiligungen		<u>5.735.558,00</u>		<u>5.627</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>705.000,00</u>		<u>567</u>
			<u>92.170.005,91</u>	<u>100.923</u>
4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen			<u>4.064.968,71</u>	<u>4.388</u>
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>-,-</u>	<u>-</u>
6. Provisionserträge		<u>129.145.052,30</u>		<u>119.079</u>
7. Provisionsaufwendungen		<u>9.360.797,60</u>		<u>8.553</u>
			<u>119.784.254,70</u>	<u>110.526</u>
8. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			<u>13.913.353,41</u>	<u>12.581</u>
9. Sonstige betriebliche Erträge			<u>35.344.425,85</u>	<u>43.704</u>
			<u>654.978.871,84</u>	<u>624.127</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>179.770.283,74</u>			<u>174.615</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung <u>15.946.393,75</u> Euro	<u>47.173.572,92</u>			<u>46.287</u>
		<u>226.943.856,66</u>		<u>220.902</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>153.037.928,22</u>		<u>151.985</u>
			<u>379.981.784,88</u>	<u>372.887</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>22.672.436,04</u>	<u>21.420</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>18.469.412,44</u>	<u>19.738</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		<u>173.910.108,43</u>		<u>(139.046)</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>-,-</u>	<u>(-)</u>
			<u>173.910.108,43</u>	<u>139.046</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere			<u>-,-</u>	<u>(-)</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>211.527,05</u>		<u>(23.699)</u>
			<u>211.527,05</u>	<u>23.699</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>55.532,43</u>	<u>100</u>
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit (Übertrag)			<u>60.101.124,67</u>	<u>94.635</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 (Fortsetzung)**

	Euro	Euro	1.1.-31.12.2005 Tsd. EUR
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit (Übertrag)		60.101.124,67	94.635
19. Außerordentliche Erträge	-,-		-
20. Außerordentliche Aufwendungen	-,-		-
21. Außerordentliches Ergebnis		-,-	-
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.129.179,16		25.938
23. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	1.159.915,21		1.230
		10.289.094,37	27.168
24. Jahresüberschuss		49.812.030,30	67.467
25. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallendes Ergebnis		1.322,78	7
		49.810.707,52	67.460
26. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	-,-		-
b) aus anderen Rücklagen	-,-		-
		-,-	-
		49.810.707,52	67.460
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	31.083.757,28		49.267
b) in andere Rücklagen			-
		31.083.757,28	49.267
28. Konzernbilanzgewinn		18.726.950,24	18.193

3.2.1.4 Eigenkapitalspiegel und Kapitalflussrechnung

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel des Konzerns Kreissparkasse Köln informiert über die Entwicklung des Konzerneigenkapitals. Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgt in enger Anlehnung an den DRS 7.

Mio. Euro	Kreissparkasse Köln			Minderheits- gesellschafter	Konzerneigen- kapital
	Gewinnrücklagen	Konzerngewinn /-verlust	EK gemäß Konzernbilanz		
Bestand zum 01.01.2005	1.085,5	17,3	1.102,8	0,3	1.103,1
Konzernjahresüberschuss 2005	0,0	67,5	67,5	0,0	67,5
Zuführung zur Sicherheitsrücklage	49,3	-49,3	0,0	0,0	0,0
Zuführung aus dem Bilanzgewinn Vorjahr	10,7	-10,7	0,0	0,0	0,0
Ausschüttung	0,0	-6,6	-6,6	0,0	-6,6
Übrige Veränderungen	-0,1	0,0	-0,1	0,0	-0,1
Änderungen des Konsolidierungs- kreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bestand zum 31.12.2005	1.145,4	18,2	1.163,6	0,3	1.163,9
Zugang im Wege der Aufnahme der Sparkasse Hennef	32,2	-4,8	27,4	0,0	27,4
Konzernjahresüberschuss 2006	0,0	49,8	49,8	0,0	49,8
Zuführung zur Sicherheitsrücklage	31,1	-31,1	0,0	0,0	0,0
Zuführung aus dem Bilanzgewinn Vorjahr	6,7	-6,7	0,0	0,0	0,0
Ausschüttung	0,0	-6,7	-6,7	0,0	-6,7
Übrige Veränderungen	0,4	0,0	0,4	0,0	0,4
Änderungen des Konsolidierungs- kreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bestand zum 31.12.2006	1.215,8	18,7	1.234,5	0,3	1.234,8

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung informiert über die Entwicklung der Zahlungsmittel des Konzerns Kreissparkasse Köln. In getrennter Darstellung wird der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, der Cashflow aus Investitionstätigkeit sowie der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen stimmt mit der Veränderung des Zahlungsmittelfonds überein. Zum Zahlungsmittelfonds gehören der Kassenbestand, die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank sowie die Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind. Die Kapitalflussrechnung ist eng an den bankspezifischen DRS 2-10 angelehnt. In den Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit als auch der Finanzierungstätigkeit wurden die Beträge neu zugeordnet und die Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die Kreissparkasse Köln weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Cashflowbetrachtung in Mio. Euro	2006	2005
Konzernjahresüberschuss (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaftern)	49,8	67,5
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	208,5	162,1
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen (Passiva 7a und 7c)	4,4	2,6
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-2,8	-3,6
Gewinn (-) / Verlust (+) aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	-1,3	-1,1
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-482,4	-429,0
Zwischensumme	-223,8	-201,5
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit (nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile)		
Forderungen an Kreditinstitute	307,0	-93,5
Forderungen an Kunden	-270,0	-415,1
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	-354,5	-28,5
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-14,2	136,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	110,7	-297,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-20,6	182,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	306,4	239,2
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-68,2	-42,6
Erhaltene Zinsen und Dividenden	1.088,0	1.105,1
Gezahlte Zinsen	-617,8	-631,2
Außerordentliche Einzahlungen	0,0	0,0
Außerordentliche Auszahlungen	0,0	0,0
Ertragsteuerzahlungen	-6,4	-15,6
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	236,6	-62,1
Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen	1,8	3,9
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	2,5	0,6
Auszahlung für den Erwerb von Finanzanlagen	-1,9	-4,2
Auszahlung für den Erwerb von Sachanlagen	-20,8	-20,8
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,0	0,0
Auszahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,0	0,0
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-3,3	-3,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-21,7	-23,9
Einzahlungen aus Kapitalzuführungen	0,0	0,0
Auszahlungen an Minderheitsgesellschafter	0,0	0,0
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-34,4	2,1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-34,4	2,1
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	295,6	379,5
Zugang im Wege der Aufnahme der Sparkasse Hennef	10,1	0,0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	236,6	-62,1
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-21,7	-23,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-34,4	2,1
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	486,2	295,6

3.2.1.5 Konzernanhang

Allgemeine Angaben

Entsprechend dem öffentlich-rechtlichen Vertrag vom 23.01.2006 zwischen dem Zweckverband für die Kreissparkasse Köln (als Träger für die Kreissparkasse Köln) und der Stadt Hennef (als Träger der Sparkasse Hennef) wurde die Sparkasse Hennef von der Kreissparkasse Köln zum 31.05.2006 nach den Werten der Jahresbilanz zum 31.12.2005 aufgenommen (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 SpkG NW). Das Finanzministerium hat gemäß § 32 Abs. 3 SpkG NW am 03.03.2006 im Einvernehmen mit dem Innenministerium die Vereinigung der Sparkassen genehmigt. Demzufolge beinhalten die Veränderungen der Aktiva und Passiva der Konzernbilanz des Konzerns Kreissparkasse Köln im Jahr 2006 den Zugang aus der Aufnahme der Sparkasse Hennef. Im Eigenkapitalspiegel und in der Kapitalflussrechnung wird dieser Verschmelzungsvorgang ebenso als Zugang im Wege der Aufnahme der Sparkasse Hennef dargestellt.

Der Konzernabschluss des Konzerns Kreissparkasse Köln 2006 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV.

Daneben wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gem. § 342 Abs. 2 HGB bekannt gegebenen Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) zur Kapitalflussrechnung (DRS 2-10), zur Segmentberichterstattung (DRS 3-10) sowie zum Konzerneigenkapital (DRS 7) berücksichtigt. Die Lageberichterstattung erfolgt in enger Anlehnung an DRS 5-10 (Risikoberichterstattung) sowie DRS 15 (Lageberichterstattung).

DRS 10 (Latente Steuern) und DRS 11 (Berichterstattung über Beziehungen zu nahe stehenden Personen) werden nicht angewendet. Die gesetzlichen Vorschriften wurden beachtet.

Soweit andere bekannt gegebene Deutsche Rechnungslegungsstandards gesetzliche Vorschriften konkretisieren, wurden diese der Bilanzierung und Bewertung zugrunde gelegt. Eine von den Empfehlungen der DRS abweichende Nutzung gesetzlicher Wahlrechte behalten wir uns vor. Anhangangaben erfolgen im gesetzlich geforderten Umfang.

Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss des Konzerns Kreissparkasse Köln wurde den gesetzlichen Vorschriften entsprechend nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Das Geschäftsjahr aller in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften entspricht dem Kalenderjahr.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge aus Geschäftsbeziehungen zwischen einbezogenen Unternehmen wurden konsolidiert. Eventuell auftretende Zwischengewinne werden eliminiert, sofern sie nicht für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte nach der Neubewertungsmethode, wobei die Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile zugrunde gelegt wurden. Unterschiedsbeträge, die zwischen dem Erwerbszeitpunkt und dem Beginn des Geschäftsjahres der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss entstanden sind, wurden erfolgsneutral mit den Konzern-Gewinnrücklagen verrechnet.

Die im Geschäftsjahr 2006 gegründete KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG wurde erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.

Bei der Konsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen wurde das Wahlrecht ausgeübt, anstelle der Quotenkonsolidierung die Vorschriften der Equity-Methode anzuwenden.

Die erstmalige Bewertung von Anteilen an assoziierten Unternehmen erfolgte auf der Grundlage der Kapitalaufrechnung auf den Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens (Beginn des Geschäftsjahres). Die Anteile wurden in der Konzernbilanz mit dem Buchwert angesetzt. Unterschiedsbeträge aus der Aufrechnung des Beteiligungsbuchwertes mit dem anteiligen Eigenkapital wurden – soweit sie auf Geschäfts- oder Firmwerte entfielen – erfolgsneutral mit den Konzern-Gewinnrücklagen verrechnet.

Der Equity-Wert wird zu jedem Konzernabschlussstichtag auf seine Werthaltigkeit überprüft. Übersteigt der Equity-Wert den beizulegenden Zeitwert, so wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen (DRS 8.28).

Sofern die assoziierten Unternehmen der Kreissparkasse Köln abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anwenden, wurden diese nicht angepasst.

Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der Kreissparkasse Köln acht verbundene inländische Unternehmen einbezogen:

- KSK-FinanzVermittlung GmbH, Köln
- KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln
- KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln
- KSK-Immobilien GmbH, Köln
- KSK-Wagniskapital GmbH, Köln
- maXimmo GmbH, Siegburg
- PARETO GmbH, Köln
- SOLUM Facility Management GmbH, Köln

Im Einzelnen ergibt sich folgende Zuordnung im Konzernabschluss:

	Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Berichtsjahr
Verbundene Unternehmen	16	2	-	-	18
davon in den Konzernabschluss einbezogen	7	1	-	-	8
gem. § 296 Abs. 2 HGB nicht einbezogen	9	1	-	-	10
Assoziierte Unternehmen (at Equity bewertet gem. § 311 Abs. 1 HGB)	1	-	-	-	1
Assoziierte Unternehmen (nicht at Equity bewertet gem. § 311 Abs. 2 HGB)	35	1	4	4	36
Gemeinschaftsunternehmen (at Equity bewertet gem. § 311 Abs. 1 HGB)	3	-	1	-	2
Gemeinschaftsunternehmen (nicht at Equity bewertet gem. § 311 Abs. 2 HGB)	10	2	1	-	11

Tochterunternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wurden nicht in den Konzernabschluss einbezogen. Zehn verbundene Unternehmen wurden gem. § 296 Abs. 2 HGB nicht konsolidiert. Die anteilige Bilanzsumme dieser Unternehmen beträgt rund 0,1 % der addierten Konzernbilanzsumme.

Elf Gemeinschaftsunternehmen mit einem Gesamtbuchwert von ca. 0,3 Mio. Euro sowie sechsund-dreißig assoziierte Unternehmen mit einem Gesamtbuchwert von rund 23,4 Mio. Euro wurden nicht at Equity bewertet, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Währungsumrechnung

Für den Konzernabschluss des Konzerns Kreissparkasse Köln gelten die Ausweis-, Bewertungs- und Verfahrensgrundsätze der Kreissparkasse Köln. Dementsprechend wurden die Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen nach den für die Kreissparkasse Köln geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Schuldscheindarlehen haben wir zum Nennwert bilanziert.

Bei Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien wurden kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethod auf die Darlehenslaufzeit bzw. die Festzinsfrist verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet.

Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich haben wir Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute getroffen.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Alle Wertpapiere haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Es wurde von der Durchschnittsbewertung Gebrauch gemacht. Zerobonds wurden mit dem Barwert angesetzt. Zusätzlich besteht eine Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute. Die in den Vorjahren angewendete Portfoliobewertung für Wertpapiere und derivative Geschäfte des Handelsbuches, deren Hauptrisikofaktor im Zinsrisiko besteht, wurde im Laufe des Jahres aufgegeben.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, wurden zu Anschaffungspreisen bewertet. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert sind bei dauerhafter Wertminderung vorgenommen worden.

Im Gegensatz zum Vorjahr werden bedungene, aber noch nicht eingeforderte Einlageverpflichtungen gegenüber Beteiligungsgesellschaften, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, entsprechend den Grundsätzen der Stellungnahme RS HFA 18 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. nicht mehr aktiviert. Die unter den entsprechenden Aktivposten ausgewiesenen Vorjahresbeträge sind insofern mit den Beträgen des Geschäftsjahres nicht vergleichbar (vgl. auch Anlagespiegel). Dies gilt auch für den Posten Sonstige Verbindlichkeiten, unter dem in Vorjahren die noch nicht geleisteten Einlagen passiviert wurden.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer teils linear, teils degressiv pro rata temporis abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände (bis 410,00 Euro Anschaffungskosten) werden aus Vereinfachungsgründen im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Software wurde nach den Grundsätzen der Stellungnahme RS HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Die Herstellungskosten wurden unter Einbeziehung der Gemeinkosten ermittelt.

Einen Abgrenzungsposten für zukünftige Steuerentlastungen haben wir gemäß § 274 Abs. 2 HGB nicht gebildet.

Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt. Emittierte Zerobonds wurden mit ihrem Barwert bewertet.

Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf deren Laufzeit verteilt.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wurden in ausreichender Höhe gebildet. Die Pensionsrückstellungen wurden unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes von 6 % auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Zusätzlich wurden Aufwandsrückstellungen gebildet.

Derivative Geschäfte, die Zins-, Währungs- und sonstige Preisrisiken aus Aktiv- und Passivgeschäften absichern, wurden mit den zugrunde liegenden Positionen zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Zu Handelszwecken abgeschlossene derivative Geschäfte wurden einzeln bewertet. Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Swappeschäfte wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet.

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Kassakurs vom 29.12.2006 in Euro umgerechnet worden. Für zum Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der entsprechende Terminkurs herangezogen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung gedeckter Geschäfte wurden erfolgswirksam vereinnahmt, soweit sie einen vorübergehend wirksamen Aufwand aus der Währungsumrechnung ausgeglichen haben. In anderen Fällen wurden Erträge aus der Währungsumrechnung nicht berücksichtigt und auch nicht mit Aufwendungen verrechnet.

Die Deckungsrechnung für die vor 2005 emittierten Pfandbriefe stellt sich wie folgt dar:

Hypothekendarfandbriefe:		Tsd. Euro
Ordentliche Deckung:		
Forderungen an Kunden		241.671
Ersatzdeckung:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		28.220
Deckungswerte insgesamt:		269.891
Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarfandbriefe		250.000
Überdeckung:		19.891
Öffentliche Pfandbriefe:		
Ordentliche Deckung:		
Forderungen an Kunden		278.237
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		44.415
Ersatzdeckung:		
		0
Deckungswerte insgesamt:		322.652
Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe		300.000
Überdeckung:		22.652

Die Kreissparkasse Köln hat im Geschäftsjahr 2006 Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden ein Hypothekendarfandbrief mit einem Nominalwert von 250 Mio. Euro und Öffentliche Pfandbriefe mit Nominalwerten von 40 Mio. Euro platziert.

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

Hypothekendarfandbriefe:

Vergleich Nenn-, Bar- und Risikobarwert der Deckungsmasse gegenüber Pfandbriefumlauf:

	Wertpapierumlauf Tsd. Euro	Deckungsmasse Tsd. Euro	Überdeckung %
Nennwert	250.000	536.540	114,6
Aktueller Barwert	253.486	557.141	119,8
Steigendes Zinsniveau (250 BP)	222.401	505.054	127,1
Sinkendes Zinsniveau (250 BP)	290.294	619.028	113,2

In der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate.

Laufzeiten der Hypothekenpfandbriefe gegenüber Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse:

	bis zu 1 Jahr Tsd. Euro	mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren Tsd. Euro	mehr als 5 Jahr bis zu 10 Jahren Tsd. Euro	Mehr als 10 Jahre Tsd. Euro
Pfandbriefumlauf	0	0	250.000	0
Deckungsstock	44.646	193.341	272.731	25.822

Realdarlehen / Wertpapiere, gestaffelt nach Betragsstufen:

	bis zu 300 Tsd. Euro Tsd. Euro	über 300 Tsd. Euro bis zu 5 Mio. Euro Tsd. Euro	Mehr als 5 Mio. Euro Tsd. Euro
Realdarlehen	279.429	241.204	0
Wertpapiere	0	0	15.907
Deckungsstock gesamt	279.429	241.204	15.907

Anteil der Objekttypen am Deckungsstock in Deutschland:

	Tsd. Euro	%
Wohnungen	39.645	7,62
Einfamilienhäuser	150.247	28,86
Mehrfamilienhäuser	211.649	40,65
Bürogebäude	30.893	5,93
Handelsgebäude	0	0
Industriegebäude	0	0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	88.200	16,94
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	0	0
Bauplätze	0	0
Gesamt	520.634	100,00

Nutzungsarten der Einzelobjekte im Deckungsstock in Deutschland:

	Tsd. Euro	%
Gewerblich	119.093	22,87
Wohnwirtschaftlich	401.541	77,13
Gesamt	520.634	100,00

Es befanden sich keine Grundstückssicherheiten außerhalb Deutschlands im Deckungsstock.

Rückständige Forderungen (Zahlungsrückstand mindestens 90 Tage) bestehen nicht.

Sonstige Angaben zum Deckungsstock:

Es existieren keine am Bilanzstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt oder Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Keine Zinsen sind rückständig. Der Gesamtbetrag der Rückzahlungen durch Amortisation beläuft sich bei wohnwirtschaftlich genutzten Objekten auf 5.668 Tsd. Euro und bei gewerblichen Objekten auf 2.597 Tsd. Euro. Sonstige Rückzahlungen wurden nicht vorgenommen.

Öffentliche Pfandbriefe:**Vergleich Nenn-, Bar- und Risikobarwert der Deckungsmasse gegenüber Pfandbriefumlauf:**

	Wertpapierumlauf Tsd. Euro	Deckungsmasse Tsd. Euro	Überdeckung %
Nennwert	40.000	129.164	222,9
Aktueller Barwert	40.506	129.489	219,7
Steigendes Zinsniveau (250 BP)	31.236	105.194	236,8
Sinkendes Zinsniveau (250 BP)	54.615	163.905	200,1

In der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate.

Laufzeiten der Öffentlichen Pfandbriefe gegenüber Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse:

	bis zu 1 Jahr Tsd. Euro	mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren Tsd. Euro	mehr als 5 Jahr bis zu 10 Jahren Tsd. Euro	Mehr als 10 Jahre Tsd. Euro
Pfandbriefumlauf	0	0	15.000	25.000
Deckungsstock	0	0	17.596	111.568

Verteilung des Deckungsstocks auf Länder und Schuldnerklassen:

	Staat Tsd. Euro	Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner Tsd. Euro
		regional Tsd. Euro	örtlich Tsd. Euro	
Deutschland	0	0	101.533	14.600
Italien	13.031	0	0	0
Gesamt	13.031	0	101.533	14.600

Rückständige Forderungen (Zahlungsrückstand mindestens 90 Tage) bestehen nicht.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

Der im Unterausweis zu Aktiva Posten 4 als durch Grundpfandrechte gesichert ausgewiesene Vorjahresbetrag ist mit dem Betrag des Geschäftsjahres nicht vergleichbar, weil der Zuwachs in der Hauptsache aus der Anwendung verfeinerter Datenverarbeitungsprogramme bei der Ermittlung der Beträge resultiert.

Die zu Posten oder Unterposten der Konzernbilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2006	31.12.2005
	Euro	Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an die eigene Girozentrale	203.466.800,06	
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	27.751.783,26	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.390.432,21	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	90.315.973,79	
mehr als fünf Jahre	60.696.476,44	
Aktiva 4 - Forderungen an Kunden	31.12.2006	31.12.2005
	Euro	Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	10.099.882,17	10.717
Forderungen an assoziierte Unternehmen	3.852.065,15	6.995
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	198.827.861,70	155.399
nachrangige Forderungen	48.020.260,29	49.550
darunter: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.322.102,18	11.887
Für die nachrangigen Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Ausgleichsbank) in Höhe von	16.657.322,74	14.781
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	838.923.847,13	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	911.858.735,29	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.056.742.784,96	
mehr als fünf Jahre	10.536.536.493,49	
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	1.281.582.423,26	
Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.12.2006	31.12.2005
	Euro	Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Beträge, die bis zum 31.12.2007 fällig werden	1.135.301.209,49	
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert	2.468.895.201,93	
nicht börsennotiert	105.368.136,90	

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
nachrangige Vermögensgegenstände	15.222.900,00	15.214
Investmentanteile an Spezialfonds mit einem Buchwert von:	1.325.628.332,32	1.405.565
Bei fünf von zehn Spezialfonds ist die Sparkasse alleinige Anteil-sinhaberin. Die Anteilscheine sind nur mit Zustimmung der Ge-sellschaften übertragbar. Bei Spezialfonds mit einem Buchwert von 1.288.016 Tsd. Euro kann die Sparkasse Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert	59.055.256,14	
nicht börsennotiert	158.390.956,37	
Aktiva 7 – Beteiligungen / Aktiva 8 – Assoziierte Unternehmen / Aktiva 9 - Anteile an verbundenen Unternehmen		
Die nach § 313 Abs. 2 HGB notwendigen Angaben über den Anteilsbesitz der Kreissparkasse Köln wurden gemäß § 313 Abs. 4 HGB in einer gesonderten Aufstellung beim Handelsregister Köln unter der Handelsregisternummer A 15033 hinterlegt.		
Aktiva 10 - Treuhandvermögen	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
Beim Treuhandvermögen handelt es sich um:		
Forderungen an Kunden	42.090.460,03	
Forderungen an Kreditinstitute	709.615,41	
Aktiva 13 - Sachanlagen	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	120.467.388,28	113.682
Aktiva 14 - Sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
nachrangige Vermögensgegenstände	26.706.756,42	27.207

Aktiva 15 - Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	55.494,56	11
Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	21.533.342,91	20.018
Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von	309.423.539,73	

Entwicklung des Anlagevermögens

Sachanlagevermögen	Grundstücke und Gebäude Euro	Betriebs- und Geschäftsausstattung Euro	Immaterielle Anlagewerte Euro
Anschaffungskosten	346.214.949,32	211.094.027,14	30.284.716,14
Zugänge	27.279.991,44	21.245.303,41	5.092.876,77
Abgänge	28.241,48	8.758.670,86	1.818.864,16
Umbuchungen	269.911,26	-17.943.509,87	17.943.509,87
Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	207.803.568,83	144.467.280,90	41.484.738,45
Bilanzwert 31.12.2006	165.933.041,71	61.169.868,92	10.017.500,17
(Vorjahr)	(155.494.979,51)	(57.777.773,74)	(9.579.759,48)
Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres	8.992.446,89	9.896.816,20	3.783.172,95
(Vorjahr)	(8.318.740,41)	(9.182.620,12)	(3.919.020,66)

Finanzanlagevermögen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Euro	Anteile an verbundenen Unternehmen Euro	Beteiligungen und assoziierte Unternehmen Euro	Sonstige Vermögensgegenstände Euro
Bilanzwert 31.12.2005	0,00	757.000,00	389.016.987,38	27.657.318,87
Veränderungen im Geschäftsjahr*	0,00	27.500,00	13.054.134,20	-363.373,93
Bilanzwert 31.12.2006	0,00	784.500,00	402.071.121,58	27.293.944,94
*davon: aufgrund geänderter Bilanzierung noch nicht eingeforderter bedingener Einlagen	0,00	0,00	-1.268.153,67	-925.000,00

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	244.100.274,13	
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	299.663.085,27	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	196.121.112,15	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.107.364.953,38	
mehr als fünf Jahre	2.293.831.614,18	

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	578.615,15	571
Verbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen	28.691,22	337
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	40.325.907,39	33.943
Der Unterposten a)ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	26.079.771,70	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	71.881.722,43	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	61.148.926,79	
mehr als fünf Jahre	11.953.944,19	
Der Unterposten b)bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	2.026.698.048,77	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	273.731.437,35	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	925.778.009,62	
mehr als fünf Jahre	680.588.351,95	
Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2007 fällige Beträge enthalten:	648.336.389,12	338.018
Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	42.090.460,03	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	709.615,41	
Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
In diesem Posten ist enthalten:		
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	64.255.417,46	80.916
Passiva 8 - Nachrangige Verbindlichkeiten	31.12.2006 Euro	31.12.2005 Tsd. Euro
Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 5,12 % und ursprüngliche Laufzeiten von fünf bis zwölf Jahren.		
Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden nachrangige Verbindlichkeiten zur Rückzahlung fällig in Höhe von:	24.601.686,56	
Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in folgender Höhe angefallen:	28.576.376,28	

	31.12.2006	31.12.2005
	Euro	Tsd. Euro
Unter den Passiva und Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von	186.325.500,51	

	31.12.2006	31.12.2005
	Euro	Tsd. Euro
Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen: Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen	669.133.771,20	

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2006 betrug der Umlagesatz 4,25 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2007 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein so genanntes Sanierungsgeld in Höhe von 2,5 % der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes wird auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte regelmäßig neu festgesetzt (§ 60 Satzung der RZVK). Zusatzbeiträge (§ 64 Satzung der RZVK) zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zurzeit nicht erhoben.

Im Jahr 2006 betragen die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung 10,8 Mio. Euro.

Sonstige Angaben

	31.12.2006	31.12.2005
	Euro	Tsd. Euro
Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:		
für die Abschlussprüfung:	676.825,43	
für sonstige Leistungen:	24.745,44	

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die derivativen Finanzinstrumente wie folgt:

Teil A	Nominalbeträge ¹				Zeitwerte ²	Buchwerte	
	in Mio. Euro				in Mio. Euro	in Mio. Euro	
	Nach Restlaufzeiten					Option- sprämie / Variation Margin / Upfront- Payment	Rück- stellung (P 07)
	Bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	insgesamt			
Zins- / zinsindex- bezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
> Termingeschäfte							
Zinsswaps	237,17	687,74	1.820,12	2.745,03	33,23		
					-26,22		
Zinsswaps in Fremdwährung			0,61	0,61	0,02		
					-0,01		
Collars		226,00	2,60	228,60	1,16	(A 14) 1,38	
					-1,16	(P 05) 1,55	
Zinsscaps in Fremdwährung		8,00		8,00	0,00	(A 14) 0,01	
						(P 05) 0,03	
> Optionen							
Longpositionen	200,58			200,58	23,07	(A 14) 22,50	
Shortpositionen	100,29			100,29	-3,26	(P 05) 2,94	0,32
Börsen-Produkte							
> Termingeschäfte							
Futures	18,37			18,37	0,39	(P 05) 0,39	
Summe	556,41	921,74	1.823,33	3.301,48	27,22		0,32
davon: Handelsgeschäfte	319,24			319,24	20,20		0,32
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
> Termingeschäfte							
Devisentermingeschäfte	772,41	352,34		1.124,75	58,34		
					-57,94		
Währungsswaps		14,82	329,46	344,28	13,86		
					-5,00		
Zinswährungsswaps		5,95	125,47	131,42	2,49		
					-0,64		
Basisswaps		9,13	4,55	13,68	0,24		
					-0,09		
> Optionen							
Longpositionen	1,52			1,52	0,02	(A 14) 0,02	
Shortpositionen	1,52			1,52	-0,02	(P 05) 0,02	
Summe	775,45	382,24	459,48	1.617,17	11,26		
davon: Handelsgeschäfte							

¹ Bei Optionen und Futures errechnet sich der Nominalwert auf Basis des aktuellen Wertes des Underlyings.² Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Teil B	Nominalbeträge ¹			Zeitwerte ²	Buchwerte	
	in Mio. Euro			in Mio. Euro	in Mio. Euro	
	Nach Restlaufzeiten				Options- prämie / Variation Margin	Rück- stellung (P 07)
	Bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	insgesamt		
Aktien- / aktienin- dex-bezogene Ge- schäfte						
OTC-Produkte						
> Optionen						
Longpositionen	92,40			92,40	48,48 (A 14)	44,46
Shortpositionen	13,24			13,24	-0,72 (P 05)	0,31
Börsen-Produkte						
> Termingeschäfte						
Futures	2,97			2,97	-0,01 (A 14)	0,01
Summe	108,61			108,61	47,75	0,01
davon: Handelsgeschäfte						

Die nicht gesondert als Handelsgeschäfte ausgewiesenen Finanzinstrumente sind derivative Kundengeschäfte mit korrespondierenden Deckungsgeschäften sowie Sicherungsgeschäfte für nicht derivative Kundengeschäfte und für Eigenemissionen der Sparkasse.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price). Sie stellen bei Börsen-Produkten den Marktwert dar. Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 29.12.2006 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen. Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt; für Index-, Future-, Devisen- und europäische Zinsoptionen kam die entsprechend modifizierte Black-Scholes-Formel zur Anwendung. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters und der Eurex Frankfurt AG entnommen wurden. Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen.

Die nach den Bilanzierungsregeln nicht trennungspflichtigen derivativen Finanzinstrumente, die Bestandteil strukturierter Emissionen sind, wurden nicht aufgenommen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente im Interbankengeschäft handelt es sich ausschließlich um Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte, Devisenoptionen, Aktienoptionen, Zinsswaps, Zinswährungsswaps, Zinscaps und Zinscollars mit Kunden abgeschlossen. Wegen der eingeschränkten Zahl von Kontrahenten wurde auf eine tabellarische Darstellung verzichtet.

¹ Bei Optionen und Futures errechnet sich der Nominalwert auf Basis des aktuellen Wertes des Underlyings.

² Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Segmentberichterstattung

Die auf Basis der Regelungen der Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 3 und Nr. 3-10 erstellte Segmentberichterstattung liefert Informationen über die wesentlichen strategischen Geschäftsfelder des Konzerns.

Grundlage für die Segmentierung bildet die interne Organisationsstruktur der Sparkasse. Die Abgrenzung der Kundensegmente und ihrer Marktbereiche folgt dem Risk and Reward- Ansatz (homogene Chancen und Risiken), dem Management Approach (Wiedergabe der internen Berichtsstruktur in den Segmenten) sowie den Größenklassenkriterien des DRS 3.

Der Segmentbericht ist in drei nachstehend erläuterte Segmente gegliedert:

- Das Segment Privatkunden/Retail umfasst die Geschäftsfelder Private Banking und das Kundengeschäft der Filialen und Geschäftsstellen.
- Das Segment Firmenkunden besteht aus dem zentralen und dezentralen Firmenkundengeschäft sowie aus dem Geschäftsbereich Kommunen.
- Das Segment Treasury/Handel fasst die Erfolge des Eigenhandels und des Geschäftes mit institutionellen Kunden zusammen.

In der Spalte Sonstige/Konsolidierung sind neben segmentübergreifenden Konsolidierungsvorgängen die nicht anderen Segmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge sowie die Beteiligungen enthalten.

Die Informationen zu den einzelnen Segmenten basieren auf der betriebswirtschaftlichen Deckungsbeitragsrechnung sowie dem externen Rechnungswesen.

Die Aufspaltung des Zinsüberschusses erfolgte nach der Marktzinsmethode.

Die Position Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personal- und Sachaufwand und den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte zusammen.

Die Risikovorsorge und das Nettogeschäft aus Finanzgeschäften wird nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelt.

Die Verteilung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf die einzelnen Segmente erfolgt mit Hilfe einer Risikodatenbank.

Das Ergebnis nach Risikovorsorge gibt das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit wieder.

Das Segmentvermögen enthält die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute, die Forderungen an Kunden, die eigenen Wertpapiere, die Handelsaktiva und die Beteiligungen.

Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die verbrieften Verbindlichkeiten und die Handelspassiva.

Die Risikopositionen beinhalten die Risikoaktiva des Anlage- und Handelsbuches einschließlich der Marktrisikopositionen gemäß Grundsatz I KWG.

Das bilanzielle Eigenkapital ist entsprechend der Risikopositionen verteilt. Auf dieser Basis wurden auch die Erfolge der Eigenkapitalanlage den einzelnen Segmenten zugeordnet.

Abweichend zum Vorjahr wurden aus Gründen der Transparenz Angaben zur Eigenkapitalrentabilität ohne Bewertung/Risikovorsorge zusätzlich aufgenommen. Die Vorjahresdarstellung wurde entsprechend angepasst.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) ergibt sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zu dem laufenden Ertragsüberschuss (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen).

Die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln beschränkt sich aufgrund des Regionalprinzips auf den Wirtschaftsraum Köln sowie die umliegenden Kreise Rhein-Erft-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis.

Die sich hierbei ergebenden wesentlichen Ertrags- und Aufwandsposten sowie die sich aus der Geschäftstätigkeit ergebenden Chancen und Risiken sind gleichartig, so dass eine Segmentierung nach Regionen weitestgehend mit den Gesamtkonzernwerten der Segmentierung nach Kundengruppen übereinstimmen würde.

Segmentberichterstattung Konzern Kreissparkasse Köln 2006

in Mio. Euro	Privatkunden / Retail	Firmenkunden	Treasury / Handel	Sonstige / Konsolidierung	Konzern gesamt
Zinsüberschuss (incl. GuV 3 bis 5)	283,1	155,4	18,0	29,5	486,0
Provisionsüberschuss	79,1	27,1	4,1	9,5	119,8
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0,5	0,1	13,3	0,0	13,9
Verwaltungsaufwand	-256,2	-49,1	-8,1	-89,3	-402,7
Risikovorsorge/Bewertung	-55,0	-94,0	-26,6	1,9	-173,7
Saldo der sonst. betrieblichen Erträge und Aufwendungen	14,3	1,6	0,3	0,6	16,8
Ergebnis nach Risikovorsorge	65,8	41,1	1,0	-47,8	60,1
Segmentvermögen	7.283,0	9.203,7	5.292,6	650,5	22.429,8
Segmentverbindlichkeiten	10.029,0	1.842,5	8.714,8	48,7	20.635,0
Risikoaktiva	5.272,3	6.924,2	1.714,0	913,4	14.823,9
Bilanzielles Eigenkapital	438,3	575,6	142,5	78,4	1.234,8
EK-Rentabilität in %	15,0	7,1	0,7	-	-
EK-Rentabilität in % ohne Risikovorsorge/Bewertung	27,6	23,5	19,4	-	-
CIR in %	68,0	26,7	22,7	-	-

Segmentberichterstattung Konzern Kreissparkasse Köln 2005

in Mio. Euro	Privatkunden / Retail	Firmenkunden	Treasury / Handel	Sonstige / Konsolidierung	Konzern gesamt
Zinsüberschuss (incl. GuV 3 bis 5)	274,9	160,4	18,2	3,8	457,3
Provisionsüberschuss	71,0	26,3	2,6	10,6	110,5
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0,5	0,1	12,0	0,0	12,6
Verwaltungsaufwand	-246,1	-42,9	-7,0	-98,3	-394,3
Risikovorsorge/Bewertung	-39,0	-74,2	9,3	-11,5	-115,4
Saldo der sonst. betrieblichen Erträge und Aufwendungen	10,3	1,0	0,0	12,6	23,9
Ergebnis nach Risikovorsorge	71,6	70,7	35,1	-82,8	94,6
Segmentvermögen	6.816,7	8.963,8	4.950,2	651,2	21.381,9
Segmentverbindlichkeiten	9.715,0	1.619,6	8.178,1	42,7	19.555,4
Risikoaktiva	4.994,5	7.027,3	1.852,0	755,9	14.629,7
Bilanzielles Eigenkapital	388,9	547,4	144,3	65,1	1.145,7
EK-Rentabilität in %	18,4	12,9	24,3	-	-
EK-Rentabilität in % ohne Risikovorsorge/Bewertung	28,4	26,5	17,9	-	-
CIR in %	69,0	22,8	21,4	-	-

Verwaltungsrat der Kreissparkasse Köln (bis 16.08.2006)

Vorsitzendes Mitglied
Werner Stump
Landrat

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Holger Müller MdL
Abgeordneter

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Ralf Wurth
Abteilungsleiter Rheinische Kliniken Düsseldorf

3. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Adolf Hoffmann
Selbstständiger Kaufmann Holztechnik

Mitglieder des Verwaltungsrats

Mitglied	Stellvertreter	Mitglied	Stellvertreter
Horst Adler Geschäftsführer im Bereich Abwassertechnik	Dr. Wolfgang Beckers- Schwarz Selbstständiger Diplomkaufmann	Anita Bolz Sparkassenangestellte	Manfred Nelles Sparkassenangestellter
Margit Ahus Fraktionsgeschäfts- führerin	Michael Stefer Polizeibeamter	Hildegard Diekhans Hausfrau	Wilma Matuszynski Hausfrau (bis 03.04.2006)
Willy Axer Sparkassenangestellter	Klaus Hartmann Sparkassenangestellter		Wilhelm Moll Rentner (seit 04.04.2006)
Rolf Bausch Regierungsdirektor	Josef Schäferhoff Selbstständiger Kaufmann Immobilien	Harald Büttner Sparkassenangestellter	Ulrich Tepper Sparkassenangestellter
Horst Becker MdL Abgeordneter	Hans-Werner Müller Fraktionsgeschäftsführer	N.N.	Christa Schütz Hausfrau
Jürgen Becker Ministerialdirigent	Michael Solf MdL Abgeordneter	Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter	Michael Wiecki Selbstständiger Unter- nehmer Immobilien
Peter Biesenbach MdL Abgeordneter	Paul Eßer Kaufmännischer Angestellter im Bereich EDV	Sebastian Hartmann Student	Renate Bergholz Bürokauffrau
Wilfried Bolender Sparkassenangestellter	Elke Müller Sparkassenangestellte	Adolf Hoffmann Selbstständiger Kaufmann Holztechnik	Dieter Heuel Verwaltungsleiter a.D.
Wolfgang Horak Sparkassenangestellter	Norbert Witt Sparkassenangestellter	Gerd Usdowski Sparkassenangestellter (bis 31.05.2006)	Peter Bourry Sparkassenangestellter

R. Mario Hudec Sparkassenangestellter	Christel Menten Sparkassenangestellte	N.N. (seit 01.06.2006)	
Josef Kings Rentner	Rolf Uebach Studiendirektor	Rüdiger Warnecke Selbstständiger Unternehmer Immobilien	Horst Lambertz Angestellter
Klaus Lennartz Vizepräsident des Deutschen Wirtschafts- verbandes	Helmut Latak Sozialarbeiter	Karl-Heinz Weingarten Diplomingenieur unselbstständig	Arnold Biciste Geschäftsführer Caritas- verband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.
Holger Müller MdL Abgeordneter	Johannes Dünner Beamter Stadt Köln	Dr. Jürgen Wilhelm Geschäftsführer Deutscher Entwicklungs- dienst	Udo Klemt Selbstständiger Rechtsanwalt
Peter-Ralf Müller Selbstständiger Kauf- mann Labortechnik	Udo Scharnhorst Pensionär	Eduard Wolf Prokurist Heilmittel- Vertriebsgesellschaft	Martin Stähr Studiendirektor a.D.
Leo Overath Rentner	Ivo Hurnik Regierungsangestellter	Ralf Wurth Abteilungsleiter Rheini- sche Kliniken Düsseldorf	Friedhelm J. Beucher Rektor
Christa Peters Sparkassenangestellte	Michael Wiegand Sparkassenangestellter	Simone Zens Sparkassenangestellte	Wolfgang Roth Sparkassenangestellter
Julia Richter Sparkassenangestellte	Stephan Heldmann Sparkassenangestellter	Ulla Zocher Sparkassenangestellte	Heribert Siefen Sparkassenangestellter
Wilhelm Schmitz Leitender Regierung- schuldirektor a.D.	Bernhard Breu Pensionär	Gerhard Zorn Landesverwaltungsrat Landschaftsverband Rheinland	Claudia Seydholdt Diplompsychologin unselbstständig
Karl-Heinz Sohn Sparkassenangestellter	Ottilie Kügler Sparkassenangestellte		

Sachverständige Mitglieder

Ernst Müller
Bürgermeister

Rolf Ischerland
Selbstständiger Unternehmer Werbeagentur

Teilnehmer mit beratender Stimme nach § 9 Abs. 3b SpkG NW

Hagen Jobi
Landrat

Frithjof Kühn
Landrat

Rolf Menzel
Landrat

Verwaltungsrat (seit 17.08.2006)

Vorsitzendes Mitglied
Werner Stump
Landrat

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Ralf Wurth
Abteilungsleiter Rheinische Kliniken Düsseldorf

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Adolf Hoffmann
Selbstständiger Kaufmann Holztechnik

3. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
Holger Müller MdL
Abgeordneter

Mitglied	Stellvertreter	Mitglied	Stellvertreter
Horst Adler Geschäftsführer im Bereich Abwassertechnik	Dr. Wolfgang Beckers- Schwarz Selbstständiger Diplomkaufmann	Harald Büttner Sparkassenangestellter (bis 31.12.2006)	Michael Wiegand Sparkassenangestellter
Margit Ahus Fraktionsgeschäfts- führerin	Michael Stefer Polizeibeamter	Manfred Nelles Sparkassenangestellter (seit 01.01.2007)	
Willy Axer Sparkassenangestellter	Ralf Krupp Sparkassenangestellter	Hildegard Diekhans Hausfrau	Wilhelm Moll Rentner
Horst Becker MdL Abgeordneter	Hans-Werner Müller Fraktionsgeschäftsführer	Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter	Michael Wiecki Selbstständiger Unter- nehmer Immobilien
Jürgen Becker Ministerialdirigent	Michael Solf MdL Abgeordneter	Sebastian Hartmann Student	Renate Bergholz Bürokauffrau
Peter Biesenbach MdL Abgeordneter	Paul Eßer Kaufmännischer Angestellter im Bereich EDV	Adolf Hoffmann Selbstständiger Kauf- mann Holztechnik	Dieter Heuel Verwaltungsleiter a.D.
Wilfried Bolender Sparkassenangestellter	Dieter Fromm Sparkassenangestellter	Wolfgang Horak Sparkassenangestellter	Rolf Glees Sparkassenangestellter
Anita Bolz Sparkassenangestellte	Peter Bourry Sparkassenangestellter	R. Mario Hudec Sparkassenangestellter	Stephan Heldmann Sparkassenangestellter

Josef Kings Rentner	Guido van den Berg Kaufmännischer Angestellter	Rolf Uebach Studiendirektor	Christa Schütz Hausfrau
Klaus Lennartz Vizepräsident des Deutschen Wirtschafts- verbandes	Helmut Latak Sozialarbeiter	Thomas Wallau Geschäftsführer	Ralf Offergeld Wirtschaftsprüfer / Steuerberater
Holger Müller MdL Abgeordneter	Johannes Dünner Beamter Stadt Köln	Rüdiger Warnecke Selbstständiger Unternehmer Immobilien	Horst Lambertz Angestellter
Peter-Ralf Müller Selbstständiger Kauf- mann Labortechnik	Udo Scharnhorst Pensionär	Karl-Heinz Weingarten Diplomingenieur unselbstständig	Arnold Biciste Geschäftsführer Caritas- verband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.
Leo Overath Rentner	Ivo Hurnik Regierungsangestellter	Dr. Jürgen Wilhelm Geschäftsführer Deutscher Entwicklungs- dienst	Udo Klemt Selbstständiger Rechtsanwalt
Christa Peters Sparkassenangestellte	Manfred Nelles Sparkassenangestellter (bis 31.12.2006)	Eduard Wolf Prokurist Heilmittel- Vertriebsgesellschaft	Martin Stähr Studiendirektor a.D.
	Marcus Nähser Sparkassenangestellter (seit 01.01.2007)	Ralf Wurth Abteilungsleiter Rheini- sche Kliniken Düsseldorf	Friedhelm J. Beucher Rektor
Julia Richter Sparkassenangestellte	Elke Müller Sparkassenangestellte	Simone Zens Sparkassenangestellte	Otilie Kügler Sparkassenangestellte
Wilhelm Schmitz Leitender Regierungs- schuldirektor a.D.	Bernhard Breu Pensionär	Ulla Zocher Sparkassenangestellte	Norbert Witt Sparkassenangestellter
Karl-Heinz Sohn Sparkassenangestellter	Heribert Siefen Sparkassenangestellter	Gerhard Zorn Landesverwaltungsrat Landschaftsverband Rheinland	Claudia Seydholdt Diplompsychologin unselbstständig
Ulrich Tepper Sparkassenangestellter	Christel Menten Sparkassenangestellte		

Sachverständige Mitglieder

Ernst Müller
Bürgermeister

Rolf Ischerland
Selbstständiger Unternehmer Werbeagentur

Klaus Pipke
Bürgermeister

Teilnehmer mit beratender Stimme nach § 9 Abs. 3b SpkG NW

Hagen Jobi
Landrat

Frithjof Kühn
Landrat

Rolf Menzel
Landrat

Vorstand der Kreissparkasse Köln**Vorsitzender:** Hans-Peter Krämer (bis 31.01.2006)

Alexander Wüerst (seit 01.02.2006)

Stellvertretender Vorsitzender: Josef Hastrich**Mitglieder:** Hans Seigner
Alexander Wüerst (bis 31.01.2006)
Wolfgang Schmitz
Dr. Klaus Tiedeken**Stellvertretende Mitglieder**
(§ 18 Absatz 2 Sparkassengesetz NW) Hartmut Georg
Volker Wolf

Folgende Vorstandsmitglieder der Kreissparkasse Köln sind Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsrates oder anderer Kontrollgremien u.a. in nachfolgend aufgeführten Gesellschaften:

Alexander Wüerst: Deutsche Leasing AG**Josef Hastrich**  Broker AG & Co. KG
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG**Dr. Klaus Tiedeken** Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG

Für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes der Kreissparkasse Köln wurden Gesamtbezüge in Höhe von 3.663.760,57 Euro gezahlt, für die Vorstandsmitglieder der Sparkasse Hennef (bis 30.05.2006) 215.052,36 Euro. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 6.466.699,00 Euro.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 3.687.820,47 Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 37.690.512,00 Euro.

Den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 1.116.440,34 Euro gewährt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit in den Aufsichtsorganen Gesamtbezüge in Höhe von 389.914,00 Euro, die Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Hennef (bis 30.05.2006) Gesamtbezüge in Höhe von 22.939,60 Euro. An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 13.773.875,73 Euro ausgereicht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:	
Vollzeitkräfte	2.671
Teilzeit- und Ultimokräfte	1.207
	3.878
Auszubildende	286
	4.164

Köln, 04. April 2007

Der Vorstand der Kreissparkasse Köln

Wüerst

Hastrich

Seigner

Schmitz

Dr. Tiedeken

3.2.1.6 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Kreissparkasse Köln aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel sowie Segmentberichterstattung - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2006 bis 31.12.2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Kreissparkasse Köln. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 27. April 2007

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

gez. Engel
Wirtschaftsprüfer

gez. Theemann
Wirtschaftsprüfer

Liste des Anteilsbesitzes des Konzerns Kreissparkasse Köln gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Stand 31.12.2006

1. Tochterunternehmen, die gemäß § 290 Abs. 2 HGB in den Konzernabschluss einbezogen werden

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital
1. KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln	100,00 %
2. KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Köln	100,00 %
3. KSK-FinanzVermittlung GmbH	Köln	100,00 %
4. KSK-Immobilien GmbH	Köln	100,00 %
5. KSK-Wagniskapital GmbH	Köln	93,20 %
6. maXimmo GmbH	Siegburg	100,00 %
7. PARETO GmbH	Köln	100,00 %
8. SOLUM Facility Management GmbH	Sankt Augustin	100,00 %

2. Tochterunternehmen, die gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht vollkonsolidiert werden

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital	Letzter Abschluss	Wirt- schaftl. EK letztes GJ für das ein JA vorliegt	Ergebnis letztes GJ für das ein JA vorliegt
				In Tsd. Euro	In Tsd. Euro
1. ATRIUM Königsdorf GmbH	Köln	94,00 %	2005	1002	902
2. KSK Köln Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln	100,00 %	2006	24	-1
3. KSK-Flächenentwicklung GmbH	Siegburg	100,00 %	2005	-33	48
4. PARETO Acht GmbH	Köln	75,00 %	2005	205	155
5. PARETO Neun GmbH	Köln	100,00 %	2005	24	-1
6. PARETO Vier GmbH	Köln	75,00 %	2005	51	1
7. PARETO Zehn GmbH	Köln	100,00 %	2005	24	-1
8. PARETO Zwei GmbH	Köln	100,00 %	2005	26	0
9. Profinanz Versicherungsmakler GmbH	Siegburg	100,00 %	2006	-388	123
10. Virtueller Marktplatz Rhein-Sieg Verwaltungs-GmbH i.L.	Siegburg	100,00 %	1)	1)	1)

3. Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen, die at Equity bewertet werden

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital
1. Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG	Siegburg	45,00 % 2)
2. Prosystems IT GmbH	Bonn	41,17 % 2)
3. VOSS Holding GmbH + Co. KG	Wipperfürth	32,50 % 3)

4. Gemeinschaftsunternehmen, die in Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB nicht einbezogen werden und assoziierte Unternehmen, die gemäß § 311 Abs. 2 HGB nicht at Equity bewertet werden

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital	Letzter Ab- schluss	Wirtschaftl. EK	Ergebnis	
				letztes GJ für das ein JA vorliegt	letztes GJ für das ein JA vorliegt	
				In Tsd. Euro	In Tsd. Euro	
1. ALPHA Bauträger GmbH	Siegburg	49,90%	2005	50	-43	2)
2. AutomotiveThermoTech GmbH	Bergisch Glad- bach	25,00%	2005	-151	-134	3)
3. b-onlife AG	Elsdorf - Hep- pendorf	28,69%	1)	1)	1)	3)
4. BusinessCampus Rhein-Sieg GmbH	Sankt Augustin	40,00%	2005	166	-31	3)
5. Colonius Carré Entwicklungsgesellschaft mbH	Köln	49,00%	2005	-1.860	-792	3)
6. Development Partner AG	Düsseldorf	25,00%	2005	-1.228	504	3)
7. ECR-Rheinauhafen Köln GmbH & Co. KG	Köln	40,00%	2005	1.883	-100	3)
8. ECR-Rheinauhafen Köln Verwaltung GmbH	Köln	40,00%	2005	22	2	3)
9. Entwicklungs-GmbH Eitorf (Sieg)	Eitorf	35,27%	2005	855	9	3)
10. FRANZISKANERHOF Brühl GmbH	Köln	33,00%	2004	-592	-297	3)
11. Gemeindeentwicklungsgesellschaft Rup- pichteroth mbH	Ruppichteroth	24,50%	2005	-20	6	3)
12. GeMeKom GmbH Gesellschaft zur Medien- und Kommunikationsentwicklung	Engelskirchen	40,00%	2005	-41	60	3)
13. Gesellschaft bürgerlichen Rechts Bonn-Ville	Köln	26,99%	4)	4)	4)	3)
14. Herrmann Voss Verwaltungsgesellschaft mbH	Wipperfürth	32,60%	5)	5)	5)	3)
15. KSA Verwaltungsgesellschaft mbH	Siegburg	45,00%	2005	26	1	2)
16. m & B Wohnbau GmbH	Siegburg	49,90%	2005	-93	181	2)
17. m + H Wohnbau GmbH	Siegburg	49,80%	6)	6)	6)	
18. m + K Wohnbau GmbH	Siegburg	49,80%	6)	6)	6)	
19. Makimono Grundstücksverwaltungsgesell- schaft mbH & Co. Objekte Kreishäuser Ber- gisch Gladbach KG	Mainz	39,00%	2005	-2.215	-245	3)
20. mRZ Wohnbau GmbH	Siegburg	49,80%	2005	-210	-239	2)
21. MUK Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH	Köln	40,00%	2006	29.312	11.353	
22. Occasio Entwicklungsgesellschaft mbH	Siegburg	49,95%	2005	111	0	2)
23. PARETO Sechs GmbH	Köln	49,00%	2005	1.672	-250	3)
24. PLB-PARETO Immobilien GmbH	Köln	49,00%	2005	11	-6	3)
25. Projekt-Entwicklungsgesellschaft mbH Swisttal	Swisttal	23,08%	2005	7	-95	3)
26. Projektgesellschaft M & N mbH	Siegburg	49,90%	2005	115	-114	2)
27. Projektgesellschaft Siegtal mbH	Siegburg	49,80%	2005	-28	-84	2)
28. Region Köln/Bonn Sparkasse GbR	Köln	33,33%	2005	5	0	3)
29. Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH	Bergisch Glad- bach	48,00%	2005	121	-148	3)
30. Rheinland Venture Capital GmbH & Co. KG	Köln	21,69%	6)	6)	6)	
31. Rheinwerk-Bonn RWB GmbH	Köln	36,10%	2005	-533	-584	3)
32. RSOB Rheinische Sparkassen Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	20,84%	2005	35.592	-8	3)
33. Service-Gesellschaft für Kartenzahlungssys- teme Rhein-Sieg mbH	Köln	34,00%	2005	122	1	3)
34. SfK Beteiligungsgesellschaft von Sparkas- sen Rhein-Sieg GbR	Gummersbach	22,00%	2005	13	0	3)
35. Silo-Rheinauhafen Köln GmbH & Co. KG	Köln	40,00%	2005	1.871	-111	3)
36. Silo-Rheinauhafen Köln Verwaltung GmbH	Köln	40,00%	2005	22	2	3)
37. Stadtcarré Wohnbau GmbH	Siegburg	49,90%	2005	-166	-266	2)
38. STaRT Hürth Zentrum für Technologie und Existenzgründung GmbH	Hürth	47,00%	2005	102	0	3)

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital	Letzter Abschluss	Wirtschaftl. EK	Ergebnis		
				letztes GJ für das ein JA vorliegt	letztes GJ für das ein JA vorliegt	In Tsd. Euro	In Tsd. Euro
39. Trowista - Troisdorfer Wirtschaftsförderungs- und Stadtmarketing-Gesellschaft mbH	Troisdorf	24,19%	2005	237	15	3)	
40. VISION Chancenkapital Gesellschaft der Sparkassen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mbH & Co. KG	Bonn	45,00%	2005	4.235	-1.511	3)	
41. VISION Chancenkapital Verwaltungsgesellschaft in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mbH	Bonn	50,00%	5)	5)	5)	2)	
42. Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Lohmar mbH	Lohmar	35,69%	2005	640	103	3)	
43. Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim	Bornheim	24,51%	2005	772	32	3)	
44. Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Neunkirchen-Seelscheid mbH	Neunkirchen-Seelscheid	24,51%	2005	81	-4	3)	
45. Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Windeck mbH	Windeck	30,84%	2005	716	-125	3)	
46. ZIPPEL COMMUNICATIONS GmbH	Elsdorf-Heppendorf	45,00%	2005	-26.317	-1.543	3)	
47. ZIPPEL NetMarket GmbH	Elsdorf-Heppendorf	35,00%	2005	-6.071	-121	3)	

5. Sonstige Beteiligungen im Sinne des § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital	Letzter Abschluss	Wirtschaftl. EK	Ergebnis		
				letztes GJ für das ein JA vorliegt	letztes GJ für das ein JA vorliegt	In Tsd. Euro	In Tsd. Euro
1. Acorus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burscheid KG	Pöcking	100,00%	2004	3	0	7)	
2. Rubidium Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Mainz	100,00%	2005	19	-23	7)	

- 1) Unternehmen in Liquidation oder Insolvenz; es liegen keine aktuellen Abschlüsse vor.
- 2) Gemeinschaftsunternehmen
- 3) Assoziierte Unternehmen
- 4) Unternehmen hat seinen Jahresabschluss nicht offen zu legen und es werden weniger als 50 % der Anteile gehalten
- 5) Unternehmen ohne eigene operative Geschäftstätigkeit (Vorratsgesellschaften bzw. Komplementär-GmbHs)
- 6) Gründungsunternehmen; es liegen noch keine Abschlüsse vor.
- 7) Bei diesen Gesellschaften werden zwar 100 % der Kommanditanteile gehalten, aber aufgrund der abweichenden Stimmrechtsverteilung sind indes sämtliche Control-Kriterien des § 290 Abs. 1 und 2 HGB nicht erfüllt. Ein maßgeblicher Einfluss gemäß § 311 Abs. 1 HGB liegt ebenfalls nicht vor.

3.2.2 Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007

des Konzerns der Kreissparkasse Köln, Land Nordrhein-Westfalen, Regierungsbezirk Köln

3.2.2.1 Konzernlagebericht

Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Kreditgewerbe

Eingebettet in einen anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft ist die deutsche Wirtschaft 2007 weiter gewachsen. Die Wachstumsdynamik hat sich gegenüber dem Vorjahr zwar abgeschwächt, doch entwickelte sich die Konjunktur besser als zu Jahresbeginn allgemein erwartet. Motoren des Wachstums waren erneut der Export und die Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum fiel dagegen als Wachstumsträger weitgehend aus. Die Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn, gestiegene Energiekosten und höhere Preise für Güter des täglichen Bedarfs verstärkten den Preisauftrieb und schmälerten den finanziellen Spielraum der privaten Haushalte. In der zweiten Jahreshälfte verunsicherte die Krise am US-Immobilienmarkt die Kapitalmärkte. Wachstum und Investitionstätigkeit blieben jedoch bis Ende 2007 intakt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Jahresverlauf stark verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte Ende des Jahres mit fast 40 Millionen den höchsten je in Deutschland registrierten Stand. Dank des Aufschwungs und der Beschäftigungszunahme verzeichneten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen erstmals seit der Wiedervereinigung einen insgesamt ausgeglichenen Staatshaushalt.

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft hat 2007 ebenfalls kräftig zugelegt. Das Wachstum – wie auf Bundesebene getragen vom Export und der Ausrüstungsgüterproduktion – entwickelte die größte Dynamik seit 15 Jahren. In den Branchen Chemie, Maschinenbau und Metallverarbeitung wurde zunächst ein Anhalten der guten Konjunktur auch für 2008 erwartet. Im Fahrzeugbau, in der produzierenden Industrie und der Baustoffwirtschaft sah die Zukunft nicht ganz so unbeschwert aus. Aktuelle Konjunkturdaten weisen inzwischen auf eine in 2008 weltweit deutlich schwächere Konjunktur hin. Entsprechend verhaltener wird von Experten die weitere inländische Wirtschaftsentwicklung beurteilt. In jüngeren Konjunkturumfragen der fünf rheinischen Industrie- und Handelskammern spiegelt sich dies in eingetrübten Konjunkturerwartungen der Unternehmen wider. Dank eines hohen Anteils innovativer Firmengründungen ist die rheinische Wirtschaft aber gerade auf Zukunftsmärkten gut positioniert. Erfreulich war 2007 die Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Die Erwerbstätigkeit nahm landesweit zu. Im Geschäftsgebiet der Kreissparkasse Köln waren die Kräfte des Aufschwungs ebenfalls deutlich zu spüren. Gut ein Drittel des Industrieumsatzes in den vier Trägerkreisen der Sparkasse wird im Ausland erzielt. Die Region profitierte entsprechend von der guten Exportkonjunktur. Bei gleichzeitig lebhafter Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern und einem hohen Gewicht des Dienstleistungssektors resultierte daraus auch im Wirtschaftsraum Köln/Bonn ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die deutsche Kreditwirtschaft war 2007 von einem unverändert intensiven Wettbewerb geprägt. Der daraus resultierende Preiswettbewerb um Marktanteile führte in Kombination mit der flachen bis inversen Zinskurve zu einem anhaltenden Ertrags- und Kostendruck. Die Krise am US-Immobilienmarkt löste eine bis heute andauernde Liquiditäts- und Vertrauenskrise an den internationalen Finanzmärkten aus. Die damit verbundene umfassende Neubewertung finanzieller Risiken, die in erster Linie den Markt für strukturierte Wertpapiere betraf, führte zu teilweise erheblichen Ergebnisbelastungen auch bei deutschen Kreditinstituten. Das Ende und Ausmaß der Finanzmarktkrise ist derzeit nicht zuverlässig abschätzbar.

Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung des Konzerns wird im Wesentlichen durch die Kreissparkasse Köln geprägt.

Segmentbezogene Informationen werden innerhalb der Notes dargestellt (vgl. Notes-Angaben <44> und <45>).

Geschäftsvolumen und Bilanzsumme

Geschäftsvolumen und Bilanzsumme	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Geschäftsvolumen	23.616,0	23.684,3	-68,3	-0,3
Bilanzsumme	23.169,9	23.218,3	-48,4	-0,2

Der Konzern Kreissparkasse Köln kann auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2007 zurückblicken. Der Fokus lag auf der Qualität des Neugeschäfts im Kreditgeschäft sowie auf der stärkeren Gewinnung bilanzwirksamer Kundeneinlagen. Gleichzeitig wurden Rückflüsse aus Eigenanlagen genutzt, um gezielt Refinanzierungen bei Kreditinstituten abzubauen.

Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualschulden) verringerte sich moderat um 68,3 Mio. Euro auf 23.616,0 Mio. Euro. Die Bilanzsumme reduzierte sich ebenfalls leicht um 48,4 Mio. Euro auf 23.169,9 Mio. Euro.

Kreditgeschäft

Kreditvolumen nach Risikovorsorge	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	17.135,0	16.826,2	308,8	1,8
Eventualschulden	446,1	466,0	-19,9	-4,3
Gesamt	17.581,1	17.292,2	288,9	1,7

Der anhaltende konjunkturelle Aufschwung hat im Vergleich zum Vorjahr die Kreditnachfrage deutlich belebt. Infolgedessen erhöhte sich das Kreditvolumen des Konzerns Kreissparkasse Köln (Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge und Eventualschulden) um 288,9 Mio. Euro auf 17.581,1 Mio. Euro.

Der Zuwachs entfiel fast ausschließlich auf das Firmenkundengeschäft. Das Zusagevolumen im Kreditgeschäft übertraf das Neugeschäft des Vorjahres erneut deutlich und entsprach damit den Erwartungen. Ausschlaggebend war eine aufgrund der weiterhin positiven konjunkturellen Entwicklung anhaltende Investitionsbereitschaft der mittelständischen Firmenkunden. Zu der erfreulichen Entwicklung hat insbesondere eine verstärkte Nachfrage nach Leasingfinanzierungen und öffentlichen gewerblichen Fördermitteln beigetragen. Bedingt durch das Zinsniveau wurden Finanzierungen mit langfristiger Zinsbindung bevorzugt. Infolge der konjunkturbedingt guten Liquidität vieler Firmenkunden nahm der Bedarf an kurzfristigen Krediten ab. Außerdem wurde der angestrebte Abbau im Großkundenkreditgeschäft, insbesondere im Bereich der Immobilienfinanzierung, konsequent fortgesetzt.

Die Ausleihungen an Privatkunden entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Ein Rückgang der Neubaugenehmigungen um 25 % in Nordrhein-Westfalen führte auch beim Konzern Kreissparkasse Köln zu einem Rückgang des Zusagevolumens, der aber nicht so stark ausfiel. Darüber hinaus leisteten die Privatkunden wie im Vorjahr vermehrt Sondertilgungen auf ihre Wohnungsbaufinanzierungen. Die Vorzieheffekte im Jahr 2006 aus der Anhebung der Mehrwertsteuer sowie die nach wie vor bestehende Konsumzurückhaltung wirkten sich negativ auf die Entwicklung des Konsumentenkreditgeschäftes aus.

Vom Gesamtbestand sind 8.674,3 Mio. Euro an Unternehmen und Selbstständige, 7.283,6 Mio. Euro an Private und 1.623,2 Mio. Euro an öffentliche Haushalte ausgeliehen.

Kreditvolumen nach Risikovorsorge aufgeteilt nach Kundengruppen	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Unternehmen und Selbstständige	8.674,3	8.342,0	332,3	4,0
Private	7.283,6	7.421,7	-138,1	-1,9
Öffentliche Haushalte	1.623,2	1.528,5	94,7	6,2
Gesamt	17.581,1	17.292,2	288,9	1,7

Eigenanlagen

Eigenanlagen	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	397,4	165,3	232,1	140,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	1.679,2	2.334,0	-654,8	-28,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Designated)	326,8	141,3	185,5	131,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Trading)	6,6	808,0	-801,4	-99,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.410,0	3.448,6	-1.038,6	-30,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	594,2	623,0	-28,8	-4,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Designated)	31,8	0,0	31,8	> 100,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Trading)	13,9	76,9	-63,0	-81,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	639,9	699,9	-60,0	-8,6
Gesamt	3.049,9	4.148,5	-1.098,6	-26,5

Die Eigenanlagen umfassen die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Positionen Finanzanlagen und Handelsaktiva. Insgesamt war ein Rückgang um 26,5 % auf 3.049,9 Mio. Euro zu verzeichnen.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere verringerten sich um 30,1 % auf 2.410,0 Mio. Euro. Die Abgänge resultieren überwiegend aus Verkäufen und Fälligkeiten von Papieren der Kategorien AFV-Trading und AFS.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Designated) beinhalten nahezu ausschließlich strukturierte Wertpapiere (insbesondere ABS-Papiere), die als separates Portfolio gesteuert werden.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verringerte sich um 8,6 % auf 639,9 Mio. Euro. Dieser Rückgang konzentrierte sich im Wesentlichen auf sonstige Investmentanteile der Kategorie AFV-Trading.

Anteilsbesitz

Anteilsbesitz	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (AFS)	550,4	444,9	105,5	23,7
Typisch stille Beteiligungen (LAR)	28,1	28,9	-0,8	-2,8
Anteile an assoziierten Unternehmen	36,8	27,9	8,9	31,9
Gesamt	615,3	501,7	113,6	22,6

Unter dem Begriff Anteilsbesitz des Konzerns werden die Beteiligungen, die Anteile an Tochterunternehmen (AFS) und die typisch stillen Beteiligungen (LAR) aus der Position Finanzanlagen sowie die assoziierten Unternehmen subsumiert. Der ausgewiesene Anteilsbesitz erhöhte sich um 113,6 Mio. Euro auf 615,3 Mio. Euro.

Ausschlaggebend für diesen Anstieg war zum einen die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der -Finanzgruppe mbH & Co. KG zum Kauf des Landesanteils der Landesbank Berlin Holding AG. Zum anderen wirkten sich Fair Value-Änderungen der Beteiligungen der Kategorie AFS und die Fortschreibung des Equity-Wertes eines assoziierten Unternehmens positiv aus.

Einlagengeschäft

Einlagenbestände	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.604,0	13.376,5	227,5	1,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.907,8	1.982,2	-74,4	-3,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	580,5	606,1	-25,6	-4,2
Gesamt	16.092,3	15.964,8	127,5	0,8

Die gesamten Einlagenbestände erhöhten sich um 0,8 % auf 16.092,3 Mio. Euro. Ungeachtet des anhaltend scharfen Wettbewerbs konnten durch attraktive Konditionen erwartungsgemäß stärker als im Vorjahr bilanzwirksame Kundeneinlagen gewonnen werden. Die Gewichte der verschiedenen Einlagenbestände haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter verschoben.

Einlagenbestände nach Produkten	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Spareinlagen	4.786,4	5.641,6	-855,2	-15,2
Hauseigene Emissionen	4.525,9	4.334,1	191,8	4,4
Sichteinlagen	2.969,9	2.863,7	106,2	3,7
Geldmarktkonten	1.089,8	918,8	171,0	18,6
Befristete Einlagen	2.681,5	2.166,6	514,9	23,8
Sonstige	38,8	40,0	-1,2	-3,0
Gesamt	16.092,3	15.964,8	127,5	0,8

Die Spareinlagen stellen trotz eines noch deutlicheren Rückgangs als im Vorjahr nach wie vor die wichtigste Refinanzierungsquelle dar. Der Bestand verringerte sich um 855,2 Mio. Euro auf 4.786,4 Mio. Euro. Die hohen Mittelabflüsse resultieren aus Rückgängen bei den normalverzinslichen Spareinlagen und aus Fälligkeiten von Einmalanlagen mit steigendem Zins und ☞ ExtraSparen.

Die befristeten Einlagen, die die Termineinlagen von Kunden und Institutionellen beinhalten, verbuchten aufgrund deutlich gestiegener Geldmarktsätze im vergangenen Jahr erhebliche Mittelzuflüsse. Der Gesamtbestand erhöhte sich um 514,9 Mio. Euro auf 2.681,5 Mio. Euro. Vor allem die Privatkunden stockten ihre befristeten Einlagen deutlich auf.

Der Bestand an hauseigenen Emissionen (Sparkassenbriefe, Inhaberschuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kapitalbriefe und Genussrechtskapital) wuchs um 4,4 % auf 4.525,9 Mio. Euro. Der Anstieg ist in erster Linie auf die Ausgabe kurzfristiger Sparkassenbriefe an Kunden zurückzuführen.

Obwohl die Kunden aufgrund der steigenden Geld- und Kapitalmarktzinsen für ihre finanziellen Dispositionen verstärkt befristete Einlagen und hauseigene Emissionen wählten, erhöhte sich der Bestand an Sichteinlagen und Tagesgeldanlagen um 277,2 Mio. Euro auf 4.059,7 Mio. Euro. Dieser Anstieg beruht vorwiegend auf Sichteinlagen von Firmenkunden und dem im Privatkundengeschäft neu eingeführten Geldmarktprodukt ☞ Tagesgeld-Online.

Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 76,0 % auf 1.198,3 Mio. Euro. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf vermehrte kurzfristige Geldanlagen bei anderen Kreditinstituten sowie auf erworbene Schuldscheindarlehen zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 6,5 % auf 5.052,2 Mio. Euro. In erster Linie wurden Refinanzierungen bei anderen Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen und Sparkassenbriefen zurückgeführt.

Wertpapierkommissionsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr erfreulich entwickelt. Aufgrund der anhaltend positiven Entwicklung der Wertpapiermärkte war weiterhin ein hohes Interesse von Privat- und Firmenkunden an bilanzneutralen Wertpapieren zu verzeichnen. Die im Kundenauftrag abgewickelten Umsätze stiegen um 10,3 % auf 8.056,2 Mio. Euro. Hieraus resultierte ein Nettoabsatz (Ankäufe abzüglich Verkäufe und Fälligkeiten) von 449,9 Mio. Euro, der somit deutlich über dem Wert des Vorjahres in Höhe von 131,2 Mio. Euro lag. Dies war im Wesentlichen durch den Absatz festverzinslicher Anleihen und von Investmentanteilen gekennzeichnet. Demgegenüber wurde das erreichte Kursniveau an den Aktienmärkten vielfach zu Gewinnmitnahmen genutzt.

Personal- und Sozialbereich

Ende 2007 beschäftigte der Konzern Kreissparkasse Köln 4.103 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten betrug 1.076. Mit 324 Auszubildenden wird eine unverändert hohe Ausbildungsquote ausgewiesen. Diese wird maßgeblich durch die Kreissparkasse Köln bestimmt. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten der Kreissparkasse Köln beträgt 18 Jahre und das Durchschnittsalter 41 Jahre. 32 % der bankspezifisch Beschäftigten weisen mit einem Hochschul-, Fachhochschul-, Lehrinstituts- oder Fachlehrgangsabschluss eine höhere Qualifizierung auf.

Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

Einschließlich des Konzernbilanzgewinns 2007 wird das Konzerneigenkapital (inklusive der Anteile anderer Gesellschafter) 1.646,4 Mio. Euro betragen. Im Sinne des KWG verfügt die Institutsgruppe Kreissparkasse Köln über weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zur Summe aus gewichteten Risikoaktiva und der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisikopositionen übertrifft mit 12,3 % zum 31.12.2007 deutlich die in Grundsatz I der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht festgelegte Mindestnorm von 8 %. Im Jahresverlauf schwankte die Gesamtkennziffer des Grundsatzes I zwischen 12,2 % und 12,6 %. Die Voraussetzungen für weiteres geschäftliches Wachstum sind somit gegeben.

Die größten Einzelpositionen auf der Aktivseite der Bilanz stellen mit 76 % die Forderungen an Kunden und mit 16 % die Finanzanlagen dar. Auf der Passivseite der Bilanz dominieren mit 59 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie mit 22 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Für die Adressenausfallrisiken des Konzerns ist angemessen Vorsorge getroffen. Die nach IFRS dotierte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft deckt alle derzeit erkennbaren Kreditrisiken ab. Die Risikovorsorge umfasst Einzel- und Portfoliowertberichtigungen. Letztere dienen der Abdeckung der Ausfälle aus bereits eingetretenen, aber auf Einzelfallbasis noch nicht erkannten Verluste. Den Risiken aus den übrigen Finanzinstrumenten der Kategorien AFS und LAR wurde bei Vorliegen eines Impairments durch Abschreibungen Rechnung getragen.

Die Zahlungsbereitschaft der Kreissparkasse Köln war jederzeit gewährleistet. Zur Erfüllung der Mindestreservenvorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Weitergehende Erläuterungen zur Steuerung von Liquiditätsrisiken und zur Einhaltung der Liquiditätskennziffer des Grundsatzes II der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht enthält der Risikobericht.

Ertragslage

Der Konzernjahresüberschuss erhöhte sich um 89,2 Mio. Euro auf 151,8 Mio. Euro. Das Ergebnis der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) wurde im Geschäftsjahr insbesondere durch zwei Effekte geprägt. Zum einen wurde das Ergebnis in besonderem Maße durch die aktuelle Lage der WestLB AG belastet. Nachdem sich die Anteilseigner zu Beginn des Jahres 2008 über eine Abschirmung der Bewertungsrisiken der Bank verständigten, hat die Kreissparkasse Köln in voller Höhe Vorsorge für den auf sie entfallenden Anteil an dieser Risikoabschirmung getroffen. Dies machte die außerplanmäßige Bilanzierung von finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Höhe von 56,6 Mio. Euro erforderlich. Zum anderen wurde das Ergebnis durch eine im Vergleich zum Vorjahr stark gegenläufige Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft geprägt.

Ohne Berücksichtigung dieser Sondereinflüsse bewegte sich das Ergebnis der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Geschäftsjahr 2007 auf zufriedenstellendem Niveau.

Ertragslage	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Zinsüberschuss	438,6	455,0	-16,4	-3,6

./.	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-41,2	182,7	-223,9	-122,6
=	Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	479,8	272,3	207,5	76,2
+	Provisionsüberschuss	121,2	119,5	1,7	1,4
+	Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	-28,6	-3,7	-24,9	-673,0
+	Handelsergebnis	29,3	10,1	19,2	190,1
+	Finanzanlageergebnis	32,8	41,4	-8,6	-20,8
+	Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	11,7	8,3	3,4	41,0
./.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	447,1	397,0	50,1	12,6
+	Sonstige betriebliche Erträge	36,1	32,2	3,9	12,1
./.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	19,0	22,1	-3,1	-14,0
=	Ergebnis vor Steuern	216,2	61,0	155,2	254,4
./.	Steueraufwand / Vorjahr: Steuerertrag	64,4	-1,6	66,0	4.125,0
=	Konzernjahresüberschuss	151,8	62,6	89,2	142,5

Der Zinsüberschuss reduzierte sich insbesondere aufgrund der flachen bis inversen Zinskurve um 3,6 % auf 438,6 Mio. Euro. Entlastend wirkten die Zinserträge aus wertberichtigten Forderungen (Unwinding) in Höhe von 39,4 Mio. Euro. Die Entwicklung des Zinsüberschusses entspricht den Erwartungen. Der Zinsüberschuss bleibt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle des Konzerns Kreissparkasse Köln.

Das Ergebnis der nach IAS 39 vorzunehmenden Risikovorsorge für Forderungen im Kreditgeschäft betrug -41,2 Mio. Euro nach 182,7 Mio. Euro im Vorjahr. Ausschlaggebend war insbesondere eine aufgrund der anhaltend positiven Konjunktorentwicklung deutliche Entspannung der Risikolage im Kreditgeschäft. Dies ist im Wesentlichen auf weiter verbesserte Ratingstrukturen sowie auf einen weiteren Rückgang des Sanierungsvolumens zurückzuführen. Darüber hinaus schlugen verfeinerte Datenverarbeitungsprogramme und Parameter zu Buche. Dies führte in der Folge zu deutlich rückläufigen Direktabschreibungen und Zuführungen zur Risikovorsorge auf der einen sowie gestiegenen Auflösungen von Einzelwertberichtigungen auf der anderen Seite.

Der Provisionsüberschuss hat sich erwartungsgemäß leicht um 1,7 Mio. Euro auf 121,2 Mio. Euro erhöht. Positiv wirkten sich das Wertpapiergeschäft und die Vermittlung von Immobilien aus, wohingegen die Provisionserträge aus dem Giro- und Zahlungsverkehr rückläufig waren.

Das Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften beläuft sich auf -28,6 Mio. Euro (Vorjahr: -3,7 Mio. Euro). Dies ist zum einen auf Bewertungsverluste von auf Portfoliobasis gesteuerten, strukturierten Wertpapieren sowie auf gesunkene Bewertungsgewinne von an Kreditinstitute ausgegebenen Sparkassenbriefen zurückzuführen. Zum anderen waren rückläufige Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse der im Rahmen der Fair Value-Option eingesetzten Derivate zu verzeichnen. Dies war durch die Schließung von Sicherungsgeschäften bedingt. Hiermit einhergehend war ein gestiegenes, negatives Zinsergebnis der in dieser Position enthaltenen Finanzinstrumente festzustellen.

Das Handelsergebnis erhöhte sich um 19,2 Mio. Euro auf 29,3 Mio. Euro. Ausschlaggebend waren gestiegene Zinserträge aus Wertpapieren des Handelsbestandes und eine positive Entwicklung des Bewertungs- und Veräußerungsergebnisses aus Handelsderivaten.

Das Finanzanlageergebnis verringerte sich um 8,6 Mio. Euro auf 32,8 Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren rückläufige Veräußerungsergebnisse aus dem Finanzanlagevermögen der Kategorie AFS.

Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen erhöhte sich infolge gesteigener anteiliger Jahresergebnisse um 3,4 Mio. Euro auf 11,7 Mio. Euro.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen betragen 447,1 Mio. Euro. Bereinigt um die Sonderbelastung durch die Risikoabschirmung für die WestLB AG haben sie erwartungsgemäß um 6,5 Mio. Euro auf 390,5 Mio. abgenommen.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
	Personalaufwand	220,9	226,5	-5,6	-2,5
+	Sachaufwand – ohne Risikoabschirmung WestLB AG –	146,4	149,5	-3,1	-2,1
+	Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	23,2	21,0	2,2	10,5
=	Gesamt – ohne Risikoabschirmung WestLB AG –	390,5	397,0	-6,5	-1,6
+	Risikoabschirmung WestLB AG	56,6	0,0	56,6	>100,0
=	Gesamt – inkl. Risikoabschirmung WestLB AG –	447,1	397,0	50,1	12,6

Der darin enthaltene Personalaufwand ist insbesondere aufgrund eines Einmaleffektes um 5,6 Mio. Euro auf 220,9 Mio. Euro gesunken. Der Sachaufwand verringerte sich, bereinigt um die beschriebene Sonderbelastung, trotz höherer Mehrwertsteuer aufgrund eines effizienten Kostenmanagements um 3,1 Mio. Euro auf 146,4 Mio. Euro. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte erhöhten sich um 2,2 Mio. Euro auf 23,2 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 3,9 Mio. Euro auf 36,1 Mio. Euro. Dies ist im Wesentlichen auf gestiegene Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 19,0 Mio. Euro um 14,0 % unter dem Vorjahreswert.

Der Steueraufwand beträgt 64,4 Mio. Euro (Vorjahr: Steuerertrag in Höhe von 1,6 Mio. Euro). Der hierin enthaltene laufende Steueraufwand verringerte sich um 13,0 Mio. Euro auf 0,7 Mio. Euro. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen begründet durch die zusätzlichen Aufwendungen aus der Risikoabschirmung für die WestLB AG. Darüber hinaus enthält das Jahresergebnis der Kreissparkasse Köln wie im Vorjahr teilweise steuerfreie Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen, Spezialfonds und sonstigen Investmentanteilen. Der latente Steueraufwand beträgt 63,7 Mio. Euro. Im Vorjahr war ein latenter Steuerertrag von 15,3 Mio. Euro zu verzeichnen. Wesentlicher Einflussfaktor war die Veränderung der latenten Steuern auf die Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Mit Beschluss der Zweckverbandsversammlung vom 03. Juni 2008 erfolgte eine Ausschüttung der Kreissparkasse Köln von 3,6 Mio. Euro zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an den Träger der Sparkasse.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernlageberichts verläuft die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage entsprechend den Erwartungen.

3.2.2.2 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

3.2.2.3 Risikoberichterstattung

Die Risikolage des Konzerns wird maßgeblich durch die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln bestimmt. Die Steuerung erfolgt auf Basis der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des deutschen Handelsrechts (HGB). Somit beziehen sich die Angaben innerhalb der Risikoberichterstattung grundsätzlich auf den handelsrechtlichen Einzelabschluss der Kreissparkasse Köln. Innerhalb des Risikomanagementsystems der Kreissparkasse Köln werden konzernrelevante Sachverhalte im Wege des Durchschauprinzips berücksichtigt.

Risikomanagement

Grundlagen

Die geschäftspolitischen Entscheidungen der Kreissparkasse Köln beruhen auf der laufenden Beurteilung des Verhältnisses von erzielbarer Rendite und einzugehenden Risiken unter konsequenter Sicherung der Risikotragfähigkeit. Daher ist die Identifikation und die exakte Messung aller wesentlichen Risiken Grundlage ihres Risikomanagementsystems.

Als Risiko bezeichnet die Kreissparkasse Köln dabei die Gefahr eines Verlustes oder Schadens durch eine ungünstigere als die ursprünglich erwartete Entwicklung. Sie steuert die Risiken auf Grundlage einer die Geschäftsstrategie ergänzenden Risikostrategie, die jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst wird. Diese Risikostrategie beschreibt die Ziele der Kreissparkasse Köln im Rahmen des Risikomanagements und die Strukturen, die sie zu diesem Zweck implementiert hat.

Die Kreissparkasse unterscheidet Marktpreisrisiken, Adressenrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken und sonstige Risiken (strategische Risiken, Geschäftsrisiken und Risiken aus Outsourcing). Wesentliche Bedeutung für die Risikosteuerung haben die Marktpreisrisiken, die Adressenrisiken, die Liquiditätsrisiken und die operationellen Risiken, da aus ihnen eine unmittelbare und kurzfristige Bedrohung der Kreissparkasse Köln resultieren könnte. Für diese wesentlichen Risikokategorien hat der Vorstand individuelle Teilstrategien in Kraft gesetzt.

Die Risikoarten werden auf unterschiedliche Weise berücksichtigt. Die quantifizierbaren Risikoarten (Marktpreisrisiken, Adressenrisiken, operationelle Risiken, Geschäftsrisiken) werden in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung aufgenommen, während die nicht quantifizierbaren Risikoarten durch Gestaltung der Prozesse oder durch zusätzliche Kennziffern neben der Risikotragfähigkeit gemanagt werden (strategische Risiken, allgemeines Liquiditätsrisiko, Risiken aus Outsourcing). Die Aggregation der Einzelrisiken zum Gesamtrisiko erfolgt konservativ ohne die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Organisation

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Von ihm werden dementsprechend alle wesentlichen Beschlüsse im Rahmen des Risikomanagements getroffen. Die zur Steuerung notwendigen Informationen über die Risikosituation des Hauses erhält der Vorstand von den marktunabhängigen Bereichen Risikocontrolling und Kredit-Risiko-Steuerung.

Maßnahmenvorschläge zur Steuerung bestimmter Risikoarten werden dem Vorstand durch zu seiner Unterstützung eingesetzte Ausschüsse vorgelegt. Dabei befassen sich der Bilanzstrukturausschuss mit Marktpreis- und Liquiditätsrisikosteuerung, das Kreditkomitee mit Adressenrisikosteuerung und der OpRisk-Ausschuss mit der Steuerung von operationellen Risiken. Das Gremium für neue Produkte koordiniert den Neue-Produkte-Prozess, bei dem alle mit einer Produkteinführung verbundenen Risiken analysiert werden. In den Ausschüssen sind jeweils Markt- und Überwachungsbereiche vertreten.

Mit dem Verwaltungsrat wird regelmäßig die Risikosituation der Kreissparkasse Köln erörtert, wobei die Detailinformationen in dem im Jahr 2007 gegründeten Risikoausschuss des Verwaltungsrates besprochen werden.

Der Zentralbereich Revision überzeugt sich im Rahmen seiner Aufbau- und Funktionsprüfungen von der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Risikotragfähigkeit

Bestimmung der Risikotragfähigkeit

Zur Begrenzung und Steuerung der Risiken hat die Kreissparkasse Köln ein Risikotragfähigkeitskonzept verabschiedet, das durch Gegenüberstellung von Risiken und Risikodeckungspotenzial die laufende Risikotragfähigkeit sichert. Das Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt sowohl die Wirkung der Risiken im laufenden Geschäftsjahr (GuV-Ebene) als auch die durch Risikoeintritt mögliche Barwertveränderung des Bestandsvermögens auf Jahressicht (Vermögensebene).

Der für die Fortführung der Kreissparkasse Köln notwendige Anteil des Risikodeckungspotenzials wird von ihr nicht zur Risikonahme eingesetzt. Diese Leitlinie zur Bestimmung des „einsetzbaren Risikodeckungspotenzials“ stellt sicher, dass der Kreissparkasse Köln auch bei Eintritt der Risiken ein ausreichendes Kernkapital verbleibt. Welcher Teil des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials tatsächlich zur Limitierung freigegeben wird, wird jährlich im Kontext der operativen Planung festgelegt.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial auf GuV-Ebene besteht aus dem modifizierten Gewinn vor Steuern, den Vorsorgereserven und Teilen der Sicherheitsrücklage. Zur Sicherung eines Mindestgewinnes durch rechtzeitige Risikoreduktion wird darüber hinaus täglich das sogenannte Gewinnrisikolimit überwacht, dessen Risikodeckungspotenzial aus Gewinn vor Steuern und Vorsorgereserven besteht. Im jahresbezogenen Limitsystem wird das Restjahr als Haltedauer für die Risikoberechnung angesetzt (Ausnahme: Marktpreisrisiken Handelsbuch mit Haltedauer 10 Tage), wobei bereits eingetretene Abweichungen zur Planung berücksichtigt werden. Für das Gewinnrisikolimit wird auch das Marktpreisrisiko der Liquiditätsreserve mit 10 Tagen Haltedauer berechnet. Das Konfidenzniveau der Value-at-Risk-Werte liegt bei 99 %.

Basis für das einsetzbare Risikodeckungspotenzial auf Vermögensebene ist das Bestandsvermögen der Kreissparkasse Köln auf Jahressicht. Die Risikolimits sind relativ zu dem Bestandsvermögen festgelegt, so dass sie sich automatisch der aktuellen Risikotragfähigkeit der Kreissparkasse Köln anpassen. Die zur Risikoberechnung unterstellten Haltedauern betragen auf der Vermögensebene 10 Tage für Marktpreisrisiken im Handelsbuch und 250 Tage für alle anderen Risiken. Das Konfidenzniveau der Value-at-Risk-Werte liegt bei 99 %.

Geschäfte dürfen von den operativen Bereichen nur im Rahmen der vorgegebenen Risiko- und Verlustlimits getätigt werden.

Berichtssystem zur Risikotragfähigkeit und Überwachung der Risikostrategien

Risikobericht nach MaRisk

Seit Ende 2007 erstellt der Bereich Risikocontrolling unter Beteiligung des Bereiches Kredit-Risiko-Steuerung quartalsweise einen umfassenden Risikobericht nach MaRisk, der dem Gesamtvorstand zugeleitet und im Rahmen einer Vorstandssitzung erörtert wird. Dieser Risikobericht löst die im Jahresverlauf 2007 noch getrennten Berichte der genannten Bereiche zu den einzelnen Risikoarten, insbesondere den Kreditrisikobericht nach MaK, ab.

Im Risikobericht wird die Risikosituation der Kreissparkasse Köln dargestellt, umfassend analysiert und beurteilt. Insbesondere wird die Entwicklung der Risikotragfähigkeit erläutert, wobei auch die Limitauslastungen untersucht werden.

Im Adressenrisikokapitel werden insbesondere die Entwicklung des Kreditportfolios (z. B. nach Branchenstruktur und Risikoklassen), die Einhaltung beziehungsweise Auslastung der Limitsysteme, die Entwicklung der Großkredite und bedeutender Engagements sowie der Geschäftsverlauf im Kreditgeschäft dargestellt. Besondere Beachtung findet dabei die Darstellung möglicher Konzentrationsrisiken.

Darüber hinaus wird detailliert über die Risiko- und Ergebnisentwicklung der mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen, d.h. über die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften und die Zinsrisiken im Anlagebuch, informiert. Ergänzend zu den Value-at-Risk-Werten werden die Ergebnisse von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen präsentiert.

Im Kapitel über Liquiditätsrisiken finden sich eine Analyse der Liquiditätskennziffernentwicklung und die Untersuchungen von Auswirkungen möglicher Entwicklungen auf die Liquiditätskennziffer.

Im Berichtsteil über operationelle Risiken wird eine Übersicht der GuV-wirksamen Schadensfälle gegeben. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden einmal jährlich im ergänzenden Bericht über operationelle Risiken erläutert.

Im abschließenden Kapitel werden die wesentlichen Annahmen und Parameter der Risikoermittlung dargestellt sowie gegebenenfalls über deren Änderungen berichtet.

Risikotragfähigkeitsbericht

Monatlich erstellt der Bereich Risikocontrolling einen Risikotragfähigkeitsbericht, der die aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnungen der GuV- und Vermögensebene sowie die Limitauslastungen nach Risikoarten umfasst.

Ad-hoc-Berichterstattung

Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und die Interne Revision weitergeleitet. Für alle wesentlichen Risiken sind risikoartenspezifische Entwicklungen definiert, die einen Ad-hoc-Bericht auslösen.

Risikomanagement der Risikoarten

Adressenrisiken

Adressenrisiken werden in Adressenausfall- und Bonitätsrisiken unterschieden. Dabei beinhaltet das Adressenausfallrisiko das Risiko eines Verlustes aufgrund des Ausfalls. Das Bonitätsrisiko spiegelt das Risiko von Verlusten aufgrund von Ratingverschlechterungen eines Geschäftspartners wider. Dies umfasst neben dem klassischen Kreditausfallrisiko auch Emittenten- und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Das Eingehen von Adressenrisiken im Kunden- und Eigenanlagengeschäft ist zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln. Die vom Vorstand festgelegte umfassende Adressenrisikostategie wird jährlich überprüft, gegebenenfalls angepasst und mit dem Verwaltungsrat erörtert.

Kernpunkt der Adressenrisikostategie ist die Vermeidung von Größenkonzentrationsrisiken durch die Festlegung von Obergrenzen für Engagements von Kreditnehmereinheiten sowie von ratingabhängigen Limiten für Kreditnehmer. Das Wachstum im breiten und diversifizierten Kreditgeschäft steht im Mittelpunkt der angestrebten Kreditportfolioentwicklung.

Der Einsatz von Ratingverfahren ist für die Kreissparkasse Köln bei der Adressenrisikosteuerung grundlegend. Während für Kunden der der Kreissparkasse Köln interne Ratings ermittelt werden, werden für Emittenten und Kontrahenten Ratings von externen Ratingagenturen verwendet. Diese Ratings werden auch in der Vertriebssteuerung, d.h. bei der Vor- und Nachkalkulation, eingesetzt. Sie sind zudem Grundlage des Kompetenzsystems der Kreissparkasse Köln.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Kreditrisikomanagements hat der Vorstand das Kreditkomitee installiert, das sich aus dem Markt- und dem Marktfolgevorstand sowie leitenden Mitarbeitern aus den jeweiligen Fachbereichen zusammensetzt. Dieses Gremium erarbeitet Vorschläge zu individuellen Engagementstrategien, in denen die Adressenrisikostategie der Kreissparkasse Köln konkretisiert wird.

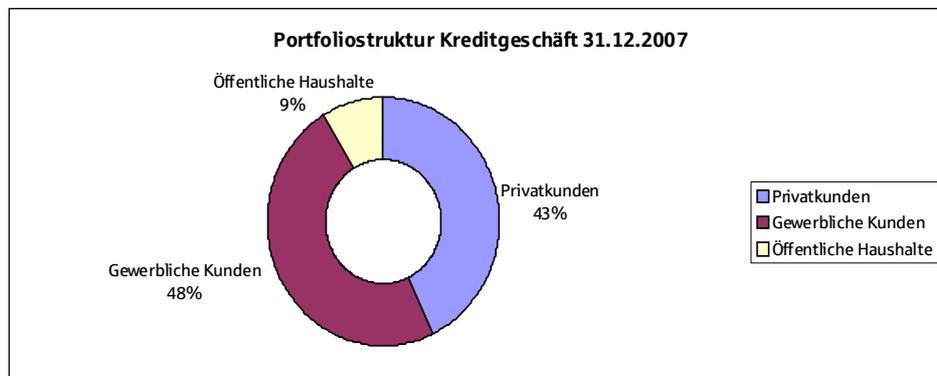
Mit der Kreditdatenbank Risikomanagementsystem (RMS) werden im Zentralbereich Kredit-Risikomanagement eine Vielzahl risikorelevanter Informationen auf Kundenebene analysiert. Hierdurch verfügt die Kreissparkasse Köln über eine hohe Transparenz der Struktur und Entwicklung des Kreditportfolios.

Zur Quantifizierung, Limitierung und Analyse der Adressenrisiken setzt die Kreissparkasse Köln das Kreditrisikomodell Credit Portfolio View (CPV) ein. CPV bewertet Kredit-, Kontrahenten-, Länder- und Anteilseignerrisiken, bildet Wechselwirkungen und Diversifikationseffekte innerhalb des Portfolios ab und berücksichtigt Schwankungen der Sicherheitenverwertung. CPV dient insbesondere der Identifizierung von Konzentrationsrisiken. Aus der ermittelten Verlustverteilung leiten sich der erwartete und der unerwartete Verlust ab. Der erwartete Verlust wird bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt, der unerwartete Verlust wird mit Risikokapital unterlegt.

Die Adressenrisiken bewegten sich in 2007 innerhalb der festgelegten Limite.

Adressenrisiken im Kreditgeschäft

Schwerpunkte des originären Kreditgeschäfts zum Stichtag 31.12.2007 sind mit 48 % (Vorjahr: 48 %) des Gesamtvolumens die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige sowie mit 43 % (Vorjahr: 43 %) die Kredite an Privatkunden.



Das Kundenkreditportfolio ist insgesamt bis auf wenige Ausnahmen gut diversifiziert. Beispielsweise sind 90 % der Positionen kleiner als 100 Tsd. Euro (Vorjahr: 90 %). Zur weiteren Verbesserung der Größenklassenstruktur wurde in 2007 eine Obergrenze für das Volumen von Kreditnehmereinheiten festgelegt. Die wenigen über dieser Grenze liegenden Engagements sollen mittelfristig zurückgeführt werden. Innerhalb der gewerblichen Kunden haben die Branchen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Wohnungswesen und Grundstückswesen mit zusammen 53 % einen wesentlichen Anteil am Portfolio der Kreissparkasse Köln (Vorjahr: 51 %). Der Credit-Value-at-Risk unter Einbeziehung des Beteiligungsportfolios (Konfidenzniveau 99 %, ein Jahr Haltedauer) beträgt zum Jahresende 103,7 Mio. Euro. Seine Berechnung berücksichtigt die Risikokonzentrationen des Kreditportfolios.

Im Kreditgeschäft wird das Adressenrisiko zunächst im Rahmen der einzelnen Kreditentscheidung durch individuelle Bonitätsprüfungen sowie die Ermittlung eines Bonitätsratings berücksichtigt. Hierzu werden die zentral entwickelten und qualitätsgesicherten Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe verwendet.

Mit der Einführung des Bestandsscorings bei Privatkunden hat die Kreissparkasse Köln zum 31.12.2007 eine Ratingabdeckungsquote von 92 % bezogen auf das Kreditvolumen im originären Kundenkreditgeschäft erreicht. Die Ratingqualität des Kreditportfolios hat sich im Berichtsjahr günstig entwickelt. Bei der Ratinggliederung nach Gesamtkreditvolumen befinden sich zum Jahresende bezogen auf die Ratingkategorien 1 bis 16 ca. 70 % des gewerblichen Volumens in den Kategorien 1 bis 8 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten (Vorjahr: 69 %).

Alle erkannten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind in ausreichendem Maße abgesichert. Entsprechend den Erwartungen ist das Nettobewertungsergebnis im Kreditgeschäft gegenüber 2006 deutlich zurückgegangen. Ebenso ist das betreute Volumen in der Sanierung weiter rückläufig.

Adressenrisiken aus Handelsgeschäften

Die von der Kreissparkasse Köln gehaltenen Wertpapiere unterteilen sich in eigen- und fremdgemanagte Anlagen. Im Bereich der eigengemanagten Anlagen werden strategiegemäß nur geringe Ausfallrisiken eingegangen.

Bei dem restlichen, fremdgemanagten Teil der Eigenanlagen (Publikums- und Spezialfonds) wird auf eine breite Streuung der Portfolios und damit auf Risikodiversifizierung geachtet.

Zur Optimierung der Kontrahentenrisiken und zur Sicherung von Linien im Rahmen der Liquiditätssteuerung wurden im Berichtsjahr Collateralvereinbarungen mit weiteren Geschäftspartnern abgeschlossen. Die risikoorientierten Limite für Wertpapieremittenten und Kontrahenten werden laufend durch den Bereich Analyse/Kreditservice überwacht.

Der Credit Value-at-Risk des Wertpapierportfolios (Konfidenzniveau 99 %, ein Jahr Haltedauer) beträgt zum Jahresende 27,8 Mio. Euro. Er berücksichtigt Ausfall- und Migrationsrisiken. Spreadrisiken werden als Marktpreisrisiken gemessen.

Adressenrisiken im Beteiligungsgeschäft

Die operative Steuerung der Beteiligungen erfolgt durch den Bereich Beteiligungen/Wagniskapital auf Basis von Vorstandsbeschlüssen. Die Beteiligungen der Kreissparkasse Köln werden nach ihren jeweiligen Beteiligungsmotiven klassifiziert. Neben den Beteiligungen zur Erfüllung von Sparkassenaufgaben geht die Kreissparkasse Köln auch renditeorientierte Beteiligungen ein, wobei allein die Beteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und an der Erwerbsgesellschaft der  Finanzgruppe mbH & Co. KG zusammen etwa 63 % des gesamten Beteiligungsportfolios ausmachen. In Relation zum Anteilsbesitz im IFRS-Konzernabschluss beträgt der Anteil rund 57 %.

Die Risikomessung und -beurteilung von Adressenrisiken im Beteiligungsgeschäft erfolgt gemeinsam mit dem Kreditportfolio, wodurch Diversifikationseffekte berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird das gebildete Gesamtportfolio auf Konzentrationsrisiken untersucht.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste, die sich aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter an den Finanzmärkten ergeben können. Marktpreisrisiken umfassen damit neben den bei der Kreissparkasse Köln dominierenden Zinsänderungsrisiken auch Spread-, Aktienkurs- und Währungsrisiken sowie durch Volatilitätsveränderungen verursachte Änderungen von Optionspreisen.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Risikomanagements hat der Vorstand den Bilanzstrukturausschuss eingerichtet, dem der Überwachungsvorstand und der Handelsvorstand sowie Vertreter der Zentralbereiche Treasury sowie Finanzen und Controlling angehören. Der Bilanzstrukturausschuss erarbeitet für den Vorstand Vorschläge zu Fragen der Risikotragfähigkeit und der Marktpreisrisiko- und Liquiditätsrisikosteuerung. Für die operative Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen ist der Zentralbereich Treasury zuständig.

Zur Absicherung von Marktpreisrisiken werden neben bilanziellen Instrumenten auch Derivate eingesetzt. Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der Zinsbuchsteuerung Swaps und Caps abgeschlossen. Kundengeschäfte in Derivaten werden einzeln durch entsprechende Gegengeschäfte abgesichert. Hierbei handelt es sich weit überwiegend um Swaps und Devisentermingeschäfte.

Im Handelsbuch werden Derivate auch in begrenztem Umfang zu Handelszwecken abgeschlossen.

Marktpreisrisiko aus Handelsgeschäften

Zur Messung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften verwendet die Kreissparkasse Köln das Value-at-Risk-Modul und den Kovarianz-Manager der Software SimCorp Dimension. Als Datenquellen für Kurse, Renditen und Volatilitäten sowie die eigene Ermittlung von Risikoparametern nutzt die Kreissparkasse Köln die Datenanbieter Reuters und Bloomberg.

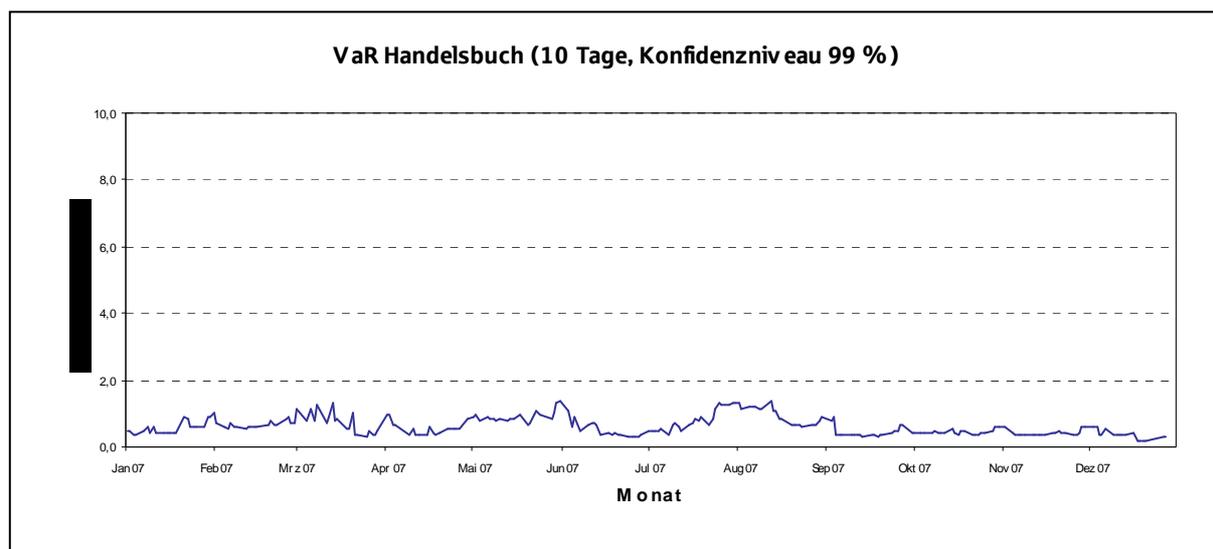
Der Value-at-Risk wird auf Basis einer Datenhistorie von 250 Handelstagen ermittelt. Auf der Vermögensebene erfolgt die Berechnung unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten, wohingegen auf der GuV-Ebene die Einzelrisiken ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten summiert werden. Das Backtesting der Marktpreisrisikomessung für Handelsgeschäfte führt die Kreissparkasse Köln regelmäßig durch.

Für die tägliche Berichterstattung über Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften erstellt der Bereich Risikocontrolling den mit dem Handel abgestimmten Tagesreport. Adressaten sind der Vorstand und die für Handel, Überwachung und Revision zuständigen Zentralbereichsleiter. Der Tagesreport umfasst die Handlungsergebnisse sowie die Tages- und Buchwerte von Wertpapieren. Auf der GuV-Ebene wird die aktuelle Auslastung des für die Liquiditätsreserve und den Handelsbestand im Rahmen des Gewinnrisikolimits zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials untersucht. Auf der Vermögensebene wird über die Risiken und die Auslastungen der Limite der Handelsgeschäfte berichtet.

Im Verlauf des Jahres 2007 lagen die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften der Kreissparkasse Köln sowohl auf der GuV- als auch der Vermögensebene durchweg im Rahmen der festgelegten Limite.

Marktpreisrisiko im Handelsbuch

Die Wertpapiere des Handelsbestandes und die Derivate werden in der IFRS-Konzernbilanz in den Bilanzpositionen Handelsaktiva bzw. -passiva ausgewiesen. Die Finanzinstrumente aus konsolidierten Spezialfonds werden entsprechend ihrer Kategorisierung den Bilanzpositionen Finanzanlagen, Handelsaktiva bzw. -passiva oder Forderungen an Kreditinstitute zugeordnet.



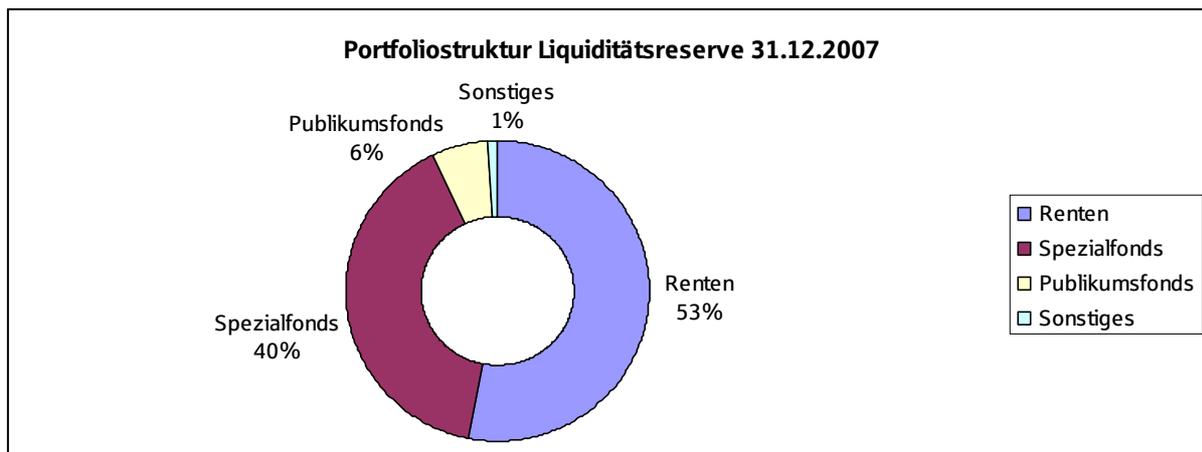
Der maximale Value-at-Risk des Handelsbuches betrug im Berichtsjahr 1,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5,4 Mio. Euro). Aufgrund dieses geringen Risikos und des hohen Anteils von Vorkaufgeschäften leistet das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften seit Jahren einen stabilen positiven Beitrag zum Betriebsergebnis der Kreissparkasse Köln.

Marktpreisrisiko der Liquiditätsreserve

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind in der Bilanzposition Finanzanlagen enthalten. Die Finanzinstrumente aus konsolidierten Spezialfonds werden entsprechend ihrer Kategorisierung in den Bilanzpositionen Finanzanlagen, Handelsaktiva bzw. -passiva oder Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

Das Wertpapierportfolio der Kreissparkasse Köln hat ein Volumen von etwa 3,3 Mrd. Euro und unterteilt sich im Wesentlichen in zwei Blöcke: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sehr guter Bonität (96 % der Papiere haben ein Rating von AAA – A) werden von der Kreissparkasse Köln vor allem mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung selbst gemanagt. Ein weiteres, gut diversifiziertes Wertpapierportfolio mit Anleihen unterschiedlichster Emittenten, Aktien und alternativen Investments wird in Spezial- und Publikumsfonds von spezialisierten Managern gesteuert. Hier sollen unter Risikobegrenzung Anlageerfolge erzielt werden.

Der Risikostrategie entsprechend wird im eigengemanagten Wertpapierbestand auch ein begrenztes



Portfolio mit Verbriefungspositionen (ABS) geführt (Volumen zum Jahresende: 289 Mio. Euro), bei dem nur Investitionen in beste Bonitäten zulässig sind (94 % der ABS-Papiere sind mit AAA, 4 % mit AA und 2 % mit A geratet). Zusätzlich wurden Größenbegrenzungen für Einzelengagements festgelegt.

Der regionale Schwerpunkt des ABS-Portfolios ist Europa (Anteil rund 85 %), etwa 10 % der Investitionen erfolgten in den USA. Schwerpunkt nach Assetklassen sind hypothekarisch – weit überwiegend auf Wohnimmobilien – besicherte Forderungen (Mortgage Backed Securities – MBS) mit etwa 50 % des Portfolios. Zirka 25 % der Papiere sind durch Unternehmenskredite gesichert, etwa 10 % durch Konsumentenforderungen. Weniger als ein Fünftel des Bestandes ist in mit sonstigen Vermögenswerten besicherten Collateralized Debt Obligations (CDO) angelegt.

Dieses Teilportfolio war von der Liquiditäts- und Vertrauenskrise am Kapitalmarkt betroffen, da sich die Wertverluste bei den US-Hypotheken-Verbriefungen auf den gesamten ABS-Markt übertrugen, wobei selbst die Spreads für Kreditstrukturen mit AAA-Rating signifikant anstiegen.

Zur Bewertung der Papiere zum Bilanzstichtag setzte die Kreissparkasse Köln auf den Abgleich verschiedener Datenquellen (vgl. Notes-Angabe <11>). Insgesamt war das Abschreibungsvolumen nach HGB aus ABS von rund 5 % des Bestandes für die Kreissparkasse Köln gut verkraftbar. Im IFRS-Konzernabschluss waren Fair Value Änderungen in gleicher Höhe zu verzeichnen. Aufgrund der unverändert sehr guten Ratingstruktur schätzt die die Kreissparkasse Köln die Wertaufholungschance für diese Investments als hoch ein. Es ist bisher zu keinen Leistungsstörungen gekommen.

Das Volumen von ABS-Papieren im zweiten Anlageschwerpunkt der Liquiditätsreserve – den Spezial- und Publikumsfonds – beträgt etwa 144 Mio. Euro, wovon gut 80 % über eine Bonität im Investment-Grade-Bereich verfügen. Es verteilt sich auf 89 Einzelpositionen und zwei Publikumsfonds, so dass das Portfolio breit gestreut ist. Die Ergebnisbelastung der Kreissparkasse Köln aus der Marktpreisbewertung dieses mittelbar gehaltenen ABS-Portfolios hielt sich in engen Grenzen.

Insgesamt enthalten die Wertpapiere der Liquiditätsreserve derzeit keine die Risikotragfähigkeit gefährdenden Marktpreisrisiken. Der Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99%, ein Jahr Haltedauer) beträgt zum Jahresende 170,9 Mio. Euro.

Im Rahmen der Aufstellung des IFRS-Konzernabschlusses haben keine wertaufhellenden Tatbestände vorgelegen, die zu einem zusätzlichen Bewertungs- bzw. Impairmentbedarf geführt haben.

Zinsrisiko im Anlagebuch

Die Kreissparkasse Köln geht zum Erreichen ihrer Ertragsziele Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch ein. Zinsänderungen wirken zum einen auf den Zinsüberschuss (GuV-Ebene), zum anderen auf den Barwert zinsensitiver Positionen (Vermögensebene). Die Kreissparkasse Köln setzt dementsprechend unterschiedliche Verfahren zur Risikomessung auf GuV- und Vermögensebene ein.

Auf der GuV-Ebene wird das Zinsüberschussrisiko mit Hilfe von periodenorientierten, dynamischen Zinselastizitätsbilanzen ermittelt. Zusätzlich werden im Rahmen von Sensitivitätsanalysen auf der Grundlage verschiedener Zinsszenarien auch mögliche mittelfristige Veränderungen des Zinsüberschusses analysiert.

Auf der Vermögensebene werden die Zinsänderungsrisiken für Kundenforderungen/-verbindlichkeiten mit Hilfe der Software S-Treasury berechnet. Implizite Optionen aus Passivprodukten werden dabei mit statistischer Ausübung und szenarioabhängiger optionaler Ausübung berücksichtigt. Variable Produkte fließen mit Hilfe der Methode der gleitenden Durchschnitte ein. Der Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99%, ein Jahr Haltedauer) beträgt zum Jahresende 114,0 Mio. Euro.

Ergänzend zur Risikoberechnung im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts werden alle zinstragenden Kunden- und Eigengeschäfte zum Zinsbuch zusammengefasst und analysiert. Dabei wird untersucht, ob die Cashflowstruktur ausgeglichen ist und die Risiko-Rendite-Relation auf der Effizienzlinie liegt. Das Risiko aus der Simulation des standardisierten Zinsschocks der BaFin (+130 Basispunkte bzw. -190 Basispunkte) lag weit unter den von der BaFin als meldepflichtig festgelegten 20 % des haftenden Eigenkapitals und inner- bzw. unterhalb des von der Kreissparkasse Köln in der Zinsrisikostategie festgelegten Zielkorridors.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht und/oder nicht in voller Höhe nachkommen zu können.

Für die Aufgaben des operativen Liquiditätsrisikomanagements ist der Zentralbereich Treasury zuständig. Die Funktion des Liquiditätsrisikocontrollings wird durch den Bereich Risikocontrolling ausgeübt.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement umfasst die operative tägliche Liquiditätssteuerung, die Liquiditätsplanung, die Beobachtung der Refinanzierungskosten, die Erschließung neuer Fundingquellen und die Strukturierung der Aktiva/Passiva. Zu den Aufgaben des Liquiditätsrisikocontrollings zählen die Überwachung und Dokumentation der Liquiditätsrisikopositionen sowie die Überwachung und das Risikoreporting der Liquiditätsrisiken an den Vorstand.

Zur Beurteilung des allgemeinen Liquiditätsrisikos orientiert sich die Kreissparkasse Köln an der Liquiditätskennzahl des Grundsatzes II der BaFin. Im Jahresverlauf 2007 schwankte diese monatlich ermittelte Kennziffer zwischen 1,60 und 1,82 und lag damit durchgehend deutlich über dem Mindestwert von 1.

Die Kreissparkasse Köln kombiniert den durch den Grundsatz II erfüllten quantitativen Ansatz der jederzeitigen Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit mit qualitativen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Hierzu gehören die Definition eines Engpasses und vorgelagerter Schwellenwerte sowie die tägliche Berechnung der Liquiditätskennzahl.

Zusätzlich wird für den im Falle eines Liquiditätsengpasses vorbereiteten Notfallplan eine Liquiditätsleiter, d.h. eine nach Prioritäten gegliederte Aufstellung der aktuellen Liquidität sowie sämtlicher Maßnahmen, mit denen kurzfristig Liquidität beschafft werden kann, vorgehalten. Damit wird im Falle einer Krisensituation die Reaktionszeit deutlich verkürzt.

Die Gefahr höherer Refinanzierungskosten wird durch die Bereitstellung von Risikodeckungspotenzial berücksichtigt.

Zur Beurteilung der Liquidität unter dem Einfluss von unerwarteten Ereignissen führt die Kreissparkasse Köln mindestens vierteljährlich Szenariobetrachtungen durch, die sowohl instituts- als auch marktspezifische Aspekte enthalten.

Auf Basis der Planzahlen und der Ergebnisse der Szenariobetrachtungen erwartet die Kreissparkasse Köln auch weiterhin eine solide Liquiditätssituation.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Identifikation von operationellen Risiken erfolgt durch die „Risikoinventur“ und die „Schadensfalldatenbank“.

Die Kreissparkasse Köln steuert den operationellen Bereich (Gestaltung der Prozesse, technisch-organisatorische Ausstattung, personelle Ressourcen) mit dem Ziel, ein unter Kosten- / Nutzenaspekten sinnvolles Risikoniveau einzunehmen. Der Fokus der Steuerung liegt auf den „bedeutenden Schadensfällen“ und den „wesentlichen operationellen Risiken“. Das sind Schadensfälle ab einer Höhe von 500 Tsd. Euro bzw. Risiken, die solche Schadensfälle auslösen können.

Im OpRisk-Ausschuss, der bei Bedarf, mindestens aber jährlich zusammentrifft, sind die Zentralbereiche Finanzen und Controlling, Organisation, Personal und Revision vertreten, um vor dem Hintergrund der Analysen aus der Schadensfalldatenbank und der Risikoinventur gemeinsam mit dem OpRisk-Verantwortlichen aus dem Bereich Risikocontrolling mögliche Maßnahmen zu prüfen und dem Vorstand vorzuschlagen.

Werden wesentliche operationelle Risiken erkannt, so sind auf der Basis der Ursachenanalyse Maßnahmen vorgesehen, welche die Eintrittswahrscheinlichkeit auf ein tolerables Maß senken und/oder die Verluste im Schadensfall begrenzen. Sind Steuerungsmaßnahmen im Sinne eines aktiven Managements nicht möglich oder unrentabel, verzichtet die Kreissparkasse Köln auf aktive Steuerungsmaßnahmen und trägt die möglichen Verluste. Hierfür hält die Kreissparkasse Köln im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts Risikodeckungspotenzial bereit.

Bis zur Implementierung komplexerer Methoden wird auf Basis der Schadensfalldatenbank und des nach den Vorschriften für den Basisindikatoransatz gemäß Basel II errechneten Anrechnungsbetrags eine Value-at-Risk-Größe für operationelle Risiken ermittelt, die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einfließt.

Im Berichtsjahr ergab sich für die Kreissparkasse Köln nur ein bedeutender Schadensfall.

Sonstige Risiken

Absatzrisiken werden im Rahmen der Vertriebssteuerung gemanagt. Der strategischen Positionierung gegen Absatzrisiken dienen das breite Produktangebot, die regionale Heterogenität, die Multi-Kanalstrategie und Kundenbindungskonzepte.

Der Gefahr steigender Kosten begegnet die Kreissparkasse Köln durch ein Budgetierungsverfahren und laufende Überwachung der Kostenentwicklung. Strategisch positioniert sie sich über die laufende Optimierung der Prozesse, geeignete Outsourcingmaßnahmen und die langfristig angelegte Steuerung der Personalkapazitäten.

Zur Unterlegung mit Risikokapital werden Absatz- und Kostenrisiken durch vereinfachte Verfahren pauschaliert berechnet.

Für die nicht quantifizierbaren sonstigen Risiken hat die Kreissparkasse Köln steuernde Prozesse installiert.

Die Kreissparkasse Köln hat zur Begleitung von Auslagerungsprozessen den Bereich Dienstleistungsmanagement eingerichtet, der u. a. für die operative Begrenzung der Risiken aus Outsourcing zuständig ist.

Zur Berücksichtigung strategischer Risiken werden im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses die Grundlagen des Geschäftsmodells überprüft und die notwendigen strategischen Impulse entwickelt. Weiterhin wird durch das externe Rating eine Qualitätssicherung der Geschäftsstrategie erreicht.

Gesamtrisikosituation

Die Kreissparkasse Köln steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt ihrer Geschäfte entspricht. Die jeweiligen Gesamtrisiken haben im Jahr 2007 an keinem der Stichtage das entsprechende eingesetzte Risikodeckungspotenzial überschritten.

Die Kreissparkasse Köln geht davon aus, dass sich vor dem Hintergrund der Geschäftsstrategie mit dem Ziel eines stetigen und nachhaltigen Wachstums im breiten und kleinteiligen Geschäft die Gesamtrisiken weiterhin im Rahmen der eingesetzten Risikodeckungspotenziale bewegen werden. Sie beabsichtigt, die eingesetzten Risikodeckungspotenziale beizubehalten.

3.2.2.4 Prognosebericht

Im Prognosebericht der Kreissparkasse Köln werden die wesentlichen Chancen und Risiken erläutert und beurteilt. Da die nachfolgenden Ausführungen auf Annahmen beruhen, können die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Die Kreissparkasse Köln verfügt über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd eingreifen zu können. Aussagen zur Risikolage sind im Risikobericht enthalten.

Die Ausführungen zur Entwicklung der Segmente beziehen sich auf den handelsrechtlichen Einzelabschluss der Kreissparkasse Köln.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur hat in Folge der US-Immobilienkrise und der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten an Dynamik eingebüßt und es deutet sich an, dass die globale Wachstumsrate in den nächsten Monaten weiter spürbar zurückgehen wird. Dabei dürfte die konjunkturelle Entwicklung rund um den Globus recht unterschiedlich ausfallen. Während die meisten Industrienationen die Konjunkturschwäche deutlich zu spüren bekommen sollten, dürften die Wachstumsniveaus in den aufstrebenden Volkswirtschaften zwar vergleichsweise hoch bleiben, die Dynamik aber ebenfalls nachlassen.

Die deutsche Konjunktur präsentiert sich im gegenwärtigen Umfeld erstaunlich robust. Deutschland profitiert aktuell in hohem Maße von der Globalisierung sowie der Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre und wird wohl am wenigsten in der EWU von der kräftigen Aufwertung des Euro in Mitleidenschaft gezogen. Vor dem Hintergrund der sich abkühlenden Weltkonjunktur haben sich die Wachstumsaussichten dennoch deutlich eingetrübt. Schon jetzt sind einige der wichtigsten Handelspartner Deutschlands ins Straucheln geraten, was die Exportperspektiven dämpft. Zu nennen sind hier vor allem die großen EWU-Länder, von denen Spanien und Italien am schlechtesten abschneiden, da ihre strukturellen Ungleichgewichte und Schwächen (der Immobilienmarkt in Spanien, die Wettbewerbsfähigkeit in Italien) das Wachstum hemmen. In Frankreich hat die Inflationsbeschleunigung spürbare negative Folgen.

Außerdem könnten kräftige Lohnerhöhungen in zahlreichen Sektoren der deutschen Volkswirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten Quartalen belasten. Zwar stützt die Beschleunigung des Lohnanstiegs den privaten Konsum, doch es bleibt zu berücksichtigen, dass die Lohnzuwächse bis dato nur zum Teil direkt in den privaten Konsum flossen. Daran dürfte sich in naher Zukunft nur wenig ändern. Die Inflation hat sich seit Jahresmitte 2007 angesichts deutlich steigender Rohstoffpreise deutlich beschleunigt, so dass der reale Lohnzuwachs nur gering ausfiel, was die Ausgabenbereitschaft der Verbraucher drückte. Ein Blick auf die gedämpften Einkommenserwartungen lässt vermuten, dass der private Konsum auch in nächster Zeit verhalten bleiben wird. Alles in allem dürfte sich das BIP-Wachstum in den nächsten Quartalen daher spürbar verlangsamen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) befindet sich angesichts des hier skizzierten Makroumfelds in einem Dilemma. Auf der einen Seite spricht die deutlich über der Zielmarke liegende Inflationsrate und die anziehenden Inflationserwartungen für ein schnelles Handeln und eine Straffung der Zinszügel, auf der anderen Seite würden Zinserhöhungen die ohnehin angegriffene Konjunkturlandschaft weiter belasten. Auch wenn die EZB vorrangig der Preisniveaustabilität verpflichtet ist, dürfte die zu beobachtende merkbare Abschwächung der Konjunkturindikatoren die EZB von weiteren Leitzinserhöhungen abhalten. Die konjunkturelle Abkühlung, der erwartete weitere Ölpreisrückgang sowie das durch die letzte Zinserhöhung auf 4,25 % gestiegene Zinsniveau sollten ausreichen, die Inflation im Zaum zu halten. Zudem darf nicht übersehen werden, dass der Zins für Dreimonatsgeld vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise noch immer deutlich über dem Leitzins liegt. Zusammen mit der kräftigen Euro-Aufwertung, die ebenfalls nachfragedämpfend wirkt, bedeutet dies bereits eine spürbare Verschärfung der monetären Rahmenbedingungen. Sollten die Inflationserwartungen jedoch weiter steigen, ist zu erwarten, dass die EZB im Zweifel für die Preisstabilität und gegen die Konjunktur entscheiden und die Zinszügel erneut anziehen wird.

Konzern Kreissparkasse Köln

Angesichts der erwarteten konjunkturellen Rahmenbedingungen verfolgt der Konzern Kreissparkasse Köln erneut das Ziel eines moderaten, stetigen Wachstums des Geschäftsvolumens. Im Firmenkundenkreditgeschäft ist ein höherer Zuwachs als im Jahr 2007 geplant, wobei der Fokus weiterhin auf der Qualität des Neugeschäfts liegen soll. Im Privatkundengeschäft soll die starke Marktstellung durch eine qualitativ hochwertige Beratung weiter gefestigt und ausgebaut werden. Dies wird sich dann auch positiv auf das bilanzneutrale Wertpapiergeschäft auswirken. Insbesondere dürften Vorzieheffekte aufgrund der ab 2009 in Kraft tretenden Abgeltungsteuer zum Tragen kommen. Wesentliche Ansätze zur Ausweitung des Verbundgeschäftes bieten sich weiterhin im Bereich der Vermittlung der privaten Altersvorsorge, der Versicherungen sowie der Leasingfinanzierungen.

Vor dem Hintergrund einer sehr flachen Zinsstruktur ist im Jahr 2008 mit einem deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses zu rechnen.

Nach wie vor wird einer kontinuierlichen Steigerung des Ergebnisbeitrages aus dem Provisionsgeschäft eine hohe Bedeutung beigemessen. Hier wird von leicht steigenden Erträgen ausgegangen.

Bei den Personalaufwendungen ist aufgrund des Einmaleffektes im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie der erfolgten Tarifierhöhungen mit einem steigenden Aufwand zu rechnen. Die Sachaufwendungen dürften wieder wesentlich von den Kosten für ausgelagerte Dienstleistungen geprägt sein. Insgesamt erwartet die Kreissparkasse Köln, dass die Sachaufwendungen – bereinigt um den oben genannten Sondereffekt des Geschäftsjahres 2007 – leicht steigen.

Unter Berücksichtigung der beschriebenen Sondereffekte wird für das Geschäftsjahr 2008 mit deutlich geringeren Auflösungen von Einzelwertberichtigungen und folglich mit einer Nettozuführung im Kreditgeschäft gerechnet. Die Bewertungsergebnisse aus den eigenen Wertpapieren sind abhängig von den weiteren Entwicklungen an den Finanz- und Kapitalmärkten. Beim derzeitigen Marktumfeld ist von einer höheren Belastung des Konzernjahresüberschusses auszugehen.

Für die Segmente Firmenkunden, Kommunen und Privatkunden wird bei einem leicht sinkenden Zinsüberschuss, einem leicht verbesserten Provisionsüberschuss sowie einem weiter rückläufigen Bewertungsergebnis ein insgesamt leicht verbessertes Ergebnis vor Steuern erwartet.

Im Segment Institutionelle/Eigengeschäft dürfte sich der Zinsüberschuss weiter rückläufig entwickeln. Angesichts der vorherrschenden Eintrübungen an den internationalen Kapitalmärkten ist ein höheres Bewertungsergebnis und somit auch ein sinkendes Ergebnis vor Steuern zu erwarten.

Insgesamt werden für das laufende und das kommende Jahr weiter eine stabile Geschäftsentwicklung, jedoch Konzernjahresüberschüsse unterhalb des durch Sondereinflüsse geprägten Ergebnisses 2007 erwartet. Der Konzern Kreissparkasse Köln ist zuversichtlich, das Konzerneigenkapital auf Basis der eigenen Ertragskraft weiter angemessen stärken zu können.

Köln, 10. September 2008

Der Vorstand der Kreissparkasse Köln

Wüerst

Hastrich

Seigner

Schmitz

Dr. Tiedeken

3.2.2.5 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS

für die Zeit vom 01. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007

Konzern der Kreissparkasse Köln					
	Notes	Mio. Euro	Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Zinsüberschuss	<34>				
Zinserträge		1.107,9			1.060,9
Zinsaufwendungen		<u>669,3</u>			605,9
			438,6		455,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	<35>		<u>-41,2</u>		182,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge				479,8	272,3
Provisionsüberschuss	<36>				
Provisionserträge			131,6		129,1
Provisionsaufwendungen			10,4		9,6
				121,2	119,5
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	<37>			-28,6	-3,7
Handelsergebnis	<38>			29,3	10,1
Finanzanlageergebnis	<39>			32,8	41,4
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	<40>			11,7	8,3
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	<41>			447,1	397,0
Sonstige betriebliche Erträge	<42>			36,1	32,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<42>			19,0	22,1
Steueraufwand / Vorjahr: Steuerertrag	<43>			64,4	-1,6
Konzernjahresüberschuss				151,8	62,6
Minderheitenanteile am Konzernjahresüberschuss				0,1	0,0
Konzernjahresüberschuss nach Minderheitenanteilen				151,7	62,6

3.2.2.6 Konzernbilanz nach IFRS

zum 31.12.2007

Aktiva			
		31.12.2007	31.12.2006
	Notes	Mio. Euro	Mio. Euro
Barreserve	<46>	375,9	486,2
Forderungen an Kreditinstitute	<47>	1.198,3	680,8
Forderungen an Kunden	<48>	17.509,8	17.374,9
Risikovorsorge	<49>	-376,9	-550,1
Handelsaktiva	<50>	487,0	1.060,5
Langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte	<51>	1,5	0,9
Finanzanlagen	<52>	3.607,9	3.737,4
Anteile an assoziierten Unternehmen	<53>	36,8	27,9
Sachanlagen	<54>	156,8	169,5
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	<55>	91,6	91,5
Immaterielle Vermögenswerte	<56>	8,5	9,0
Steueransprüche aus laufenden Steuern	<57>	14,3	20,3
Steueransprüche aus latenten Steuern	<58>	13,3	62,0
Sonstige Aktiva	<59>	45,1	47,5
Summe der Aktiva		23.169,9	23.218,3

Passiva			
		31.12.2007	31.12.2006
	Notes	Mio. Euro	Mio. Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	<60>	5.052,2	5.402,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	<61>	13.604,0	13.376,5
Handelspassiva	<62>	108,2	101,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	<63>	1.907,8	1.982,2
Rückstellungen	<64>	152,4	119,5
Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern	<65>	5,8	16,0
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	<66>	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	<67>	580,5	606,1
Sonstige Passiva	<68>	112,6	82,8
Eigenkapital	<69>		
Gewinnrücklagen		1.355,7	1.301,7
Neubewertungsrücklage		138,6	166,6
Anteile im Fremdbesitz		0,4	0,4
Konzernbilanzgewinn		151,7	62,6
gesamt:		1.646,4	1.531,3
Summe der Passiva		23.169,9	23.218,3

3.2.2.7 Eigenkapitalveränderungsrechnung

Angaben in Mio. Euro	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Konzerngewinn	Eigenkapital vor Fremdanteilen	Anteile im Fremdbesitz	Konzern-eigenkapital
Bestand zum 01. Januar 2006	1.263,7	174,2	18,2	1.456,1	0,4	1.456,5
Neubewertungsrücklage						
(a) Marktbewertung Finanzinstrumente		15,1			0,0	
(b) Übertragung in die GuV		-41,5			0,0	
(c) Währungsumrechnung von nicht monetären Finanzinstrumenten		3,9			0,0	
(d) erfolgsneutrale tatsächliche Steuern		3,4			0,0	
(e) erfolgsneutrale latente Steuern		10,9			0,0	
Veränderung der Neubewertungsrücklage		-8,2		-8,2	0,0	-8,2
Konzernjahresüberschuss			62,6	62,6	0,0	62,6
Betrag, der in der laufenden Periode in die Gewinnrücklagen eingestellt wurde	11,5	0,0	-11,5	0,0	0,0	0,0
Ausschüttung	0,0	0,0	-6,7	-6,7	0,0	-6,7
Veränderung im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	26,5	0,6	0,0	27,1	0,0	27,1
Bestand zum 31. Dezember 2006	1.301,7	166,6	62,6	1.530,9	0,4	1.531,3
Neubewertungsrücklage						
(a) Marktbewertung Finanzinstrumente		6,3			0,0	
(b) Übertragung in die GuV		-35,3			0,0	
(c) Währungsumrechnung von nicht monetären Finanzinstrumenten		-10,5			0,0	
(d) erfolgsneutrale tatsächliche Steuern		-3,5			0,0	
(e) erfolgsneutrale latente Steuern		15,0			0,0	
Veränderung der Neubewertungsrücklage		-28,0		-28,0	0,0	-28,0
Konzernjahresüberschuss			151,7	151,7	0,1	151,8
Betrag, der in der laufenden Periode in die Gewinnrücklagen eingestellt wurde	55,2		-55,2			
Ausschüttung	0,0		-7,4	-7,4		-7,4
Veränderung im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	-1,2		0,0	-1,2	-0,1	-1,3
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.355,7	138,6	151,7	1.646,0	0,4	1.646,4

3.2.2.8 Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 01. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007

Teil I		
	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Konzernjahresüberschuss	151,8	62,6
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirks. Posten / Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- u. Finanzanlagen, Immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties	-39,4	221,1
Veränderung der Pensions- und sonstigen Rückstellungen	32,9	-4,1
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-21,4	-18,0
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-39,8	-51,2
Sonstige Anpassungen	-339,2	-461,2
Veränderung des Vermögens / der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	-513,9	335,8
Forderungen an Kunden	-212,2	-291,5
Handelsaktiva	588,3	-776,3
Sonstige Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	2,4	-2,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-335,9	118,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	236,5	-24,2
Einzahlungen aus der Emission von verbrieften Verbindlichkeiten	393,1	708,1
Auszahlungen aus der Rückzahlung von verbrieften Verbindlichkeiten	-473,0	-381,3
Handelspassiva	6,5	22,4
Sonstige Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	29,7	-6,1
Zinsen/Dividenden und Steuerzahlungen		
Gezahlte Zinsen	-683,4	-629,2
Erhaltene Zinsen	1.054,3	1.056,2
Erhaltene Dividenden	16,4	9,9
Ertragsteuerzahlungen / -erstattungen	-8,3	-7,4
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-154,6	-118,8

Fortsetzung der Kapitalflussrechnung auf der nächsten Seite.

Teil II		
	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-154,6	-118,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	3.058,2	2.742,6
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	1,1	3,0
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit	0,0	10,1
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-2.966,9	-2.380,9
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	-16,4	-24,7
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	76,0	350,1
Auszahlungen an den Träger der Kreissparkasse Köln und Minderheitsgesellschafter	-7,4	-6,7
Einzahlungen aus der Emission von Nachrangkapital	1,4	6,2
Auszahlungen aus der Rückzahlung von Nachrangkapital	-25,7	-40,2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-31,7	-40,7
Zahlungsmittelbestand am Ende des letzten Geschäftsjahrs	486,2	295,6
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-154,6	-118,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	76,0	350,1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-31,7	-40,7
Zahlungsmittelbestand am Ende des Berichtsjahrs	375,9	486,2

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Zahlungsmittelfonds des Konzerns der Kreissparkasse Köln zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- operativen Geschäftstätigkeit,
- der Investitionstätigkeit sowie der
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Zahlungsmittelfonds übergeleitet. Dieser entspricht der Bilanzposition Barreserve (vgl. Notes-Angabe <46>).

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode bestimmt. Danach wird der Konzernjahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt.

Da Zins- und Dividenden- sowie Steuerzahlungen nach IAS 7 gesondert gezeigt werden müssen, wird der Jahresüberschuss zunächst in der Position „Sonstige Anpassungen“ um das Zinsergebnis sowie erfolgswirksam erfasste Steuern bereinigt.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in der langfristigen Investition beziehungsweise Nutzung begründet ist.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Eigenkapitalveränderungen durch Auszahlungen an den Träger der Kreissparkasse Köln sowie Cashflows aus der Bereitstellung beziehungsweise Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten, die aufsichtsrechtlich dem Eigenkapital zuzurechnen sind, gezeigt.

Im Allgemeinen ist der Kapitalflussrechnung bei Kreditinstituten eine geringe Aussagekraft beizumessen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Die Erstellung der Kapitalflussrechnung erfolgte gemäß den Vorschriften des IAS 7 in Verbindung mit IAS 1.7. Auswirkungen der Umstellung der externen Rechnungslegung von HGB auf IFRS auf die Höhe der erzielbaren Cashflows ergeben sich nicht. Unterschiede im Ausweis der Zahlungsströme ergeben sich bei den Wertpapieren der sogenannten Liquiditätsreserve, die anders als nach bisheriger Rechnungslegung als Cashflows aus Investitionstätigkeit gezeigt werden. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass im Gegensatz zur Rechnungslegung nach HGB bestimmte Wertpapiersondervermögen in den IFRS-Konsolidierungskreis einbezogen sind.

3.2.2.9 Konzernanhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

<1> Allgemeine Angaben zum Konzern Kreissparkasse Köln

Die Kreissparkasse Köln als Muttergesellschaft des Konzerns ist eine Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in Köln. Träger der Sparkasse ist der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln. Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis. Die Kreissparkasse Köln wird beim Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Register-Nr. HRA 15033 geführt. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Mit einer Bilanzsumme von rund 23 Mrd. Euro ist die Kreissparkasse Köln die drittgrößte Sparkasse Deutschlands. Ihr Geschäftsgebiet in der Wirtschaftsregion Köln/Bonn hat eine Ausdehnung von 3.650 qkm. Als Universalkreditinstitut bietet die Kreissparkasse Köln eine Vielzahl von Finanzdienstleistungen an, die im Wesentlichen bilanzwirksame Ausleihungen und Einlagen, aber auch sonstige Dienstleistungen umfassen. Eingebunden in die Sparkassenfinanzgruppe bietet sie Bauspar-, Investmentprodukte wie auch Leasingfinanzierungen an. In diesem Zusammenhang nimmt sie als regionaler Marktführer in ihrem Geschäftsgebiet die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft sowie der Kreise, Städte und Gemeinden mit modernen Finanzdienstleistungen flächendeckend wahr. Dabei stützt sie sich auf eine breite Kundenbasis aus Retailkunden, vermögenden Privatkunden, mittelständischen Unternehmen sowie kommunalen Kunden. Über die geschäftlichen Aktivitäten hinaus engagiert sich die Kreissparkasse Köln intensiv für die Wirtschaftsförderung. Außerdem nimmt die Förderung gemeinnütziger gesellschaftlicher und kultureller Aktivitäten einen breiten Raum ein. Darüber hinaus sind bestimmte in den Konsolidierungskreis einzubeziehende Konzerngesellschaften noch in den Bereichen Kapitalbeteiligungen, Finanzvermittlungen und Immobilien tätig. Soweit im Folgenden von der Kreissparkasse Köln die Rede ist, beziehen sich die Aussagen auf den Konzern.

Seit November 2003 emittiert die Muttergesellschaft Kreissparkasse Köln Pfandbriefe am geregelten Markt der Börse Düsseldorf. Seit dem 18.10.2005 hat sie die Pfandbrieflizenz nach dem Pfandbriefgesetz.

<2> Grundlagen der Rechnungslegung

Neben der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz und der Kapitalflussrechnung umfasst der Konzernabschluss der Kreissparkasse Köln die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie die Notes. Im Rahmen der Notes erstellt die Kreissparkasse Köln darüber hinaus eine Segmentberichterstattung nach IFRS 8. Gemäß § 315a HGB wird der Konzernabschluss ergänzt um den Konzernlagebericht des Vorstands nach § 315 HGB. Die Kreissparkasse Köln ist ein kapitalmarktorientiertes Unternehmen im Sinne des § 327a HGB und deshalb von der Abgabe des Bilanzzeids befreit. Da sie nach § 37z Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) nicht den Pflichten der §§ 37 v bis y WpHG unterliegt, gelten für sie nicht die Offenlegungsfrist von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende und die Vorschriften zum Halbjahresfinanzbericht.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern). Erträge und Aufwendungen werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind, und zeitanteilig abgegrenzt. Aus dieser periodengerechten Abgrenzung resultierende anteilige Zinsen für Finanzinstrumente werden zusammen mit der Hauptforderung beziehungsweise Hauptverbindlichkeit gezeigt. Vermögenswerte und Schulden werden nicht miteinander saldiert, soweit nicht gesondert darauf hingewiesen wird.

Entsprechend § 325 HGB i. V. m. § 328 HGB wird der Konzernabschluss beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers (<http://www.ebundesanzeiger.de>) eingereicht.

Der Konzernabschluss wurde vom Vorstand am 10.09.2008 aufgestellt und zur Veröffentlichung freigegeben.

Bei der Berichtswährung handelt es sich um den Euro. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. Euro) angegeben. Notwendige Rundungen werden nach der kaufmännischen Methode durchgeführt. In Einzelfällen wurde von dieser Grundregel abgewichen, um die rechnerische Richtigkeit innerhalb der einzelnen Tabelle zu gewährleisten.

<3> Entsprechenserklärung mit den IFRS

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Kreissparkasse Köln für das Geschäftsjahr 2007 erfolgt auf der Grundlage von § 315a Abs. 1 HGB in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) beziehungsweise International Accounting Standards (IAS), wie sie von der Europäischen Union (EU) übernommen wurden.

Ergänzend wurden die von der EU übernommenen Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) sowie des Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet.

Für den Fall, dass die vom IASB bereits verabschiedeten, aber von der EU noch nicht übernommenen Änderungen von IAS beziehungsweise IFRS (IAS 1, 23, 27, 32, 39 beziehungsweise IFRS 1, 2, 3) zukünftig anzuwenden sind, erwartet die Kreissparkasse Köln daraus keine wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Konzerns.

Eine Übersicht über die angewandten IAS/IFRS (Stand 31. Dezember 2007) befindet sich bei Notes-Angabe <6>. Den Standard IFRS 8 „Geschäftssegmente“ wendet die Kreissparkasse Köln vorzeitig an.

<4> Erstanwendung der IFRS

Die Kreissparkasse Köln ist zum 1. Januar 2006 auf die Konzernrechnungslegung nach IFRS übergegangen. Gemäß IFRS 1 ist zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Diese stellt den Ausgangspunkt der IFRS-Rechnungslegung dar. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in der Eröffnungsbilanz entsprechen dem Stand der IFRS, die am Abschlussstichtag des ersten IFRS-Abschlusses gelten, dies ist bei der Kreissparkasse Köln der 31. Dezember 2007.

Die Erstellung der IFRS-Eröffnungsbilanz umfasst:

- Den Ansatz aller Vermögenswerte und Schulden, deren Ansatz nach IFRS vorgeschrieben ist,
- keine Berücksichtigung von Posten als Vermögenswerte oder Schulden, deren Ansatz nach IFRS nicht gestattet ist,
- die Umgliederung von Posten, die im Vergleich zum HGB nach IFRS einer anderen Position - Vermögenswert, Schuld oder Bestandteil des Eigenkapitals - zuzuordnen sind und
- die Bewertung aller angesetzten Vermögenswerte und Schulden gemäß IFRS.

Grundsätzlich sind bei der Erstanwendung alle zum Berichtszeitpunkt geltenden IFRS vollständig retrospektiv anzuwenden. Davon abweichend gestattet IFRS 1 für bestimmte Sachverhalte Ausnahmen von diesem Grundsatz, weil die Kosten den Nutzen für die Abschlussadressaten wahrscheinlich übersteigen würden. Darüber hinaus untersagt IFRS 1 in bestimmten Bereichen die retrospektive Anwendung der IFRS, insbesondere falls zur retrospektiven Anwendung die Beurteilung vergangener Umstände hinsichtlich des Ausgangs einer bestimmten Transaktion durch den Vorstand notwendig wäre, deren Ergebnis bereits bekannt ist.

Die Kreissparkasse Köln hat von folgenden Ausnahmen Gebrauch gemacht:

- IFRS 3 wurde für Unternehmenszusammenschlüsse vor dem Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz nicht angewendet. Die unter HGB gewählten Konsolidierungsmethoden wurden für die entsprechenden Unternehmen, einschließlich assoziierter Unternehmen, in der IFRS-Eröffnungsbilanz beibehalten. Nach HGB bislang mit den Rücklagen verrechnete Geschäfts- oder Firmenwerte wurden nicht wieder angesetzt.

- Die gesamten bis zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen wurden im Eigenkapital der Eröffnungsbilanz erfasst.
- Sofern interne Kategorisierungsbestimmungen oder Vorgaben aus IAS 39 eine Zuordnung bereits vor dem Umstellungszeitpunkt bilanziell erfasster Finanzinstrumente in die Kategorien available-for-sale (AFS) oder financial assets/liabilities at fair value through profit or loss (AFV/LFV) vorsehen, wurden diese Finanzinstrumente für die Eröffnungsbilanz nachträglich designiert.
- Für die in IFRIC 4 beschriebene Bestimmung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis gemäß IAS 17 darstellt, wurden die Umstände des Leasingverhältnisses zum Übergangszeitpunkt herangezogen.
- Vor dem Übergangszeitpunkt aufgetretene Änderungen von Rückbauverpflichtungen für Mietereinbauten wurden bei deren Wertermittlung für die Eröffnungsbilanz nicht berücksichtigt.
- Die Vorschriften zur Behandlung eines Unterschiedsbetrages zwischen dem Anschaffungspreis von Finanzinstrumenten und einem gegebenenfalls abweichenden mittels Bewertungsmodell berechneten Fair Value bei Zugang wurden für Finanzinstrumente, die vor dem 01.01.2004 zugegangen sind, nicht angewendet.

Gemäß IFRS 1 wurden die Bewertungsunterschiede zwischen HGB und IFRS in der Eröffnungsbilanz direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Lediglich für die Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AFS) sind die Bewertungsergebnisse sowie die korrespondierenden Steuerlatenzen in der Neubewertungsrücklage als Bestandteil des Eigenkapitals nach IFRS ausgewiesen.

In den Überleitungsrechnungen wird erläutert, wie sich der Übergang von der Rechnungslegung nach HGB auf IFRS im Einzelnen ausgewirkt hat. Den Einfluss auf die Darstellung der Cashflows enthalten die Ausführungen zur Kapitalflussrechnung.

<5> Risikoberichterstattung nach IFRS 7

Der Rechnungslegungsstandard IFRS 7 beinhaltet umfassende Angabepflichten zu den Finanzinstrumenten der Kreissparkasse Köln, insbesondere auch zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben (IFRS 7.31-7.42).

Die von IFRS 7 geforderten qualitativen und quantitativen Angaben zum Risikomanagement werden im Wesentlichen im Rahmen des Risikoberichts im Konzernlagebericht nach § 315a HGB dargestellt. Insofern ist dieser Risikobericht Bestandteil der Konzernberichterstattung nach IFRS. Weitere überwiegend quantitative Angaben finden sich in Notes-Angabe **<70>**.

<6> Angewandte IFRS

Der Konzernabschluss der Kreissparkasse Köln basiert auf dem IFRS-Rahmenkonzept und den nachfolgenden IAS/IFRS:

Standard	Bezeichnung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 31	Anteile an Joint Ventures
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebenen Geschäftsbereiche
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
IFRS 8	Geschäftssegmente

Wegen fehlender Relevanz wurden die Standards IAS 11, 20, 26, 29, 33, 34, 41, IFRS 2, IFRS 4 sowie IFRS 6 nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht relevant ist der IAS 14, da die Kreissparkasse Köln den IFRS 8 vorzeitig anwendet.

<7> Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Kreissparkasse Köln wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Unternehmen, an denen die Kreissparkasse Köln entweder direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte verfügt, werden gemäß IAS 27 als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

Neben diesen Tochtergesellschaften sind nach SIC 12 auch Einzweckgesellschaften in den Konsolidierungskreis nach IFRS einzubeziehen, an deren Chancen und Risiken die Kreissparkasse Köln mehrheitlich partizipiert.

Tochterunternehmen werden erstmals ab dem Zeitpunkt, zu dem die Kreissparkasse die Beherrschungsmöglichkeit über das erworbene Unternehmen erlangt, konsolidiert. Eine Endkonsolidierung wird vorgenommen, sobald sie die Beherrschungsmöglichkeit verliert.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Erwerbsmethode (IFRS 3). Dabei werden die Anschaffungskosten für den Unternehmenserwerb mit dem Konzernanteil am neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt des Erwerbs verrechnet. Dabei ergibt sich das Eigenkapital als Residualgröße aus den Vermögenswerten und den Schulden sowie den Eventualschulden des erworbenen Unternehmens, bewertet mit ihren beizulegenden Zeitwerten zum Erstkonsolidierungszeitpunkt.

Die nicht der Kreissparkasse Köln zustehenden Anteile Dritter am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als Anteile in Fremdbesitz ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge werden nach IAS 27.24 im Rahmen der Schuldenkonsolidierung beziehungsweise Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Ebenso werden Zwischenergebnisse herausgerechnet, die zwischen den einbezogenen Unternehmen angefallen sind.

Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die Fortschreibung der at equity bewerteten Unternehmensanteile erfolgt grundsätzlich ergebniswirksam anteilig entsprechend der Veränderung des Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens beziehungsweise des Gemeinschaftsunternehmens. Im Falle von erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen wird auch der Equity-Wert erfolgsneutral direkt über das Eigenkapital des Konzerns fortgeschrieben.

Anteile an Tochterunternehmen, an Einzweckgesellschaften (Spezialfonds) sowie an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht konsolidiert beziehungsweise nicht at equity bewertet werden, weist die Kreissparkasse Köln zum beizulegenden Zeitwert oder, sofern dieser nicht zuverlässig ermittelbar ist, zu Anschaffungskosten unter den Finanzanlagen aus.

<8> Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 sind neben dem Mutterunternehmen Kreissparkasse Köln die folgenden 8 (Vorjahr: 8) Tochterunternehmen einbezogen worden:

KSK-FinanzVermittlung GmbH, Köln
KSK-Immobilien GmbH, Köln
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln
KSK-Wagniskapital GmbH, Köln
maXimmo GmbH, Hennef
PARETO GmbH, Köln
SOLUM Facility Management GmbH, Sankt Augustin

Darüber hinaus sind wie im Vorjahr zwei Gemeinschaftsunternehmen und ein assoziiertes Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen worden. Diese sind in der Anteilsbesitzliste aufgeführt, die als Bestandteil der Notes beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers (www.ebundesanzeiger.de) veröffentlicht wird.

Daneben wurden gemäß IAS 27 i. V. m. der vom Standing Interpretations Committee (SIC) veröffentlichten Interpretation SIC 12, nach der Ein Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, im Geschäftsjahr insgesamt 5 (Vorjahr: 5) Spezialfonds (Wertpapiersondvermögen der Kreissparkasse Köln) in den Konzernabschluss einbezogen. Dabei handelt es sich um folgende Spezialfonds:

Bezeichnung	Anlageschwerpunkt	Kapitalanlagegesellschaft
A-KSK-Fonds	Aktien / Renten	WestLB Mellon Asset Management KAG mbH
CoCo INKA	Renten	INKA Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH
Coli-Fonds	Aktien / Renten / Geldmarkt	WestLB Mellon Asset Management KAG mbH
DIVA INKA	Aktien / Renten	INKA Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH
MAICO INKA	Aktien / Renten	INKA Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH

Wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurde auf die Konsolidierung weiterer 13 (Vorjahr: 13) Tochterunternehmen (davon jeweils zwei Zweckgesellschaften gemäß SIC 12) verzichtet. Sie werden als Finanzinstrumente gemäß IAS 39 unter den Finanzanlagen bilanziert.

Entsprechend IAS 28.37(i) werden zusammenfassende Finanzinformationen zu den 43 (Vorjahr: 43) nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen in den nachfolgenden Aufstellungen wiedergegeben.

Assoziierte Unternehmen	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Summe der Vermögenswerte	95,6	132,0
Summe der Verpflichtungen	91,0	104,6
Eigenkapital	4,6	27,4
Ordentliche Erträge	26,3	39,9
Periodenergebnis	1,8	-11,8

Gemeinschaftsunternehmen	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Summe der Vermögenswerte	13,3	20,1
Summe der Verpflichtungen	12,6	20,0
Eigenkapital	0,7	0,1
Ordentliche Erträge	21,9	14,2
Periodenergebnis	0,9	0,2

Darüber hinaus wurden 4 (Vorjahr: 4) Spezialfonds mit einem Anteilsbesitz der Kreissparkasse Köln von über 20 % und unter 50 % in den Finanzanlagen ausgewiesen. Diese haben zum 31.12.2007 insgesamt einen Buchwert von 121,5 Mio. Euro (Vorjahr: 118,8 Mio. Euro) bei einem Fondsvermögen von 121,5 Mio. Euro (Vorjahr: 119,1 Mio. Euro). Das Periodenergebnis dieser Fonds beläuft sich im Geschäftsjahr auf 4,7 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro).

<9> Unternehmenszusammenschlüsse im Berichtsjahr

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden keine neuen Tochterunternehmen erworben oder neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen.

<10> Rechnungslegungsannahmen und Schätzungen

Die Anwendung der IFRS erfordert in einigen Fällen Annahmen und Schätzungen durch die Kreissparkasse Köln, die auf subjektiven Beurteilungen zukünftiger Entwicklungen beruhen und demzufolge mit Prognoseunsicherheiten behaftet sind. Auch wenn die Kreissparkasse Köln im Rahmen der Schätzungen auf verfügbare Informationen, historische Daten und andere Beurteilungsparameter zurückgegriffen hat, können die tatsächlichen zukünftigen Ereignisse von den Schätzungen abweichen. Dies kann sich zukünftig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Annahmen und Schätzungen waren im Wesentlichen notwendig bei

- der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes (Fair Values) nicht börsennotierter Wertpapiere und Derivate,
- der Bemessung der Risikovorsorge (Impairment),
- der Berechnung latenter Steuern sowie
- der Ermittlung der Pensions- und anderer Rückstellungen.

Die Annahmen und Schätzungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position ausführlich dargelegt.

<11> Finanzinstrumente***Kategorisierung***

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich derivativer Finanzinstrumente bilanziell zu erfassen, den Kategorien gemäß IAS 39.9 zuzuordnen und in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bewerten. Die Kategorisierung nimmt die Kreissparkasse Köln entsprechend ihrer Halteintention sowie gemäß den Charakteristika der finanziellen Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen vor.

Bei finanziellen Vermögenswerten wird dabei differenziert nach

- finanziellen Vermögenswerten mit ergebniswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (financial assets at fair value through profit or loss - AFV),
- Krediten und Forderungen (loans and receivables – LAR) sowie
- zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (financial assets available for sale – AFS).

Von der Anwendung der Kategorie HTM hat die Kreissparkasse Köln Abstand genommen.

Für finanzielle Verpflichtungen werden die Kategorien

- finanzielle Verbindlichkeiten mit ergebniswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (financial liabilities at fair value through profit or loss – LFV) und
- sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (other financial liabilities – OFL)

unterschieden.

Kategorie AFV/LFV:

Die Kategorie AFV/LFV setzt sich aus zwei Unterkategorien zusammen:

- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die mit Handelsabsicht gehalten werden (financial assets or liabilities held for trading – AFV/LFV-Trading) und
- freiwillig zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (financial assets or liabilities designated as at fair value through profit or loss – AFV/LFV-Designated).

Der Unterkategorie AFV-Trading werden solche Finanzinstrumente zugeordnet, die

- zum Zweck der kurzfristigen Weiterveräußerung erworben wurden oder
- Derivate sind.

In Abhängigkeit von ihrer Bewertung werden Finanzinstrumente der Kategorie AFV-Trading unter den Handelsaktiva oder unter den Handelspassiva ausgewiesen. Sämtliche Erfolge einschließlich Zinsen aus derartigen Finanzinstrumenten werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Fair Value-Option erlaubt auch für nicht-derivative Finanzinstrumente, für die keine Handelsabsicht besteht, eine freiwillige erfolgswirksame Fair Value-Bewertung. Die Designation erfolgt unwiderruflich bei Zugang der Finanzinstrumente und ist nur dann erlaubt, wenn

- ein strukturiertes Finanzinstrument mit trennungspflichtigem eingebetteten Derivat vorliegt (IAS 39.11A) oder
- die freiwillige Designation die Relevanz der Jahresabschlussinformationen erhöht. Dies ist in den folgenden Fällen gegeben:
 - a. Die freiwillige Fair Value-Bewertung eliminiert oder verringert durch verschiedene kategorieabhängige Bewertungsmaßstäbe hervorgerufene Inkonsistenzen bei der Bewertung oder Erfassung von Finanzinstrumenten (Vermeidung Accounting Mismatch - IAS 39.9(b)(i)).
 - b. Das Finanzinstrument ist Teil eines Portfolios, das gemäß einer dokumentierten Risikostrategie für Zwecke des internen Risikomanagements auf Fair Value-Basis gesteuert und reportet wird (IAS 39.9(b)(ii)).

Die Kreissparkasse Köln verwendet die Fair Value-Option zur Vermeidung beziehungsweise Reduzierung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) aus Krediten, begebenen Namens- und Inhaberschuldverschreibungen sowie aufgenommenen Schuldscheindarlehen, die im Rahmen von wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen durch Derivate gesichert sind. Da diese Derivate stets erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten sind, während die gesicherte Position nicht bewertet wird, entsteht eine Bewertungsinkongruenz. Der für das Vorliegen eines Accounting Mismatch zusätzlich erforderliche wahrnehmbare wirtschaftliche Zusammenhang zwischen gesicherter Position und Derivat ergibt sich aus einer dokumentierten Zuordnungsentscheidung der Sparkasse. Von der Möglichkeit einer bilanziellen Abbildung solcher Sicherungsbeziehungen gemäß den Vorschriften des Hedge Accounting macht die Kreissparkasse Köln keinen Gebrauch.

Darüber hinaus dient die Fair Value-Option bei der Kreissparkasse Köln zur Vermeidung der Trennungspflicht eingebetteter Derivate. Erworbene Asset-Backed Securities und Credit-Linked Notes werden bei der Kreissparkasse Köln in einem separaten Portfolio zum beizulegenden Zeitwert gesteuert und an den Vorstand berichtet. Über die Nutzung der Fair Value-Option werden sie zudem erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Das Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten einschließlich Zinsen weist die Kreissparkasse Köln unter dem GuV-Posten "Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften" aus, während die Zuordnung in der Bilanz entsprechend den Charakteristika der Finanzinstrumente erfolgt. Bewertungs-, Veräußerungs- und Zinsergebnisse aus Derivaten, die im Zusammenhang mit der Nutzung der Fair Value-Option stehen, werden ebenfalls unter dem GuV-Posten "Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften" ausgewiesen.

Zur Bewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie AFV/LFV werden Börsen- oder Marktkurse von aktiven Märkten herangezogen, sofern solche verfügbar sind. Wenn derartige Börsen- oder Marktkurse nicht existieren beziehungsweise nicht verlässlich beobachtbar sind, werden die beizulegenden Zeitwerte auf der Basis von marktüblichen Preismodellen oder diskontierten Cashflows ermittelt.

Kategorie LAR:

Der Kategorie Loans and Receivables werden nicht-derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbareren Zahlungen zugeordnet, sofern diese nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden und keine kurzfristige Veräußerungsabsicht für sie besteht. Im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Finanzinstrumenten um Forderungen aus dem Kreditgeschäft der Kreissparkasse Köln sowie um Schuldverschreibungen, für die kein aktiver Markt besteht.

Finanzinstrumente der Kategorie LAR werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agien oder Disagien sowie aktivierte Transaktionskosten beziehungsweise Gebühren oder Entgelte werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt. Anteilige Zinsen werden zum Stichtag bestandserhöhend aktiviert.

Kategorie AFS:

Die Kategorie AFS umfasst alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die weder als AFV noch als LAR kategorisiert sind. Die Vermögenswerte werden ergebnisneutral zum Fair Value bewertet. Agien beziehungsweise Disagien, aktivierte Transaktionskosten sowie Gebühren und Entgelte werden demgegenüber effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Die im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage) erfassten Wertänderungen werden bei Abgang oder außerplanmäßiger Abschreibung (Impairment) des Finanzinstrumentes in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen.

Die Finanzinstrumente werden regelmäßig auf das Vorliegen eines objektiven Hinweises auf ein Impairment untersucht. Die unternehmensspezifischen Kriterien für ein Impairment hat die Kreissparkasse für Eigenkapitalinstrumente und Fondsanteile wie folgt definiert:

- Ein Absinken des Fair Values um 20 % oder mehr unter die Anschaffungskosten zum Bewertungstichtag oder
- ein länger anhaltendes Absinken des Fair Values unter die Anschaffungskosten über einen betrachteten Zeitraum von 9 Monaten.

Für Fremdkapitalinstrumente der Kategorie AFS erfolgt eine Einzelfallbetrachtung auf Basis der für Forderungen der Kategorie LAR festgelegten Impairment-Kriterien. Aufgreifkriterium für diese Einzelbetrachtung ist ein Absinken des Fair Values um 20 % oder mehr unter die Anschaffungskosten zum Bewertungstichtag. Dabei werden nur Fremdkapitaltitel betrachtet, deren Kurs am Bewertungstichtag unter dem Nominalwert liegt.

Sofern die Gründe für ein Impairment entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten, die im Fall von Fremdkapitalinstrumenten erfolgswirksam, im Fall von Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral über das Eigenkapital vorzunehmen ist.

Ist der Marktwert eines als AFS kategorisierten Eigenkapitalinstrumentes nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. In diesen Fällen ist bei Wegfall der Gründe für eine dauerhafte Wertminderung (Impairment) eine Wertaufholung nicht zulässig.

In der Kreissparkasse Köln gilt AFS als Regelkategorie für aktivische Wertpapiere außerhalb des Handelsbestandes sowie Beteiligungen und nicht konsolidierte Tochterunternehmen.

Kategorie OFL:

Dieser Kategorie werden alle finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die weder Handelspassiva darstellen, noch freiwillig erfolgswirksam zum Fair Value bilanziert werden.

Der Ansatz dieser Verbindlichkeiten erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erläuterung der Bewertungsmaßstäbe

Bei Zugang werden finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen stets zum Fair Value bewertet, der in der Regel den Anschaffungskosten entspricht. Die Folgebewertung hingegen hängt von der Kategorisierung ab und wird entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum Fair Value vorgenommen.

Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen werden mit Ausnahme der Finanzinstrumente der Kategorien AFV und LFV unter Anwendung der Effektivzinsmethode berechnet. Dabei erfolgt die Effektivzinsberechnung derart, dass der Barwert der künftigen Zahlungen dem Buchwert bei Zugang entspricht. Sofern Zahlungszeitpunkte wie etwa im Zusammenhang mit Kündigungsrechten nicht eindeutig bestimmt sind, erfolgt die Berechnung des Effektivzinssatzes unter Berücksichtigung der erwarteten Zahlungszeitpunkte. Bei der Berechnung des Effektivzinssatzes bei Zugang werden mögliche Ausfälle aus Bonitätsverschlechterungen nicht berücksichtigt. In die Berechnung des Effektivzinssatzes fließen Bereitstellungszinsen, Agien und Disagien sowie direkt zurechenbare Transaktionskosten ein.

Zinserträge auf wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LAR werden ermittelt, indem der Buchwert nach Wertberichtigung mit dem anfänglichen Effektivzins aufgezinnt wird (Unwinding).

Der Fair Value wird entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39.48A ermittelt. Sofern die finanziellen Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf einem aktiven Markt gehandelt werden, verwendet die Kreissparkasse Köln den Marktpreis zur Bewertung.

Auf einem aktiven Markt entspricht der Fair Value bei Erstansatz in der Regel den Anschaffungskosten. Ist auf dem aktiven Markt kein aktueller Kurs abrufbar, so wird der Preis der jüngsten entsprechenden Transaktion als Basis für den Fair Value verwandt, falls sich in der Zwischenzeit keine wesentlichen Veränderungen im Marktumfeld ergeben haben.

Liegt kein aktiver Markt vor, wird der Fair Value

- entweder als Transaktionspreis anderer beobachtbarer aktueller Markttransaktionen mit im Wesentlichen identischen Instrumenten ermittelt oder
- mittels Bewertungsmodellen berechnet.

Als Bewertungsmodelle verwendet die Kreissparkasse Köln marktübliche Verfahren (z. B. diskontierte Zahlungsströme, Optionspreismodelle). Die Bewertungsmodelle werden periodisch überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Für Zinsswaps wurden die beizulegenden Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven des letzten regulären Handelstages Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen. Beizulegende Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt. Für Index-, Future-, Devisen- und europäische Zinsoptionen kam die entsprechend modifizierte Black-Scholes-Formel zur Anwendung. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters und der Eurex Frankfurt AG entnommen wurden. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Devisentermingeschäften erfolgte auf Basis der Terminkurse am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen.

Für die in Form von Wertpapieren im eigenen Bestand gehaltenen Kreditstrukturen besteht aufgrund der durch die Verwerfungen im US-Subprime-Segment ausgelösten Finanzmarkturbulenzen derzeit kein hinreichend liquider Markt. Eine nach unserem Bewertungskonzept vorgesehene Bewertung dieser Papiere zu gehandelten Börsen- oder Marktpreisen war daher zum Bilanzstichtag nicht möglich, so dass der beizulegende Wert anderweitig zu ermitteln war. In diesen Fällen erfolgte die Bewertung auf der Basis von indikativen Geldkursen aus marktüblichen Kursinformationssystemen (z. B. Bloomberg, Reuters). Soweit über diese Systeme keine entsprechenden Indikationen ermittelt werden konnten, wurden von den Arrangeuren der verbrieften Kreditstrukturen zur Verfügung gestellte Bewertungspreise herangezogen. In einem weiteren Schritt haben wir diese Kurse an Hand spread-basierter Bewertungen, die mit Hilfe theoretischer Bewertungsmodelle namhafter externer Anbieter ermittelt wurden, plausibilisiert. Dabei wurde den einzelnen Strukturen jeweils eine dem verbrieften Portfolio adäquate Spread-Kurve (indikative Spreads von JPMorgan) zugeordnet. Soweit die Plausibilisierung zu keinem eindeutigen Ergebnis führte, wurde für den jeweiligen Einzelfall entschieden, welche Preisquelle in Anbetracht der Marktgegebenheiten und Modellannahmen angemessen ist. Bei Kreditstrukturen in Fondsbeständen wurde darauf geachtet, dass der Wertfindung bei den Kapitalanlagegesellschaften ebenfalls eine sachgerechte Bewertungsmethodik zugrunde liegt.

In einigen Fällen, insbesondere bei Kundenderivaten, entsprechen die Anschaffungskosten nicht dem mittels Bewertungsmodellen berechneten Fair Value. Der Differenzbetrag zwischen Fair Value und Transaktionspreis (Day-One-Profit) wird auch in der Folgezeit nur in dem Umfang erfolgswirksam erfasst, wie der Fair Value anhand von Faktoren ermittelt wird, die andere Marktteilnehmer bei der Preisfindung berücksichtigen würden. Dieses Ziel wird mittels einer Modellkalibrierung erreicht. Hierbei erfolgt eine Korrektur der am Markt beobachtbaren relevanten Bewertungsparameter um den Bonitäts-spread des Kunden sowie um die Gewinn- beziehungsweise Kostenmarge der Sparkasse. Hinsichtlich des zum Bilanzstichtag noch nicht vereinnahmten Differenzbetrags wird auf Notes-Angabe <74> verwiesen.

Risikovorsorge (LAR)

Erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts trägt die Kreissparkasse Köln durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in vollem Umfang Rechnung.

Für die bei Kundenforderungen vorhandenen Bonitätsrisiken sind nach konzerneinheitlichen Maßstäben Wertberichtigungen gebildet worden. Die Wertberichtigung (Impairment) eines Kredits ist erforderlich, wenn es aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen vertragskonform erbracht werden können.

Kreditforderungen werden im Rahmen des regelmäßigen Kreditüberwachungsprozesses einzeln auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Als Auslöser für einen Impairment-Test werden unter anderem die folgenden Ereignisse gesehen:

- signifikante Verschlechterung des Ratings gemäß internem Bonitätsbeurteilungssystem
- Überziehung oder Zahlungsverzug
- wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Restrukturierungsvereinbarungen
- Insolvenzantrag
- andere Hinweise aus den sparkasseninternen Risikofrüherkennungssystemen.

Die Höhe der Wertberichtigung entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme. Diese ermittelt die Kreissparkasse Köln entweder unter Berücksichtigung des Fair Values der Sicherheiten oder durch Berücksichtigung von geminderten Zins- und Tilgungs-Cashflows. Ab dem Zeitpunkt des Erkennens der Wertberichtigung werden keine weiteren Zinsen erfolgswirksam vereinnahmt, sondern der Barwert der Zahlungserwartungen mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz aufgezinnt. Der entstandene Barwerteffekt (Unwinding) wird erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst und bilanziell als Erhöhung der Forderung behandelt.

Für zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, aber noch nicht einzeln identifizierte Wertminderungen bei Forderungen und anderen Finanzinstrumenten der Kategorie LAR bildet die Kreissparkasse Köln darüber hinaus Portfoliowertberichtigungen. Dazu werden alle Forderungen, die ähnliche Risikostrukturen aufweisen, zu homogenen Portfolien zusammengefasst. Der eingetretene Verlust wird auf Basis des Buchwertes der Forderungen unter Berücksichtigung der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit – bezogen auf einen Zeithorizont von zwölf Monaten – sowie der geschätzten Verlusthöhe berechnet. Zur Quantifizierung der „Incurred Losses“ nach IAS 39 wird der nach der dargestellten Methodik berechnete Wert um einen Korrekturfaktor bereinigt. Dieser Korrekturfaktor spiegelt den ermittelten Zeitraum wieder, der maximal bis zur einzelfallbezogenen Identifizierung des Verlustes im Rahmen des regelmäßigen Überwachungsprozesses ab dem Bilanzstichtag noch verstreichen kann.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bezieht, offen von der Gesamtforderung abgesetzt und in der Position „Risikovorsorge“ ausgewiesen. Portfoliowertberichtigungen auf andere Finanzinstrumente der Kategorie LAR und weitere Einzelwertberichtigungen werden bei der entsprechenden Bilanzposition in Abzug gebracht. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Kreditzusagen) wird hingegen als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt. Der Ausweis innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt in der Position „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ beziehungsweise im Finanzanlageergebnis.

Wenn Zweifel an der Einbringlichkeit einer Forderung auftreten, wird diesen durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Sofern weitere Zahlungen aus der Forderung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu erwarten sind, werden diese als uneinbringlich eingestuft. Uneinbringliche, bereits wertberichtigte Forderungen werden durch Verbrauch der Risikovorsorge ausgebucht. Wenn für eine derartige Forderung keine Wertberichtigung dotiert wurde, wird diese direkt ergebniswirksam abgeschrieben. Direktabschreibungen werden auch dann vorgenommen, wenn die Kreissparkasse Köln auf einen Teilbetrag der Forderung verzichtet.

Eingebettete Derivate

Ein eingebettetes Derivat ist Teil eines strukturierten Produktes, das neben dem Derivat einen nicht-derivativen Basisvertrag enthält. Die Cashflows des strukturierten Produktes unterliegen damit in Teilen denselben Schwankungen wie ein einzelnes Derivat. Sofern eingebettete Derivate als solche zu klassifizieren sind und Merkmale sowie Risiken aufweisen, die als nicht eng verbunden mit denen des originären Basiskontraktes (Host Contract) gelten, sind sie grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) anzusetzen. Hierzu ist entweder das gesamte strukturierte Finanzinstrument erfolgswirksam zum Fair Value zu bilanzieren (Kategorisierung als AFV/LFV), oder das Derivat ist vom Basiskontrakt zu trennen und separat wie ein freistehendes Derivat zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) anzusetzen.

Die Kreissparkasse Köln übt beim Vorliegen von trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten die Fair Value-Option aus. Aufgrund der rechtlichen Einheit von Basisvertrag und Derivat wird das gesamte Finanzinstrument unter dem Bilanzposten des Basisvertrags ausgewiesen.

Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes

Übliche Käufe von Finanzinstrumenten der Kategorien AFV und AFS erfasst die Kreissparkasse jeweils erstmalig zum Handelstag bilanziell, während sie bei den Finanzinstrumenten der Kategorie LAR einen Zugang annimmt, wenn die Geschäfte erfüllt sind (Bilanzierung zum Erfüllungstag). Andere Finanzinstrumente werden zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses angesetzt.

Angaben zu Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7

Angaben zu Finanzinstrumenten, die gemäß IFRS 7 wahlweise in den Notes oder in der Bilanz erfolgen können, nimmt die Kreissparkasse Köln in den Notes vor.

<12> Ertragsrealisierung

Erträge werden berücksichtigt, wenn sie realisiert werden oder realisierbar sind und ihre Höhe verlässlich bestimmt werden kann. Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden anteilig über die Laufzeit der betreffenden Aktiv- beziehungsweise Passivposten nach der Effektivzinsmethode und unter Berücksichtigung von abgegrenzten Gebühren und Kosten sowie Agien und Disagien verteilt.

<13> Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23a und c wurden sämtliche monetären und nicht-monetären Vermögenswerte und Verpflichtungen in Fremdwährungen mit den EZB-Referenzkursen des 28.12.2007 (letzter Handelstag) in Euro umgerechnet.

Die Umrechnung von nicht-monetären Finanzinstrumenten der Kategorie AFS wird erfolgsneutral vorgenommen. Im Übrigen wird das Ergebnis aus der Währungsumrechnung im Handelsergebnis erfasst. Die Neubewertungsrücklage aus der erfolgsneutralen Währungsumrechnung wird gesondert in der Eigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesen. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Realisierung umgerechnet.

Für die im Konzern wichtigsten Währungen gelten die folgenden Umrechnungskurse (Betrag in Währung für 1 Euro).

	Bilanzstichtag	Vorjahresstichtag
US-Dollar (USD)	1,4692	1,3170
Schweizer Franken (CHF)	1,6604	1,6069
Japanische Yen (JPY)	166,1300	156,9300

Die angegebenen Kurse beziehen sich jeweils auf den letzten Handelstag des Geschäftsjahres.

<14> Saldierung

Eine Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten nimmt die Kreissparkasse Köln vor, falls ein rechtlicher Anspruch für die Saldierung besteht und die Berechnung der korrespondierenden Erträge und Aufwendungen in Vereinbarung mit den Kontraktpartnern auf Netto-Basis erfolgt.

<15> Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Unter den Forderungen an Kunden beziehungsweise Kreditinstitute werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, die ohne Handelsabsicht gehalten werden, sowie Termin- und Sichteinlagen und Namensschuldverschreibungen ausgewiesen. Einen Teil des Forderungsbestandes bewertet die Kreissparkasse Köln über die Nutzung der Fair-Value-Option freiwillig erfolgswirksam zum Fair Value. Ansonsten erfolgt eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten (LAR) beziehungsweise erfolgsneutral zum Fair Value (AFS).

<16> Handelsaktiva und Handelspassiva

Unter den Handelsaktiva werden Finanzinstrumente der Unterkategorie AFV-Trading ausgewiesen. Dabei handelt es sich um alle Derivate mit positivem Fair Value und andere Finanzinstrumente, die mit Handelsabsicht erworben wurden. Derivate mit negativem Fair Value werden unter den Handelspassiva ausgewiesen.

<17> Langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte

Eine Klassifizierung als langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte erfolgt im Wesentlichen dann, wenn die Veräußerung des Vermögenswerts beschlossen wurde und das Veräußerungsgeschäft voraussichtlich innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten ab Klassifizierung abgewickelt wird. Die Bewertung der Vermögenswerte erfolgt zum niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten, soweit sie nicht von den Bewertungsvorschriften des IFRS 5 ausgenommen sind.

<18> Finanzanlagen

Die Finanzanlagen enthalten Wertpapiere der Kategorien LAR, AFS und AFV-Designated sowie Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen der Kategorie AFS. Einzelne Eigenkapitalinstrumente werden zu ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da eine verlässliche Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts nicht möglich ist. Weitere Angaben enthalten die Erläuterungen zur Bilanzposition „Finanzanlagen“.

<19> Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer, angesetzt. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der physischen Abnutzung sowie der technischen Alterung ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei Mietereinbauten in gemieteten Gebäuden sowie Leasinggegenständen, die der Kreissparkasse Köln wirtschaftlich zuzurechnen sind, wird die Vertragsdauer als Abschreibungsdauer zugrunde gelegt, sofern diese feststeht und sie geringer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Ergeben sich über die planmäßigen Abschreibungen hinaus Wertminderungen, wird ihnen mit außerplanmäßigen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert begegnet. Entfallen die Gründe für eine außerplanmäßige Wertberichtigung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben. Nachträglich angefallene Anschaffungskosten werden aktiviert, soweit diese zu einer Erhöhung des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens führen.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Objekte	Nutzungsdauer in Jahren
Grundstücke	unbegrenzt
Gebäude	25-50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3-34

Die Kreissparkasse Köln verwendet für Immobilien grundsätzlich die lineare Abschreibungsmethode. Mobilien werden je nach Art des Wirtschaftsgutes linear oder degressiv abgeschrieben.

Aus Wesentlichkeitsgründen werden geringwertige Wirtschaftsgüter (bis 410 Euro Anschaffungskosten) im Geschäftsjahr des Zugangs direkt abgeschrieben. Gewinne aus der Veräußerung von Sachanlagen werden unter dem Posten "Sonstige betriebliche Erträge", Verluste in der Position "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen weist die Kreissparkasse Köln unter der GuV-Position "Allgemeine Verwaltungsaufwendungen" aus.

<20> Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien (sogenannte Investment Properties) sind solche Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht das Ziel, diese Immobilien zur Erbringung von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Die Investment Properties werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer, bilanziert. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der physischen Abnutzung sowie der technischen Alterung ermittelt und beträgt 25 bis 50 Jahre. Ergeben sich über die planmäßigen Abschreibungen hinaus Wertminderungen, wird ihnen mit außerplanmäßigen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert begegnet. Entfallen die Gründe für eine außerplanmäßige Wertberichtigung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben. Die Abschreibungen werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gezeigt. Die Mieten und Gewinne aus der Veräußerung von Investment Properties werden unter dem Posten "Sonstige betriebliche Erträge", Verluste in der Position "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen.

<21> Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden erworbene Software und Lizenzen ausgewiesen und mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Derzeit verfügt die Kreissparkasse Köln ausschließlich über erworbene Software. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear grundsätzlich über die in der folgenden Tabelle aufgeführte voraussichtliche Nutzungsdauer:

Objekte	Nutzungsdauer in Jahren
Standardsoftware	3
Individualsoftware	6 - 9

Ist ein zukünftiger Nutzen nicht mehr zu erwarten, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte weist die Kreissparkasse Köln unter der GuV-Position "Allgemeine Verwaltungsaufwendungen" aus.

<22> Leasinggeschäfte

Für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen wird zwischen Finanzierungsleasing und Operatingleasing unterschieden. Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 unabhängig von der Bezeichnung „Leasing“ oder „Miete“ nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beurteilt. Ein Leasinggeschäft wird als Operatingleasing-Verhältnis eingestuft, wenn die wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, nicht auf den Leasingnehmer übertragen werden. Hingegen werden bei einem Finanzierungsleasing die Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen.

Die Klassifikation von Leasingverhältnissen als Finanzierungs- oder Operatingleasing bringt für die Kreissparkasse Köln, die von allen Konstellationen betroffen ist, die folgenden bilanziellen Implikationen mit sich:

Kreissparkasse Köln als Leasinggeber:

Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird beim Finanzierungsleasing eine Forderung gegen den Leasingnehmer in Höhe des Nettoinvestitionswertes unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Der Leasinggegenstand wird ausgebucht. Die im Zeitablauf erhaltenen Leasingraten setzen sich aus einem Zinsanteil, der als Zinsertrag ergebniswirksam vereinnahmt wird, sowie einem Tilgungsanteil, der gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand ergebnisneutral verrechnet wird, zusammen.

Bei einem Operatingleasing wird das Leasingobjekt entsprechend seiner Klassifizierung (Sachanlagen, Investment Property, immaterielle Vermögenswerte) in der Konzernbilanz aktiviert. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig vorzunehmenden Abschreibungen oder aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen. Die in der Periode vereinnahmten Leasingerlöse werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Die Abschreibungen auf Leasingobjekte werden grundsätzlich unter den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Für Investment Properties erfolgt der Ausweis unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Kreissparkasse Köln als Leasingnehmer:

Beim Finanzierungsleasing wird der Leasinggegenstand mit Beginn des Leasingverhältnisses entsprechend seinem Charakter unter den Sachanlagen oder als Investment Property aktiviert. Die Bewertung erfolgt in Höhe des beizulegenden Zeitwertes oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, falls dieser niedriger ist. Der Barwert der Mindestleasingzahlungen wird mit Hilfe des dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Grenzfremdkapitalzinssatzes berechnet. Der Leasinggegenstand wird planmäßig abgeschrieben über die wirtschaftliche Nutzungsdauer oder die kürzere Laufzeit des Leasingverhältnisses. Die Verpflichtung aus den anfallenden Leasingraten wird unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden passiviert. Die Leasingraten werden in einen Zins- und einen Tilgungsanteil aufgeteilt. Während der Tilgungsanteil ergebnisneutral mit der Restschuld verrechnet wird, wird der Zinsanteil ergebniswirksam als Zinsaufwand behandelt.

Beim Operatingleasing weist die Kreissparkasse Köln die geleisteten Leasingraten für Investment Properties als Mietaufwand in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen aus. Für Sachanlagen erfolgt der Ausweis unter den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen.

<23> Fremdkapitalkosten

Entsprechend IAS 23.8 werden Fremdkapitalkosten ohne Rücksicht auf die Verwendung des Fremdkapitals in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind (Benchmark-Methode).

Zwischenzeitlich hat das IASB eine Anpassung des IAS 23 veröffentlicht, nach der Fremdkapitalkosten zu aktivieren sind, sofern sie der Anschaffung eines Vermögenswerts direkt zurechenbar sind. Diese Änderung ist erstmals im Geschäftsjahr 2009 zu beachten. Ein Endorsement durch die EU liegt noch nicht vor.

<24> Sonstige Aktiva

Bei den im Bestand befindlichen Rettungserwerben handelt es sich um Immobilien, die nicht für den dauerhaften Verbleib bei der Kreissparkasse Köln bestimmt sind. Bei Erwerb werden diese Immobilien mit dem Meistgebot zuzüglich Nebenkosten angesetzt. Daneben werden nicht ausgebotene dinglich gesicherte Forderungen der Sparkasse mit angesetzt, soweit sie den vorsichtig geschätzten Tageswert nicht übersteigen. Die Rettungserwerbe werden nicht planmäßig abgeschrieben. Ergeben sich zu nachfolgenden Bilanzstichtagen Wertminderungen, wird ihnen mit außerplanmäßigen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert begegnet. Entfallen die Gründe für eine außerplanmäßige Wertberichtigung, dann wird höchstens bis zu den Anschaffungskosten zugeschrieben. Die Abschreibungen auf Rettungserwerbe weist die Kreissparkasse Köln unter der GuV-Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“, die Zuschreibungen unter den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ aus. Nachträglich angefallene Anschaffungskosten werden aktiviert, soweit diese zu einer Erhöhung des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens führen.

<25> Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten

Die finanziellen Verbindlichkeiten der Kreissparkasse Köln setzen sich im Wesentlichen aus Termin und Sichteinlagen, Spareinlagen, begebenen Namensschuldverschreibungen und -geldmarktpapieren sowie aufgenommenen Schuldscheindarlehen zusammen. Unter den verbrieften Verbindlichkeiten weist die Kreissparkasse Köln begebene Schuldverschreibungen aus.

Die drei Bilanzpositionen werden grundsätzlich unter der Kategorie OFL ausgewiesen. Zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen oder zur Vermeidung der Trennungspflicht eingebetteter Derivate werden Teile freiwillig zum Fair Value bewertet (Kategorie LFV-Designated).

Erfolge aus dem Rückkauf von eigenen Schuldverschreibungen, die gemäß den Anforderungen der IFRS wie Tilgungen behandelt werden, werden den sonstigen betrieblichen Erträgen oder Aufwendungen zugeordnet.

<26> Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Unmittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden ausschließlich für leistungsorientierte Versorgungspläne gebildet. Diese Pensionsrückstellungen werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch zukünftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Den Gutachten zum Stichtag 31.12.2007 liegen Trendannahmen für die Gehaltsentwicklung in Höhe von 2,85 % (Vorjahr 4,00 %) und für die Rentenentwicklung in Höhe von 0,6 % (Vorjahr 1,40 %) zugrunde. Es wurde ein Abzinsungssatz von 5,45 % (Vorjahr 4,30 %) angewendet. Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G. Da der Konzern über kein Planvermögen verfügt, sind die Pensionsverpflichtungen in voller Höhe durch Rückstellungen gedeckt.

Für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste wendet die Kreissparkasse Köln die Korridormethode an. Hiernach werden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste erst dann als Aufwand oder Ertrag berücksichtigt, wenn der Saldo der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung zu diesem Zeitpunkt übersteigt. Bei Überschreitung des Korridors wird der übersteigende Betrag ab dem folgenden Wirtschaftsjahr über die durchschnittliche Restdienstzeit der Versorgungsberechtigten erfolgswirksam verteilt.

Aufwendungen aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand ausgewiesen. Auf einen getrennten Ausweis des Zinsaufwands für bereits erworbene Versorgungsansprüche wird verzichtet.

Mittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen

Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a der Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrags vom 01. März 2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Kreissparkasse Köln für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Bei diesen Pensionszusagen handelt es sich um einen leistungsorientierten Plan mehrerer Arbeitgeber (multi employer benefit plan) im Sinne des IAS 19.7. Dem Umlageverfahren ist die Schwierigkeit systemimmanent, wie in IAS 19.29 für einen "defined benefit multi-employer plan" gefordert, eine anteilige Zuordnung von Verpflichtungsumfang, Planvermögen und Kosten auf die einzelnen Beteiligten an dem Plan sinnvoll vorzunehmen. Diese Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass sich die Umlagen der einzelnen Mitglieder beziehungsweise Beteiligten an deren Anteil an dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Anspruchsberechtigten insgesamt ausrichten. Ähnliches gilt für die Schlüsselung der sogenannten Sanierungsgelder.

Angesichts der verursachungsunabhängigen Schlüsselung liegt der in IAS 19.32b beschriebene Fall des "risk-sharing" vor. Die Bilanzierungspraxis sieht daher gegenwärtig im Zusammenhang mit der RZVK-Zusage einen Anwendungsfall von IAS 19.30, der die hilfsweise Anwendung von "defined contribution accounting" auf "defined benefit"-Zusagen unter zusätzlichen Anhangangaben vorschreibt.

Im Geschäftsjahr 2007 betrug der Umlagesatz wie im Vorjahr 4,25 % des zuzusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Zum 31. Dezember 2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein sogenanntes Sanierungsgeld in Höhe von 2,5 % der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 01. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes wird auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte regelmäßig neu festgesetzt (§ 60 der Satzung der RZVK). Die Gesamtaufwendungen zur RZVK im Geschäftsjahr 2007 belaufen sich auf 11,3 Mio. Euro (Vorjahr: 10,8 Mio. Euro).

Die wahrscheinliche künftige Entwicklung des Umlagesatzes und des sogenannten Sanierungsgeldes stellen sich unter einem realistischen Szenario wie folgt dar: Nach derzeitigem Kenntnisstand ist kurzfristig nicht mit einer Veränderung der aktuell geltenden Prozentsätze zu rechnen, jedoch können sich neue Erkenntnisse aus einem versicherungsmathematischen Gutachten für den neuen Deckungsabschnitt ab dem Jahr 2008 ergeben.

Zusatzbeiträge (§ 64 der Satzung der RZVK) zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden derzeit nicht erhoben.

In Anbetracht der mit dem Umlageverfahren verbundenen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung können zukünftige Finanzierungslücken beziehungsweise Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen werden.

Zur Bestimmung einer Vermögensunterdeckung der Versorgungszusagen wurde die Höhe der nicht ausfinanzierten Versorgungsverpflichtungen der RZVK ermittelt, indem der Barwert der bestehenden Unterdeckung bestimmt und der Kapitalisierungsgrad der RZVK fiktiv darauf angerechnet wurde. Hierbei handelt es sich um den von der Kreissparkasse Köln bei sofortiger Beendigung der Mitgliedschaft an die RZVK zu zahlenden Ausgleichsbetrag.

Unter Anwendung der Rechnungsgrundlagen gemäß § 15 der Satzung der RZVK ergab sich zum 31. Dezember 2006 ein von der HEUBECK AG Köln ermittelter Wert aller Verpflichtungen von 278,4 Mio. Euro. Nach Abzug des Kapitalisierungsgrades von 19,5 % beläuft er sich auf 224,1 Mio. Euro.

<27> Sonstige Rückstellungen

Für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und aus belastenden Verträgen werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Zinseffekt wesentlich ist. Zuführungen erfolgen über die GuV-Position, die inhaltlich mit der Rückstellung korrespondiert. Auflösungen werden als Ertrag vereinnahmt. Rückstellungen für Bonitätsrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft werden zu Lasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet und zugunsten derselben aufgelöst.

Rückbaupflichtungen gegenüber Dritten im Zusammenhang mit Leasingverhältnissen werden durch die Bildung entsprechender Rückstellungen sowie durch die Erhöhung der Anschaffungskosten der die Rückbaupflichtung betreffenden Vermögenswerte begegnet. Die Erfassung im Aufwand erfolgt durch Abschreibungen über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte.

<28> Nachrangige Verbindlichkeiten

Unter dieser Position werden nachrangige begebene Sparkassenbriefe, Inhaberschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit Nachrangabrede sowie Genussrechte bilanziert.

Diese Verbindlichkeiten werden als sogenanntes Ergänzungskapital dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital zugerechnet, sofern sie eine Mindestrestlaufzeit von zwei Jahren nicht unterschreiten. Sie gelangen im Falle einer möglichen Liquidation des Vermögens der Kreissparkasse Köln erst dann zur Auszahlung, wenn die Ansprüche aller anderen Gläubiger bereits befriedigt sind.

Die Bilanzierung erfolgt grundsätzlich unter der Kategorie OFL. Zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen oder zur Vermeidung der Trennungspflicht eingebetteter Derivate werden Teile des Nachrangkapitals freiwillig zum Fair Value bewertet (Kategorie DLFV).

<29> Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern ist in IAS 12 geregelt. Ergeben sich Unterschiede zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den steuerlichen Wertansätzen, sind latente Steuern zu bilden, wenn diese Differenzen nur temporär bestehen. Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen werden nur in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung realistisch erscheint.

Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen werden die Steuersätze verwendet, die zum Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenz erwartet werden. Für das Geschäftsjahr 2007 wird ein Steuersatz von 31,54 % (Vorjahr: 39,85 %) angewandt.

Durch das im Jahr 2007 verabschiedete und im Bundesanzeiger veröffentlichte Unternehmensteuere reformgesetz 2008 erfolgte die Bewertung der latenten Steuern bereits im Jahresabschluss 2007 anhand der für 2008 geltenden Steuersätze. Grundsätzlich sind für die Bewertung der latenten Steuern die aktuell gültigen Steuervorschriften und Steuersätze maßgeblich. Die Veröffentlichung des Unternehmenssteuere reformgesetzes hat nach IAS 12 die materielle Wirkung einer tatsächlichen Inkraftsetzung, wonach für die Bewertung der latenten Steuern die angekündigten Steuersätze anzuwenden sind.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den laufenden Steueraufwendungen und -erträgen im Posten Steueraufwand ausgewiesen. Die ergebnisneutrale Erfassung in der Neubewertungsrücklage beziehungsweise ergebniswirksame Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung ist von dem zugrunde liegenden Sachverhalt und dessen Behandlung in der Bilanz abhängig. Tatsächliche Ertragsteuern werden unmittelbar dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben, wenn sich die Steuer auf Posten bezieht, die im Geschäftsjahr oder einer anderen Periode unmittelbar dem Eigenkapital gutgeschrieben oder belastet werden (IAS 12.61).

<30> Eigenkapital

Die Gewinnrücklagen beinhalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Darüber hinaus sind hierin die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung, mit Ausnahme der Bewertungseffekte für Finanzinstrumente der Kategorie AFS, ausgewiesen.

Die Neubewertungsrücklage enthält die ergebnisneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS, nach Berücksichtigung der darauf entfallenden tatsächlichen und latenten Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne und Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund eines Impairment abgeschrieben wird.

Anteile im Fremdbesitz (Minderheitenanteile) werden als gesonderter Unterposten im Eigenkapital ausgewiesen.

Überleitungsrechnungen und Erläuterungen zur Erstanwendung der IFRS

<31> GuV-Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2006

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Kreissparkasse Köln wurde erstmals für den Zeitraum vom 01.01.2006 bis 31.12.2006 von den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften auf die Vorschriften der IFRS umgestellt. Die Erläuterungen zur Erstanwendung der IFRS sind der Notes-Angabe <4> zu entnehmen. Die Auswirkungen aus der IFRS-Umstellung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind in der nachfolgenden Übersicht erläutert:

Angaben in Mio. Euro	HGB nach Umgliederung auf IFRS	Auswirkung der Umstellung auf IFRS	IFRS
Zinsüberschuss	488,5	-33,5	455,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-148,8	-33,9	-182,7
Provisionsüberschuss	119,8	-0,3	119,5
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	-10,8	7,1	-3,7
Handelsergebnis	21,7	-11,6	10,1
Finanzanlageergebnis	-25,7	67,1	41,4
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	4,1	4,2	8,3
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-400,6	3,6	-397,0
Sonstige betriebliche Erträge	32,2	0,0	32,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-21,5	-0,6	-22,1
Steueraufwand / Steuerertrag	-9,1	10,7	1,6
Konzernjahresüberschuss	49,8	12,8	62,6

Zur Darstellung des Übergangs auf die Konzernrechnungslegung nach den IFRS hat die Kreissparkasse Köln zunächst die Aufwands- und Ertragspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung des HGB-Konzernabschlusses 2006 auf das Gliederungsschema nach IFRS übergeleitet. Im Folgenden werden die wesentlichen Effekte auf die Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Der Zinsüberschuss verringerte sich aufgrund der Umstellung auf IFRS um 33,5 Mio. Euro auf 455,0 Mio. Euro. Der Rückgang ist einerseits auf die Konsolidierung der Spezialfonds sowie zum anderen auf die Effekte aus der Bewertung der Finanzinstrumente zu fortgeführten Anschaffungskosten zurückzuführen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 33,9 Mio. Euro auf 182,7 Mio. Euro. Nähere Erläuterungen sind in Notes-Angabe <35> enthalten.

Die Anpassungen aufgrund der erfolgswirksamen Bewertung designierter Finanzinstrumente führten zu einer Verbesserung des Ergebnisses aus Designated as at Fair Value Geschäften um 7,1 Mio. Euro auf -3,7 Mio. Euro.

Das Handelsergebnis verringerte sich um 11,6 Mio. Euro auf 10,1 Mio. Euro. Dies beruht im Wesentlichen auf der Einbeziehung von Bewertungs- und Abgangsverlusten aus Derivaten sowie Aufwendungen aus der Währungsumrechnung von konsolidierten Spezialfonds.

Das Finanzanlageergebnis erhöhte sich insbesondere um die Veräußerungsergebnisse der konsolidierten Spezialfonds um 67,1 Mio. Euro auf 41,4 Mio. Euro. Weitere Anpassungseffekte resultieren aus der erfolgsneutralen Bewertung der Wertpapiere der Kategorie AFS.

Die Ertragsteuern wurden um erfolgswirksame latente Steuern nach IAS 12 angepasst.

<32> Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 01. Januar 2006

Der Konzern Kreissparkasse Köln hat zum 01. Januar 2006 seine Konzernrechnungslegung von den Rechnungslegungsvorschriften des HGB auf die IFRS umgestellt. Die Erläuterungen zur Erstanwendung der IFRS sind der Notes-Angabe <4> zu entnehmen.

Die Auswirkungen aus der IFRS-Umstellung auf das Konzerneigenkapital sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Angaben in Mio. Euro	Gewinn-rücklage	Neube-wertungs-rücklage	Anteile im Fremd-besitz	Bilanz-gewinn	Summe
Eigenkapital zum 31.12.2005 nach HGB	1.145,4	0,0	0,3	18,2	1.163,9
IFRS-Auswirkungen Aktiva					
Forderungen an Kunden	181,9	0,5	0,0	0,0	182,4
Risikovorsorge	-66,9	0,0	0,0	0,0	-66,9
Handelsaktiva / -passiva	25,0	0,0	0,0	0,0	25,0
Langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1
Finanzanlagen	-37,0	104,7	0,1	0,0	67,8
Assoziierte Unternehmen	3,0	0,0	0,0	0,0	3,0
Sachanlagen	15,0	0,0	0,0	0,0	15,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	38,6	0,0	0,0	0,0	38,6
Immaterielle Vermögenswerte	-0,2	0,0	0,0	0,0	-0,2
Latente Steuern	64,8	-10,6	0,0	0,0	54,2
Sonstige Aktiva	-10,0	0,0	0,0	0,0	-10,0
	214,3	94,6	0,1	0,0	309,0
IFRS-Auswirkungen Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-21,5	0,0	0,0	0,0	-21,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-53,4	0,0	0,0	0,0	-53,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,1	0,0	0,0	0,0	1,1
Rückstellungen	-31,6	0,0	0,0	0,0	-31,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	-3,2	0,0	0,0	0,0	-3,2
Sonstige Passiva	17,9	0,0	0,0	0,0	17,9
	-90,7	0,0	0,0	0,0	-90,7
Sonstige Auswirkungen					
Erfolgsneutrale Erfassung tatsächlicher Steuern	-2,2	2,2	0,0	0,0	0,0
Veränderung im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	-3,1	77,4	0,0	0,0	74,3
	-5,3	79,6	0,0	0,0	74,3
Eigenkapital zum 01.01.2006 nach IFRS	1.263,7	174,2	0,4	18,2	1.456,5

Zur Herleitung der Bewertungsänderungen wurde die Konzernbilanz nach HGB zum 31. Dezember 2005 an das Gliederungsschema nach IFRS angepasst.

Durch die IFRS-Umstellung erhöhte sich das Konzerneigenkapital um 292,6 Mio. Euro auf 1.456,5 Mio. Euro. Hiervon entfallen 118,3 Mio. Euro auf die Gewinnrücklagen und 174,2 Mio. auf die Neubewertungsrücklage. Im Folgenden werden die wesentlichen, teils sehr gegenläufigen, Effekte aus der Erstanwendung der IFRS erläutert.

Die Bewertungsänderungen bei Forderungen an Kunden führten zu einer Erhöhung der Gewinnrücklagen um 181,9 Mio. Euro. Dies ist im Wesentlichen auf die Auflösung der nach IFRS nicht zulässigen Vorsorgereserven nach § 340f HGB und § 26a KWG a. F. zurückzuführen.

Aus der Cashflow-basierten Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die im Gegensatz zum HGB offen ausgewiesen wird, resultierte eine Minderung der Gewinnrücklagen um 66,9 Mio. Euro.

Dagegen trug insbesondere die Bilanzierung der Derivate zum Fair Value zu einer Eigenkapitalerhöhung von 25,0 Mio. Euro aus der Bilanzposition Handelsaktiva bei.

Die Finanzanlagen erhöhten das Konzerneigenkapital um insgesamt 67,8 Mio. Euro. Im Wesentlichen war dies bedingt durch die erfolgsneutrale Fair Value-Bewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie AFS. Der Erstdotierung der Neubewertungsrücklage in Höhe von 104,7 Mio. Euro standen dabei gegenläufige Effekte in der Gewinnrücklage von -37,0 Mio. Euro gegenüber. Der Rückgang ist insbesondere durch die Umgliederung in die Neubewertungsrücklage begründet.

Die Posten Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien erhöhten sich um 15,0 Mio. Euro beziehungsweise 38,6 Mio. Euro. Einen wesentlichen Faktor bildete hierbei die erstmalige Bilanzierung von Immobilien, die der Sparkasse im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen zuzurechnen sind.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 21,5 Mio. Euro. Dies resultiert im Wesentlichen aus einem höheren Ansatz von Sparkassenbriefen, die im Rahmen der Nutzung der Fair Value-Option freiwillig erfolgswirksam zum Fair Value bewertet wurden (Vermeidung Accounting Mismatch).

Im Zusammenhang mit der erstmaligen Bilanzierung von Finanzierungsleasingverhältnissen sowie der Nutzung der Fair Value-Option für an institutionelle Kunden ausgegebene und in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehende Sparkassenbriefe erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 53,4 Mio. Euro.

Die Erhöhung der Rückstellungen führte zu einem Rückgang der Gewinnrücklage von insgesamt 31,6 Mio. Euro und ist insbesondere auf den erhöhten Ansatz von Pensionsrückstellungen nach IAS 19 zurückzuführen.

Durch die erstmalige Konsolidierung von Spezialfonds erhöhte sich das Konzerneigenkapital um 74,3 Mio. Euro. Hiervon entfielen 77,4 Mio. Euro auf die Neubewertungsrücklage.

Aus den Unterschieden zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den steuerlichen Wertansätzen resultieren per Saldo aktive latente Steuern von 54,2 Mio. Euro. Der Ansatz latenter Steuern führte auf der einen Seite zu einer Erhöhung der Gewinnrücklagen um 64,8 Mio. Euro und zu einer Minderung der Neubewertungsrücklage von 10,6 Mio. Euro auf der anderen Seite. Unter Berücksichtigung der Veränderungen des Konsolidierungskreises beliefen sich die aktiven latenten Steuern insgesamt auf 35,9 Mio. Euro.

Die zur Bewertung zum Fair Value bestimmten finanziellen Vermögenswerte im Sinne des IFRS 1.43A beliefen sich zum 01.01.2006 auf 3.769,6 Mio. Euro. Diese Vermögenswerte hatten zum 31.12.2005 einen HGB-Buchwert von 3.333,5 Mio. Euro, der sich auf die HGB-Bilanzpositionen Forderungen an Kunden (8,5 Mio. Euro), Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (1.554,0 Mio. Euro), Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (1.418,7 Mio. Euro) und Beteiligungen (352,3 Mio. Euro) verteilt. Die zum Fair Value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten wurden zum 01.01.2006 mit 693,5 Mio. Euro angesetzt. Ihr HGB-Buchwert zum 31.12.2005 belief sich auf 651,5 Mio. Euro, der sich aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (320,0 Mio. Euro), Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (183,1 Mio. Euro), verbrieften Verbindlichkeiten (108,4 Mio. Euro) und nachrangigen Verbindlichkeiten (40,0 Mio. Euro) zusammen setzt.

<33> Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 31. Dezember 2006

Die wesentlichen Auswirkungen der Überleitung des handelsrechtlichen Konzerneigenkapitals zum 31.12.2006 auf das Konzerneigenkapital nach IFRS der Kreissparkasse Köln werden in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Angaben in Mio. Euro	Gewinnrücklage	Neubewertungsrücklage	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn	Summe
Eigenkapital zum 31.12.2006 nach HGB	1.215,8	0,0	0,3	18,7	1.234,8
Anpassungen im Rahmen der Erstanwendung zum 01.01.06	118,3	174,2	0,1	0,0	292,6
Erfolgsneutrale Bewertung von Finanzinstrumenten nach IAS 39	0,0	-8,2	0,0	0,0	-8,2
Abweichende Jahresergebnisse und Veränderungen im Konsolidierungskreis (vergleiche Notes-Angabe <31>)	0,0	0,0	0,0	12,8	12,8
Sonstige Veränderungen	-1,3	0,6	0,0	0,0	-0,7
Umgliederung der handelsrechtlichen Vorwegzuführung	-31,1	0,0	0,0	31,1	0,0
Eigenkapital zum 31.12.2006 nach IFRS	1.301,7	166,6	0,4	62,6	1.531,3

Das IFRS-Eigenkapital des Konzerns erhöhte sich zum 31.12.2006 im Vergleich zum Konzerneigenkapital nach HGB um 296,5 Mio. Euro auf 1.531,3 Mio. Euro.

Dies resultiert im Wesentlichen aus den in Notes-Angabe <32> erläuterten Bewertungseffekten aus der Erstanwendung der IFRS.

Weiterhin führten die erfolgsneutrale Bewertung von Finanzinstrumenten sowie erfolgsneutrale Steuereffekte zum 31.12.2006 zu einem Rückgang des IFRS-Eigenkapitals in Höhe von 8,2 Mio. Euro.

Hinsichtlich der Abweichungen aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2006 wird auf Notes-Angabe <31> verwiesen.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

<34> Zinsüberschuss

Der im Geschäftsjahr erzielte Zinsüberschuss des Konzerns gliedert sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Zinserträge		
Zinserträge aus Krediten und Darlehen	974,4	931,8
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	96,6	92,3
Lfd. Erträge aus		
- Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	20,6	26,6
- Beteiligungen	14,6	7,7
- Anteilen an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)	0,0	0,7
- Gewinnabführung	0,1	0,0
Sonstige Zinserträge	1,6	1,8
Summe Zinserträge	1.107,9	1.060,9
Zinsaufwendungen		
Zinsaufwendungen aus dem Spar- und Einlagengeschäft	568,7	507,4
Zinsaufwendungen aus begebenen Schuldverschreibungen und Genussrechten	73,3	67,3
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	25,2	27,1
Sonstige Zinsaufwendungen	2,1	4,1
Summe Zinsaufwendungen	669,3	605,9
Zinsüberschuss	438,6	455,0

In den Zinserträgen aus Krediten und Darlehen sind im Geschäftsjahr 2007 Zinserträge aus wertberichtigten Forderungen (Unwinding) in Höhe von 39,4 Mio. Euro enthalten. Die Position beinhaltet keine Zinsergebnisse aus finanziellen Vermögenswerten, die der Kategorie AFV zuzurechnen sind, beziehungsweise aus finanziellen Verbindlichkeiten der Kategorie LFV, da diese im Handelsergebnis oder im Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften ausgewiesen werden.

Die Zinsspannen stellen sich wie folgt dar:

	2007	2006
Auf Basis der durchschnittlichen Bilanzsumme	1,89%	1,98%
Auf Basis der stichtagsbezogenen Bilanzsumme	1,89%	1,96%

<35> Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Für die Dotierung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft hat die Kreissparkasse Köln nachfolgende Posten berücksichtigt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Zuführungen zur Risikovorsorge	90,4	213,1
Auflösungen von Risikovorsorge	132,4	53,4
Direktabschreibungen	6,8	27,2
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	6,2	4,6
Aufwendungen für Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,2	0,4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-41,2	182,7

Der starke Rückgang der Zuführungen zur, beziehungsweise der Anstieg der Auflösungen von Risikovorsorge im Jahr 2007 resultieren aus der anhaltend guten Konjunkturentwicklung und der daraus resultierenden deutlichen Entspannung der Risikolage im Kreditgeschäft. Diese ist im Wesentlichen auf weiter verbesserte Ratingstrukturen sowie auf einen weiteren Rückgang des Sanierungsvolumens zurückzuführen. Darüber hinaus schlugen verfeinerte Datenverarbeitungsprogramme und Parameter zu Buche.

Nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert, setzt sich das Ergebnis aus der Risikovorsorge wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Forderungen (LAR)	-41,4	182,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Forderungen (AFS)	0,0	0,0
Gesamt	-41,4	182,3

<36> Provisionsüberschuss

Die Provisionserträge und -aufwendungen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Provisionserträge aus		
Giro- und Zahlungsverkehr	66,2	67,0
Kredit- und Darlehensgeschäft	7,0	6,8
Wertpapier- und Depotgeschäft	33,5	32,2
sonstigen Provisionsgeschäften	24,9	23,1
Summe der Provisionserträge	131,6	129,1
davon aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden	58,3	58,9
davon aus nicht bilanzwirksamen Treuhandgeschäften	0,0	0,2
Provisionsaufwendungen aus		
Giro- und Zahlungsverkehr	5,0	4,9
Kredit- und Darlehensgeschäft	1,3	1,3
Wertpapier- und Depotgeschäft	1,4	1,5
sonstigen Provisionsgeschäften	2,7	1,9
Summe der Provisionsaufwendungen	10,4	9,6
davon aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden	1,3	1,3
Provisionsüberschuss	121,2	119,5

<37> Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften

Das Ergebnis aus Finanzinstrumenten, die der Unterkategorie AFV/LFV-Designated zugeordnet sind, umfasst neben dem Bewertungs- und Veräußerungsergebnis auch das Zinsergebnis aus diesen Finanzinstrumenten. Einzelheiten zur Ermittlung des Fair Value enthält Notes-Angabe <11>.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kreditinstituten	0,2	0,0
Finanzanlagen	-21,7	0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4,1	9,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6,6	16,2
Eigene Emissionen	-0,5	1,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	1,3	2,5
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis der im Rahmen der Fair-Value-Option eingesetzten Derivate	-1,2	-24,5
Zinsergebnis (AFV/LFV-Designated)	-17,4	-9,1
davon Zinsergebnis der im Rahmen der Fair-Value-Option eingesetzten Derivate	-1,8	3,9
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	-28,6	-3,7

In den Finanzanlagen sind Wertminderungen in Höhe von 16,9 Mio. Euro enthalten, die durch Bewertungstechniken ermittelt wurden, die sich nicht nur auf verfügbare beobachtbare Marktdaten stützen (siehe auch Notes-Angabe <11>).

Die Fair Value-Änderungen von designierten finanziellen Vermögenswerten (AFV-Designated) sind nicht bonitätsbedingt. Die bonitätsbedingten Änderungen werden dabei als Änderungen der beizulegenden Zeitwerte abzüglich der aus Veränderungen der allgemeinen Marktparameter resultierenden Wertänderungen ermittelt.

Im Berichtsjahr hat sich die Bonitätseinschätzung der Kreissparkasse Köln durch die Ratingagentur Moody's beim Finanzkraft rating leicht verschlechtert und beim Langfrist rating leicht verbessert. In Bezug auf den Refinanzierungsspread der Kreissparkasse Köln haben sich diese beiden Effekte nicht ausgewirkt beziehungsweise ausgeglichen. Fair Value-Änderungen der designierten finanziellen Verbindlichkeiten der Kreissparkasse Köln, die auf Veränderungen ihrer eigenen Bonität zurückzuführen wären, lagen mithin zum Bilanzstichtag – wie auch zum Vorjahresstichtag – nicht vor.

<38> **Handelsergebnis**

Alle zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente werden zum Fair Value bewertet. Einzelheiten zu dessen Ermittlung enthält Notes-Angabe <11>.

Neben dem Bewertungs- und Veräußerungsergebnis aus den betreffenden Finanzinstrumenten wird auch ihr Zinsergebnis im Handelsergebnis abgebildet.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Ergebnis aus Wertpapieren des Handelsbestandes	11,5	10,5
Ergebnis aus Derivaten	17,7	-1,6
Fremdwährungsergebnis	0,1	1,2
Handelsergebnis	29,3	10,1
davon Zins- und Dividendenergebnis aus Handelsgeschäften	13,2	7,7

Das Handelsergebnis setzt sich aus Erfolgen kursbezogener, zinsbezogener und eigenkapitalbezogener Geschäfte zusammen. Erfolge aus kursbezogenen Geschäften beinhalten Gewinne und Verluste aus Termingeschäften, Optionen und Kassageschäften (Spotgeschäften) in Fremdwährung. Zinsbezogene Geschäfte bestehen vor allem aus Fremdkapitalinstrumenten, Zins-/Währungsswaps sowie Optionen in Form von Caps und Collars. Eigenkapitalbezogene Geschäfte beinhalten hauptsächlich Transaktionen in Aktien, Investmentfondsanteilen sowie aktienkursbezogenen Derivaten.

<39> Finanzanlageergebnis

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungsergebnisse derjenigen finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit dem Bilanzposten Finanzanlagen korrespondieren. Davon ausgenommen sind freiwillig designierte Finanzinstrumente, deren Erfolge im Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften ausgewiesen werden. Darüber hinaus beinhaltet dieser Posten Bewertungsverluste aufgrund eines auf diese Finanzinstrumente bezogenen Verlustereignisses (Impairment), sowie erfolgswirksame Wertaufholungen bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten bei Fremdkapitalinstrumenten. Bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgt die Zuschreibung in diesem Fall entsprechend IAS 39.69 erfolgsneutral. Für zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, aber noch nicht identifizierte Wertminderungen bei Finanzinstrumenten der Kategorie LAR bestehen darüber hinaus Portfoliowertberichtigungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Ergebnis aus den Finanzanlagevermögen des AFS-Bestandes		
Veräußerungsgewinne (Umbuchung aus der NBRL)	94,8	216,3
Veräußerungsverluste (Umbuchung aus der NBRL)	52,4	165,2
Wertminderungen	1,6	4,5
	40,8	46,6
Ergebnis aus den Finanzanlagevermögen des LAR-Bestandes		
Veräußerungsverluste	2,4	0,0
Wertminderungen	0,1	0,0
	-2,5	0,0
Bewertungsergebnis aus Beteiligungen, Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		
Wertminderungen	5,4	5,1
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,1	0,1
	-5,5	-5,2
Finanzanlageergebnis	32,8	41,4

<40> Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

Die at equity in den Konzernabschluss einbezogenen assoziierten und Gemeinschaftsunternehmen haben durch die erfolgswirksame Fortschreibung der Equity-Bewertung wie folgt zum Konzernergebnis beigetragen:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Buchwert am Anfang des Geschäftsjahres	27,9	19,6
Erfolgsneutrale Buchwertänderungen		
Zugänge	0,7	1,8
Abgänge	0,0	0,0
Veränderung Neubewertungsrücklage	0,0	0,0
Ausschüttungen	-1,7	-1,5
Umbuchungen in langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte	-0,6	0,0
Sonstige erfolgsneutrale Änderungen	-1,2	-0,3
Zwischensumme erfolgsneutrale Buchwertänderungen	-2,8	0,0
Erfolgswirksame Buchwertänderungen		
Anteiliges Jahresergebnis	11,7	8,3
Wertminderungen (Impairment)	0,0	0,0
Zwischensumme erfolgswirksame Buchwertänderungen	11,7	8,3
Buchwert am Ende des Geschäftsjahres	36,8	27,9

Der gesamte Jahresüberschuss aller at equity einbezogenen Gesellschaften belief sich im Geschäftsjahr auf 36,4 Mio. Euro (Vorjahr: 26,1 Mio. Euro).

<41> Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen setzen sich zusammen aus dem Personalaufwand, dem Sachaufwand sowie den Abschreibungen auf selbst genutzte Immobilien, die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf immaterielle Vermögenswerte.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	176,5	180,3
Soziale Abgaben	29,2	31,3
Aufwendungen für Altersvorsorge	15,2	14,9
	220,9	226,5
Sachaufwand		
Raumkosten	18,6	21,7
EDV-Kosten	48,4	47,0
Übriger Sachaufwand	136,0	80,8
	203,0	149,5
Abschreibungen		
Abschreibungen auf Sachanlagen	19,4	17,2
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	3,8	3,8
	23,2	21,0
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	447,1	397,0

In den Aufwendungen für Altersvorsorge sind 3,9 Mio. Euro (Vorjahr 4,1 Mio. Euro) für unmittelbare Pensionszusagen enthalten. Einzelheiten enthält Notes-Angabe <26>.

Der übrige Sachaufwand enthält Aufwendungen für die Risikoabschirmung für die WestLB AG in Höhe von 56,6 Mio. Euro.

<42> Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das Sonstige betriebliche Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Erträge aus der Veräußerung von bzw. Zuschreibung auf Sachanlagen, immateriellen Vermögenswerten und Investment Properties	0,6	0,2
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden	7,6	2,9
Mieterträge aus Investment Properties	10,6	11,0
Erträge aus Rückerwerb von Verpflichtungen der Kategorie OFL	1,8	0,2
Kostenerstattungen aus Personalüberlassungen	6,4	7,1
Übrige	9,1	10,8
Sonstige betriebliche Erträge	36,1	32,2

In den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen sind keine Posten von wesentlicher Bedeutung enthalten.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Verluste aus der Veräußerung aus Sachanlagen, immateriellen Vermögenswerten, Investment Properties	0,8	0,1
Aufwendungen für erhaltene Leistungen	3,2	3,3
Abschreibungen auf Investment Properties	4,9	3,6
Verluste aus dem Rückerwerb von Verpflichtungen der Kategorie OFL	0,2	0,0
Übrige	9,9	15,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	19,0	22,1

Abschreibungen für Immobilien des Vorratsvermögens sind im Geschäftsjahr nicht angefallen (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro). Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen auf Spenden in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,8 Mio. Euro) und Zinsen für Steuernachforderungen von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,6 Mio. Euro).

<43> Steueraufwand

In der Position fasst die Kreissparkasse Köln den auf der Grundlage des IAS 12 ermittelten Aufwand für die Bildung von latenten Steuern auf temporäre Differenzen zwischen steuerbilanziellen Wertansätzen und denjenigen nach IFRS sowie den tatsächlichen Steueraufwand des Geschäftsjahres zusammen. Die negativen Beträge bezeichnen jeweils einen Steuerertrag.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Laufender Ertragsteueraufwand	0,7	13,7
Latenter Ertragsteueraufwand	63,7	-15,3
Steueraufwand	64,4	-1,6

Hinsichtlich der anzuwendenden Steuersätze und der Effekte aus Steuersatzänderungen wird auf die Notes-Angabe <29> verwiesen. Nach IAS 12.61 waren tatsächliche Ertragsteuern in Höhe von -3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3,4 Mio. Euro) unmittelbar mit dem Eigenkapital zu verrechnen.

Aus den rechnerischen Ertragsteuern leitet sich der tatsächliche Steueraufwand wie folgt ab:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Ergebnis vor Ertragsteuern	216,2	61,0
Anzuwendender Steuersatz	39,8%	39,8%
Theoretisch zu erwartende Ertragsteuern	86,0	24,3
Steuerfreie Erträge	-39,0	-39,1
Steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen	3,0	10,0
Effekte aus Steuersatzänderungen/-unterschieden	17,0	0,0
Aperiodische Steuern	0,0	3,6
Effekte aus Equity-Bewertung	-3,2	-1,1
Sonstige Steuereffekte	0,6	0,7
Steueraufwand	64,4	-1,6

Die Effekte aus Steuersatzänderungen/-unterschieden ergeben sich aus dem Unterschied der Steuersätze im Vergleich zur Vorperiode. Der Unterschied resultiert aus der Änderung der Körperschaft- und Gewerbesteuersätze aufgrund des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 (siehe Notes-Angabe <29>.

Auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge von Konzerngesellschaften in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5,7 Mio. Euro) wurden keine latenten Steuern gebildet, da mittelfristig keine nennenswerte Nutzung möglich ist.

Im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen wurden passive latente Steuern für temporäre Differenzen in Höhe von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro) nicht angesetzt (IAS 12.39).

In Höhe von 3,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro) wurden die die passiven latenten Steuern übersteigenden aktiven latenten Steuern angesetzt, da auf Basis der Planung für die folgenden Geschäftsjahre ein steuerpflichtiges Einkommen erzielt wird, das die Nutzung der steuerlichen Verluste und der abzugsfähigen temporären Differenzen ermöglicht.

Segmentberichterstattung

<44> Erläuterungen und Segmentierung nach Geschäftsfeldern

Grundlagen der Segmentdarstellung

Die nachfolgende Segmentberichterstattung beruht auf dem im November 2007 ins europäische Recht übernommenen IFRS 8. Der Standard ist zwar erst ab 2009 verpflichtend anzuwenden, eine vorzeitige Anwendung wird aber empfohlen. Die Kreissparkasse Köln macht von dieser Möglichkeit Gebrauch und wendet IFRS 8 bereits im Jahresabschluss 2007 an.

IFRS 8, der die Vorschrift IAS 14 ablöst, folgt dem sogenannten "Management Approach", der die Orientierung der Segmentberichterstattung an den intern verwendeten Steuerungs- und Berichtsgrößen und somit eine Konsistenz zwischen intern verwendeten und extern veröffentlichten Segmentinformationen fordert. Letztlich soll die Segmentberichterstattung über Rentabilität, Wachstum und Zukunftsaussichten der jeweiligen Segmente informieren.

Bestimmung von Segmenten

Der Management Approach ist sowohl bei der Segmentbildung als auch bei der Ermittlung der Segmentdaten zu berücksichtigen. Dabei sind die veröffentlichten Segmentinformationen so darzustellen, wie sie dem Gesamtvorstand, dem sogenannten „Chief Operating Decision Maker“, regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance vorgelegt werden.

Die Kreissparkasse Köln verwendet zur Steuerung ihrer Aktivitäten eine strategische Geschäftsfeldrechnung, welche die interne Organisations- und Berichtsstruktur widerspiegelt.

Die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln beschränkt sich aufgrund des Regionalprinzips auf den Wirtschaftsraum Köln sowie die umliegenden Kreise Rhein-Erft-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis. Die sich hierbei ergebenden wesentlichen Ertrags- und Aufwandsposten sind weitestgehend gleichartig, so dass eine Segmentierung nach Regionen weitestgehend mit den Summenwerten nach Kundengruppen übereinstimmen würde. Aus diesem Grund wird auf eine geografische Segmentierung verzichtet.

Zusammensetzung der Segmente

Die Organisationsstruktur beziehungsweise der Geschäftsverteilungsplan der Kreissparkasse Köln bestimmt die Zusammensetzung der Geschäftsfeldrechnung und damit auch der Segmentberichterstattung. Sie ist die Basis für die Beurteilung der Performance der Segmente und dient somit als Grundlage für die Verteilung von Ressourcen auf die Segmente.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden infolge von Veränderungen der Organisationsstruktur zwei wesentliche Änderungen im Reporting an den Hauptentscheidungsträger vorgenommen. Der Bereich „Kommunen“ ist aus dem Segment „Firmenkunden“ herausgelöst worden und bildet jetzt ein eigenständiges Segment. Der Bereich „Existenzgründungen/Förderkredite“ ist nicht mehr wie im Vorjahr dem Segment „Retail-/Privatkunden“, sondern dem Segment „Firmenkunden“ zugeordnet worden. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Fristentransformation nicht mehr dem Segment „Sonstige“, sondern dem Segment „Institutionelle/Eigengeschäft“ zugeordnet. Die betreffenden Vorjahresergebnisse wurden entsprechend angepasst.

In den berichtspflichtigen Segmenten enthaltene ähnliche operative Segmente wurden in Anwendung des IFRS 8 zusammengefasst.

Ermittlung der Segmentergebnisse

Die Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet. Die Aufspaltung des Zinsüberschusses erfolgt nach der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Dieser Steuerungskonzeption folgend wird auf eine separate Darstellung von Zinserträgen und -aufwendungen verzichtet. Der Zinsüberschuss stellt im Übrigen die hauptsächliche Ertragsquelle der Kreissparkasse Köln dar.

Die Position Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personal- und Sachaufwand und den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte zusammen, wobei die Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte selbst nicht im jeweiligen Segmentvermögen ausgewiesen werden. Die Aufteilung der Abschreibungen auf die einzelnen Segmente ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Angaben in Mio. Euro	Privatkunden	Firmenkunden	Kommunen	Institutionelle/Eigen-geschäft	Sonstige	Summe Segmente
Abschreibungen 2007						
Planmäßige Abschreibungen	11,7	1,3	0,1	0,3	9,1	22,5
Außerplanmäßige Abschreibungen	1,6	0,2	0,0	0,0	1,3	3,1
	13,3	1,5	0,1	0,3	10,4	25,6
Abschreibungen 2006						
Planmäßige Abschreibungen	11,2	1,3	0,1	0,2	9,1	21,9
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2
	11,3	1,3	0,1	0,2	9,2	22,1

Die Aufwendungen interner Bereiche, die kein eigenes Profitcenter verantworten, werden weitestgehend auf Grundlage von mengen- oder produktbezogenen Verrechnungsalgorithmen oder festgelegten Prozentsätzen auf die operativen Geschäftsbereiche umgelegt.

Die Verteilung der Risikovorsorge für Kreditengagements auf die einzelnen Segmente erfolgte auf Basis des internen Verkaufscontrollings und mit Hilfe einer Risikodatenbank, die es ermöglicht, die Risikokosten verursachungsgerecht zuzuordnen.

Bei den dargestellten Erträgen handelt es sich um Erträge mit externen Kunden. Da auf keinen einzelnen externen Kunden mehr als 10 % der gesamten Erträge der Kreissparkasse Köln entfielen, und somit keine Abhängigkeitsverhältnisse im Sinne des IFRS 8.34 bestanden, wurde auf weitergehende Informationen zur externen Kundenstruktur verzichtet. Intersegmentäre Erträge wurden nicht generiert.

Bilanzierungsmethoden

Die veröffentlichten Segmentinformationen basieren hauptsächlich auf der zur internen Steuerung genutzten Geschäftsfeldrechnung; diese orientiert sich überwiegend an den Vorschriften des HGB. Folglich können zwischen den berichteten Segmentergebnissen und dem IFRS-Konzernergebnis Ausweis- und Bewertungsunterschiede vorliegen. Eine Überleitung der Segmentergebnisse auf das Konzernergebnis inklusive der Erläuterung der größten Bewertungsunterschiede erfolgt in einer gesonderten Überleitungsrechnung (siehe Notes-Angabe <45>).

Segmentergebnisse

Die Erträge der einzelnen Segmente stellen sie wie folgt dar:

Ertragskomponenten im Segment Privatkunden

Das Segment „Privatkunden“ fasst die Aktivitäten der Kreissparkasse Köln in den Filialen und Geschäftsstellen sowie mit vermögenden Kunden zusammen.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Kreditgeschäft	115,1	120,3
Einlagengeschäft	148,4	147,4
Wertpapiergeschäft	24,4	23,5
Zahlungsverkehr	53,1	54,1
Sonstige Produkte	16,4	14,6
Summe Erträge	357,4	359,9

Ertragskomponenten im Segment Firmenkunden

Im Segment „Firmenkunden“ werden Ergebnisse und Aktivitäten des dezentralen und zentralen Firmenkundengeschäftes sowie des Bereiches Existenzgründungen zusammengefasst.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Kreditgeschäft	141,6	151,0
Einlagengeschäft	24,1	21,6
Wertpapiergeschäft	4,9	4,5
Zahlungsverkehr	8,8	8,5
Sonstige Produkte	8,1	9,0
Summe Erträge	187,5	194,6

Ertragskomponenten im Segment Kommunen

Im Segment „Kommunen“ werden die Ergebnisse im Geschäft mit Kommunen und kommunalnahen Unternehmen ausgewiesen.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Kreditgeschäft	7,4	7,1
Einlagengeschäft	4,3	4,0
Wertpapiergeschäft	0,2	0,2
Zahlungsverkehr	1,1	1,1
Sonstige Produkte	0,1	0,1
Summe Erträge	13,1	12,5

Ertragskomponenten im Segment Institutionelle / Eigengeschäft

Das Segment „Institutionelle/Eigengeschäft“ fasst die Ergebnisse des Eigenhandels und des Geschäftes mit institutionellen Kunden zusammen. Zusätzlich beinhaltet dieses Segment das Ergebnis der Fristentransformation.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Kreditgeschäft	0,9	19,4
Einlagengeschäft	1,0	7,4
Derivate	4,2	10,5
Wertpapiergeschäft	24,2	17,1
Zahlungsverkehr	0,4	0,4
Sonstige Produkte	0,8	0,3
Summe Erträge	31,5	55,1

Das Segment „Sonstige“ umfasst die Ergebnisbeiträge, die den anderen Segmenten nicht verursachungsgerecht zugeordnet werden können sowie das Ergebnis der Beteiligungen.

Die Segmentberichterstattung für das Geschäftsjahr stellt sich demnach wie folgt dar:

Angaben in Mio. Euro	Privat- kunden	Firmen- kunden	Kommun- nen	Institutio- nelle/Eigen- geschäft	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	260,1	159,1	11,1	6,0	-3,0	433,3
Risikovorsorge/Bewertung	-20,1	-55,4	-1,5	-46,5	-0,2	-123,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	240,0	103,7	9,6	-40,5	-3,2	309,6
Provisionsüberschuss	81,1	26,5	1,9	4,9	0,1	114,5
Handelsergebnis (1)	0,5	0,1	0,0	19,6	0,0	20,2
Verwaltungsaufwendungen	-237,5	-60,0	-3,8	-9,0	-128,9	-439,2
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	15,7	1,8	0,1	1,0	2,8	21,4
Ergebnis vor Steuern	99,8	72,1	7,8	-24,0	-129,2	26,5
Segmentvermögen	7.256,3	7.677,7	1.887,5	5.072,0	648,1	22.541,6
Segmentverbindlichkeiten	10.404,7	1.567,4	509,8	8.729,4	56,4	21.267,7
Risikoaktiva	5.233,1	7.015,0	348,8	1.717,5	887,6	15.202,0
Bilanzielles Eigenkapital (EK)	432,2	579,4	28,8	141,8	73,3	1.255,5
EK-Rentabilität in %	23,1	12,4	27,1	-16,9	-	-
Cost-Income-Ratio in %	66,5	32,0	29,0	28,6	-	-

(1) Entspricht in den berichteten Segmenten dem handelsrechtlichen Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Die Segmentberichterstattung 2006 sieht folgendermaßen aus:

Angaben in Mio. Euro	Privat- kunden	Firmen- kunden	Kommun- nen	Institutio- nelle/Eigen- geschäft	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	266,2	165,6	10,4	37,3	44,8	524,3
Risikovorsorge/Bewertung	-44,5	-104,6	0,1	-26,6	-39,5	-215,1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	221,7	61,0	10,5	10,7	5,4	309,3
Provisionsüberschuss	79,0	27,3	2,0	4,2	1,5	114,0
Handelsergebnis (1)	0,5	0,1	0,0	13,3	0,0	13,9
Verwaltungsaufwendungen	-243,9	-57,4	-4,1	-8,1	-82,8	-396,3
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	14,2	1,6	0,1	0,3	1,2	17,4
Ergebnis vor Steuern	71,5	32,6	8,5	20,4	-74,7	58,3
Segmentvermögen	7.197,4	7.530,3	1.936,4	5.292,2	529,2	22.485,5
Segmentverbindlichkeiten	10.094,1	1.427,6	460,1	9.243,3	51,1	21.276,2
Risikoaktiva	5.206,7	6.815,1	352,1	1.713,6	813,1	14.900,6
Bilanzielles Eigenkapital (EK)	432,8	566,6	29,3	142,5	67,6	1.238,8
EK-Rentabilität in %	16,5	5,8	29,0	14,3	-	-
Cost-Income-Ratio in %	67,8	29,5	32,8	14,7	-	-

(1) Entspricht in den berichteten Segmenten dem handelsrechtlichen Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

<45> Überleitung und Konsolidierung

Das interne Managementberichtssystem der Kreissparkasse Köln basiert nicht auf den Rechnungslegungsgrundsätzen der IFRS. Aus diesem Grunde ist eine Überleitung auf das Konzernergebnis notwendig.

Im Geschäftsjahr 2007 stellt sich die Überleitungsrechnung wie folgt dar:

Angaben in Mio. Euro	Summe Segmente	Umgliederungen	Bewertung und Konsolidierung	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss (1)	433,3	13,2	3,8	450,3
Risikovorsorge/ Bewertung	-123,7	45,3	119,6	41,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	309,6	58,5	123,4	491,5
Provisionsüberschuss	114,5	-2,2	8,9	121,2
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	0,0	-15,8	-12,8	-28,6
Handelsergebnis (2)	20,2	10,4	-1,3	29,3
Finanzanlageergebnis	0,0	-46,6	79,4	32,8
Verwaltungsaufwendungen	-439,2	3,1	-11,0	-447,1
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	21,4	-8,2	3,9	17,1
Ergebnis vor Steuern	26,5	-0,8	190,5	216,2
Segmentvermögen	22.541,6	-20,8	281,2	22.802,0
Segmentverbindlichkeiten	21.267,7	22,7	-37,6	21.252,8

(1) Inklusive Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

(2) Entspricht in den berichteten Segmenten dem handelsrechtl. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Im Jahr 2007 beträgt der Zinsüberschuss der berichteten Segmente 433,3 Mio. Euro. Die Umgliederungen in Höhe von 13,2 Mio. Euro sind auf die unterschiedlichen Ausweisivorschriften zwischen dem HGB und den IFRS zurückzuführen. Insbesondere sind hier die Zinsen im Zusammenhang mit den Kategorien AFV-Trading und AFV-Designated und den Derivaten im Handelsergebnis beziehungsweise im Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften zu nennen. Die Bewertungsänderungen sind einerseits auf die Bewertung der Finanzinstrumente zu fortgeführten Anschaffungskosten sowie andererseits auf den gegenläufigen Effekt der Bildung von Unwinding, das heißt der Aufzinsung von wertberechtigten Forderungen, zurückzuführen. Mindernd wirkte auch die Konsolidierung von nach HGB vereinnahmten Ausschüttungen aus Spezialfonds.

Die Risikovorsorge beträgt 41,2 Mio. Euro. Die Ausweisänderungen von 45,3 Mio. Euro sind auf die im Gegensatz zum HGB nicht vorgenommenen Überkreuzverrechnungen von Aufwendungen und Erträgen gemäß § 340f Absatz 3 beziehungsweise § 340c Absatz 2 HGB zurückzuführen. Die Bewertungsänderungen betragen 119,7 Mio. Euro. Die Entwicklung der Risikovorsorge ist in der Notes-Angabe <35> dargestellt.

Der Provisionsüberschuss beträgt 121,2 Mio. Euro. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Einbeziehung der Tochterunternehmen.

Das Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften beträgt -28,6 Mio. Euro. Die oben beschriebenen Umgliederungen aus dem Zinsüberschuss führen zu einem Effekt von -15,8 Mio. Euro. Die Veränderungen aus Bewertung und Konsolidierung in Höhe von -12,8 Mio. Euro entfallen im Wesentlichen auf die Bewertungsverluste bei den designierten Finanzanlagen.

Das Handelsergebnis beläuft sich auf 29,3 Mio. Euro. Die Ausweisänderungen in Höhe von 10,4 Mio. Euro resultieren überwiegend aus den Zinsen für Handelsbestände.

Das Finanzanlageergebnis liegt bei 32,8 Mio. Euro. Die Umgliederungseffekte in Höhe von 46,6 Mio. Euro beruhen im Wesentlichen auf der im Rahmen der Anwendung von den IFRS nicht vorgenommenen Kompensation der Bewertungsergebnisse von Krediten und Wertpapieren. Die Veränderung aus Bewertung und Konsolidierung in Höhe von 79,4 Mio. Euro resultiert aus der erfolgsneutralen Bewertung der Wertpapiere der Kategorie AFS sowie aus der Konsolidierung von Spezialfonds.

Die Ausweisänderung in Höhe von 3,1 Mio. Euro im allgemeinen Verwaltungsaufwand basiert im Wesentlichen auf dem unterschiedlichen Ausweis für Aufwendungen für Investment Properties. Die Aufwendungen für Investment Properties werden im Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen erfasst. Die Konsolidierung der Tochterunternehmen und Spezialfonds erhöht die Verwaltungsaufwendungen.

Die Umgliederungseffekte im Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sind ausschließlich auf die unterschiedlichen Ausweisvorschriften zwischen HGB und IFRS zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhen sich im Wesentlichen durch die Effekte aus dem Rückkauf von eigenen Wertpapieren sowie durch die unterschiedliche Bewertung von Rückstellungen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist unter anderem die Bewertung der Investment Properties enthalten.

Im Geschäftsjahr 2006 ergibt sich die folgende Überleitungsrechnung:

Angaben in Mio. Euro	Summe Segmente	Umgliederungen	Bewertung und Konsolidierung	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss (1)	524,3	8,5	-69,5	463,3
Risikovorsorge/Bewertung	-215,1	26,1	6,3	-182,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	309,2	34,6	-63,2	280,6
Provisionsüberschuss	114,0	-2,2	7,7	119,5
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	0,0	-10,8	7,1	-3,7
Handelsergebnis (2)	13,9	7,8	-11,6	10,1
Finanzanlageergebnis	0,0	-26,8	68,2	41,4
Verwaltungsaufwendungen	-396,3	2,0	-2,7	-397,0
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	17,4	-5,8	-1,5	10,1
Ergebnis vor Steuern	58,2	-1,2	4,0	61,0
Segmentvermögen	22.485,5	71,3	232,8	22.789,6
Segmentverbindlichkeiten	21.276,2	134,1	58,4	21.468,7

(1) Inklusive Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

(2) Entspricht in den berichteten Segmenten dem handelsrechtl. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Im Geschäftsjahr 2006 beläuft sich der Zinsüberschuss des Konzerns auf insgesamt 463,3 Mio. Euro. Die Umgliederungen betreffen in Höhe von 8,5 Mio. Euro Zinsen, die im Handelsergebnis beziehungsweise im Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften erfasst werden. Der Rückgang bei der Position ist einerseits auf die Konsolidierung von nach dem HGB vereinnahmten Ausschüttungen aus Spezialfonds sowie andererseits auf die Bewertung der Finanzinstrumente zu fortgeführten Anschaffungskosten zurückzuführen.

Die Ausweisänderung der Risikovorsorge in Höhe von 26,1 Mio. Euro beruht im Wesentlichen auf der im Rahmen der Anwendung von den IFRS nicht vorgenommenen Kompensation der Bewertungsergebnisse von Krediten und Wertpapieren. Die Bewertungseffekte von Wertpapieren zeigen sich im Finanzanlageergebnis. Die Bewertung des Kreditgeschäfts der Kreissparkasse Köln nach den IFRS mindert die Risikovorsorge im Vergleich zum HGB um 6,2 Mio. Euro.

Der Provisionsüberschuss beträgt 119,5 Mio. Euro. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Einbeziehung der Tochterunternehmen.

Beim Handelsergebnis führen die nach den IFRS auf Ebene der Kreissparkasse Köln vorzunehmenden Umgliederungen zahlreicher Positionen und dem hiermit verbundenen geänderten Ausweis von Erträgen und Aufwendungen zu einem positiven Effekt von 7,8 Mio. Euro. Dieser Effekt beruht im Wesentlichen auf der Einbeziehung von Bewertungsverlusten aus Derivaten, die von konsolidierten Spezialfonds gehalten werden.

Die Anpassungen aufgrund der erfolgswirksamen Bewertung designierter Finanzinstrumente führen gemäß IFRS auf Ebene der Kreissparkasse Köln zu einem negativen Ergebnis von 3,7 Mio. Euro. Die Ausweisänderungen beruhen im Wesentlichen auf der Umgliederung des Zinsüberschusses. Gemindert werden die Ausweisänderungen durch die Bewertung der designierten Bestände auf Ebene des Konzerns und die Einbeziehung der konsolidierten Spezialfonds.

Der Umgliederungseffekt von -26,8 Mio. Euro im Finanzanlageergebnis beruht im Wesentlichen auf der im Rahmen der Anwendung von den IFRS nicht vorgenommenen Überkreuzverrechnung der Bewertungsergebnisse von Krediten und Wertpapieren. Die Auswirkungen bei der Bewertung und Konsolidierung resultieren aus der erfolgsneutralen Bewertung der Wertpapiere der Kategorie AFS und der Einbeziehung der Spezialfonds.

Die Ausweisänderung in Höhe von 2,0 Mio. Euro im allgemeinen Verwaltungsaufwand basiert im Wesentlichen auf dem unterschiedlichen Ausweis für Aufwendung für Investment Properties. Die Aufwendungen für Investment Properties werden im Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen erfasst. Insbesondere die unterschiedliche Höhe von Rückstellungen nach den IFRS im Vergleich zum HGB und die andere Bewertung von Sachanlagen mindern die Verwaltungsaufwendungen. Dies wird jedoch teilweise kompensiert durch die Einbeziehung der konsolidierungspflichtigen Spezialfonds.

Die Umgliederungseffekte in Höhe von -5,8 Mio. Euro im Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sind ausschließlich auf die unterschiedlichen Ausweisvorschriften zwischen dem HGB und den IFRS zurückzuführen. Die unterschiedliche Höhe von Rückstellungen und die andere Bewertung von Investment Properties sind die wesentlichen Bewertungsunterschiede.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

<46> Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Kassenbestand	125,2	89,3
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	250,7	396,9
Barreserve	375,9	486,2

Der Kassenbestand sowie das Guthaben bei der Deutschen Bundesbank sind zum Nennwert ausgewiesen.

<47> Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Geschäftsarten und Kategorien gemäß IAS 39 wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (LAR)	933,3	507,7
	933,3	507,7
Kredite und Darlehen		
Kredite und Darlehen (LAR)	250,3	152,1
Kredite und Darlehen (AFV-Designated)	3,3	3,0
	253,6	155,1
Sonstige Forderungen		
Sonstige Forderungen (AFS)	11,4	18,0
	11,4	18,0
Forderungen an Kreditinstitute	1.198,3	680,8

Forderungen mit einem Buchwert von 252,7 Mio. Euro (Vorjahr: 169,2 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Risikovorsorge der Kreissparkasse Köln zu dieser Position ist in Notes-Angabe <49> aufgeführt.

<48> Forderungen an Kunden

Die Forderungen gegenüber Kunden werden nach Geschäftsarten und Kategorien des IAS 39 gegliedert:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (LAR)	1.195,2	1.329,8
	1.195,2	1.329,8
Kredite und Darlehen		
Kredite und Darlehen (LAR)	16.296,5	16.029,6
Kredite und Darlehen (AFS)	14,2	9,2
Kredite und Darlehen (AFV-Designated)	3,0	3,9
	16.313,7	16.042,7
Sonstige Forderungen		
Sonstige Forderungen (LAR)	0,0	1,5
	0,0	1,5
Finanzierungsleasing als Leasinggeber (LAR)	0,9	0,9
Forderungen an Kunden	17.509,8	17.374,9

Forderungen mit einem Buchwert von 14.355,0 Mio. Euro (Vorjahr: 13.930,5 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Hinsichtlich der Forderungen an nicht einbezogene Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie an Beteiligungen wird auf Notes-Angabe <84> verwiesen.

Die Risikovorsorge der Kreissparkasse Köln zu dieser Position ist in Notes-Angabe <49> aufgeführt.

Einzelheiten zu den Forderungen aus Finanzierungsleasing ergeben sich aus Notes-Angabe <77>.

<49> Risikovorsorge

Die Risikovorsorge deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken im Kreditgeschäft ab. Sie enthält sowohl Einzelwertberichtigungen als auch Portfoliowertberichtigungen, letztere zur Abdeckung der Ausfälle aus bereits eingetretenen, aber auf Einzelfallbasis noch nicht erkannten Verlusten.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Risikovorsorge für Forderungen		
Portfoliowertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute	2,1	1,4
Einzelwertberichtigung für Forderungen an Kunden	352,3	522,4
Portfoliowertberichtigung für Forderungen an Kunden	22,5	26,3
	376,9	550,1
Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	2,7	2,6
Risikovorsorge	379,6	552,7

Unter Berücksichtigung von Branchen ergibt sich folgende Aufteilung der Risikovorsorge:

Geschäftsjahr in Mio. Euro	WB *) und Rückstellungen für Kreditgeschäft	Kreditausfälle in 2007	Nettozuführung zu WB *) und Rückstellungen
Kunden			
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	282,8	107,3	-57,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	2,9	0,4	0,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1,0	1,7	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	37,1	15,5	0,2
Baugewerbe	22,3	22,1	-2,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	35,2	15,0	-0,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,9	3,7	-1,6
Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	2,6	0,5	-0,5
Dienstleistungen (einschl. freier Berufe)	177,8	48,4	-53,4
Öffentliche Haushalte	0,4	0,0	0,0
Wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen	94,3	30,8	14,5
Kunden insgesamt	377,5	138,1	-42,5
Kreditinstitute	2,1	0,0	0,7
Gesamt	379,6	138,1	-41,8

*) WB = Einzel- und Portfoliowertberichtigungen

Vorjahr in Mio. Euro	WB *) und Rückstellungen für Kreditgeschäft	Kreditausfälle in 2006	Nettozuführung zu WB *) und Rückstellungen
Kunden			
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	442,3	102,1	128,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	2,6	2,3	0,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2,1	0,5	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	52,1	17,9	17,8
Baugewerbe	45,5	13,9	8,7
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	51,7	14,7	14,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,8	3,1	-0,8
Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	3,5	0,3	0,3
Dienstleistungen (einschl. freier Berufe)	276,0	49,4	86,4
Öffentliche Haushalte	0,3	0,0	0,1
Wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen	108,7	42,8	31,3
Kunden insgesamt	551,3	144,9	159,9
Kreditinstitute	1,4	0,0	0,2
Gesamt	552,7	144,9	160,1

*) WB = Einzel- und Portfoliowertberichtigungen

Im Geschäftsjahr und im Vorjahr hat sich die Risikovorsorge wie folgt entwickelt:

Angaben in Mio. Euro	Anfangsbestand	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Endbestand
Portfoliowertberichtigungen für Forderungen an Kreditinstitute	1,4	0,7	0,0	0,0	2,1
Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden	522,4	89,7	131,2	128,6	352,3
Portfoliowertberichtigungen für Forderungen an Kunden	26,3	0,0	0,0	3,8	22,5
Zwischensumme	550,1	90,4	131,2	132,4	376,9
Rückstellungen (Bonitätsrisiken) für außerbilanzielle Risiken	2,6	1,2	0,1	1,0	2,7
Gesamt	552,7	91,6	131,3	133,4	379,6

Vorjahr in Mio. Euro	Anfangsbestand	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Sonstiges	Endbestand
Portfoliowertberichtigungen für Forderungen an Kreditinstitute	1,1	0,2	0,0	0,0	0,1	1,4
Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden	430,6	209,0	112,1	53,4	48,3	522,4
Portfoliowertberichtigungen für Forderungen an Kunden	21,4	3,9	0,0	0,0	1,0	26,3
Zwischensumme	453,1	213,1	112,1	53,4	49,4	550,1
Rückstellungen (Bonitätsrisiken) für außerbilanzielle Risiken	7,8	0,8	5,6	0,4	0,0	2,6
Gesamt	460,9	213,9	117,7	53,8	49,4	552,7

<50> Handelsaktiva

Die Bilanzposition Handelsaktiva hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Trading)	6,6	808,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Trading)	13,9	76,9
Positive Marktwerte der Handelsderivate	466,5	175,6
davon Handelsderivate (AFV-Trading)	465,9	173,9
davon Derivate, die im Rahmen der Fair Value-Option als wirtschaftliche Sicherungsgeschäfte eingesetzt wurden	0,6	1,7
Handelsaktiva	487,0	1.060,5

In den Handelsaktiva sind Finanzinstrumente in Höhe von 105,2 Mio. Euro (Vorjahr: 237,6 Mio. Euro) enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben.

Als Handelsderivate werden im Wesentlichen auch Derivatepositionen mit einem positiven Fair Value ausgewiesen, die die Kreissparkasse Köln als Vertragspartner im Kundengeschäft eingeht und zeitnah durch ein korrespondierendes Gegengeschäft im Interbankenhandel absichert. Der Ausweis der Gegenposition erfolgt unter den Handelspassiva.

Darüber hinaus weist die Kreissparkasse Köln hier solche Derivate aus, die im Rahmen der Fair Value-Option als wirtschaftliche Sicherungsgeschäfte abgeschlossen wurden. Die gesicherten Grundgeschäfte wurden freiwillig zum Fair Value designiert.

<51> Langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte

Die Kreissparkasse Köln hat zum Bilanzstichtag den Verkauf von Anteilen an der Prosystems IT GmbH geplant. Ziele des Verkaufs der Anteile an einen Finanz-IT-Dienstleister sind unter anderem die konsequente Umsetzung von Kostensenkungspotentialen sowie Effizienzsteigerungen. Der Verkauf ist am 27.02.2008 rückwirkend zum 01.01.2008 erfolgt.

Darüber hinaus war zum Bilanzstichtag der Verkauf von vier Immobilien im Sinne von IFRS 5 wahrscheinlich, die weder für Sparkassenzwecke benötigt wurden noch anderweitige strategische Bedeutung für die Sparkasse hatten. Diese Verkäufe sind zwischenzeitlich alle vollzogen. Wesentliche Ertragsauswirkungen haben sich hierdurch nicht ergeben.

Die vier anderen im Vorjahr als langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte klassifizierten Immobilien wurden entsprechend ihrer Nutzungsart umklassifiziert, da aufgrund des Marktumfeldes die kurzfristige Veräußerung nicht mehr höchstwahrscheinlich war. Die Auswirkungen der Planänderungen auf das Geschäftsjahr und das Vorjahr sind unwesentlich.

Die Buchwerte sind aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Sachanlagen	0,9	0,9
Anteile an assoziierten Unternehmen	0,6	0,0
Langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte	1,5	0,9

<52> Finanzanlagen

Die Finanzanlagen der Kreissparkasse Köln sind Wertpapiere ohne Handelsabsicht, Beteiligungen sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen. Unter den anderen Finanzanlagen weist die Kreissparkasse Köln typische stille Beteiligungen aus.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	397,4	165,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	1.679,2	2.334,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Designated)	326,8	141,3
	2.403,4	2.640,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	594,2	623,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Designated)	31,8	0,0
	626,0	623,0
Beteiligungen, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (AFS)	550,4	444,9
Andere Finanzanlagen (LAR)	28,1	28,9
Finanzanlagen	3.607,9	3.737,4

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.729,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.066,3 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

In den Finanzanlagen wird auch die Pflichtmitgliedschaft der Kreissparkasse Köln im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband Düsseldorf ausgewiesen. Bei dieser Mitgliedschaft handelt es sich um eine Pflichtbeteiligung aufgrund der Vorgaben des Sparkassengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist nicht veräußerbar. Mangels anderer Klassifizierungsmöglichkeiten erfolgte dennoch eine Zuordnung zur Bewertungskategorie AFS. Der Buchwert der Pflichteinlage beläuft sich auf 260,4 Mio. Euro, der den Anschaffungskosten entspricht. Aus der Pflichtmitgliedschaft entsteht der Kreissparkasse Köln eine Vielzahl von Vorteilen, wie z. B. die Nutzung von Markenrechten, deren Wert nicht immer genau quantifizierbar ist. Daher wurde die Beteiligung entsprechend IAS 39.46c zu Anschaffungskosten bilanziert.

Daneben hält die Kreissparkasse Köln Anteile an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, die aufgrund ihrer Zuordnung zur Kategorie AFS zum Fair Value anzusetzen ist. Da der Fair Value im Geschäftsjahr nicht verlässlich zu ermitteln ist, wird der bisherige beizulegende Zeitwert entsprechend IAS 39.54 als Maßstab für die neuen Anschaffungskosten genommen. Der aus der Neubewertung in der Vergangenheit in der Neubewertungsrücklage enthaltene Betrag in Höhe von 21,2 Mio. Euro verbleibt dort, bis der Vermögenswert abgeht oder gegebenenfalls ein Impairment vorliegt. Eine Umbuchung dieser Neubewertungsrücklage in die GuV beim Übergang auf die Bewertung zu Anschaffungskosten kommt mithin nicht in Betracht. Insgesamt entfällt auf die Beteiligung an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG ein Wertansatz von 41,4 Mio. Euro.

<53> Anteile an assoziierten Unternehmen

Einen Überblick über die zusammenfassenden Finanzinformationen nach IAS 28.37 (b) zu den nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen vermittelt die nachfolgende Aufstellung:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Summe der Vermögenswerte	190,4	150,7
Summe der Verpflichtungen	190,4	150,7
Ordentliche Erträge	292,3	230,6
Periodenergebnis	36,0	25,4

Der Konzernabschluss des assoziierten Unternehmens weist kein Eigenkapital nach IFRS aus, da die Einlagen der Kommanditisten nach IAS 32 als Fremdkapital zu werten sind.

Neben dem assoziierten Unternehmen, das nach IAS 28 at equity zu bewerten ist, umfasst der Bilanzposten auch die entsprechend dem Wahlrecht nach IAS 31.38 nach der Equity-Methode bilanzierten gemeinschaftlich geführten Unternehmen, an denen die Kreissparkasse Köln beteiligt ist. Hier stellen sich die zusammenfassenden Finanzinformationen in Bezug auf die Anteile der Sparkasse wie folgt dar:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Summe der Vermögenswerte	7,5	6,9
Summe der Verpflichtungen	6,1	5,6
Eigenkapital	1,4	1,3
Ordentliche Erträge	19,7	20,6
Periodenergebnis	0,2	0,3

Zur Buchwertentwicklung der Anteile an assoziierten Unternehmen wird auf Notes-Angabe <40> verwiesen.

Bei einem (Vorjahr: 1) Gemeinschaftsunternehmen übersteigt der Anteil der Kreissparkasse Köln an den Verlusten den Wert ihres Beteiligungsanteils. Gemäß IAS 28.29 werden bei diesen Gemeinschaftsunternehmen keine weiteren Verlustanteile mehr erfasst. In der Bilanz wird ein Buchwert von 1 Euro angesetzt. Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein anteiliger Gewinn von 27 Tsd. Euro (Vorjahr: Anteiliger Gewinn von 0,3 Mio. Euro) nicht mehr erfasst. Der kumulierte nicht erfasste anteilige Verlust beträgt 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro).

<54> Sachanlagen

Folgende Vermögenswerte dienen langfristig dem Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Köln und werden deshalb unter den Sachanlagen ausgewiesen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Grundstücke und Gebäude	112,8	124,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	42,6	44,1
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1,4	1,4
Sachanlagen	156,8	169,5

Hinsichtlich der Veräußerbarkeit von Sachanlagen bestehen keine Beschränkungen. Die Sachanlagen, die die Kreissparkasse im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen nutzt, sind in Notesangabe <77> aufgeführt.

Im Vergleich zum Vorjahr stellen sich die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen wie folgt dar:

Mio. Euro	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Stand 01.01.2006	245,6	177,2	1,3	424,1
Zugänge	16,8	19,6	1,9	38,3
Abgänge	0,0	7,9	0,0	7,9
Sonstige Umbuchungen	0,8	-0,2	-1,8	-1,2
Stand 31.12.2006	263,2	188,7	1,4	453,3
Zugänge	2,0	9,3	1,4	12,7
Abgänge	1,0	15,4	0,1	16,5
Umbuchungen zu den langfristigen, zum Verkauf stehenden Vermögenswerten	-0,3	0,0	0,0	-0,3
Sonstige Umbuchungen	-6,9	0,8	-1,3	-7,4
Stand 31.12.2007	257,0	183,4	1,4	441,8
Abschreibungen				
Stand 01.01.2006	126,7	135,6	0,0	262,3
Planmäßige Abschreibungen	7,2	10,0	0,0	17,2
Zugänge	5,3	4,2	0,0	9,5
Abgänge	0,0	5,2	0,0	5,2
Stand 31.12.2006	139,2	144,6	0,0	283,8
Planmäßige Abschreibungen	6,8	10,8	0,0	17,6
Außerplanmäßige Abschreibungen	1,8	0,0	0,0	1,8
Abgänge	0,9	14,6	0,0	15,5
Sonstige Umbuchungen	-2,7	0,0	0,0	-2,7
Stand 31.12.2007	144,2	140,8	0,0	285,0
Buchwert zum 31.12.2006	124,0	44,1	1,4	169,5
Buchwert zum 31.12.2007	112,8	42,6	1,4	156,8

Abschreibungen auf Sachanlagen werden unter den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Die außerplanmäßigen Abschreibungen resultieren aus der Anpassung von Marktwerten infolge verschlechterter Vergleichsmieten beziehungsweise Grundstückspreise der betroffenen Immobilien. Die Buchwerte entsprechen den Ertragswerten dieser Immobilien, denen ein Abzinsungssatz von 6 % bis 7,8 % zu Grunde liegt.

<55> Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien (Investment Properties) wie nachstehend dargestellt entwickelt:

Mio. Euro	Investment Properties
Anschaffungs- oder Herstellungskosten	
Stand 01.01.2006	135,6
Zugänge	9,1
Sonstige Umbuchungen	0,1
Stand 31.12.2006	144,8
Zugänge	0,6
Abgänge	1,1
Umbuchungen zu den langfristigen, zum Verkauf stehenden Vermögenswerten	-1,2
Sonstige Umbuchungen	9,4
Stand 31.12.2007	152,5
Abschreibungen	
Stand 01.01.2006	48,8
Planmäßige Abschreibungen	3,4
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,2
Zugänge	0,9
Stand 31.12.2006	53,3
Abschreibungen	3,8
Außerplanmäßige Abschreibungen	1,1
Abgänge	0,4
Umbuchungen zu den langfristigen, zum Verkauf stehenden Vermögenswerten	-0,5
Sonstige Umbuchungen	3,6
Stand 31.12.2007	60,9
Buchwert zum 31.12.2006	91,5
Buchwert zum 31.12.2007	91,6

Die Zugänge im Geschäftsjahr beruhen im Wesentlichen auf aktivierungspflichtigen Umbaumaßnahmen. Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerbarkeit der Investment Properties liegen nicht vor. Alle Objekte befinden sich im rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigentum der Kreissparkasse Köln. Die Investment Properties, die der Kreissparkasse im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen zugerechnet werden, sind in Notes-Angabe <77> aufgeführt.

Die folgenden Erträge und Aufwendungen der Kreissparkasse Köln stehen in direktem Zusammenhang mit Investment Properties:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Mieterträge	10,6	11,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8,7	6,0

Die außerplanmäßigen Abschreibungen resultieren aus der Anpassung von Marktwerten infolge verschlechterter Vermietungsmöglichkeiten der betroffenen Immobilien. Die Buchwerte entsprechen den Ertragswerten dieser Immobilien, denen ein Abzinsungssatz von 6 % bis 7,8 % (Vorjahr: 7,4%) zu Grunde liegt.

Der beizulegende Zeitwert der Investment Properties beträgt zum Bilanzstichtag 125,9 Mio. Euro (Vorjahr: 133,2 Mio. Euro). Die Wertermittlung erfolgte auf Basis von Verkehrswertgutachten der SO-LUM Facility Management GmbH, einer in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaft. Der Verkehrswert der Objekte wurde auf Grundlage der bestehenden Objekt- und Marktgegebenheiten anhand des Ertragswertverfahrens ermittelt.

<56> Immaterielle Vermögenswerte

Aus den historischen Anschaffungskosten leiten sich die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte wie folgt ab:

Mio. Euro	Erworbene immaterielle Vermögenswerte (Software)
Anschaffungs- oder Herstellungskosten	
Stand 01.01.2006	47,2
Zugänge	3,9
Abgänge	0,7
Sonstige Umbuchungen	0,1
Stand 31.12.2006	50,5
Zugänge	3,1
Abgänge	0,3
Sonstige Umbuchungen	0,3
Stand 31.12.2007	53,6
Abschreibungen	
Stand 01.01.2006	38,5
Planmäßige Abschreibungen	3,8
Abgänge	0,7
Sonstige Umbuchungen	-0,1
Stand 31.12.2006	41,5
Abschreibungen	3,8
Abgänge	0,2
Stand 31.12.2007	45,1
Buchwert zum 31.12.2006	9,0
Buchwert zum 31.12.2007	8,5

Wertminderungen und -aufholungen von immateriellen Vermögenswerten werden in der GuV-Positionen „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ erfasst. Im Geschäftsjahr bestand kein außerplanmäßiger Wertminderungsbedarf.

<57> Steueransprüche aus laufenden Steuern

Die Steueransprüche aus laufenden Steuern belaufen sich im Geschäftsjahr auf 14,3 Mio. Euro (Vorjahr: 20,3 Mio. Euro).

<58> Steueransprüche aus latenten Steuern

Steueransprüche aus latenten Steuern werden aufgrund von temporären Unterschieden zwischen Wertansätzen der bilanziellen Aktiva und Passiva in der Konzernbilanz nach IFRS und ihren korrespondierenden Wertansätzen nach steuerlichen Vorschriften sowie grundsätzlich für noch nicht genutzte steuerliche Verluste sowie gebildet.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kunden	0,0	2,0
Risikovorsorge	0,0	46,8
Handelsspassiva	20,9	29,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	1,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20,8	31,4
Rückstellungen	11,2	15,4
Konsolidierte Spezialfonds	15,0	11,1
Steuerliche Verlustvorträge	2,0	2,4
Übrige Bilanzpositionen	2,7	5,3
Steueransprüche aus latenten Steuern	72,6	145,8
Netting mit den passiven latenten Steuern	-59,3	-83,8
Steueransprüche aus latenten Steuern nach Netting	13,3	62,0

Die Kreissparkasse Köln erfüllt die in IAS 12.71 ff. genannten Voraussetzungen für die Saldierung der aktiven mit den passiven latenten Steuer. In der Bilanz erfolgt daher ein Nettoausweis. Die latenten Steuern aus konsolidierungspflichtigen Spezialfonds entfallen überwiegend auf Finanzanlagen. Die direkt mit dem Eigenkapital verrechneten latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ergeben sich aus der Eigenkapitalveränderungsrechnung.

<59> Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden die folgenden Vermögenswerte ausgewiesen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Sonstige Vermögenswerte	40,5	41,4
Rettungserwerbe	2,8	3,7
Einzugspapiere	0,9	1,2
Vorauszahlungen	0,9	1,2
Sonstige Aktiva	45,1	47,5

Die sonstigen Vermögenswerte enthalten Kunstsammlungen in Höhe von 18,8 Mio. Euro (Vorjahr: 18,8 Mio. Euro), die mit ihren historischen Anschaffungskosten angesetzt werden, und ausstehende Provisionen und Gebühren von 8,8 Mio. Euro (Vorjahr: 8,6 Mio. Euro). Darüber hinaus setzt sich der Posten aus einer Vielzahl von Einzelpositionen zusammen, die für sich genommen nicht wesentlich sind.

<60> Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (OFL)	338,5	559,4
	338,5	559,4
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere		
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (LFV-Designated)	327,1	333,8
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (OFL)	2.331,5	2.462,2
	2.658,6	2.796,0
Aufgenommene Schuldscheindarlehen		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (LFV-Designated)	25,7	0,0
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (OFL)	528,0	668,0
	553,7	668,0
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (OFL)	1.501,4	1.378,8
	1.501,4	1.378,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.052,2	5.402,2

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 2.223,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2.377,4 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Der Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und vertraglichem Rückzahlungswert der Verbindlichkeiten der Kategorie LFV-Designated bei Fälligkeit beträgt -7,2 Mio. Euro (Vorjahr: -13,8 Mio. Euro).

<61> Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Der Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ setzt sich im Wesentlichen aus Spar- und Termineinlagen sowie täglich fälligen Geldern, begebenen Namensschuldverschreibungen, aufgenommenen Schuldscheindarlehen und sonstigen Verbindlichkeiten zusammen. Diese gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (OFL)	6.626,9	5.807,2
	6.626,9	5.807,2
Spareinlagen		
Spareinlagen (OFL)	4.786,4	5.641,6
	4.786,4	5.641,6
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere		
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (LFV-Designated)	163,1	167,3
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (OFL)	1.874,5	1.578,5
	2.037,6	1.745,8
Aufgenommene Schuldscheindarlehen		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (LFV-Designated)	0,0	25,5
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (OFL)	114,3	116,4
	114,3	141,9
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (OFL)	3,6	4,0
	3,6	4,0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (OFL)	35,2	36,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.604,0	13.376,5

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 6.544,8 Mio. Euro (Vorjahr: 6.435,3 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Der Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und vertraglichem Rückzahlungswert der Verbindlichkeiten der Kategorie LFV-Designated bei Fälligkeit beträgt -5,5 Mio. Euro (Vorjahr: -9,6 Mio. Euro).

Hinsichtlich der Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber nicht einbezogenen Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie gegenüber Beteiligungen wird auf Notes-Angabe <84> verwiesen.

Einzelheiten zu den Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing ergeben sich aus Notes-Angabe <77>.

<62> Handelspassiva

Die Bilanzposition Handelspassiva stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Negative Marktwerte der Handelsderivate		
davon Handelsderivate (LFV-Trading)	106,1	96,7
davon Derivate, die im Rahmen der Fair Value-Option als wirtschaftliche Sicherungsgeschäfte eingesetzt wurden	2,1	5,0
Handelspassiva	108,2	101,7

In den Handelspassiva enthaltene Finanzinstrumente in Höhe von 64,1 Mio. Euro (Vorjahr: 39,6 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Als Handelspassiva werden ausschließlich Derivate mit einem negativen Fair Value ausgewiesen. Im Wesentlichen entfällt der angegebene Buchwert auf Derivatepositionen, die die Kreissparkasse Köln als Vertragspartner im Kundengeschäft eingeht und zeitnah durch ein korrespondierendes Gegengeschäft im Interbankenhandel absichert. Die Gegenposition zeigt die Kreissparkasse Köln unter den Handelsaktiva.

Weiterhin weist die Kreissparkasse Köln hier solche Derivate mit einem negativen Fair Value aus, die im Rahmen der Fair Value-Option als wirtschaftliche Sicherungsgeschäfte abgeschlossen wurden. Die gesicherten Grundgeschäfte wurden freiwillig zum Fair Value designiert.

<63> Verbriefte Verbindlichkeiten

In diesem Posten weist die Kreissparkasse Köln begebene Inhaberschuldverschreibungen, Hypothekendarlehen sowie öffentliche Pfandbriefe aus.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Begegebene Schuldverschreibungen (OFL)		
Hypothekendarlehen	707,2	495,1
Öffentliche Pfandbriefe	0,0	150,7
Sonstige Schuldverschreibungen	1.194,1	1.235,8
	1.901,3	1.881,6
Begebene Schuldverschreibungen (LFV-Designated)		
Öffentliche Pfandbriefe	0,0	100,0
Sonstige Schuldverschreibungen	6,5	0,6
	6,5	100,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.907,8	1.982,2

Verbriefte Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 1.051,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.324,3 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Rückkäufe von begebenen Verbindlichkeiten werden als anteilige Tilgungen der entsprechenden Emissionen behandelt. Im Geschäftsjahr wurden zurückgekauft Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 135,3 Mio. Euro (Vorjahr: 71,2 Mio. Euro) direkt von den verbrieften Verbindlichkeiten abgesetzt.

<64> Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	75,2	75,3
Andere Rückstellungen	77,2	44,2
Rückstellungen	152,4	119,5

Der Posten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen enthält Verpflichtungen aus leistungsorientierten Pensionszusagen an aktive und ehemalige Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene sowie weitere Pensionsempfänger. Die Höhe der Rückstellungen richtet sich nach der jeweils anzuwendenden Versorgungsregelung.

Dem externen Gutachten eines Versicherungsmathematikers zur Berechnung der Verpflichtungen aus den erteilten Pensionszusagen lagen folgende Parameter zu Grunde. Diese haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	31.12.2007 in %	31.12.2006 in %
Zinsfuß für die Abzinsung der Verpflichtungen	5,45	4,30
Gehalts- bzw. Anwartschaftsdynamik	2,85	4,00
Rentendynamik	0,60	1,40
Fluktuation	0,00	0,00

Im Geschäftsjahr 2007 wurde der Zinsfuß für die Bestimmung des Barwerts der Pensionsverpflichtung erstmals auf Basis des Index IBOXX Corporate Bonds bestimmt.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (versicherungsmathematischer Sollwert oder Defined Benefit Obligation (DBO)) hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 1. Januar	70,1	74,9
Zuführungen		
Laufender Dienstzeitaufwand	1,0	1,2
Zinsaufwand	2,9	2,9
minus versicherungsmath. Gewinne (plus Verluste)	-15,6	-5,2
Verbrauch		
Erbrachte Pensionsleistungen	4,0	3,7
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember	54,4	70,1

Seit dem Eröffnungsbilanzstichtag hat sich der Barwert der Pensionsverpflichtungen (versicherungsmathematischer Sollwert) wie folgt entwickelt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2005 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtungen	54,4	70,1	74,9
Gewinne (-) bzw. Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen der Verpflichtung	-1,0	0,1	0,0
Gewinne (-) aus Änderungen der Annahmen	-14,6	-5,3	0,0

Nachfolgende Rechnung stellt die Überleitung der DBO auf die bilanziell erfasste Verpflichtung aus der leistungsorientierten Pensionszusage dar:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtungen	54,4	70,1
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne	20,8	5,2
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	75,2	75,3

Das Ergebnis aus noch nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinnen liegt im Geschäftsjahr oberhalb von 10 % des Barwerts der Gesamtverpflichtung. Dies führt ab dem Jahr 2008 zu einer Amortisation über die verbleibende Restdienstzeit.

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

Mio. Euro	Stand 01.01.2007	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Sonstiges	Stand 31.12.2007
Rückstellungen für andere Verpflichtungen an Arbeitnehmer	28,5	8,3	4,2	8,3	0,0	24,3
Rückstellungen im außerbilanziellen Kreditgeschäft	2,6	0,1	1,0	1,2	0,0	2,7
Sonstige	13,1	4,5	2,2	44,1	-0,3	50,2
Gesamt	44,2	12,9	7,4	53,6	-0,3	77,2

Bei den Rückstellungen für andere Verpflichtungen an Arbeitnehmer handelt es sich insbesondere um Verpflichtungen aus Jubiläumszuwendungen an Arbeitnehmer in Höhe von 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 11,7 Mio. Euro), Vorruhestand von 9,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5,9 Mio. Euro) und Altersteilzeitvereinbarungen von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 9,4 Mio. Euro). Der Ressourcenabfluss für Jubiläumzahlungen verteilt sich auf einen Zeitraum von bis zu 40 Jahren; die letzte Vorruhestandsvereinbarung läuft im Jahr 2015, die letzte Altersteilzeitvereinbarung im Jahr 2012 aus.

Für die Risikoabschirmung für die WestLB AG wurde im Geschäftsjahr eine Rückstellung in Höhe von 40,2 Mio. Euro gebildet (siehe auch Notes-Angaben <41> und <68>). Die sonstigen Rückstellungen beinhalten darüber hinaus Rückbauverpflichtungen von 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,4 Mio. Euro), Rückstellungen für Prozesskosten von 3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3,5 Mio. Euro) sowie Rückstellungen für Steuern und darauf entfallende Steuerzinsen in Höhe von 3,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5,6 Mio. Euro). Mit dem Abfluss der Rückstellungsbeträge für Prozesskosten, Steuern und darauf entfallenden Steuerzinsen wird in den nächsten 18 Monaten gerechnet. Die Fälligkeiten der Rückbauverpflichtungen ziehen sich bis in das Jahr 2056.

Die Inanspruchnahmen aller Rückstellungen gelten als wahrscheinlich. In der Spalte „Sonstiges“ wird der Effekt aus der erfolgsneutralen Anpassung der Rückbauverpflichtung ausgewiesen. Die Zinseffekte aus der Auf-/Abzinsung sind in den Zuführungen und Auflösungen enthalten. Die Erhöhung der sonstigen Rückstellungen auf Grund der Aufzinsung und der Änderung des Abzinsungssatzes (IAS 37.84e) beläuft sich auf 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro).

<65> Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern

Die bilanziellen Verpflichtungen aus laufenden Steuern setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Verbindlichkeiten aus laufenden Steuern	0,0	0,3
Rückstellungen für laufende Steuern	5,8	15,7
Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern	5,8	16,0

<66> Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern

Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern sind potenzielle Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen der bilanziellen Aktiva und Passiva und ihren korrespondierenden Wertansätzen nach steuerlichen Vorschriften.

Latente Steuerverpflichtungen entfallen auf folgende Bilanzposten:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kunden	4,3	0,5
Risikovorsorge	0,4	0,0
Handelsaktiva	28,6	33,7
Finanzanlagen	2,2	11,5
Anteile an assoziierten Unternehmen	3,1	2,6
Sachanlagen	5,6	8,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	12,5	16,1
Konsolidierte Spezialfonds	1,1	11,1
Übrige Bilanzpositionen	1,5	0,3
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	59,3	83,8
Netting mit den aktiven latenten Steuern	-59,3	-83,8
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern nach Netting	0,0	0,0

Die Kreissparkasse Köln erfüllt die in IAS 12.71 ff. genannten Voraussetzungen für die Saldierung der aktiven mit den passiven latenten Steuer. In der Bilanz erfolgt daher ein Nettoausweis. Die latenten Steuern aus konsolidierungspflichtigen Spezialfonds entfallen überwiegend auf Finanzanlagen. Die direkt mit dem Eigenkapital verrechneten latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ergeben sich aus der Eigenkapitalveränderungsrechnung.

<67> Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Nachrangige Sparkassenkapitalbriefe (OFL)	383,8	397,8
Nachrangige Sparkassenkapitalbriefe (LFV-Designated)	37,2	41,7
Nachrangige Schuldscheindarlehen (OFL)	51,0	56,1
Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen (OFL)	50,2	52,7
Genussrechte (OFL)	58,3	57,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	580,5	606,1

Nachrangige Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 535,3 Mio. Euro (Vorjahr: 574,8 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Der Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und vertraglichem Rückzahlungswert der Verbindlichkeiten der Kategorie LFV-Designated bei Fälligkeit beträgt -0,2 Mio. Euro (Vorjahr: -1,7 Mio. Euro).

Gemäß § 10 KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln der Kreissparkasse Köln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Illiquiditätsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Im Geschäftsjahr betrug der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 30,5 Mio. Euro (Vorjahr: 32,3 Mio. Euro).

Genussrechtskapital ist eine besondere Form der nachrangigen Verbindlichkeiten. Es ist dadurch gekennzeichnet, dass es Fremd- und Eigenkapitalmerkmale enthält. Die Genussscheininhaber erhalten eine den Trägern der Kreissparkasse Köln vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung, dieser Anspruch vermindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Folgende Übersicht stellt die wesentlichen Emissionen der begebenen Genussrechte dar:

WKN	Emittent	Emissions-jahr	Nominalbetrag (in Mio. Euro)	Zinssatz	Fälligkeit
603889	Kreissparkasse Köln	2001	5,6	6,50	01.07.2011
636396	Kreissparkasse Köln	2001	5,7	6,25	01.07.2011
791269	Kreissparkasse Köln	2002	9,8	6,25	02.07.2012
172300	Kreissparkasse Köln	2003	9,2	5,50	02.07.2013

<68> Sonstige Passiva

Der Posten „Sonstige Passiva“ setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Bonuszahlungen und ausstehende Urlaubs- und Gleitzeitansprüche	5,6	10,7
Sonstige abgegrenzte Schulden	39,6	17,9
Übrige sonstige Passiva (einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten)	67,4	54,2
Sonstige Passiva	112,6	82,8

Die sonstigen abgegrenzten Schulden beinhalten die im Geschäftsjahr gebildete Risikoabschirmung für die WestLB AG in Höhe von 16,4 Mio. Euro (siehe Notes-Angaben <41> und <64>). In dem Posten „Übrige sonstige Passiva“ werden abgegrenzte Veräußerungserlöse aus Swapgeschäften in Höhe von 20,0 Mio. Euro (Vorjahr: 23,1 Mio. Euro) sowie abzuführende sonstige Steuerbeträge von 25,7 Mio. Euro (Vorjahr: 16,5 Mio. Euro) ausgewiesen.

<69> Eigenkapital

Zur Entwicklung des Eigenkapitals verweist die Kreissparkasse Köln auf die Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, der als separater Posten in das Eigenkapital eingestellt wurde, beläuft sich auf -6,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4,5 Mio. Euro). Die Veränderungen sind aus der Eigenkapitalveränderungsrechnung erkennbar.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln hat am 03.06.2008 beschlossen, an den Träger zur Finanzierung gemeinnütziger Zwecke 3,6 Mio. Euro auszuschütten.

Sonstige Angaben

<70> Quantitative Angaben zum Risikomanagement

Die von der Kreissparkasse Köln verwendeten Verfahren zur Bewertung, Steuerung und Überwachung ihrer Risikoexposition aus Finanzinstrumenten einschließlich des Reportings an die verantwortlichen Gremien, insbesondere den Vorstand, wurden bereits umfassend im Risikobericht als Bestandteil des Lageberichts beschrieben. Insofern wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen. In diesem Abschnitt werden zusätzliche quantitative Angaben aufbereitet, die eine Beurteilung der Bonität des Forderungsportfolios bzw. der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente ermöglichen.

Ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente umfassen sämtliche Transaktionen, bei denen Verluste aufgrund der Tatsache entstehen können, dass ein Vertragspartner der Kreissparkasse Köln seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt und der Kreissparkasse Köln dadurch ein Schaden entsteht. Dabei werden auch bilanziell nicht erfasste Sachverhalte berücksichtigt.

Die Berechnung des nachfolgend angegebenen Bruttobetrags der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente erfolgt ohne die Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten oder sonstigen risikomindernden Vereinbarungen und stellt somit das maximale Ausfallrisiko der Kreissparkasse Köln dar. Gebildete Einzel- und Portfoliowertberichtigungen wurden jeweils von den Buchwerten der Forderungen und Finanzanlagen abgesetzt.

	Bruttobetrag der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente	
	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kreditinstitute		
Kredite und Forderungen (LAR)	1.181,5	658,4
Kredite und Forderungen (AFS)	11,4	18,0
Kredite und Forderungen (AFV-Designated)	3,3	3,0
Forderungen an Kunden		
Kredite und Forderungen (LAR)	17.117,8	16.813,0
Kredite und Forderungen (AFS)	14,2	9,2
Kredite und Forderungen (AFV-Designated)	3,0	3,9
Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	397,4	165,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	1.679,2	2.334,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Designated)	326,8	141,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	594,2	623,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Designated)	31,7	0,0
Beteiligungen, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und nicht nach der Equity-Methode bewertete assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (AFS)	550,3	444,9
Andere Finanzanlagen (LAR)	28,1	28,9
Handelsaktiva		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Trading)	6,6	808,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV-Trading)	13,9	76,9
Derivate	466,5	175,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	824,0	878,7
Sonstige ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente	0,1	0,1
Gesamt	23.250,0	23.182,2

Bei der Ermittlung der Werte wurden abzugrenzende anteilige Zinsen berücksichtigt. Dies gilt auch für die folgenden Tabellen, soweit abzugrenzende Zinsen dort relevant sind.

Die nachfolgenden Ausführungen und Tabellen beschränken sich auf die Kreditrisiken im Sinne von IFRS 7.

Zur Reduzierung des Ausfallrisikos hat die Kreissparkasse Köln Sicherheiten hereingenommen. Bei den Forderungen an Kunden handelt es sich im Wesentlichen um Grundpfandrechte, aber auch um Barsicherheiten und Bürgschaften. Zur Absicherung von derivativen Geschäften mit Kreditinstituten werden im Rahmen von sogenannten Collateralvereinbarungen Barsicherheiten hereingenommen.

Zur Risikoklassifizierung ihrer Kundenforderungen verwendet die Kreissparkasse Köln die zentral für die Sparkassenorganisation vom DSGV entwickelten, aufsichtlich von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geprüften und abgenommenen Rating- und Scoringverfahren. Diese Verfahren unterteilen die Forderungen in 18 Klassen und kalibrieren sie auf eine einheitliche Masterscala. Die Noten zwischen 1 und 15 entsprechen bestimmten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Noten 16 bis 18 kennzeichnen den Kreditausfall. Die Risikoklassifizierung ihrer Finanzanlagen und Forderungen gegenüber Kreditinstituten sowie der Handelsaktiva nimmt die Kreissparkasse Köln anhand Ratings externer Ratingagenturen (S & P, Moody's, Fitch) vor. Auf Basis der zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeiten erfolgt hier ein Mapping auf die oben genannte DSGV-Masterscala.

Die Gliederung der nicht einzelwertberichtigten Forderungen, sonstigen Fremdkapitaltitel sowie der Derivate entsprechend der oben dargestellten Risikoklassifizierung spiegelt die konservative Auswahl der Kreditnehmer bzw. Kontrahenten der Kreissparkasse Köln wider.

	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden		Finanzanlagen und Handelsaktiva	
	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Ratingklasse 1	861,3	856,3	1.995,3	3.151,5
Ratingklasse 2	1.224,5	406,8	476,2	89,9
Ratingklasse 3	634,9	425,6	2,4	2,5
Ratingklasse 4	662,9	538,5	65,7	16,3
Ratingklasse 5	479,1	644,6	23,0	18,8
Ratingklasse 6	493,6	540,9	8,9	6,5
Ratingklasse 7	647,7	436,6	3,7	5,2
Ratingklasse 8	496,1	335,0	15,1	13,9
Ratingklasse 9	411,8	488,5	13,3	18,9
Ratingklasse 10	221,3	307,8	0,0	0,4
Ratingklasse 11	305,4	155,9	23,4	19,8
Ratingklasse 12	149,8	105,2	35,9	22,1
Ratingklasse 13	316,8	209,9	0,0	0,0
Ratingklasse 14	75,5	64,0	16,1	13,4
Ratingklasse 15	67,5	143,1	14,4	4,6
Nicht geratet	10.554,3	10.983,0	198,4	262,1
Gesamt	17.602,5	16.641,7	2.891,8	3.645,9

Das Volumen der nicht gerateten Forderungen betrifft im Wesentlichen einwandfreie Adressen wie Banken und Kommunen sowie kleinteiliges Mengenkreditgeschäft mit Privatkunden, das sowohl hinreichend besichert als auch diversifiziert ist. Im verbleibenden risikorelevanten Kundengeschäft hat die Kreissparkasse Köln zum Bilanzstichtag eine Ratingabdeckungsquote von 92 %.

Soweit auf ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente trotz eines bestehenden Zahlungsverzugs noch keine Wertberichtigungen zu bilden waren, sind diese in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	Ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente mit Zahlungsverzug	
	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kunden (LAR)		
3 Monate oder weniger	116,9	67,0
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	49,0	39,8
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	59,3	58,1
Mehr als 12 Monate	281,2	295,5

Auch für diese Forderungen werden bankübliche Sicherheiten hereingenommen. Auf eine Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Sicherheiten wurde unter Abwägung von Nutzen und Kosten verzichtet.

Die Kreissparkasse Köln hat aufgrund der Verschlechterung der finanziellen Situation der Kreditnehmer ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente teilweise restrukturiert. In diesem Zuge wurden Konditionen und/oder Tilgungspläne neu verhandelt. Die Buchwerte der zum Abschlussstichtag bestehenden restrukturierten Finanzinstrumente, für die auf Kundenebene keine Einzelwertberichtigungen bestehen, belaufen sich auf 8,2 Mio. Euro (Vorjahr: 25,2 Mio. Euro) und betreffen Forderungen an Kunden mit der Kategorie LAR.

Zum Bilanzstichtag wahrscheinliche Verluste, die zum Stichtag wirtschaftlich schon begründet waren, wurden bilanziell durch die Dotierung einer Einzelwertberichtigung oder durch eine Direktabschreibung berücksichtigt. Bei der Bemessung der Risikovorsorge werden Höhe und Zeitpunkt der zukünftig noch erwarteten Cashflows aus Leistungen des Kreditnehmers sowie aus einer möglichen Sicherheitenverwertung barwertig berücksichtigt.

	Einzelwertberichtigte Finanzinstrumente			
	fortgeführte Anschaffungskosten vor Wertberichtigung		Risikovorsorge	
	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kunden				
Kredite und Forderungen (LAR)	1.028,3	1.359,9	352,3	522,4
Finanzanlagen				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	0,8	0,3	0,3	0,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	37,5	59,7	4,1	4,1
Beteiligungen, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und nicht nach der Equity-Methode bewertete assoziierte Unternehmen/Gemeinschaftsunternehmen (AFS)	46,4	57,0	39,9	37,7
Summe Finanzanlagen	84,7	117,0	44,3	41,9
Gesamt	1.113,0	1.476,9	396,6	564,3

Bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden wurden Sicherheiten mit einem Barwert von 432,2 Mio. Euro (Vorjahr: 951,5 Mio. Euro) berücksichtigt. Weitere Angaben zur Entwicklung der Risikovorsorge unter Angabe der Kreditnehmerbranchen enthalten die Erläuterungen zur Bilanzposition „Risikovorsorge“ (siehe Notes-Angabe <49>) sowie die Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (siehe Notes-Angabe <11>).

Adressenausfallrisiken ergeben sich im Wesentlichen in Form von Kreditrisiken aus dem originären Kreditgeschäft sowie in Form von Emittenten- bzw. Kontrahentenrisiken aus dem Wertpapier- und Derivategeschäft. Eine Gliederung (ohne unwiderrufliche Kreditzusagen) nach wirtschaftlich nicht selbständigen Personen, öffentlichen Haushalten und Unternehmen sowie Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Privatpersonen differenziert nach Branchen zeigt folgende Ausfallrisikokonzentrationen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Wirtschaftlich nicht selbstständige und sonstige Privatpersonen	7.276,9	7.410,0
Öffentliche Haushalte und Unternehmen	2.088,0	2.945,2
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	8.996,8	8.506,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	152,9	151,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	174,8	167,5
Verarbeitendes Gewerbe	880,3	827,1
Baugewerbe	438,5	494,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	865,1	819,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	215,5	208,3
Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	788,2	739,5
Dienstleistungen (einschl. freier Berufe)	5.481,5	5.098,8
Kreditinstitute	2.874,1	2.297,4
Gesamt	21.235,8	21.158,6

Bestehenden Ausfallrisikokonzentrationen im traditionellen Kreditgeschäft begegnet die Kreissparkasse Köln durch Limite bei den Geschäften mit Kreditinstituten sowie durch eine Diversifizierung bei den Eigenanlagen.

Zusätzlich zu den oben genannten Risiken sind Aktien und Fondsanteile in Höhe von 639,8 Mio. Euro (Vorjahr: 699,9 Mio. Euro) sowie Beteiligungen in Höhe von 550,3 Mio. Euro (Vorjahr: 444,9 Mio. Euro) mit einem Ausfallrisiko behaftet. Weitere Angaben zur Risikokonzentration dieser Anlagen enthält die Risikoberichterstattung im Konzernlagebericht.

<71> Eigenkapitalmanagement

Ziel des Eigenkapitalmanagements der Kreissparkasse Köln ist das Bereithalten eines angemessenen Risikodeckungspotentials zur Abschirmung der bilanziellen und außerbilanziellen Risiken ihrer geschäftlichen Aktivitäten. Einzelheiten hierzu werden unter dem Stichwort „Risikotragfähigkeit“ im Risikobericht als Bestandteil des Lageberichts erläutert.

Daneben befolgt die Kreissparkasse Köln die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht aufgestellten Basler Eigenkapitalanforderungen (Basel I) sowie ab 01. Januar 2008 die mit der Solvabilitätsverordnung zum 01. Januar 2007 in deutsches Recht umgesetzten Richtlinien (Capital Requirements Directive) des Europäischen Rates.

Nach den Basel I-Eigenkapitalanforderungen ist die Kreissparkasse Köln verpflichtet, ihre Adressenausfallrisiken sowie bestimmte Marktpreisrisiken zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen. Danach muss das Verhältnis zwischen den Eigenmitteln der Kreissparkasse Köln und dem Gesamtanrechnungsbetrag der oben genannten Risiken mindestens 8 % betragen (Eigenmittelquote). Die Eigenmittel setzen sich aus dem Kern-, dem Ergänzungskapital und den Drittrangmitteln zusammen. Für die Unterlegung der Anrechnungsbeträge mit Kernkapital wird mindestens eine Quote von 4 % vorgeschrieben (Kernkapitalquote).

Derzeit werden die Eigenmittel der nach den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes in die Institutsgruppe der Kreissparkasse Köln einzubeziehenden Unternehmen noch auf der Basis der Einzelabschlüsse der Konzerngesellschaften nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften ermittelt.

Das Kernkapital der Institutsgruppe Kreissparkasse Köln entspricht der Sicherheitsrücklage zuzüglich dem eingezahlten Kapital sowie der Gewinnrücklage des Konzerns. Konzerninterne Positionen sowie aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Sachverhalte, zum Beispiel Verlustvorträge, werden hiervon abgezogen. Das Ergänzungskapital setzt sich aus den langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und dem Genussrechtskapital sowie den stillen Vorsorgereserven nach § 340f HGB zusammen. Letztere Position wurde nach den IFRS zu Gunsten der Gewinnrücklage aufgelöst. Die Institutsgruppe Kreissparkasse Köln nimmt keine Drittrangmittel in Anspruch.

Folgende Rechnung leitet das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS auf die aufsichtsrechtlich anrechenbaren Eigenmittel der Institutsgruppe Kreissparkasse Köln über:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Bilanzielles Eigenkapital nach IFRS	1.646,4	1.531,3
abzüglich Konzerngewinn	151,7	62,6
abzüglich Neubewertungsrücklagen	138,6	166,6
abzüglich auf konzernfremde Gesellschafter entfallende Anteile	0,4	0,4
abzüglich aufsichtsrechtlicher Abzugsposten	299,4	305,8
zuzüglich Rechnungslegungsunterschiede HGB/IFRS sowie Konsolidierungsunterschiede IFRS/KWG	149	176,7
sonstige Unterschiede	0	0
Aufsichtsrechtliches Kernkapital nach Anpassungen	1.205,3	1.172,6
aufsichtsrechtlich anrechenbare Genussrechte	51,6	55,4
aufsichtsrechtlich anrechenbares Nachrangkapital	452,9	504,2
sonstiges aufsichtsrechtliches Ergänzungskapital	146,5	146,5
abzüglich aufsichtsrechtlicher Abzugsposten	5,2	0,0
Aufsichtsrechtliches Ergänzungskapital	645,8	706,1
Aufsichtsrechtliche Eigenmittel	1.851,1	1.878,7

Die Mindestkapitalanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurden von der Institutsgruppe Kreissparkasse Köln im Geschäftsjahr 2007 und im Vorjahr erfüllt. Zum Bilanzstichtag betrug die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 3 des Grundsatz I 12,25 % (Vorjahr: 12,67 %).

<72> Nettoergebnis je Bewertungskategorie nach IAS 39

Aus den einzelnen Bewertungskategorien von Finanzinstrumenten ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Loans and Receivables (LAR)	38,9	-182,3
Other Financial Liabilities (OFL)	1,6	0,2
Available for Sale (AFS)	-4,2	19,0
davon erfolgsneutrales Ergebnis	-39,5	-22,4
davon erfolgswirksames Ergebnis	35,3	41,4
Held for Trading (AFV/LFV-Trading)	29,3	10,1
Designated as at Fair Value (AFV/LFV-Designated)	-28,6	-3,7

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt unabhängig von Art und Funktion der Finanzinstrumente entsprechend ihrer Zuordnung zu den Bewertungskategorien nach IAS 39. Dabei werden die Ergebniskomponenten aus dem Veräußerungs- sowie dem Bewertungsergebnis einbezogen. Bei den Ergebnissen der Kategorien AFV/LFV-Trading und AFV/LFV-Designation ist auch das Zinsergebnis enthalten.

<73> Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Soweit die Kreissparkasse Köln finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen nicht bereits zum Fair Value bilanziert, stellt sie den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten ihren Marktwert in der nachfolgenden Tabelle gegenüber.

	31.12.2007		31.12.2006	
	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Aktivpositionen				
Kredite und Forderungen an Kreditinstitute (LAR)	1.183,6	1.165,5	659,8	652,0
Kredite und Forderungen an Kunden (LAR)	17.492,6	16.914,8	17.361,8	17.155,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	397,4	394,7	165,3	157,9
Sonstige Finanzanlagen (LAR)	28,1	25,3	28,9	31,6
Summe	19.101,7	18.500,3	18.215,8	17.996,5
Passivpositionen				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (OFL)	4.699,4	4.659,2	5.068,3	5.118,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (OFL)	13.440,9	13.388,3	13.183,7	13.218,6
Begebene Schuldverschreibungen (OFL)	1.901,3	1.894,0	1.881,6	1.876,1
Nachrangige Verbindlichkeiten (OFL)	543,3	552,9	564,5	587,5
Summe	20.584,9	20.494,4	20.698,1	20.800,8

Bei Finanzinstrumenten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr wird ihr Buchwert als hinreichender Schätzwert für ihren Marktwert angesehen. In diesem Fall wird auf eine gesonderte Berechnung des Marktwertes verzichtet.

Die angegebenen beizulegenden Zeitwerte beinhalten bei Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auch den Barwert der Kosten- beziehungsweise Gewinnmarge. Soweit der beizulegende Zeitwert die Anschaffungskosten aus diesem Grund übersteigt (bei finanziellen Vermögenswerten) beziehungsweise unterschreitet (bei finanziellen Verbindlichkeiten), wird die Differenz nicht unmittelbar, sondern als Bestandteil der Zinszahlungen während der Vertragslaufzeit vereinnahmt.

<74> Angaben nach IFRS 7.28

Wie bereits in Notes-Angabe <11> erläutert, ermittelt die Kreissparkasse Köln den Fair Value von Finanzinstrumenten, welche nicht auf einem aktiven Markt gehandelt werden, entweder auf der Basis der Preisfindung anderer beobachtbarer aktueller Markttransaktionen oder aber mittels marktüblicher Bewertungsmethoden. Insbesondere OTC-Derivate werden auf der Grundlage marktüblicher Bewertungsmodelle bewertet.

Gemäß IAS 39 entspricht der Fair Value von Finanzinstrumenten grundsätzlich dem Transaktionspreis. Bei nach IAS 39.AG 76A nicht direkt bei Zugang erfolgswirksam zu erfassenden Abweichungen zwischen dem Transaktionspreis und dem Fair Value erfolgt bei zinstragenden Finanzinstrumenten eine Vereinnahmung in Form der Zinszahlung während der Laufzeit.

Die noch nicht erfolgswirksam vereinnahmten Unterschiedsbeträge stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Nicht vereinnahmter Unterschiedsbetrag zu Beginn der Periode	5,6	1,4
Zugänge durch Neugeschäft	3,9	4,6
Im Geschäftsjahr anteilig vereinnahmte Unterschiedsbeträge	0,8	0,4
Nicht vereinnahmter Unterschiedsbetrag am Ende der Periode	8,7	5,6

<75> Restlaufzeitengliederung für Finanzinstrumente

Die vertraglichen Restlaufzeiten für finanzielle Verpflichtungen auf Basis ihrer Zahlungsströme einschließlich Zinszahlungen gliedern sich wie folgt:

Geschäftsjahr in Mio. Euro	Bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	Mehr als 5 Jahre	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	367,0	198,0	491,2	2.494,8	2.846,5	6.397,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.893,0	4.219,2	930,4	2.386,5	805,8	14.234,9
Handelsspassiva	0,9	3,2	10,5	28,6	28,1	71,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	43,0	94,6	742,8	734,5	559,2	2.174,1
Nachrangkapital	109,2	2,4	51,2	365,5	253,7	782,0
Sonstige Passiva	13,4	0,5	32,0	7,9	0,6	54,4
unwiderrufliche Kreditzusagen	137,3	274,7	412,0	0,0	0,0	824,0
Gesamt	6.563,8	4.792,6	2.670,1	6.017,8	4.493,9	24.538,2

Vorjahr in Mio. Euro	Bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	Mehr als 5 Jahre	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	562,4	219,9	260,5	2.236,4	2.357,8	5.637,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.458,7	6.791,8	366,5	1.012,9	833,9	13.463,8
Handelsspassiva	2,9	3,5	7,2	27,2	24,0	64,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2,3	75,2	600,3	923,7	628,4	2.229,9
Nachrangkapital	2,4	2,3	36,9	406,9	299,0	747,5
Sonstige Passiva	14,2	0,3	8,9	8,4	0,6	32,4
unwiderrufliche Kreditzusagen	146,4	292,9	439,4	0,0	0,0	878,7
Gesamt	5.189,3	7.385,9	1.719,7	4.615,5	4.143,7	23.054,1

Die vertragliche Restlaufzeit wird als Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der vertraglich vereinbarten Fälligkeit der Verbindlichkeit oder von Teilzahlungsbeträgen definiert. Verpflichtungen mit unbestimmter Laufzeit werden dem ersten Laufzeitband zugeordnet. Teilzahlungsbeträge umfassen neben Tilgungen auch vertraglich vereinbarte Zinszahlungen. Zur Bestimmung der Cashflows aus variabel verzinslichen Verpflichtungen wurden die Spot Rates zum Bilanzstichtag ermittelt. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden enthalten die Vorjahreswerte noch Angaben nach dem deutschen Handelsrecht. Für die in den Handelspassiva enthaltenen Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen wurden keine Beträge in die Restlaufzeitenübersicht aufgenommen, da diesen Geschäften frist- und betragskongruente Gegengeschäfte gegenüberstehen, die Abwicklung mittels Erfüllung durch Barausgleich erfolgt und entsprechend intern berichtet wird.

Auf potentielle Auszahlungsverpflichtungen gegenüber Kunden und Kontrahenten kann die Kreissparkasse Köln kurzfristig mit der Nutzung unterschiedlicher Finanzquellen reagieren. So besitzt sie die Möglichkeit der Mittelaufnahme am Interbanken-Geldmarkt, des Abrufens von eingeräumten Kreditlinien bei der WestLB AG, der Teilnahme an Offenmarktgeschäften bei der Deutschen Bundesbank, des Verkaufs liquider Wertpapiere aus den Eigenanlagen sowie der kurzfristigen Verfügung der als Mindestreserve gehaltenen Guthaben.

<76> **Eventualschulden und sonstige Verpflichtungen**

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen der Kreissparkasse Köln handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten, die sowohl aus gestellten Bürgschaften als auch aus erteilten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen resultieren. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung der Kreditzusagen bzw. bei vollständiger Inanspruchnahme der Kreissparkasse Köln aus Bürgschaften wider. Bürgschaften und Kreditzusagen unterliegen einer Bonitätsprüfung im Rahmen des Kreditentscheidungsprozesses. Gemäß ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen hat die Kreissparkasse Köln die Möglichkeit, Kreditzusagen bei einer wesentlichen Verschlechterung der Bonität des Kunden bis zur Auszahlung zu widerrufen.

Die Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind außerbilanzielle Verpflichtungen, deren Eintritt die Kreissparkasse Köln zum Bilanzstichtag für unwahrscheinlich erachtet. In allen anderen Fällen wurden Rückstellungen nach IAS 37 bilanziell erfasst.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	446,1	466,0
Verpflichtungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen	824,0	878,7
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	50,9	45,8
Gesamt	1.321,0	1.390,5

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind Einzahlungsverpflichtungen und Nachschussverpflichtungen gegenüber konzernfremden Gesellschaften.

<77> **Angaben zu Leasingverhältnissen**

Entsprechend den Anforderungen des IAS 17 werden alle Miet- und Leasingverhältnisse bei Geschäftsabschluss danach klassifiziert, ob es sich bei dem Vertragsverhältnis um ein Finanzierungsleasing oder um ein Operatingleasing handelt.

Angaben als Leasingnehmer – Finanzierungsleasing

Die Kreissparkasse Köln hat als Leasingnehmer verschiedene Finanzierungsleasing-Vereinbarungen getroffen. Dabei handelt es sich wie im Vorjahr um drei Immobilien- und ein Mobilienobjekt. Zwei Immobilienobjekte werden im Rahmen von Sale-and-lease-back-Transaktionen geleast. Die Transaktionen werden gemäß IAS 17.59 behandelt. Die drei Immobilien werden im Rahmen von Operatingleasing-Verträgen weitervermietet beziehungsweise von der Sparkasse für eigene Geschäftstätigkeiten genutzt. Die Restlaufzeiten der Immobilienleasingverträge betragen 19 bis 27 Jahre. Verlängerungs- und Kaufoptionen sind vorhanden. Die Verlängerungsoption kann erstmalig 2026 ausgeübt werden.

Die Nettobuchwerte der Objekte, die im Rahmen von Finanzierungsleasing-Verhältnissen gehalten werden, betreffen die folgenden Bilanzpositionen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Sachanlagen	1,8	1,8
Investment Properties	31,5	32,5
Nettobuchwert der Finanzierungsleasing-Objekte	33,3	34,3

Die als Investment Properties ausgewiesenen Vermögenswerte wurden im Rahmen von unkündbaren Untermietverhältnissen weitergegeben. Hieraus werden künftige Mindestleasingzahlungen in Höhe von 8,0 Mio. Euro (Vorjahr: 9,8 Mio. Euro) erwartet.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	63,8	74,7
+ nicht garantierte Restwerte	0,0	0,0
= Bruttoinvestition	63,8	74,7
- nicht realisierter Finanzertrag	28,6	38,7
= Nettoinvestition	35,2	36,0
- Barwert der nicht garantierten Restwerte	0,0	0,0
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	35,2	36,0

Die Verbindlichkeiten aus den Finanzierungsleasing-Geschäften lassen sich nach Restlaufzeiten wie folgt darstellen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	2,4	2,7
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	9,6	10,8
Mehr als 5 Jahre	51,8	61,2
Mindestleasingzahlungen	63,8	74,7

Der Differenzbetrag zwischen den Mindestleasingzahlungen und deren Barwerten resultiert aus der Abzinsung mit dem Kalkulationszinssatz, der den entsprechenden Verträgen zugrunde liegt.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	0,7	0,5
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	2,9	2,4
Mehr als 5 Jahre	31,6	33,1
Barwert der Mindestleasingzahlungen	35,2	36,0

Angaben als Leasinggeber – Finanzierungsleasing

Die Kreissparkasse Köln hat als Leasinggeber eine Finanzierungsleasing-Vereinbarung getroffen. Dabei handelt es sich wie im Vorjahr um eine Immobilie. Die Restlaufzeit des Vertrages beträgt 12 Jahre. Eine Verlängerungs- und Kaufoption ist vorhanden. Die Verlängerungsoption kann erstmalig 2019 ausgeübt werden.

Die noch nicht realisierten Erträge aus dem Vertrag betragen 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro).

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	1,4	1,4
+ nicht garantierte Restwerte	0,2	0,2
= Bruttoinvestition	1,6	1,6
- nicht realisierter Finanzertrag	0,6	0,7
= Nettoinvestition	1,0	0,9
- Barwert der nicht garantierten Restwerte	0,1	0,1
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	0,9	0,8

Die Forderungen aus den Finanzierungsleasing-Geschäft lassen sich nach Restlaufzeiten wie folgt darstellen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	0,1	0,1
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	0,2	0,2
Mehr als 5 Jahre	1,3	1,3
Bruttoinvestition	1,6	1,6

Der Differenzbetrag zwischen dem Bruttoinvestitionswert den Barwerten der Mindestleasingzahlungen resultiert aus der Abzinsung mit dem Kalkulationszinssatz, der dem entsprechenden Vertrag zugrunde liegt.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	0,0	0,0
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	0,1	0,0
Mehr als 5 Jahre	0,8	0,8
Barwert der Mindestleasingzahlungen	0,9	0,8

Angaben als Leasingnehmer – Operatingleasing

Die Kreissparkasse Köln hat als Leasingnehmer verschiedene Operatingleasing-Vereinbarungen im Wesentlichen für Immobilien getroffen. Dabei handelt es sich sowohl um Objekte, die weitervermietet werden als auch um solche, die von der Sparkasse für eigene Geschäftstätigkeiten genutzt werden. Die Restlaufzeiten der Verträge betragen bis zu 64 Jahre. Miet- und Leasingverträge wurden von der Kreissparkasse Köln nur zu allgemein gültigen Bedingungen abgeschlossen. Teilweise enthalten diese Verträge Mietverlängerungs- und Kaufoptionen sowie Preisanpassungsklauseln.

Die unkündbaren Operatingleasing-Verträge als Leasingnehmer lassen sich nach dem Gesamtbetrag der künftigen Mindestleasingzahlungen wie folgt darstellen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	5,3	5,2
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	13,5	13,3
Über 5 Jahre	10,6	13,1
Künftige Mindestleasingzahlungen aus Operatingleasing	29,4	31,6

Einige der gemieteten Vermögenswerte werden im Rahmen von unkündbaren Untermietverhältnissen weiter überlassen. Hieraus werden künftige Mindestleasingzahlungen in Höhe von 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) erwartet.

Die in der Berichtsperiode erfolgswirksam erfassten Leasingzahlungen betragen 7,1 Mio. Euro (Vorjahr: 7,3 Mio. Euro). Die in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Zahlungen aus Unterleasingverhältnissen belaufen sich auf 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro).

Angaben als Leasinggeber – Operatingleasing

Die Kreissparkasse Köln hat als Leasinggeber verschiedene unkündbare Operatingleasing-Vereinbarungen im Wesentlichen für Immobilien getroffen. Dabei handelt es sich sowohl um Objekte, die im Eigentum stehen als auch um solche, die untervermietet werden. Die Restlaufzeiten der Verträge betragen bis zu 64 Jahren.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	6,7	7,2
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	12,3	15,2
Über 5 Jahre	5,1	4,5
Erwartete Mindestleasingzahlungen aus Operatingleasing	24,1	26,9

<78> Wertpapierpensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr ist die Kreissparkasse Köln zum Bilanzstichtag weder als Pensionsnehmer noch als geber Vertragspartner von Wertpapierpensionsgeschäften.

<79> Wertpapierleihegeschäfte

Entsprechend dem Vorjahresstichtag hat die Kreissparkasse Köln zum 31. Dezember 2007 keine Wertpapierleihegeschäfte abgeschlossen.

<80> Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Kreissparkasse Köln hat für Wertpapier-, Derivategeschäfte und Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen Vermögenswerte als Sicherheit übertragen beziehungsweise nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gestellt.

Die Buchwerte dieser Vermögenswerte sind Bestandteil folgender Bilanzpositionen der Kreissparkasse Köln.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kunden	2.196,0	1.825,8
Finanzanlagen	1.150,2	880,8
Gesamt	3.346,2	2.706,6

Bei den zu den Forderungen an Kunden ausgewiesenen Sicherheiten handelt es sich um sicherheits- halber abgetretene Forderungen zu Weiterleitungskrediten in Höhe von 880,7 Mio. Euro (Vorjahr: 669,1 Mio. Euro) und Forderungen als Deckungsmasse für Pfandbriefemissionen von 1.315,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1.156,7 Mio. Euro).

Bei den Finanzanlagen entfallen 207,9 Mio. Euro (Vorjahr: 103,5 Mio. Euro) auf die Deckungsmasse für Pfandbriefemissionen. Für Zwecke der Refinanzierung bei der Europäischen Zentralbank wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von 696,6 Mio. EUR (Vorjahr: 516,4 Mio. EUR) verpfändet. In einem Pfanddepot bei der WestLB AG sind zum Bilanzstichtag Wertpapiere mit einem Buchwert von 114,7 Mio. EUR (Vorjahr: 113,3 Mio. EUR) als Sicherheit für Geschäfte an der EUREX verwahrt. Als Abwick- lungssicherheiten für Wertpapiergeschäfte sind Wertpapiere mit einem Buchwert von 131,0 Mio. Euro (Vorjahr: 147,6 Mio. Euro) an diverse Abwicklungsbanken übertragen.

<81> Weiterveräußerbare bzw. verpfändbare erhaltene Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag waren keine Geschäfte, insbesondere keine Wertpapierpensions- bzw. Leihege- schäfte, abgeschlossen, auf die die genannten Sachverhalte zutreffen.

<82> Vermögenswerte aus Sicherheitenverwertungen

Im Geschäftsjahr sind ebenso wie im Vorjahr keine Vermögenswerte aus der Verwertung von gestell- ten Sicherheiten zugegangen.

<83> Pfandbriefemissionen / Deckungsrechnungen

Die Kreissparkasse Köln hat im Geschäftsjahr 2007 Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz durchgeführt. Es wurden ein Hypothekenspfandbrief mit einem Nominalwert von 250 Mio. Euro und Öffentliche Pfandbriefe mit Nominalwerten von 10 Mio. Euro platziert. Die Angaben nach den Trans- parenzvorschriften des § 28 Pfandbriefgesetz für alle umlaufenden Emissionen sind im Jahresab- schluss der Kreissparkasse Köln dargestellt.

<84> Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Transaktionen mit nahe stehenden Personen und Unternehmen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt, und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließ- lich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für die im selben Zeitraum getätigten vergleichbaren Geschäf- te mit Dritten. Das Management in Schlüsselpositionen erhält dieselben Konditionen wie die übrigen Mitarbeiter der Sparkasse. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringungsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet. Keines dieser Geschäfte ist oder war für den Kon- zern wesentlich.

Der Umfang der bestehenden Geschäfte mit nahestehenden Personen, nicht konsolidierten Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und Beteiligungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kunden		
Nahestehende Personen	22,1	20,8
Tochterunternehmen (nicht konsolidiert)	24,1	10,1
Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	3,3	3,9
Beteiligungen und nicht nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	173,1	233,2
	222,6	268,0
Sonstige Aktiva		
Tochterunternehmen (nicht konsolidiert)	0,5	0,0
Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	2,0	0,0
Beteiligungen und nicht nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	0,1	0,0
	2,6	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Nahestehende Personen	13,5	13,3
Tochterunternehmen (nicht konsolidiert)	1,7	0,4
Beteiligungen und nicht nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	34,6	40,3
	49,8	54,0
Sonstige Passiva		
Tochterunternehmen (nicht konsolidiert)	0,3	0,1
Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	1,5	0,5
Beteiligungen und nicht nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	6,2	0,4
	8,0	1,0

Für Forderungen an nahestehende Unternehmen besteht eine Risikovorsorge in Höhe von 28,5 Mio. Euro (Vorjahr: 31,8 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr wurde hierfür ein Risikovorsorgeaufwand in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 12,4 Mio. Euro) erfasst.

Mit Gemeinschaftsunternehmen wurden Dienstleistungsumsätze in Höhe von 21,5 Mio. Euro (Vorjahr: 24,1 Mio. Euro) getätigt.

Für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes der Kreissparkasse Köln wurden Gesamtbezüge in Form von kurzfristig fälligen Leistungen in Höhe von 3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3,8 Mio. Euro) gezahlt. Für die früheren Mitglieder des Vorstandes der Kreissparkasse Köln und deren Hinterbliebenen wurden Versorgungsbezüge von 3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3,7 Mio. Euro) gezahlt. In den Leistungen an frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen sind keine Leistungen (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses enthalten.

Im Geschäftsjahr wurden den Pensionsrückstellungen für Vorstände 1,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) zugeführt. Damit bestehen Pensionsrückstellungen für diese Personengruppe in Höhe von 31,6 Mio. Euro (Vorjahr: 30,0 Mio. Euro). Für Vorstände bestanden zum Bilanzstichtag Ausleihungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro). Den Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstandes wurden 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1,7 Mio. Euro) zugeführt. Damit belaufen sich die Pensionsrückstellungen für diese Personengruppe auf 43,0 Mio. Euro (Vorjahr: 44,8 Mio. Euro).

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit in den Aufsichtsorganen Gesamtbezüge in Form von kurzfristig fälligen Leistungen in Höhe von 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro). Für Mitglieder des Verwaltungsrates bestanden zum Bilanzstichtag Kredite von 18,0 Mio. Euro (Vorjahr: 13,8 Mio. Euro).

<85> Anteilsbesitzliste

Die nach § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 HGB im Konzernanhang darzustellende Anteilsbesitzliste hat die Kreissparkasse Köln in entsprechender Ausübung des Wahlrechts nach § 313 Abs. 4 HGB beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers (www.ebundesanzeiger.de) hinterlegt.

<86> Patronatserklärungen

Zum Bilanzstichtag bestehen ebenso wie zum Vorjahresstichtag keine Patronatserklärungen.

<87> Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2007	2006
Vollzeitbeschäftigte	2.721	2.671
Teilzeit- und Ultimokräfte	1.195	1.207
	3.916	3.878
Auszubildende	278	286
Gesamt	4.194	4.164

<88> Abschlussprüferhonorare

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes Düsseldorf ist gemäß § 27 Abs. 2 und § 38 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Kreissparkasse Köln; sie ist auch Konzernabschlussprüfer. Für die Abschlussprüfungen der Prüfungsstelle wurde im Geschäftsjahr ein Honorar von 0,7 Mio. Euro als Aufwand erfasst.

<89> Verwaltungsrat**Vorsitzendes Mitglied**

Werner Stump
Landrat

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Ralf Wurth
Abteilungsleiter Rheinische Kliniken Düsseldorf
(bis 30.04.2008)

Dieter Heuel
Verwaltungsleiter a.D.
(seit 03.06.2008)

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Adolf Hoffmann
Selbstständiger Kaufmann Holztechnik
(bis 31.12.2007)

Holger Müller MdL
Abgeordneter
(seit 01.05.2008)

3. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Holger Müller MdL
Abgeordneter
(bis 30.04.2008)

Ralf Wurth
Abteilungsleiter Rheinische Kliniken Düsseldorf
(seit 01.05.2008)

Mitglieder

Horst Adler
Geschäftsführer im Bereich
Abwassertechnik

Margit Ahus
Fraktionsgeschäftsführerin

Willy Axer
Sparkassenangestellter

Horst Becker MdL
Abgeordneter

Jürgen Becker
Ministerialdirigent

Peter Biesenbach MdL
Abgeordneter

Stellvertreter

Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz
Selbstständiger Diplomkaufmann

Michael Stefer
Polizeibeamter

Ralf Krupp
Sparkassenangestellter

Hans-Werner Müller
Fraktionsgeschäftsführer

Michael Solf MdL
Abgeordneter

Paul Eßer
Kaufmännischer Angestellter im Bereich EDV

Wilfried Bolender Sparkassenangestellter	Dieter Fromm Sparkassenangestellter
Anita Bolz Sparkassenangestellte	Peter Bourry Sparkassenangestellter
Hildegard Diekhans Hausfrau	Wilhelm Moll Rentner
Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter	Michael Wiecki Selbstständiger Unternehmer Immobilien
Sebastian Hartmann Student	Renate Bergholz Bürokauffrau
Adolf Hoffmann Selbstständiger Kaufmann Holztechnik (bis 31.12.2007)	Dieter Heuel Verwaltungsleiter a.D. (bis 31.12.2007)
Dieter Heuel Verwaltungsleiter a.D. (seit 01.01.2008)	Rolf Bausch Ministerialrat (seit 01.01.2008)
Wolfgang Horak Sparkassenangestellter	Rolf Glees Sparkassenangestellter
R. Mario Hudec Sparkassenangestellter	Stephan Heldmann Sparkassenangestellter
Josef Kings Rentner	Guido van den Berg Wissenschaftlicher Referent
Klaus Lennartz Vizepräsident des Deutschen Wirtschaftsverbandes	Helmut Latak Sozialarbeiter
Holger Müller MdL Abgeordneter	Johannes Dünner Beamter Stadt Köln
Peter-Ralf Müller Selbstständiger Kaufmann Labortechnik	Udo Scharnhorst Pensionär
Manfred Nelles Sparkassenangestellter	Michael Wiegand Sparkassenangestellter
Leo Overath Rentner	Ivo Hurnik Regierungsangestellter
Christa Peters Sparkassenangestellte	Marcus Nähser Sparkassenangestellter
Julia Richter Sparkassenangestellte	Elke Müller Sparkassenangestellte
Wilhelm Schmitz Leitender Regierungsschuldirektor a.D.	Bernhard Breu Pensionär

Karl-Heinz Sohn
Sparkassenangestellter

Heribert Siefen
Sparkassenangestellter

Ulrich Tepper
Sparkassenangestellter

Christel Menten
Sparkassenangestellte

Rolf Uebach
Studiendirektor

Christa Schütz
Hausfrau

Thomas Wallau
Geschäftsführer

Ralf Offergeld
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

Rüdiger Warnecke
Selbstständiger Unternehmer
Immobilien

Horst Lambertz
Angestellter

Karl-Heinz Weingarten
Diplomingenieur
unselbstständig

Arnold Biciste
Geschäftsführer Caritasverband für den
Rhein-Erft-Kreis e.V.

Dr. Jürgen Wilhelm
Geschäftsführer Deutscher
Entwicklungsdienst

Udo Klemt
Selbstständiger Rechtsanwalt

Eduard Wolf
Prokurist Heilmittel-Vertriebsgesellschaft

Martin Stähr
Studiendirektor a.D.

Ralf Wurth
Abteilungsleiter Rheinische Kliniken Düsseldorf

Friedhelm J. Beucher
Rektor

Simone Zens
Sparkassenangestellte

Otilie Kügler
Sparkassenangestellte

Ulla Zoher
Sparkassenangestellte

Norbert Witt
Sparkassenangestellter

Gerhard Zorn
Landesverwaltungsrat
Landschaftsverband Rheinland

Claudia Seydholdt
Diplompsychologin
unselbstständig

Sachverständige Mitglieder

Ernst Müller
Bürgermeister

Rolf Ischerland
Selbstständiger Unternehmer
Werbeagentur

Klaus Pipke
Bürgermeister

**Teilnehmer mit beratender Stimme
nach § 9 Abs. 3b SpkG NW**

Hagen Jobi
Landrat

Frithjof Kühn
Landrat

Rolf Menzel
Landrat

<90> Vorstand

Vorsitzender:	Alexander Wüerst
stellvertretender Vorsitzender:	Josef Hastrich
Mitglieder:	Hans Seigner
	Wolfgang Schmitz
	Dr. Klaus Tiedeken
stellvertretende Mitglieder: (§ 18 Absatz 2 SpkG NW)	Hartmut Georg (bis 30.08.2008)
	Volker Wolf

Folgende Vorstandsmitglieder der Kreissparkasse Köln sind Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsrates oder anderer Kontrollgremien u.a. in nachfolgend aufgeführten Gesellschaften:

Alexander Wüerst	Deutsche Leasing AG WestLB AG
Josef Hastrich	DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG ☰ Broker AG & Co. KG Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG
Dr. Klaus Tiedeken	Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG

Köln, 10. September 2008

Der Vorstand

Wüerst

Hastrich

Seigner

Schmitz

Dr. Tiedeken

3.2.2.10 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Kreissparkasse Köln aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 31.12.2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Kreissparkasse Köln. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für diese Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter der Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 16.09.2008

Prüfungsstelle des

Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

gez. Engel
Wirtschaftsprüfer

gez. Eiting
Wirtschaftsprüfer

3.2.3 Jahres-Einzelabschluss der Kreissparkasse Köln 2007

3.2.3.1 Lagebericht 2007

Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Kreditgewerbe

Eingebettet in einen anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft, ist die deutsche Wirtschaft 2007 weiter gewachsen. Die Wachstumsdynamik hat sich gegenüber dem Vorjahr zwar abgeschwächt, doch entwickelte sich die Konjunktur besser als zu Jahresbeginn allgemein erwartet. Motoren des Wachstums waren erneut der Export und die Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum fiel dagegen als Wachstumsträger weitgehend aus. Die Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn, gestiegene Energiekosten und höhere Preise für Güter des täglichen Bedarfs verstärkten den Preisauftrieb und schmälerten den finanziellen Spielraum der privaten Haushalte. In der zweiten Jahreshälfte verunsicherte die Krise am US-Immobilienmarkt die Kapitalmärkte. Wachstum und Investitionstätigkeit blieben jedoch bis Ende 2007 intakt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Jahresverlauf stark verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte Ende des Jahres mit fast 40 Millionen den höchsten je in Deutschland registrierten Stand. Dank des Aufschwungs und der Beschäftigungszunahme verzeichneten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen erstmals seit der Wiedervereinigung einen insgesamt ausgeglichenen Staatshaushalt.

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft hat 2007 ebenfalls kräftig zugelegt. Das Wachstum – wie auf Bundesebene getragen vom Export und der Ausrüstungsgüterproduktion – entwickelte die größte Dynamik seit 15 Jahren. In den Branchen Chemie, Maschinenbau und Metallverarbeitung wird ein Anhalten der guten Konjunktur auch für 2008 erwartet. Im Fahrzeugbau, in der produzierenden Industrie und der Baustoffwirtschaft sieht die Zukunft nicht ganz so unbeschwert aus. Dank eines hohen Anteils innovativer Firmengründungen ist die rheinische Wirtschaft aber gerade auf Zukunftsmärkten gut positioniert. Der jüngste Branchenreport Rheinland der fünf rheinischen Industrie- und Handelskammern berichtet entsprechend von einer guten Stimmung der Unternehmen. Erfreulich war auch die Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Die Erwerbstätigkeit nahm landesweit zu. Im Geschäftsgebiet der Kreissparkasse Köln waren die Kräfte des Aufschwungs ebenfalls deutlich spürbar. Gut ein Drittel des Industrieumsatzes in den vier Trägerkreisen der Sparkasse wird im Ausland erzielt. Die Region profitierte entsprechend von der guten Exportkonjunktur. Bei gleichzeitig lebhafter Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern und einem hohen Gewicht des Dienstleistungssektors resultierte daraus auch im Wirtschaftsraum Köln/Bonn ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die deutsche Kreditwirtschaft war 2007 von einem unverändert intensiven Wettbewerb geprägt. Der daraus resultierende Preiswettbewerb um Marktanteile führte in Kombination mit der flachen bis inversen Zinskurve zu einem anhaltenden Ertrags- und Kostendruck. Die Krise am US-Immobilienmarkt löste eine bis heute andauernde Liquiditäts- und Vertrauenskrise an den internationalen Finanzmärkten aus. Die damit verbundene umfassende Neubewertung finanzieller Risiken, die in erster Linie den Markt für strukturierte Wertpapiere betraf, führte zu teilweise erheblichen Ergebnisbelastungen auch bei deutschen Kreditinstituten. Das Ende und Ausmaß der Finanzmarktkrise ist derzeit nicht zuverlässig abschätzbar.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsvolumen und Bilanzsumme

Geschäftsvolumen und Bilanzsumme	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Geschäftsvolumen	23.329,8	23.318,4	11,4	0,0
Bilanzsumme	22.883,7	22.852,4	31,3	0,1

Die Kreissparkasse Köln kann auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2007 zurückblicken. Der Fokus lag auf der Qualität des Neugeschäfts im Kreditgeschäft sowie auf der stärkeren Gewinnung bilanzwirksamer Kundeneinlagen. Gleichzeitig wurden Rückflüsse aus Eigenanlagen genutzt, um gezielt Refinanzierungen bei Kreditinstituten abzubauen.

Demzufolge erhöhte sich das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Avale) nur moderat um 11,4 Mio. Euro auf 23.329,8 Mio. Euro. Die Bilanzsumme wuchs ebenfalls leicht um 31,3 Mio. Euro auf 22.883,7 Mio. Euro.

Kreditgeschäft

Kreditvolumen	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Forderungen an Kunden	16.830,9	16.638,4	192,5	1,2
Eventualverbindlichkeiten	446,1	466,0	-19,9	-4,3
Gesamt	17.277,0	17.104,4	172,6	1,0

Der anhaltende konjunkturelle Aufschwung hat im Vergleich zum Vorjahr die Kreditnachfrage deutlich belebt. Infolge dessen erhöhte sich das Kreditvolumen der Kreissparkasse Köln (Forderungen an Kunden und Avale) um 172,6 Mio. Euro auf 17.277,0 Mio. Euro.

Der Zuwachs entfiel fast ausschließlich auf das Firmenkundengeschäft. Das Zusagevolumen im Kreditgeschäft übertraf das Neugeschäft des Vorjahres erneut deutlich und entsprach damit den Erwartungen. Ausschlaggebend war eine aufgrund der weiterhin positiven konjunkturellen Entwicklung anhaltende Investitionsbereitschaft der mittelständischen Firmenkunden. Zu der erfreulichen Entwicklung hat insbesondere eine verstärkte Nachfrage nach Leasingfinanzierungen und öffentlichen gewerblichen Fördermitteln beigetragen. Bedingt durch das Zinsniveau, wurden Finanzierungen mit langfristiger Zinsbindung bevorzugt. Infolge der konjunkturbedingt guten Liquidität vieler Firmenkunden nahm der Bedarf an kurzfristigen Krediten ab. Außerdem wurde der angestrebte Abbau im Großkundenkreditgeschäft, insbesondere im Bereich der Immobilienfinanzierung, konsequent fortgesetzt.

Die Ausleihungen an Privatkunden entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Ein Rückgang der Neubaugenehmigungen um 25 % in Nordrhein-Westfalen führte auch bei der Kreissparkasse Köln zu einem Rückgang des Zusagevolumens, der aber nicht so stark ausfiel. Darüber hinaus leisteten die Privatkunden wie im Vorjahr vermehrt Sondertilgungen auf ihre Wohnungsbaufinanzierungen. Die Vorzieheffekte im Jahr 2006 aus der Anhebung der Mehrwertsteuer sowie die nach wie vor bestehende Konsumzurückhaltung wirkten sich negativ auf die Entwicklung des Konsumentenkreditgeschäftes aus.

Vom Gesamtbestand sind 8.630,0 Mio. Euro an Unternehmen und Selbstständige, 7.103,9 Mio. Euro an Private und 1.543,1 Mio. Euro an öffentliche Haushalte (ohne kommunal verbürgte Finanzierungen) ausgeliehen.

Kreditvolumen nach Kunden- gruppen	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Unternehmen und Selbstständige	8.630,0	8.447,8	182,2	2,2
Private	7.103,9	7.154,8	-50,9	-0,7
Öffentliche Haushalte	1.543,1	1.501,8	41,3	2,8
Gesamt	17.277,0	17.104,4	172,6	1,0

Eigenanlagen

Die Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere reduzierte sich um 31,0 % auf 1.777,0 Mio. Euro. Die Abgänge betrafen überwiegend den Handelsbestand. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verringerte sich um 5,0 % auf 1.477,5 Mio. Euro. Dieser Rückgang konzentrierte sich im Wesentlichen auf Spezialfonds sowie sonstige Investmentanteile des Handelsbestandes.

Beteiligungen

Der unter den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesene Anteilsbesitz der Kreissparkasse Köln erhöhte sich um 91,9 Mio. Euro auf 559,5 Mio. Euro. Ausschlaggebend für diesen Anstieg war die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der -Finanzgruppe mbH & Co. KG zum Kauf des Landesanteils der Landesbank Berlin Holding AG.

Einlagengeschäft

Einlagenbestände	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.690,1	13.378,7	311,4	2,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.031,3	2.035,5	-4,2	-0,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	523,0	548,0	-25,0	-4,6
Genussrechtskapital	58,3	57,8	0,5	0,9
Gesamt	16.302,7	16.020,0	282,7	1,8

Die gesamten Einlagenbestände erhöhten sich um 1,8 % auf 16.302,7 Mio. Euro. Ungeachtet des anhaltend scharfen Wettbewerbs konnten durch attraktive Konditionen erwartungsgemäß stärker als im Vorjahr bilanzwirksame Kundeneinlagen gewonnen werden. Die Gewichte der verschiedenen Einlagenbestände haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter verschoben.

Einlagenbestände nach Produkten	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Spareinlagen	4.747,9	5.599,4	-851,5	-15,2
Hauseigene Emissionen	4.677,4	4.408,8	268,6	6,1
Sichteinlagen	3.073,4	2.897,2	176,2	6,1
Geldmarktkonten	1.089,8	918,8	171,0	18,6
Befristete Einlagen	2.714,2	2.195,8	518,4	23,6
Gesamt	16.302,7	16.020,0	282,7	1,8
Davon: Hauseigene Emissionen bei Kreditinstituten	857,2	906,0	-48,8	-5,4

Die Spareinlagen stellen trotz eines noch deutlicheren Rückgangs als im Vorjahr nach wie vor die wichtigste Refinanzierungsquelle dar. Der Bestand verringerte sich um 851,5 Mio. Euro auf 4.747,9 Mio. Euro. Die hohen Mittelabflüsse resultieren aus Rückgängen bei den normalverzinslichen Spareinlagen und aus Fälligkeiten von Einmalanlagen mit steigendem Zins und  ExtraSparen.

Die befristeten Einlagen, die die Termineinlagen von Kunden und Institutionellen beinhalten, verbuchten aufgrund deutlich gestiegener Geldmarktsätze im vergangenen Jahr erhebliche Mittelzuflüsse. Der Gesamtbestand erhöhte sich um 518,4 Mio. Euro auf 2.714,2 Mio. Euro. Vor allem die Privatkunden stockten ihre befristeten Einlagen deutlich auf.

Der Bestand an hauseigenen Emissionen (Sparkassenbriefe, Inhaberschuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kapitalbriefe und Genussrechtskapital) wuchs um 6,1 % auf 4.677,4 Mio. Euro. Der Anstieg ist in erster Linie auf die Ausgabe kurzfristiger Sparkassenbriefe an Kunden zurückzuführen.

Obwohl die Kunden aufgrund der steigenden Geld- und Kapitalmarktzinsen für ihre finanziellen Dispositionen verstärkt befristete Einlagen und hauseigene Emissionen wählten, erhöhte sich der Bestand an Sichteinlagen und Tagesgeldanlagen um 347,2 Mio. Euro auf 4.163,2 Mio. Euro. Dieser Anstieg beruht vorwiegend auf Sichteinlagen von Firmenkunden und dem im Privatkundengeschäft neu eingeführten Geldmarktprodukt **€** Tagesgeld-Online.

Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 74,2 % auf 1.160,4 Mio. Euro. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf vermehrte kurzfristige Geldanlagen bei anderen Kreditinstituten sowie auf erworbene Schuldscheindarlehen zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 5,5 % auf 4.962,2 Mio. Euro. In erster Linie wurden Refinanzierungen bei anderen Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen und Sparkassenbriefen zurückgeführt.

Wertpapierkommissionsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr erfreulich entwickelt. Aufgrund der anhaltend positiven Entwicklung der Wertpapiermärkte war weiterhin ein hohes Interesse von Privat- und Firmenkunden an bilanzneutralen Wertpapieren zu verzeichnen. Die im Kundenauftrag abgewickelten Umsätze stiegen um 10,3 % auf 8.056,2 Mio. Euro. Hieraus resultierte ein Nettoabsatz (Ankäufe abzüglich Verkäufe und Fälligkeiten) von 449,9 Mio. Euro, der somit deutlich über dem Wert des Vorjahres in Höhe von 131,2 Mio. Euro lag. Dies war im Wesentlichen durch den Absatz festverzinslicher Anleihen und von Investmentanteilen gekennzeichnet. Demgegenüber wurde das erreichte Kursniveau an den Aktienmärkten vielfach zu Gewinnmitnahmen genutzt.

Personal- und Sozialbereich

Ende 2007 beschäftigte die Kreissparkasse Köln 3.842 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten betrug 979. Mit 313 Auszubildenden weist die Sparkasse eine unverändert hohe Ausbildungsquote aus. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten beträgt 18 Jahre und das Durchschnittsalter 41 Jahre. 32 % der bankspezifisch Beschäftigten weisen mit einem Hochschul-, Fachhochschul-, Lehrinstituts- oder Fachlehrgangsabschluss eine höhere Qualifizierung auf.

Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

Einschließlich der aus dem Bilanzgewinn 2007 vorgesehenen Zuführung wird die Sicherheitsrücklage 1.251,9 Mio. Euro betragen. Ergänzend verfügt die Sparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile. Insgesamt übertrifft die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zur Summe aus gewichteten Risikoaktiva und der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisikopositionen mit 12,6 % deutlich die in Grundsatz I der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht festgelegte Mindestnorm von 8 %. Im Jahresverlauf schwankte die Gesamtkennziffer des Grundsatzes I zwischen 12,3 % und 12,8 %. Die Voraussetzungen für weiteres geschäftliches Wachstum sind somit gegeben.

Die größten Einzelpositionen auf der Aktivseite der Bilanz stellen mit 74 % die Forderungen an Kunden und mit 14 % die Eigenanlagen dar. Auf der Passivseite der Bilanz dominieren mit 60 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie mit 22 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Für die spezifischen Risiken der Geschäftstätigkeit von Kreditinstituten ist angemessen Vorsorge getroffen. Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch entsprechende Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip, und die übrigen Vermögensgegenstände wurden ebenfalls vorsichtig bewertet.

Die Zahlungsbereitschaft der Kreissparkasse Köln war jederzeit gewährleistet. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Weitergehende Erläuterungen zur Steuerung von Liquiditätsrisiken und zur Einhaltung der Liquiditätskennziffer des Grundsatzes II der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht enthält der Risikobericht.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss verringerte sich um 25,6 Mio. Euro auf 24,2 Mio. Euro. Dieser Rückgang ist in besonderem Maße durch die aktuelle Lage der WestLB AG geprägt. Nachdem sich die Anteilseigner zu Beginn des Jahres 2008 über eine Abschirmung der Bewertungsrisiken der Bank verständigten, hat die Kreissparkasse Köln in voller Höhe Vorsorge für den auf sie entfallenden Anteil an dieser Risikoabschirmung getroffen. Dies machte eine außer-planmäßige Zuführung von 56,6 Mio. Euro zu der Rückstellung für den Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes erforderlich.

Ohne Berücksichtigung dieses externen – von der Sparkasse nicht zu vertretenden – Faktors bewegte sich das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) im Geschäftsjahr 2007 auf zufriedenstellendem Niveau.

Ertragslage	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
+ Zinsergebnis (GuV 1 bis GuV 4)	435,5	526,5	-91,0	-17,3
+ Provisionsüberschuss (GuV 5 ./ GuV 6)	112,3	111,8	0,5	0,4
+ Nettoertrag aus Finanzgeschäften (GuV 7)	20,2	13,9	6,3	45,3
+ Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen (GuV 8 und GuV 12)	21,4	17,4	4,0	23,0
= Bruttoertrag	589,4	669,6	-80,2	-12,0
./ Verwaltungsaufwendungen (GuV 10 und GuV 11)	439,2	396,3	42,9	10,8
+ Saldo der anderen Erträge und Aufwendungen (GuV 9, GuV 17 und GuV 18)	0,0	0,0	0,0	0,0
= Ergebnis vor Bewertung	150,2	273,3	-123,1	-45,0
./ Bewertungsergebnis (GuV 13 bis GuV 16)	123,7	215,1	-91,4	-42,5
= Ergebnis vor Steuern	26,5	58,2	-31,7	-54,5
./ Steueraufwand (GuV 23 und GuV 24)	2,3	8,4	-6,1	-72,6
= Jahresüberschuss	24,2	49,8	-25,6	-51,4

Das Zinsergebnis (einschließlich der GuV-Posten 3 und 4) reduzierte sich aufgrund der flachen bis inversen Zinskurve sowie des Wegfalls eines im Vorjahresergebnis enthaltenen Einmaleffektes (Sonder-Gewinnausschüttung eines verbundenen Unternehmens) um 17,3 % auf 435,5 Mio. Euro. Die Entwicklung des Zinsergebnisses entspricht damit den Erwartungen. Mit einem Anteil von 73,9 % am Bruttoertrag (Vorjahr 78,6 %) bleibt das Zinsergebnis weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Kreissparkasse Köln. Der Provisionsüberschuss (GuV-Posten 5 und 6) hat sich erwartungsgemäß nur leicht um 0,5 Mio. Euro auf 112,3 Mio. Euro erhöht. Positiv wirkte sich das Wertpapiergeschäft aus, wohingegen die Provisionserträge aus dem Giro- und Zahlungsverkehr rückläufig waren. Insgesamt macht der Provisionsüberschuss 19,1 % des Bruttoertrages aus (Vorjahr 16,7 %). Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften (GuV-Posten 7), d. h. aus dem Handel mit Wertpapieren, Devisen und Derivaten, ist um 6,3 Mio. Euro auf 20,2 Mio. Euro gestiegen.

Verwaltungsaufwendungen	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Personalaufwand (GuV 10 a)	211,1	218,4	-7,3	-3,3
+ Andere Verwaltungsaufwendungen (GuV 10 b) – ohne Risikoabschirmung WestLB AG –	145,9	155,8	-9,9	-6,4
= Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV 10) – ohne Risikoabschirmung WestLB AG –	357,0	374,2	-17,2	-4,6
+ Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV 11)	25,6	22,1	3,5	15,8
= Gesamt– ohne Risikoabschirmung WestLB AG –	382,6	396,3	-13,7	-3,5
+ Risikoabschirmung WestLB AG	56,6	0,0	56,6	>100,0
= Gesamt– inkl. Risikoabschirmung WestLB AG –	439,2	396,3	42,9	10,8

Die gesamten Verwaltungsaufwendungen betragen 439,2 Mio. Euro. Bereinigt um die Sonderbelastung durch die Risikoabschirmung für die WestLB AG, haben sie erwartungsgemäß um 3,5 % auf 382,6 Mio. Euro abgenommen. Die darin enthaltenen Personalaufwendungen sind insbesondere aufgrund eines Einmaleffektes um 7,3 Mio. Euro auf 211,1 Mio. Euro gesunken. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verringerten sich, bereinigt um die beschriebene Sonderbelastung, trotz höherer Mehrwertsteuer aufgrund eines effizienten Kostenmanagements um 9,9 Mio. Euro auf 145,9 Mio. Euro. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV-Posten 11) erhöhten sich um 3,5 Mio. Euro auf 25,6 Mio. Euro. Die Relation der Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10 und 11) zum Bruttoertrag erhöhte sich ohne Berücksichtigung des Sondereffektes, bedingt durch den Rückgang des Bruttoertrags, auf 64,9 % (Vorjahr 59,2 %).

Bewertungsergebnis	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Bewertungsergebnis Kredite und Wertpapiere der Liquiditätsreserve (GuV 13)	123,5	214,3	-90,8	-42,4
+ Sonstiges Bewertungsergebnis (GuV 15)	0,2	0,8	-0,6	-75,0
= Gesamt	123,7	215,1	-91,4	-42,5

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (GuV-Posten 13) werden nach der Verrechnung mit Erträgen mit 123,5 Mio. Euro (Vorjahr 214,3 Mio. Euro) ausgewiesen. Der Rückgang ist insbesondere auf einen signifikant gesunkenen Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen und die Dotierung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB im Vorjahr zurückzuführen. Durch diese Effekte wurde der im Vorjahresvergleich höhere Bewertungsaufwand für Wertpapiere der Liquiditätsreserve deutlich überkompensiert.

Das sonstige Bewertungsergebnis (GuV-Posten 15) betrug 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,8 Mio. Euro).

Steueraufwand	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	Veränderung
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	%
Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV 23)	1,5	7,2	-5,7	-79,2
+ Sonstige Steuern (GuV 24)	0,8	1,2	-0,4	-33,3
= Gesamt	2,3	8,4	-6,1	-72,6

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV-Posten 23) verringerten sich um 5,7 Mio. Euro auf 1,5 Mio. Euro. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen begründet durch die zusätzlichen Aufwendungen aus der Risikoabschirmung für die WestLB AG. Darüber hinaus enthält das Jahresergebnis wie im Vorjahr teilweise steuerfreie Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen, Spezialfonds und sonstigen Investmentanteilen.

Ein Teil des Jahresüberschusses von 24,2 Mio. Euro wurde vorweg der Sicherheitsrücklage zugeführt. Aus dem verbliebenen Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch erforderlichen Beschlusses der Zweckverbandsversammlung eine Ausschüttung von 3,6 Mio. Euro zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an den Träger der Sparkasse erfolgen und der Restbetrag ebenfalls in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Risikoberichterstattung

Risikomanagement

Grundlagen

Die geschäftspolitischen Entscheidungen der Sparkasse beruhen auf der laufenden Beurteilung des Verhältnisses von erzielbarer Rendite und einzugehenden Risiken unter konsequenter Sicherung der Risikotragfähigkeit. Daher ist die Identifikation und die exakte Messung aller wesentlichen Risiken Grundlage ihres Risikomanagementsystems.

Als Risiko bezeichnet die Sparkasse dabei die Gefahr eines Verlustes oder Schadens durch eine ungünstigere als die ursprünglich erwartete Entwicklung. Sie steuert die Risiken auf Grundlage einer die Geschäftsstrategie ergänzenden Risikostrategie, die jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst wird. Diese Risikostrategie beschreibt die Ziele der Sparkasse im Rahmen des Risikomanagements und die Strukturen, die sie zu diesem Zweck implementiert hat.

Die Sparkasse unterscheidet Marktpreisrisiken, Adressenrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken und sonstige Risiken (strategische Risiken, Geschäftsrisiken und Risiken aus Outsourcing). Wesentliche Bedeutung für die Risikosteuerung haben die Marktpreisrisiken, die Adressenrisiken, die Liquiditätsrisiken und die operationellen Risiken, da aus ihnen eine unmittelbare und kurzfristige Bedrohung der Sparkasse resultieren könnte. Für diese wesentlichen Risikokategorien hat der Vorstand individuelle Teilstrategien in Kraft gesetzt.

Die Risikoarten werden auf unterschiedliche Weise berücksichtigt. Die quantifizierbaren Risikoarten (Marktpreisrisiken, Adressenrisiken, operationelle Risiken, Geschäftsrisiken) werden in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung aufgenommen, während die nicht quantifizierbaren Risikoarten durch Gestaltung der Prozesse oder durch zusätzliche Kennziffern neben der Risikotragfähigkeit gemanagt werden (strategische Risiken, allgemeines Liquiditätsrisiko, Risiken aus Outsourcing). Die Aggregation der Einzelrisiken zum Gesamtrisiko erfolgt konservativ ohne die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Organisation

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Von ihm werden dementsprechend alle wesentlichen Beschlüsse im Rahmen des Risikomanagements getroffen. Die zur Steuerung notwendigen Informationen über die Risikosituation des Hauses erhält der Vorstand von den marktunabhängigen Bereichen Risikocontrolling und Kredit-Risiko-Steuerung.

Maßnahmenvorschläge zur Steuerung bestimmter Risikoarten werden dem Vorstand durch zu seiner Unterstützung eingesetzte Ausschüsse vorgelegt. Dabei befassen sich der Bilanzstrukturausschuss mit Marktpreis- und Liquiditätsrisikosteuerung, das Kreditkomitee mit Adressenrisikosteuerung und der OpRisk-Ausschuss mit der Steuerung von operationellen Risiken. Das Gremium für neue Produkte koordiniert den Neue-Produkte-Prozess, bei dem alle mit einer Produkteinführung verbundenen Risiken analysiert werden. In den Ausschüssen sind jeweils Markt- und Überwachungsbereiche vertreten.

Mit dem Verwaltungsrat wird regelmäßig die Risikosituation der Sparkasse erörtert, wobei die Detailinformationen in dem im Jahr 2007 gegründeten Risikoausschuss des Verwaltungsrates besprochen werden.

Der Zentralbereich Revision überzeugt sich im Rahmen seiner Aufbau- und Funktionsprüfungen von der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Risikotragfähigkeit

Bestimmung der Risikotragfähigkeit

Zur Begrenzung und Steuerung der Risiken hat die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept verabschiedet, das durch Gegenüberstellung von Risiken und Risikodeckungspotenzial die laufende Risikotragfähigkeit sichert. Das Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt sowohl die Wirkung der Risiken im laufenden Geschäftsjahr (GuV-Ebene) als auch die durch Risikoeintritt mögliche Barwertveränderung des Bestandsvermögens auf Jahressicht (Vermögensebene).

Der für die Fortführung der Sparkasse notwendige Anteil des Risikodeckungspotenzials wird von der Sparkasse nicht zur Risikonahme eingesetzt. Diese Leitlinie zur Bestimmung des „einsetzbaren Risikodeckungspotenzials“ stellt sicher, dass der Sparkasse auch bei Eintritt der Risiken ein ausreichendes Kernkapital verbleibt. Welcher Teil des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials tatsächlich zur Limitierung freigegeben wird, wird jährlich im Kontext der operativen Planung festgelegt.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial auf GuV-Ebene besteht aus dem modifizierten Gewinn vor Steuern, den Vorsorgereserven und Teilen der Sicherheitsrücklage. Zur Sicherung eines Mindestgewinnes durch rechtzeitige Risikoreduktion wird darüber hinaus täglich das sogenannte Gewinnrisikolimit überwacht, dessen Risikodeckungspotenzial aus Gewinn vor Steuern und Vorsorgereserven besteht. Im jahresbezogenen Limitsystem wird das Restjahr als Haltedauer für die Risikoberechnung angesetzt (Ausnahme: Marktpreisrisiken Handelsbuch mit Haltedauer 10 Tage), wobei bereits eingetretene Abweichungen zur Planung berücksichtigt werden. Für das Gewinnrisikolimit wird auch das Marktpreisrisiko der Liquiditätsreserve mit 10 Tagen Haltedauer berechnet. Das Konfidenzniveau der Value-at-Risk-Werte liegt bei 99 %.

Basis für das einsetzbare Risikodeckungspotenzial auf Vermögensebene ist das Bestandsvermögen der Sparkasse auf Jahressicht. Die Risikolimits sind relativ zu dem Bestandsvermögen festgelegt, so dass sie sich automatisch der aktuellen Risikotragfähigkeit der Sparkasse anpassen. Die zur Risikoberechnung unterstellten Haltedauern betragen auf der Vermögensebene 10 Tage für Marktpreisrisiken im Handelsbuch und 250 Tage für alle anderen Risiken. Das Konfidenzniveau der Value-at-Risk-Werte liegt bei 99 %.

Geschäfte dürfen von den operativen Bereichen nur im Rahmen der vorgegebenen Risiko- und Verlustlimite getätigt werden.

Berichtssystem zur Risikotragfähigkeit und Überwachung der Risikostrategien

Risikobericht nach MaRisk

Seit Ende 2007 erstellt der Bereich Risikocontrolling unter Beteiligung des Bereiches Kredit-Risiko-Steuerung quartalsweise einen umfassenden Risikobericht nach MaRisk, der dem Gesamtvorstand zugeleitet und im Rahmen einer Vorstandssitzung erörtert wird. Dieser Risikobericht löst die im Jahresverlauf 2007 noch getrennten Berichte der genannten Bereiche zu den einzelnen Risikoarten, insbesondere den Kreditrisikobericht nach MaK, ab.

Im Risikobericht wird die Risikosituation der Sparkasse dargestellt, umfassend analysiert und beurteilt. Insbesondere wird die Entwicklung der Risikotragfähigkeit erläutert, wobei auch die Limitauslastungen untersucht werden.

Im Adressenrisikokapitel werden insbesondere die Entwicklung des Kreditportfolios (z.B. nach Branchenstruktur und Risikoklassen), die Einhaltung bzw. Auslastung der Limitsysteme, die Entwicklung der Großkredite und bedeutender Engagements sowie der Geschäftsverlauf im Kreditgeschäft dargestellt. Besondere Beachtung findet dabei die Darstellung möglicher Konzentrationsrisiken.

Darüber hinaus wird detailliert über die Risiko- und Ergebnisentwicklung der mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen, d.h. über die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften und die Zinsrisiken im Anlagebuch, informiert. Ergänzend zu den Value-at-Risk-Werten werden die Ergebnisse von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen präsentiert.

Im Kapitel über Liquiditätsrisiken finden sich eine Analyse der Liquiditätskennziffernentwicklung und die Untersuchungen von Auswirkungen möglicher Entwicklungen auf die Liquiditätskennziffer.

Im Berichtsteil über operationelle Risiken wird eine Übersicht der GuV-wirksamen Schadensfälle gegeben. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden einmal jährlich im ergänzenden Bericht über operationelle Risiken erläutert.

Im abschließenden Kapitel werden die wesentlichen Annahmen und Parameter der Risikoermittlung dargestellt sowie gegebenenfalls über deren Änderungen berichtet.

Risikotragfähigkeitsbericht

Monatlich erstellt der Bereich Risikocontrolling einen Risikotragfähigkeitsbericht, der die aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnungen der GuV- und Vermögensebene sowie die Limitauslastungen nach Risikoarten umfasst.

Ad-hoc-Berichterstattung

Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und die Interne Revision weitergeleitet. Für alle wesentlichen Risiken sind risikoartenspezifische Entwicklungen definiert, die einen Ad-hoc-Bericht auslösen.

Risikomanagement der Risikoarten

Adressenrisiken

Adressenrisiken werden unterschieden in Adressenausfall- und Bonitätsrisiken. Dabei beinhaltet das Adressenausfallrisiko das Risiko eines Verlustes aufgrund des Ausfalls. Das Bonitätsrisiko spiegelt das Risiko von Verlusten aufgrund von Ratingverschlechterungen eines Geschäftspartners wider. Dies umfasst neben dem klassischen Kreditausfallrisiko auch Emittenten- und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Das Eingehen von Adressenrisiken im Kunden- und Eigenanlagengeschäft ist zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Sparkasse. Die vom Vorstand festgelegte umfassende Adressenrisikostrategie wird jährlich überprüft, gegebenenfalls angepasst und mit dem Verwaltungsrat erörtert.

Kernpunkt der Adressenrisikostrategie ist die Vermeidung von Größenkonzentrationsrisiken durch die Festlegung von Obergrenzen für Engagements von Kreditnehmereinheiten sowie von ratingabhängigen Limiten für Kreditnehmer. Das Wachstum im breiten und diversifizierten Kreditgeschäft steht im Mittelpunkt der angestrebten Kreditportfolioentwicklung.

Der Einsatz von Ratingverfahren ist für die Sparkasse bei der Adressenrisikosteuerung grundlegend. Während für Kunden der Sparkasse interne Ratings ermittelt werden, werden für Emittenten und Kontrahenten Ratings von externen Ratingagenturen verwendet. Diese Ratings werden auch in der Vertriebssteuerung, d.h. bei der Vor- und Nachkalkulation eingesetzt. Sie sind zudem Grundlage des Kompetenzsystems der Sparkasse.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Kreditrisikomanagements hat der Vorstand das Kreditkomitee installiert, das sich aus dem Markt- und dem Marktfolgevorstand sowie leitenden Mitarbeitern aus den jeweiligen Fachbereichen zusammensetzt. Dieses Gremium erarbeitet Vorschläge zu individuellen Engagementstrategien, in denen die Adressenrisikostrategie der Kreissparkasse Köln konkretisiert wird.

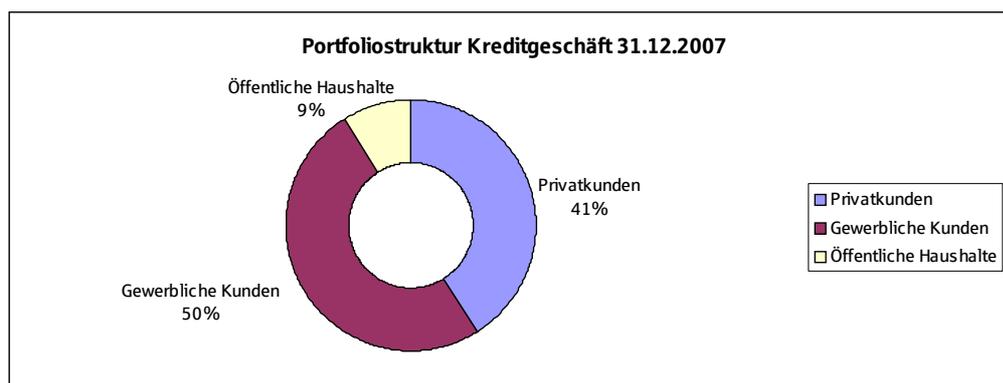
Mit der Kreditdatenbank Risikomanagementsystem (RMS) wird im Zentralbereich Kredit-Risiko-Management eine Vielzahl risikorelevanter Informationen auf Kundenebene analysiert. Hierdurch verfügt die Sparkasse über eine hohe Transparenz der Struktur und Entwicklung des Kreditportfolios.

Zur Quantifizierung, Limitierung und Analyse der Adressenrisiken setzt die Sparkasse das Kreditrisikomodell Credit Portfolio View (CPV) ein. CPV bewertet Kredit-, Kontrahenten-, Länder- und Anteilseignerrisiken, bildet Wechselwirkungen und Diversifikationseffekte innerhalb des Portfolios ab und berücksichtigt Schwankungen der Sicherheitenverwertung. CPV dient insbesondere der Identifizierung von Konzentrationsrisiken. Aus der ermittelten Verlustverteilung leiten sich der erwartete und der unerwartete Verlust ab. Der erwartete Verlust wird bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt, der unerwartete Verlust wird mit Risikokapital unterlegt.

Die Adressenrisiken bewegten sich in 2007 innerhalb der festgelegten Limite.

Adressenrisiken im Kreditgeschäft

Schwerpunkt des originären Kreditgeschäfts zum Stichtag 31.12.2007 sind mit 50 % (Vorjahr 49 %) des Gesamtvolumens die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige sowie mit 41 % (Vorjahr 42 %) die Kredite an Privatkunden.



Das Kundenkreditportfolio ist insgesamt bis auf wenige Ausnahmen gut diversifiziert. Beispielsweise sind 90 % der Positionen kleiner als 100 Tsd. Euro (Vorjahr 90 %). Zur weiteren Verbesserung der Größenklassenstruktur wurde in 2007 eine Obergrenze für das Volumen von Kreditnehmereinheiten festgelegt. Die wenigen über dieser Grenze liegenden Engagements sollen mittelfristig zurückgeführt werden. Innerhalb der gewerblichen Kunden haben die Branchen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Wohnungswesen und Grundstückswesen mit zusammen 53 % einen wesentlichen Anteil am Portfolio der Sparkasse (Vorjahr 51 %).

Im Kreditgeschäft wird das Adressenrisiko zunächst im Rahmen der einzelnen Kreditentscheidung durch individuelle Bonitätsprüfungen sowie die Ermittlung eines Bonitätsratings berücksichtigt. Hierzu werden die zentral entwickelten und qualitätsgesicherten Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe verwendet.

Mit der Einführung des Bestandsscoring bei Privatkunden hat die Sparkasse zum 31.12.2007 eine Ratingabdeckungsquote von 92 % bezogen auf das Kreditvolumen im originären Kundenkreditgeschäft erreicht. Die Ratingqualität des Kreditportfolios hat sich im Berichtsjahr günstig entwickelt. Bei der Ratinggliederung nach Gesamtkreditvolumen befinden sich zum Jahresende bezogen auf die Ratingkategorien 1 bis 16 ca. 70 % des gewerblichen Volumens in den Kategorien 1 bis 8 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten (Vorjahr 69 %).

Alle erkannten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind in ausreichendem Maße abgesichert. Entsprechend den Erwartungen ist das Nettobewertungsergebnis im Kreditgeschäft gegenüber 2006 deutlich zurückgegangen. Ebenso ist das betreute Volumen in der Sanierung weiter rückläufig.

Adressenrisiken aus Handelsgeschäften

Die von der Sparkasse gehaltenen Wertpapiere unterteilen sich in eigen- und fremdgemanagte Anlagen. Im Bereich der eigengemanagten Anlagen werden strategiegemäß nur geringe Ausfallrisiken eingegangen.

Bei dem restlichen, fremdgemanagten Teil der Eigenanlagen (Publikums- und Spezialfonds) wird auf eine breite Streuung der Portfolios und damit auf Risikodiversifizierung geachtet.

Zur Optimierung der Kontrahentenrisiken und zur Sicherung von Linien im Rahmen der Liquiditätssteuerung wurden im Berichtsjahr Collateralvereinbarungen mit weiteren Geschäftspartnern abgeschlossen. Die risikoorientierten Limite für Wertpapieremittenten und Kontrahenten werden laufend durch den Bereich Analyse/Kreditservice überwacht.

Adressenrisiken im Beteiligungsgeschäft

Die operative Steuerung der Beteiligungen erfolgt durch den Bereich Beteiligungen/Wagniskapital auf Basis von Vorstandsbeschlüssen. Die Beteiligungen der Sparkasse werden nach ihren jeweiligen Beteiligungsmotiven klassifiziert. Neben den Beteiligungen zur Erfüllung von Sparkassenaufgaben geht die Sparkasse auch renditeorientierte Beteiligungen ein, wobei allein die Beteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und an der Erwerbsgesellschaft der -Finanzgruppe mbH & Co. KG zusammen etwa 63 % des gesamten Beteiligungsportfolios ausmachen.

Die Risikomessung und -beurteilung von Adressenrisiken im Beteiligungsgeschäft erfolgt gemeinsam mit dem Kreditportfolio, wodurch Diversifikationseffekte berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird das gebildete Gesamtportfolio auf Konzentrationsrisiken untersucht.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste, die sich aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter an den Finanzmärkten ergeben können. Marktpreisrisiken umfassen damit neben den bei der Sparkasse dominierenden Zinsänderungsrisiken auch Spread-, Aktienkurs- und Währungsrisiken sowie aus Volatilitätsveränderungen verursachte Änderungen von Optionspreisen.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Risikomanagements hat der Vorstand den Bilanzstrukturausschuss eingerichtet, dem der Überwachungsvorstand und der Handelsvorstand sowie Vertreter der Zentralbereiche Treasury sowie Finanzen und Controlling angehören. Der Bilanzstrukturausschuss erarbeitet für den Vorstand Vorschläge zu Fragen der Risikotragfähigkeit und der Marktpreisrisiko- und Liquiditätsrisikosteuerung. Für die operative Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen ist Zentralbereich Treasury zuständig.

Zur Absicherung von Marktpreisrisiken werden neben bilanziellen Instrumenten auch Derivate eingesetzt. Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der Zinsbuchsteuerung Makroswaps und Makrocaps abgeschlossen. Kundengeschäfte in Derivaten werden einzeln durch entsprechende Gegengeschäfte abgesichert. Hierbei handelt es sich weit überwiegend um Swaps und Devisentermingeschäfte.

Im Handelsbuch werden Derivate auch in begrenztem Umfang zu Handelszwecken abgeschlossen.

Das Volumen der derivativen Finanzinstrumente zum 31.12.2007 wird im Anhang des Jahresabschlusses im Abschnitt „Sonstige Angaben“ näher erläutert.

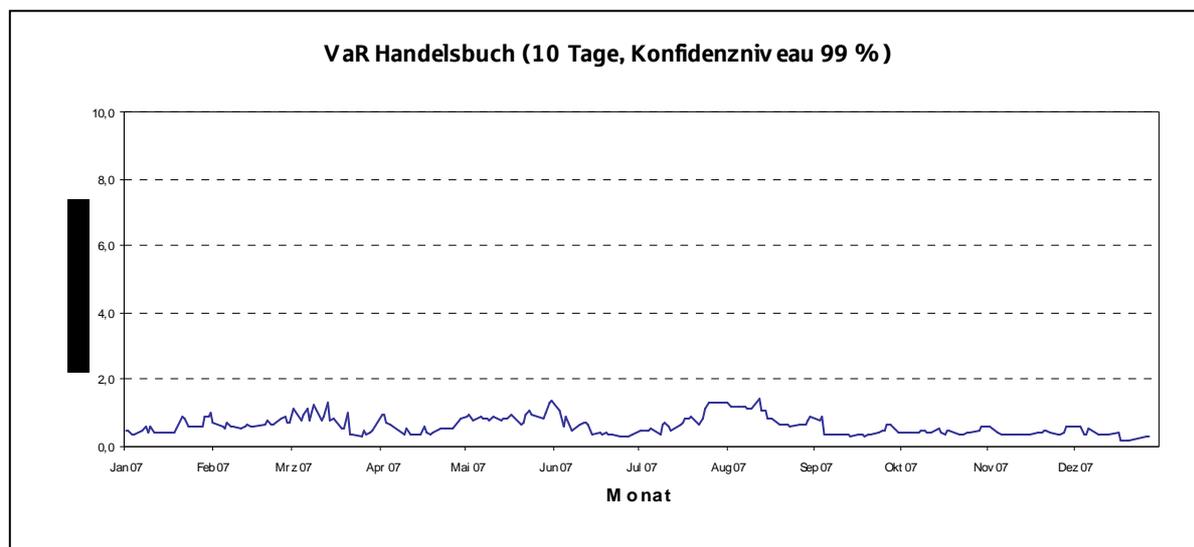
Marktpreisrisiko aus Handelsgeschäften

Zur Messung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften verwendet die Sparkasse das Value-at-Risk-Modul und den Kovarianz-Manager der Software SimCorp Dimension. Als Datenquellen für Kurse, Renditen und Volatilitäten sowie die eigene Ermittlung von Risikoparametern nutzt die Sparkasse die Datenanbieter Reuters und Bloomberg.

Der Value-at-Risk wird auf Basis einer Datenhistorie von 250 Handelstagen ermittelt. Auf der Vermögensebene erfolgt die Berechnung unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten, wo hingegen auf der GuV-Ebene die Einzelrisiken ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten summiert werden. Das Backtesting der Marktpreisrisikomessung für Handelsgeschäfte führt die Sparkasse regelmäßig durch.

Für die tägliche Berichterstattung über Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften erstellt der Bereich Risikocontrolling den mit dem Handel abgestimmten Tagesreport. Adressaten sind der Vorstand und die für Handel, Überwachung und Revision zuständigen Zentralbereichsleiter. Der Tagesreport umfasst die Handlungsergebnisse sowie die Tages- und Buchwerte von Wertpapieren. Auf der GuV-Ebene wird die aktuelle Auslastung des für die Liquiditätsreserve und den Handelsbestand im Rahmen des Gewinnrisikolimits zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials untersucht. Auf der Vermögensebene wird über die Risiken und die Auslastungen der Limite der Handelsgeschäfte berichtet.

Im Verlauf des Jahres 2007 lagen die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften der Sparkasse sowohl auf der GuV- als auch der Vermögensebene durchweg im Rahmen der festgelegten Limite.

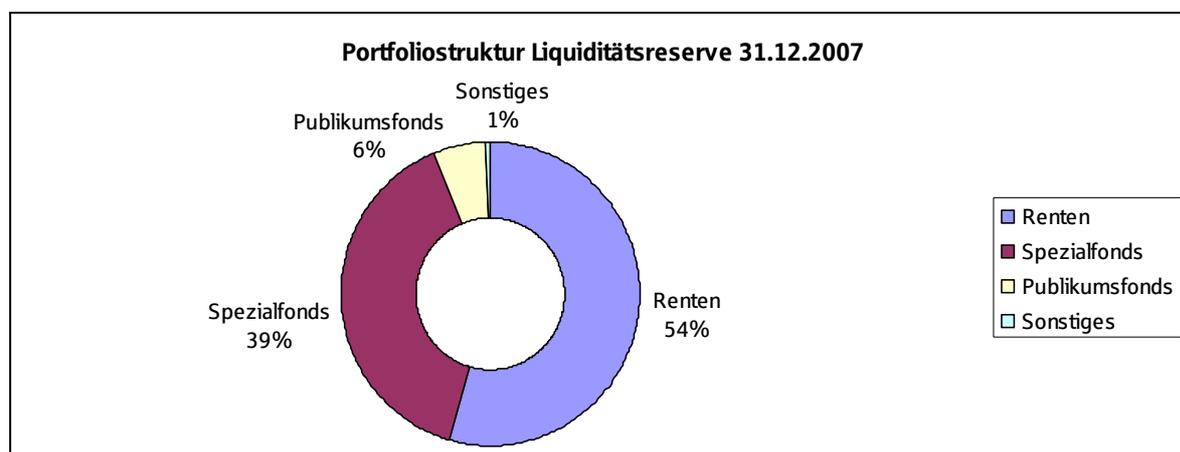


Marktpreisrisiko im Handelsbuch

Der maximale Value-at-Risk des Handelsbuches betrug im Berichtsjahr 1,4 Mio. Euro (Vorjahr 5,4 Mio. Euro). Aufgrund dieses geringen Risikos und des hohen Anteils von Vorkaufgeschäften leistet das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften seit Jahren einen stabilen positiven Beitrag zum Betriebsergebnis der Sparkasse.

Marktpreisrisiko der Liquiditätsreserve

Das Wertpapierportfolio der Sparkasse hat ein Volumen von etwa 3,3 Mrd. Euro und unterteilt sich im Wesentlichen in zwei Blöcke: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sehr guter Bonität (96 % der Papiere haben Rating von AAA – A) werden von der Sparkasse selbst gemanagt. Ein weiteres, gut diversifiziertes Wertpapierportfolio mit Anleihen unterschiedlichster Emittenten, Aktien und alternativen Investments wird in Spezial- und Publikumsfonds von spezialisierten Managern gesteuert.



Der Risikostrategie entsprechend wird im eigengemanagten Wertpapierbestand auch ein begrenztes Portfolio mit Verbriefungspositionen (ABS) geführt (Volumen zum Jahresende: 289 Mio. Euro), bei dem nur Investitionen in beste Bonitäten zulässig sind (94 % der ABS-Papiere sind mit AAA, 4 % mit AA und 2 % mit A geratet). Zusätzlich wurden Größenbegrenzungen für Einzelengagements festgelegt.

Der regionale Schwerpunkt des ABS-Portfolios ist Europa (Anteil rund 85 %), etwa 10 % der Investitionen erfolgten in den USA. Schwerpunkt nach Assetklassen sind hypothekarisch – weit überwiegend auf Wohnimmobilien – besicherte Forderungen (Mortgage Backed Securities – MBS) mit etwa 50 % des Portfolios. Ca. 25 % der Papiere sind durch Unternehmenskredite gesichert, etwa 10 % durch Konsumentenforderungen. Weniger als ein Fünftel des Bestandes sind in mit sonstigen Vermögenswerten besicherten Collateralized Debt Obligations (CDO) angelegt.

Dieses Teilportfolio war von der Liquiditäts- und Vertrauenskrise am Kapitalmarkt betroffen, da sich die Wertverluste bei den US-Hypotheken-Verbriefungen auf den gesamten ABS-Markt übertrugen, wobei selbst die Spreads für Kreditstrukturen mit AAA-Rating signifikant anstiegen.

Zur Bewertung der Papiere zum Bilanzstichtag setzte die Sparkasse auf den Abgleich verschiedener Datenquellen (Erläuterungen hierzu finden sich im Anhang des Jahresabschlusses unter den „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“). Insgesamt war das Abschreibungsvolumen aus ABS von rund 5 % des Bestandes für die Sparkasse gut verkraftbar. Aufgrund der unverändert sehr guten Ratingstruktur schätzt die Sparkasse die Wertaufholungschance für diese Investments als hoch ein. Es ist bisher zu keinen Leistungsstörungen gekommen.

Das Volumen von ABS-Papieren im zweiten Anlageschwerpunkt der Liquiditätsreserve – den Spezial- und Publikumsfonds – beträgt etwa 144 Mio. Euro, wovon gut 80 % über eine Bonität im Investment-Grade-Bereich verfügen. Es verteilt sich auf 89 Einzelpositionen und zwei Publikumsfonds, so dass das Portfolio breit gestreut ist. Die Ergebnisbelastung der Sparkasse aus der Marktpreisbewertung dieses mittelbar gehaltenen ABS-Portfolios hielt sich in engen Grenzen.

Insgesamt enthalten die Wertpapiere der Liquiditätsreserve derzeit keine die Risikotragfähigkeit gefährdenden Marktpreisrisiken.

Zinsrisiko im Anlagebuch

Die Kreissparkasse Köln geht zum Erreichen ihrer Ertragsziele Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch ein. Zinsänderungen wirken zum einen auf den Zinsüberschuss (GuV-Ebene), zum anderen auf den Barwert zinssensitiver Positionen (Vermögensebene). Die Sparkasse setzt dementsprechend unterschiedliche Verfahren zur Risikomessung auf GuV- und Vermögensebene ein.

Auf der GuV-Ebene wird das Zinsüberschussrisiko mit Hilfe von periodenorientierten, dynamischen Zinselastizitätsbilanzen ermittelt. Zusätzlich werden im Rahmen von Sensitivitätsanalysen auf der Grundlage verschiedener Zinsszenarien auch mögliche mittelfristige Veränderungen des Zinsüberschusses analysiert.

Auf der Vermögensebene werden die Zinsänderungsrisiken für Kundenforderungen/-verbindlichkeiten mit Hilfe der Software S-Treasury berechnet. Implizite Optionen aus Passivprodukten werden dabei mit statistischer Ausübung und szenarioabhängiger optionaler Ausübung berücksichtigt. Variable Produkte fließen mit Hilfe der Methode der gleitenden Durchschnitte ein.

Ergänzend zur Risikoberechnung im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts werden alle zinstragenden Kunden- und Eigengeschäfte zum Zinsbuch zusammengefasst und analysiert. Dabei wird untersucht, ob die Cashflowstruktur ausgeglichen ist und die Risiko-Rendite-Relation auf der Effizienzlinie liegt. Das Risiko aus der Simulation des standardisierten Zinsschocks der BaFin (+130 Basispunkte bzw. -190 Basispunkte) lag weit unter den von der BaFin als meldepflichtig festgelegten 20 % des haftenden Eigenkapitals und inner- bzw. unterhalb des von der Sparkasse in der Zinsrisikostategie festgelegten Zielkorridors

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht und / oder in voller Höhe nachkommen zu können.

Für die Aufgaben des operativen Liquiditätsrisikomanagements ist der Zentralbereich Treasury zuständig, die Funktion des Liquiditätsrisikocontrolling wird durch den Bereich Risikocontrolling ausgeübt.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement umfasst die operative tägliche Liquiditätssteuerung, die Liquiditätsplanung, die Beobachtung der Refinanzierungskosten, die Erschließung neuer Fundingquellen und die Strukturierung der Aktiva/Passiva. Zu den Aufgaben des Liquiditätsrisikocontrollings zählen die Überwachung und Dokumentation der Liquiditätsrisikopositionen sowie die Überwachung und das Risikoreporting der Liquiditätsrisiken an den Vorstand.

Zur Beurteilung des allgemeinen Liquiditätsrisikos orientiert sich die Sparkasse an der Liquiditätskennzahl des Grundsatzes II der BaFin. Im Jahresverlauf 2007 schwankte diese monatlich ermittelte Kennziffer zwischen 1,60 und 1,82 und lag damit durchgehend deutlich über dem Mindestwert von 1.

Die Sparkasse kombiniert den durch den Grundsatz II erfüllten quantitativen Ansatz der jederzeitigen Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit mit qualitativen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Hierzu gehören die Definition eines Engpasses und vorgelagerter Schwellenwerte sowie die tägliche Berechnung der Liquiditätskennzahl.

Zusätzlich wird für den im Falle eines Liquiditätsengpasses vorbereiteten Notfallplan eine Liquiditätsleiter, d.h. eine nach Prioritäten gegliederte Aufstellung der aktuellen Liquidität sowie sämtlicher Maßnahmen, mit denen kurzfristig Liquidität beschafft werden kann, vorgehalten. Damit wird im Falle einer Krisensituation die Reaktionszeit deutlich verkürzt.

Die Gefahr höherer Refinanzierungskosten wird durch die Bereitstellung von Risikodeckungspotenzial berücksichtigt.

Zur Beurteilung der Liquidität unter dem Einfluss von unerwarteten Ereignissen führt die Sparkasse mindestens vierteljährlich Szenariobetrachtungen durch, die sowohl instituts- als auch marktspezifische Aspekte enthalten.

Auf Basis der Planzahlen und der Ergebnisse der Szenariobetrachtungen erwartet die Sparkasse auch weiterhin eine solide Liquiditätssituation.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Identifikation von operationellen Risiken erfolgt durch die „Risikoinventur“ und die „Schadensfalldatenbank“.

Die Kreissparkasse Köln steuert den operationellen Bereich (Gestaltung der Prozesse, technisch-organisatorische Ausstattung, personelle Ressourcen) mit dem Ziel, ein unter Kosten / Nutzenaspekten sinnvolles Risikoniveau einzunehmen. Der Fokus der Steuerung liegt auf den „bedeutenden Schadensfällen“ und den „wesentlichen operationellen Risiken“. Das sind Schadensfälle ab einer Höhe von 500 Tsd. Euro bzw. Risiken, die solche Schadensfälle auslösen können.

Im OpRisk-Ausschuss, der bei Bedarf, mindestens aber jährlich zusammentrifft, sind die Zentralbereiche Finanzen und Controlling, Organisation, Personal und Revision vertreten, um vor dem Hintergrund der Analysen aus Schadensfalldatenbank und Risikoinventur gemeinsam mit dem OpRisk-Verantwortlichen aus dem Bereich Risikocontrolling mögliche Maßnahmen zu prüfen und dem Vorstand vorzuschlagen.

Werden wesentliche operationelle Risiken erkannt, so sind auf der Basis der Ursachenanalyse Maßnahmen vorgesehen, welche die Eintrittswahrscheinlichkeit auf ein tolerables Maß senken und/oder die Verluste im Schadensfall begrenzen. Sind Steuerungsmaßnahmen im Sinne eines aktiven Managements nicht möglich oder unrentabel, verzichtet die Sparkasse auf aktive Steuerungsmaßnahmen und trägt die möglichen Verluste. Hierfür hält die Sparkasse im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts Risikodeckungspotenzial bereit.

Bis zur Implementierung komplexerer Methoden wird auf Basis der Schadensfalldatenbank und des nach den Vorschriften für den Basisindikatoransatz gemäß Basel II errechneten Anrechnungsbetrags eine Value-at-Risk-Größe für operationelle Risiken ermittelt, die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einfließt.

Im Berichtsjahr ergab sich für die Sparkasse nur ein bedeutender Schadensfall.

Sonstige Risiken

Absatzrisiken werden im Rahmen der Vertriebssteuerung gemanagt. Der strategischen Positionierung gegen Absatzrisiken dienen das breite Produktangebot, die regionale Heterogenität, die Multi-Kanalstrategie und Kundenbindungskonzepte.

Der Gefahr steigender Kosten begegnet die Sparkasse durch ein Budgetierungsverfahren und laufende Überwachung der Kostenentwicklung. Strategisch positioniert sich die Sparkasse über die laufende Optimierung der Prozesse, geeignete Outsourcingmaßnahmen und die langfristig angelegte Steuerung der Personalkapazitäten.

Zur Unterlegung mit Risikokapital werden Absatz- und Kostenrisiken durch vereinfachte Verfahren pauschaliert berechnet.

Für die nicht quantifizierbaren sonstigen Risiken hat die Sparkasse steuernde Prozesse installiert.

Die Sparkasse hat zur Begleitung von Auslagerungsprozessen den Bereich Dienstleistungsmanagement eingerichtet, der u. a. für die operative Begrenzung der Risiken aus Outsourcing zuständig ist.

Zur Berücksichtigung strategischer Risiken werden im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses die Grundlagen des Geschäftsmodells überprüft und die notwendigen strategischen Impulse entwickelt. Weiterhin wird durch das externe Rating eine Qualitätssicherung der Geschäftsstrategie erreicht.

Gesamtrisikosituation

Die Sparkasse steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt ihrer Geschäfte entspricht. Die jeweiligen Gesamtrisiken haben im Jahr 2007 an keinem der Stichtage das entsprechende eingesetzte Risikodeckungspotenzial überschritten.

Die Kreissparkasse Köln geht davon aus, dass sich vor dem Hintergrund der Geschäftsstrategie mit dem Ziel eines stetigen und nachhaltigen Wachstums im breiten und kleinteiligen Geschäft die Gesamtrisiken weiterhin im Rahmen der eingesetzten Risikodeckungspotenziale bewegen werden. Die Sparkasse beabsichtigt, die eingesetzten Risikodeckungspotenziale beizubehalten.

Prognosebericht

Im Prognosebericht der Kreissparkasse Köln werden die wesentlichen Chancen und Risiken erläutert und beurteilt. Da die nachfolgenden Ausführungen auf Annahmen beruhen, können die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Die Sparkasse verfügt über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd eingreifen zu können. Aussagen zur Risikolage sind im Risikobericht enthalten.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Vor dem Hintergrund, dass sich die Subprime-Krise zu einer Vertrauenskrise entwickelt hat, befinden sich die internationalen Geld- und Kapitalmärkte in einem gewissen Ausnahmezustand. Dies gestaltet es außerordentlich schwierig, die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft sowohl in zeitlicher als auch in materieller Hinsicht abzuschätzen. Während die US-Wirtschaft eine anhaltende Rezession im Immobiliensektor zu bewältigen hat, die langsam auf andere Bereiche der Volkswirtschaft übergreift, sollte in den meisten Schwellenländern das Wachstum zwar kräftig bleiben, bei ihnen droht indes die Inflationsgefahr. Die derzeit geltenden Rahmenbedingungen legen nahe, dass der seit 2004 ungewöhnlich starke Aufschwung der Weltwirtschaft in diesem Jahr eine Abkühlung erfahren wird, es gleichwohl nicht zu einem weltweiten Konjunkturinbruch kommt.

Die Krise am US-Hypothekenmarkt und ihre vielfältigen globalen finanzwirtschaftlichen Auswirkungen, ein starker Euro und der Anstieg des Ölpreises haben die Konjunkturperspektiven auch hierzulande eingetrübt. In Deutschland kommt mit der Unternehmensteuerreform ein Sondereffekt hinzu, der nachhaltigen Einfluss auf die Investitionsentwicklung 2008 haben dürfte. Diese trägt zwar dazu bei, den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb für Investoren attraktiver zu machen und führt i.d.R. zu einer steuerlichen Entlastung typisch mittelständischer Betriebe. Die Unternehmen zogen jedoch Investitionen vor, um sich die bis zum Jahresende 2007 befristete, unter steuerlichen Aspekten vorteilhaftere, degressive Abschreibungsmethode zu sichern. Dies dürfte aller Erfahrung nach zu entsprechenden Gegeneffekten zu Jahresbeginn führen. Mit einem Einbruch der Ausüstungsinvestitionen ist vor dem Hintergrund der extrem hohen Kapazitätsauslastung jedoch nicht zu rechnen. Solange es nur bei einer Konjunkturdelle bleibt, dürfte auch der Arbeitsmarkt robust bleiben, so dass eine letztlich an Kraft gewinnende Binnennachfrage kompensierend wirkt. Auf Jahressicht ist daher mit einem moderaten Nachlassen der Investitionsdynamik und einer lebhafteren Konsumnachfrage zu rechnen. Insgesamt wird 2008, gemessen am Wachstum, nicht mehr ganz so glänzen wie 2006/2007.

Die Inflationsperspektiven werden maßgeblich von der weiteren Preisentwicklung der Rohstoffe – vor allem von Energieträgern und Nahrungsmitteln – und von möglichen Zweitrundeneffekten beim Lohn- und Preissetzungsverhalten determiniert. Kurzfristig geht die Europäische Zentralbank (EZB) weiterhin von einem starken Aufwärtsdruck aus, der sich zu Beginn des Jahres bereits bestätigt hat. Erst im Jahresverlauf 2008 dürften sich die Teuerungsraten leicht abschwächen.

Die EZB sollte vor dem Hintergrund der skizzierten Konjunkturperspektiven ihren Zinserhöhungszyklus für längere Zeit aussetzen. In der ersten Jahreshälfte zeichnet sich durch die Abwärtsrisiken für die Konjunkturentwicklung eine Entwicklung ab, in der Zinssenkungsdiskussionen das Renditeniveau insgesamt drücken und zu einer steileren Renditekurve beitragen. Aus der Erwartung heraus, dass sich im zweiten Halbjahr die Wirtschaftsperspektiven aufhellen werden und Inflationsraten in der Eurozone vermutlich das ganze Jahr nicht mit dem Stabilitätsziel der EZB vereinbar sein werden, wird die EZB aufgrund ihres eindeutigen Mandats vermutlich die Leitzinsen jedoch nicht senken. Gegen Ende des Jahres ist daher wieder eine flachere Renditestruktur zu erwarten.

Kreissparkasse Köln

Angesichts der erwarteten konjunkturellen Rahmenbedingungen verfolgt die Kreissparkasse Köln erneut das Ziel eines moderaten, stetigen Wachstums des Geschäftsvolumens. Im Firmenkundenkreditgeschäft ist ein höherer Zuwachs als im Jahr 2007 geplant, wobei der Fokus weiterhin auf der Qualität des Neugeschäfts liegen soll. Im Privatkundengeschäft soll die starke Marktstellung durch eine qualitativ hochwertige Beratung weiter gefestigt und ausgebaut werden. Dies wird sich dann auch positiv auf das bilanzneutrale Wertpapiergeschäft auswirken. Insbesondere dürften Vorzieheffekte aufgrund der ab 2009 in Kraft tretenden Abgeltungsteuer zum Tragen kommen. Wesentliche Ansätze zur Ausweitung des Verbundgeschäftes bieten sich weiterhin im Bereich der Vermittlung der privaten Altersvorsorge, der Versicherungen sowie der Leasingfinanzierungen.

Vor dem Hintergrund einer sehr flachen Zinsstruktur ist im Jahr 2008 mit einem deutlichen Rückgang des Zinsergebnisses zu rechnen.

Nach wie vor misst die Kreissparkasse Köln einer kontinuierlichen Steigerung des Ergebnisbeitrages aus dem Provisionsgeschäft eine hohe Bedeutung bei. Hier wird von leicht steigenden Erträgen ausgegangen.

Beim Nettoertrag aus Finanzgeschäften wird ein Ergebnis auf Vorjahresniveau angestrebt.

Bei den Personalaufwendungen ist aufgrund des Einmaleffektes im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie der zu erwartenden Tarifierhöhungen mit einem steigenden Aufwand zu rechnen. Die Sachaufwendungen dürften wieder wesentlich von den Kosten für ausgelagerte Dienstleistungen geprägt sein. Insgesamt erwartet die Kreissparkasse Köln, dass die Sachaufwendungen – bereinigt um den Sondereffekt des Geschäftsjahres 2007 – leicht steigen.

Unter der Annahme einer auf Jahressicht positiven konjunkturellen Entwicklung wird für das Geschäftsjahr 2008 eine insgesamt stabile Entwicklung des Risikovorsorgebedarfs im Kreditgeschäft erwartet. Bei den eigenen Wertpapieren der Liquiditätsreserve ist im Hinblick auf die deutlichen Spreadausweitungen im ABS-Segment und die Kursrückgänge an den Aktienmärkten auf heutiger Basis von einem Bewertungsergebnis auf Vorjahresniveau auszugehen.

Insgesamt werden für das laufende und das kommende Jahr weiter eine stabile Geschäftsentwicklung und Jahresüberschüsse oberhalb des durch Sondereinflüsse geprägten Ergebnisses 2007 erwartet. Die Kreissparkasse Köln ist zuversichtlich, das Eigenkapital und die Vorsorgereserven auf Basis der eigenen Ertragskraft weiter angemessen stärken zu können.

Köln, 26. Februar 2008

Kreissparkasse Köln

Der Vorstand

Wüerst

Hastrich

Seigner

Schmitz

Dr. Tiedeken

3.2.3.2 Bilanz

Aktivseite**Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007**

	Euro	Euro	Euro	31.12.2006 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		125.153.709,83		89.273
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>250.728.481,92</u>		<u>396.961</u>
			375.882.191,75	<u>486.234</u>
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		565.273.013,23		465.524
b) andere Forderungen		<u>595.152.012,97</u>		<u>200.612</u>
			1.160.425.026,20	<u>666.136</u>
4. Forderungen an Kunden			<u>16.830.865.018,34</u>	<u>16.638.401</u>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	8.392.308.889,70 Euro			(8.121.563)
Kommunalkredite	<u>1.780.149.851,99 Euro</u>			<u>(1.876.514)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	313.144.666,34			1.074.355
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>313.144.666,34 Euro</u>			<u>(1.074.355)</u>
bb) von anderen Emittenten		<u>1.360.190.796,35</u>		<u>1.465.623</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		1.673.335.462,69		<u>2.539.978</u>
				<u>(1.325.802)</u>
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>103.673.555,70</u>		<u>34.285</u>
			1.777.009.018,39	<u>2.574.263</u>
Nennbetrag	103.495.000,00 Euro			<u>(34.400)</u>
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			<u>1.477.501.050,07</u>	<u>1.555.945</u>
7. Beteiligungen			<u>356.906.464,31</u>	<u>265.539</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			<u>202.589.218,96</u>	<u>202.117</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			<u>30.502.790,65</u>	<u>42.800</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>29.902.288,14 Euro</u>			<u>(42.090)</u>
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			<u>8.281.654,43</u>	<u>9.186</u>
12. Sachanlagen			<u>209.357.171,23</u>	<u>219.370</u>
13. Sonstige Vermögensgegenstände			<u>392.706.672,30</u>	<u>136.783</u>
14. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>61.696.436,00</u>	<u>55.596</u>
Summe der Aktiva			22.883.722.712,63	22.852.370

Passivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

	Euro	Euro	Euro	31.12.2006 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		<u>237.503.537,89</u>		<u>260.315</u>
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>4.724.729.521,18</u>		<u>4.990.749</u>
			4.962.233.059,07	<u>5.251.064</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>4.628.432.963,56</u>			<u>5.422.776</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>119.448.987,93</u>			<u>176.616</u>
		4.747.881.951,49		<u>5.599.392</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>4.163.179.817,32</u>			<u>3.816.028</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>4.779.068.376,05</u>			<u>3.963.284</u>
		8.942.248.193,37		<u>7.779.312</u>
			13.690.130.144,86	<u>13.378.704</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>2.031.295.246,27</u>		<u>2.035.537</u>
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			2.031.295.246,27	<u>2.035.537</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			<u>30.502.790,65</u>	<u>42.800</u>
darunter: Treuhandkredite	<u>29.902.288,14</u> Euro			<u>(42.090)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>39.566.545,05</u>	<u>32.408</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>74.239.740,82</u>	<u>88.613</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>58.025.874,93</u>		<u>53.232</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>7.736.911,26</u>		<u>17.775</u>
c) andere Rückstellungen		<u>153.152.591,34</u>		<u>107.709</u>
			218.915.377,53	<u>178.716</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>522.975.100,36</u>	<u>547.952</u>
10. Genussrechtskapital			<u>58.334.580,21</u>	<u>57.848</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>6.353.697,91</u> Euro			<u>(1.934)</u>
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Kapitalrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>1.240.000.000,00</u>			<u>1.220.000</u>
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		1.240.000.000,00		<u>1.220.000</u>
d) Bilanzgewinn		<u>15.530.127,81</u>		<u>18.728</u>
			1.255.530.127,81	<u>1.238.728</u>
Summe der Passiva			22.883.722.712,63	22.852.370
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>446.086.561,06</u>		<u>466.048</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			446.086.561,06	<u>466.048</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>824.036.455,09</u>		<u>879.219</u>
			824.036.455,09	<u>879.219</u>

3.2.3.3 Gewinn- und Verlustrechnung

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2006 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>955.108.777,59</u>			<u>928.801</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>95.547.495,62</u>			<u>81.489</u>
		<u>1.050.656.273,21</u>		<u>1.010.290</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>703.261.315,23</u>		<u>623.432</u>
			<u>347.394.957,98</u>	<u>386.858</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>72.182.436,69</u>		<u>(85.729)</u>
b) Beteiligungen		<u>4.767.413,26</u>		<u>(2.987)</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>11.200.000,00</u>		<u>(50.900)</u>
			<u>88.149.849,95</u>	<u>139.616</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>-,-</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>122.068.919,35</u>		<u>(120.769)</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>9.765.832,52</u>		<u>(8.940)</u>
			<u>112.303.086,83</u>	<u>111.829</u>
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			<u>20.236.407,84</u>	<u>13.913</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>38.490.321,15</u>	<u>35.939</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>606.574.623,75</u>	<u>688.155</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>166.620.788,61</u>			<u>(172.583)</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung <u>16.765.662,47</u> Euro	<u>44.529.779,65</u>	<u>211.150.568,26</u>		<u>(45.835)</u> <u>(218.418)</u> <u>(15.932)</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>202.493.025,42</u>		<u>(155.753)</u>
			<u>413.643.593,68</u>	<u>374.171</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>25.605.202,78</u>	<u>22.114</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>17.080.819,56</u>	<u>18.573</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		<u>123.529.329,29</u>		<u>(214.258)</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		<u>-,-</u>		<u>(-)</u>
			<u>123.529.329,29</u>	<u>214.258</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		<u>164.742,00</u>		<u>(828)</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>-,-</u>		<u>(-)</u>
			<u>164.742,00</u>	<u>828</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>1.022,00</u>	<u>-</u>
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>26.549.914,44</u>	<u>58.211</u>
20. Außerordentliche Erträge			<u>-,-</u>	<u>(-)</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>-,-</u>	<u>(-)</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>-,-</u>	<u>-</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>1.549.941,89</u>		<u>(7.239)</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>798.117,76</u>		<u>(1.160)</u>
			<u>2.348.059,65</u>	<u>8.399</u>
25. Jahresüberschuss			<u>24.201.854,79</u>	<u>49.812</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>24.201.854,79</u>	<u>49.812</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>(-)</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>(-)</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>24.201.854,79</u>	<u>49.812</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	<u>8.671.726,98</u>			<u>(31.084)</u>
b) in andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>(-)</u>
			<u>8.671.726,98</u>	<u>31.084</u>
29. Bilanzgewinn			<u>15.530.127,81</u>	<u>18.728</u>

3.2.3.4 Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Schuldscheindarlehen haben wir zum Nennwert bilanziert.

Bei Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien wurden kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Darlehenslaufzeit bzw. die Festzinsfrist verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet.

Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich haben wir Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute getroffen.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Alle Wertpapiere haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Es wurde von der Durchschnittsbewertung Gebrauch gemacht. Zerobonds wurden mit dem Barwert angesetzt. Zusätzlich besteht eine Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Für die in Form von Wertpapieren im eigenen Bestand gehaltenen Kreditstrukturen in Höhe von 288.579 Tsd. Euro (Erläuterungen hierzu enthält der Risikobericht innerhalb des Lageberichts) besteht aufgrund der durch die Verwerfungen im US-Subprime-Segment ausgelösten Finanzmarkturbulenzen derzeit kein hinreichend liquider Markt. Eine nach unserem Bewertungskonzept vorgesehene Bewertung dieser Papiere zu gehandelten Börsen- oder Marktpreisen war daher zum Bilanzstichtag nicht möglich, so dass der beizulegende Wert anderweitig zu ermitteln war. In diesen Fällen erfolgte die Bewertung auf der Basis von indikativen Geldkursen aus marktüblichen Kursinformationssystemen (z.B. Bloomberg, Reuters). Soweit über diese Systeme keine entsprechenden Indikationen ermittelt werden konnten, wurden von den Arrangeuren der verbrieften Kreditstrukturen zur Verfügung gestellte Bewertungspreise herangezogen. In einem weiteren Schritt haben wir diese Kurse anhand Spread-basierter Bewertungen, die mit Hilfe theoretischer Bewertungsmodelle namhafter externer Anbieter ermittelt wurden, plausibilisiert. Dabei wurde den einzelnen Strukturen jeweils eine dem verbrieften Portfolio adäquate Spread-Kurve (indikative Spreads von JP Morgan) zugeordnet. Soweit die Plausibilisierung zu keinem eindeutigen Ergebnis führte, wurde für den jeweiligen Einzelfall entschieden, welche Preisquelle in Anbetracht der Marktgegebenheiten und Modellannahmen angemessen ist. Bei Kreditstrukturen in Fondsbeständen haben wir darauf geachtet, dass der Wertfindung bei den Kapitalanlagegesellschaften ebenfalls eine sachgerechte Bewertungsmethodik zugrunde liegt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungspreisen bewertet. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert sind bei dauerhafter Wertminderung vorgenommen worden. Ausstehende vertragliche Verpflichtungen zur Leistung von Einlagen wurden entsprechend den Grundsätzen der Stellungnahme RS HFA 18 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. behandelt.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden mit den höchsten steuerlich zulässigen Sätzen teils linear, teils degressiv abgeschrieben. Für Neuanschaffungen erfolgten die Abschreibungen seit dem Geschäftsjahr 2005 pro rata temporis. Geringwertige Vermögensgegenstände (bis 410,00 Euro Anschaffungskosten) werden aus Vereinfachungsgründen im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Software wurde nach den Grundsätzen der Stellungnahme RS HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Einen Abgrenzungsposten für künftige Steuerentlastungen haben wir nicht gebildet.

Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt. Emittierte Zerobonds wurden mit ihrem Barwert bewertet.

Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf deren Laufzeit verteilt.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wurden in ausreichender Höhe gebildet. Die Pensionsrückstellungen wurden unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes von 5,5% auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Die Verminderung des Abzinsungssatzes um 0,5% gegenüber dem Vorjahr dient der Angleichung an das mehrjährige langfristige Marktzinsniveau. Die Jubiläumsrückstellungen wurden in diesem Jahr erstmalig nach einem Pauschalwertverfahren unter Berücksichtigung von Fluktuationsabschlägen berechnet. Zusätzlich wurden Aufwandsrückstellungen gebildet.

Derivative Geschäfte, die Zins-, Währungs- und sonstige Preisrisiken aus Aktiv- und Passivgeschäften absichern, wurden mit den zugrunde liegenden Positionen zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Zu Handelszwecken abgeschlossene derivative Geschäfte wurden einzeln bewertet. Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Swapgeschäfte und Caps wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet.

Die Währungsumrechnung erfolgte nach den Vorschriften des § 340h HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Kassakurs vom 28.12.2007 in Euro umgerechnet worden. Für zum Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der entsprechende Terminkurs herangezogen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden erfolgswirksam vereinnahmt. Die Sparkasse erfüllt die Kriterien der besonderen Deckung durch den Abschluss von betrags- und fristenkongruenten Gegengeschäften. In anderen Fällen wurden Erträge aus der Währungsumrechnung nicht berücksichtigt und auch nicht mit Aufwendungen verrechnet.

Die Deckungsrechnung für die vor 2005 emittierten Pfandbriefe stellt sich wie folgt dar:

Hypothekendarbriefe:		Tsd. Euro
Ordentliche Deckung:		
Forderungen an Kunden		241.677
Ersatzdeckung:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		28.274
Deckungswerte insgesamt:		269.951
Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarbriefe		250.000
Überdeckung:		19.951
Öffentliche Darbriefe:		
Ordentliche Deckung:		
Forderungen an Kunden		274.681
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		34.895
Ersatzdeckung:		
		0
Deckungswerte insgesamt:		309.576
Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarbriefe		50.000
Überdeckung:		259.576

Die Kreissparkasse Köln hat im Geschäftsjahr 2007 Darbriefemissionen nach dem Darbriefgesetz (DarbriefG) durchgeführt. Es wurden ein Hypothekendarbrief mit einem Nominalwert von 250 Mio. Euro und Öffentliche Darbriefe mit Nominalwerten von 10 Mio. Euro platziert.

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 DarbriefG für alle umlaufenden Emissionen stellen sich wie folgt dar:

Hypothekendarbriefe:

Vergleich Nenn-, Bar- und Risikobarwert der Deckungsmasse gegenüber Darbriefumlauf:

	Wertpapierumlauf Tsd. Euro	Deckungsmasse Tsd. Euro	Überdeckung %
Nennwert	500.000	807.305	61,5 %
Aktueller Barwert	497.744	817.273	64,2 %
Steigendes Zinsniveau (250 BP)	460.826	744.604	61,6 %
Sinkendes Zinsniveau (250 BP)	539.544	903.909	67,5 %

In der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate.

Laufzeiten der Hypothekendarlehen gegenüber Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse:

	bis zu 1 Jahr Tsd. Euro	mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren Tsd. Euro	mehr als 5 Jahr bis zu 10 Jahren Tsd. Euro	mehr als 10 Jahre Tsd. Euro
Pfandbriefumlauf	0	250.000	250.000	0
Deckungsstock	62.488	326.949	363.809	54.059

Realdarlehen / Wertpapiere, gestaffelt nach Betragsstufen:

	bis zu 300 Tsd. Euro Tsd. Euro	über 300 Tsd. Euro bis zu 5 Mio. Euro Tsd. Euro	mehr als 5 Mio. Euro Tsd. Euro
Realdarlehen	461.903	223.862	0
Wertpapiere	0	4.743	116.798
Deckungsstock gesamt	461.903	228.605	116.798

Anteil der Objekttypen am Deckungsstock in Deutschland:

	Tsd. Euro	%
Wohnungen	62.565	9,1
Einfamilienhäuser	237.788	34,7
Mehrfamilienhäuser	248.968	36,3
Bürogebäude	44.364	6,5
Handelsgebäude	0	0
Industriegebäude	0	0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	92.080	13,4
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	0	0
Bauplätze	0	0
Gesamt	685.765	100,0

Nutzungsarten der Einzelobjekte im Deckungsstock in Deutschland:

	Tsd. Euro	%
Gewerblich	136.443	19,9
Wohnwirtschaftlich	549.322	80,1
Gesamt	685.765	100,0

Es befanden sich keine Grundstückssicherheiten außerhalb Deutschlands im Deckungsstock.

Rückständige Forderungen (Zahlungsrückstand mindestens 90 Tage) bestehen nicht.

Sonstige Angaben zum Deckungsstock:

Es existieren keine am Bilanzstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt oder Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Keine Zinsen sind rückständig. Der Gesamtbetrag der Rückzahlungen durch Amortisation beläuft sich bei wohnwirtschaftlich genutzten Objekten auf 10.518 Tsd. Euro und bei gewerblichen Objekten auf 6.281 Tsd. Euro. Sonstige Rückzahlungen wurden nicht vorgenommen.

Öffentliche Pfandbriefe:**Vergleich Nenn-, Bar- und Risikobarwert der Deckungsmasse gegenüber Pfandbriefumlauf:**

	Wertpapierumlauf Tsd. Euro	Deckungsmasse Tsd. Euro	Überdeckung %
Nennwert	50.000	126.453	152,9 %
Aktueller Barwert	48.109	121.144	151,8 %
Steigendes Zinsniveau (250 BP)	39.446	101.812	158,1 %
Sinkendes Zinsniveau (250 BP)	60.759	148.286	144,1 %

In der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate.

Laufzeiten der Öffentlichen Pfandbriefe gegenüber Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse:

	bis zu 1 Jahr Tsd. Euro	mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren Tsd. Euro	mehr als 5 Jahr bis zu 10 Jahren Tsd. Euro	mehr als 10 Jahre Tsd. Euro
Pfandbriefumlauf	0	10.000	20.000	20.000
Deckungsstock	0	0	17.873	108.580

Verteilung des Deckungsstocks auf Länder und Schuldnerklassen:

	Staat Tsd. Euro	Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner Tsd. Euro
		regional Tsd. Euro	örtlich Tsd. Euro	
Deutschland	0	0	99.298	27.155
Gesamt	0	0	99.298	27.155

Rückständige Forderungen (Zahlungsrückstand mindestens 90 Tage) bestehen nicht.

Erläuterungen zur Bilanz

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an die eigene Girozentrale	105.336.671,82	
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	313.169.472,60	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.625.644,01	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	190.162.226,98	
mehr als fünf Jahre	51.575.396,75	
Aktiva 4 - Forderungen an Kunden	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	17.511.070,33	13.081
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	153.055.773,73	196.583
nachrangige Forderungen	42.811.096,44	40.471
darunter: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.628.629,32	7.556
Für die nachrangigen Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen in Höhe von	19.741.714,74	16.657
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	682.120.697,36	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	904.617.927,05	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.144.882.137,30	
mehr als fünf Jahre	10.858.583.503,04	
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	1.206.055.926,78	
Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Beträge, die bis zum 31.12.2008 fällig werden	413.898.352,69	
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert	1.659.345.625,68	
nicht börsennotiert	117.663.392,71	

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
nachrangige Vermögensgegenstände	15.231.300,00	15.223
Investmentanteile an Spezialfonds mit einem Buchwert von:	1.277.549.229,89	1.325.628

Bei fünf von zehn Spezialfonds ist die Sparkasse alleinige Anteilsinhaberin. Die Anteilscheine sind nur mit Zustimmung der Gesellschaften übertragbar. Bei Spezialfonds mit einem Buchwert von 1.233.628 Tsd. Euro kann die Sparkasse Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert	10.020.604,42
- nicht börsennotiert	171.295.484,34

Aktiva 7 – Beteiligungen / Aktiva 8 Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Angaben über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11, 11a HGB sind in einer gesonderten Aufstellung aufgeführt.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
Beim Treuhandvermögen handelt es sich um:		
Forderungen an Kunden	29.902.288,14	
Forderungen an Kreditinstitute	600.502,51	

Aktiva 12 - Sachanlagen	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	103.889.196,11	115.224

Aktiva 13 - Sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
nachrangige Vermögensgegenstände	25.564.594,06	25.565

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	37.615,22	55
Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	22.972.627,07	21.553
Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von	289.260.364,40	

Entwicklung des Anlagevermögens

Sachanlagevermögen	Grundstücke und Gebäude Euro	Betriebs- und Geschäftsausstattung Euro	Immaterielle Anlagewerte Euro
Anschaffungskosten	373.749.937,09	204.409.204,44	49.934.493,58
Zugänge	3.712.229,76	9.604.341,32	3.313.729,21
Abgänge	2.113.742,82	14.847.208,60	852.445,26
Umbuchungen	0,00	-534,96	534,96
Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	225.193.519,58	139.963.535,42	44.114.658,06
Bilanzwert 31.12.2007	150.154.904,45	59.202.266,78	8.281.654,43
(Vorjahr)	(158.702.378,01)	(60.667.753,92)	(9.186.242,17)
Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres	11.412.799,49	10.549.159,81	3.643.243,48
(Vorjahr)	(8.773.704,18)	(9.710.419,03)	(3.630.226,36)

Finanzanlagevermögen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Euro	Anteile an verbundenen Unternehmen Euro	Beteiligungen Euro	Sonstige Vermögensgegenstände Euro
Bilanzwert 31.12.2006	0,00	202.116.694,96	265.538.730,31	25.571.164,38
Veränderungen im Geschäftsjahr	0,00	472.524,00	91.367.734,00	0,00
Bilanzwert 31.12.2007	0,00	202.589.218,96	356.906.464,31	25.571.164,38

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	101.137.667,43	
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	221.855.573,76	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	311.782.883,56	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.870.134.802,16	
mehr als fünf Jahre	2.217.649.323,10	
Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	47.145.832,90	36.182
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	34.653.015,21	40.355
Der Unterposten a)ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	13.827.945,63	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	35.481.605,75	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	52.965.066,99	
mehr als fünf Jahre	12.445.817,64	
Der Unterposten b)bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	2.413.563.675,47	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	638.228.766,25	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.042.729.659,98	
mehr als fünf Jahre	645.024.323,49	
Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2008 fällige Beträge enthalten:	836.234.000,00	648.336
Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.902.288,14	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	600.502,51	

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2007	31.12.2006
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten ist enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem
Auszahlungsbetrag von Forderungen

53.041.922,87

64.255

Passiva 9 - Nachrangige Verbindlichkeiten	31.12.2007	31.12.2006
	Euro	Tsd. Euro

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnitts-
verzinsung von 5,10 % und ursprüngliche Laufzeiten von fünf bis
zwölf Jahren.

Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden nachrangige Ver-
bindlichkeiten zur Rückzahlung fällig in Höhe von:

36.712.812,00

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im
Geschäftsjahr Aufwendungen in folgender Höhe angefallen:

27.155.058,96

	31.12.2007	31.12.2006
	Euro	Tsd. Euro

Unter den Passiva und Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremd-
währung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von

175.557.902,37

	31.12.2007	31.12.2006
	Euro	Tsd. Euro

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten
wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen

880.748.338,07

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2007 betrug der Umlagesatz 4,25 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2008 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein so genanntes Sanierungsgeld in Höhe von 2,5 % der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes wird auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte regelmäßig neu festgesetzt (§ 60 Satzung der RZVK). Zusatzbeiträge (§ 64 Satzung der RZVK) zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zurzeit nicht erhoben.

Im Jahr 2007 betragen die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung 11,3 Mio. Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2006	31.12.2005
	Euro	Tsd. Euro
In den anderen Verwaltungsaufwendungen – GuV-Posten 10b) – ist enthalten:		
Zuführung zur Rückstellung für den RSGV-Reservefonds wegen der Risikoabschirmung für die WestLB AG	56.593.000,00	

Sonstige Angaben

	31.12.2006	31.12.2005
	Euro	Tsd. Euro
Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:		
für die Abschlussprüfung:	714.924,88	

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die derivativen Finanzinstrumente wie folgt:

Teil A	Nominalbeträge ¹				Zeitwerte ²	Buchwerte	
	in Mio. Euro				in Mio. Euro	in Mio. Euro	
	Nach Restlaufzeiten					Option- sprämie / Variation Margin / Upfront- Payment	Rück- stellung (P 07)
	Bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	insgesamt			
Zins- / zinsindex- bezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
> Termingeschäfte							
Zinsswaps	147,10	890,24	3.032,36	4.069,70	59,01		
					-40,09		
Zinsswaps in Fremdwährung			0,60	0,60	0,01		
Collars	26,00	299,50		325,50	2,31	(A 13) 1,60	
					-2,31	(P 05) 1,80	
Zinscaps	1,00	532,38	17,63	551,01	5,74	(A 13) 4,70	0,03
					-0,41	(P 05) 0,58	
Zinscaps in Fremdwährung		8,00		8,00	0,00	(A 13) 0,01	
						(P 05) 0,03	
Börsen-Produkte							
> Termingeschäfte							
Futures	4,78			4,78	0,00		
Summe	178,88	1.730,12	3.050,59	4.959,59	24,26		0,03
davon: Handelsgeschäfte	4,78			4,78	0,00		
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
> Termingeschäfte							
Devisentermingeschäfte	535,13	102,06		637,19	45,88		
					-45,60		
Währungsswaps		69,93	292,35	362,28	14,36		
					-2,16		
Zinswährungsswaps		4,82	122,59	127,41	7,06		
					-5,25		
Basisswaps		7,69		7,69	0,28		
					-0,05		
> Optionen							
Longpositionen	14,64	1,36		16,00	0,16	(A 13) 0,23	
Shortpositionen	14,64	1,36		16,00	-0,16	(P 05) 0,25	
Summe	564,41	187,22	414,94	1.166,57	14,52		
davon: Handelsgeschäfte							

¹ Bei Optionen und Futures errechnet sich der Nominalwert auf Basis des aktuellen Wertes des Underlyings.² Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Teil B	Nominalbeträge ¹			Zeitwerte ²	Buchwerte	
	in Mio. Euro			in Mio. Euro	in Mio. Euro	
	Nach Restlaufzeiten				Options- prämie / Variation Margin	Rück- stellung (P 07)
	Bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	insgesamt		
Aktien- / aktienin- dexbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
> Optionen						
Longpositionen	264,28			264,28	118,79	(A 13) 202,23
Börsen-Produkte						
> Termingeschäfte						
Futures	3,02			3,02	0,01	(P 05) 0,01
> Optionen						
Longpositionen	190,28			190,28	202,55	(A 13) 114,11
Summe	457,58			457,58	321,35	
davon: Handelsgeschäfte	457,58			457,58	321,35	

Die nicht gesondert als Handelsgeschäfte ausgewiesenen Finanzinstrumente sind derivative Kundengeschäfte mit korrespondierenden Deckungsgeschäften sowie Sicherungsgeschäfte für nicht derivative Kundengeschäfte und für Eigenemissionen der Sparkasse.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price). Sie stellen bei Börsen-Produkten den Marktwert dar. Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 28.12.2007 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen. Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt; für Index-, Future-, Devisen- und europäische Zinsoptionen kam die entsprechend modifizierte Black-Scholes-Formel zur Anwendung. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters und der Eurex Frankfurt AG entnommen wurden. Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen.

Die nach den Bilanzierungsregeln nicht trennungspflichtigen derivativen Finanzinstrumente, die Bestandteil strukturierter Emissionen sind, wurden nicht aufgenommen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente im Interbankengeschäft handelt es sich ausschließlich um Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte, Devisenoptionen, Zinsswaps, Zinswährungsswaps, Zinscaps und Zinscollars mit Kunden abgeschlossen. Wegen der eingeschränkten Zahl von Kontrahenten wurde auf eine tabellarische Darstellung verzichtet.

¹ Bei Optionen und Futures errechnet sich der Nominalwert auf Basis des aktuellen Wertes des Underlyings.

² Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Verwaltungsrat der Kreissparkasse Köln**Vorsitzendes Mitglied**

Werner Stump
Landrat

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Ralf Wurth
Abteilungsleiter Rheinische Kliniken Düsseldorf

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Adolf Hoffmann
Selbstständiger Kaufmann Holztechnik

(bis 31.12.2007)

3. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Holger Müller MdL
Abgeordneter

Mitglieder des Verwaltungsrats

Mitglied	Stellvertreter	Mitglied	Stellvertreter
Horst Adler Geschäftsführer im Bereich Abwassertechnik	Dr. Wolfgang Beckers- Schwarz Selbstständiger Diplomkaufmann	Hildegard Diekhans Hausfrau	Wilhelm Moll Rentner
Margit Ahus Fraktionsgeschäfts- führerin	Michael Stefer Polizeibeamter	Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter	Michael Wiecki Selbstständiger Unter- nehmer Immobilien
Willy Axer Sparkassenangestellter	Ralf Krupp Sparkassenangestellter	Sebastian Hartmann Student	Renate Bergholz Bürokauffrau
Horst Becker MdL Abgeordneter	Hans-Werner Müller Fraktionsgeschäftsführer	Adolf Hoffmann Selbstständiger Kaufmann Holztechnik (bis 31.12.2007)	Dieter Heuel Verwaltungsleiter a.D. (bis 31.12.2007)
Jürgen Becker Ministerialdirigent	Michael Solf MdL Abgeordneter	Dieter Heuel Verwaltungsleiter a.D. (seit 01.01.2008)	Rolf Bausch Ministerialrat (seit 01.01.2008)
Peter Biesenbach MdL Abgeordneter	Paul Eßer Kaufmännischer Angestellter im Bereich EDV	Wolfgang Horak Sparkassenangestellter	Rolf Gleys Sparkassenangestellter
Wilfried Bolender Sparkassenangestellter	Dieter Fromm Sparkassenangestellter	R. Mario Hudec Sparkassenangestellter	Stephan Heldmann Sparkassenangestellter
Anita Bolz Sparkassenangestellte	Peter Bourry Sparkassenangestellter	Josef Kings Rentner	Guido van den Berg Kaufmännischer Angestellter

Klaus Lennartz Vizepräsident des Deutschen Wirtschafts- verbandes	Helmut Latak Sozialarbeiter	Rolf Uebach Studiendirektor	Christa Schütz Hausfrau
Holger Müller MdL Abgeordneter	Johannes Dünner Beamter Stadt Köln	Thomas Wallau Geschäftsführer	Ralf Offergeld Wirtschaftsprüfer / Steuerberater
Peter-Ralf Müller Selbstständiger Kauf- mann Labortechnik	Udo Scharnhorst Pensionär	Rüdiger Warnecke Selbstständiger Unternehmer Immobilien	Horst Lambertz Angestellter
Manfred Nelles Sparkassenangestellter	Michael Wiegand Sparkassenangestellter	Karl-Heinz Weingarten Diplomingenieur unselbstständig	Arnold Biciste Geschäftsführer Caritas- verband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.
Leo Overath Rentner	Ivo Hurnik Regierungsangestellter	Dr. Jürgen Wilhelm Geschäftsführer Deutscher Entwicklungs- dienst	Udo Klemt Selbstständiger Rechtsanwalt
Christa Peters Sparkassenangestellte	Marcus Nähser Sparkassenangestellter	Eduard Wolf Prokurist Heilmittel- Vertriebsgesellschaft	Martin Stähr Studiendirektor a.D.
Julia Richter Sparkassenangestellte	Elke Müller Sparkassenangestellte	Ralf Wurth Abteilungsleiter Rheini- sche Kliniken Düsseldorf	Friedhelm J. Beucher Rektor
Wilhelm Schmitz Leitender Regierungs- schuldirektor a.D.	Bernhard Breu Pensionär	Simone Zens Sparkassenangestellte	Otilie Kügler Sparkassenangestellte
Karl-Heinz Sohn Sparkassenangestellter	Heribert Siefen Sparkassenangestellter	Ulla Zoher Sparkassenangestellte	Norbert Witt Sparkassenangestellter
Ulrich Tepper Sparkassenangestellter	Christel Menten Sparkassenangestellte	Gerhard Zorn Landesverwaltungsrat Landschaftsverband Rheinland	Claudia Seydholdt Diplompsychologin unselbstständig

Sachverständige Mitglieder

Ernst Müller
Bürgermeister

Rolf Ischerland
Selbstständiger Unternehmer Werbeagentur

Klaus Pipke
Bürgermeister

Teilnehmer mit beratender Stimme nach § 9 Abs. 3b SpkG NW

Hagen Jobi
Landrat

Frithjof Kühn
Landrat

Rolf Menzel
Landrat

Vorstand**Vorsitzender:** Alexander Wüerst**Stellvertretender Vorsitzender:** Josef Hastrich**Mitglieder:** Hans Seigner
Wolfgang Schmitz
Dr. Klaus Tiedeken**Stellvertretende Mitglieder**
(§ 18 Absatz 2 Sparkassengesetz NW) Hartmut Georg
Volker Wolf

Folgende Vorstandsmitglieder der Kreissparkasse Köln sind Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsrates oder anderer Kontrollgremien u.a. in nachfolgend aufgeführten Gesellschaften:

Alexander Wüerst: Deutsche Leasing AG
WestLB AG**Josef Hastrich** DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG
☰ Broker AG & Co. KG
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG**Dr. Klaus Tiedeken** Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG

Für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes der Kreissparkasse Köln wurden Gesamtbezüge in Höhe von 3.476.985,73 Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.708.501,00 Euro.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 3.546.881,00 Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 38.154.372,00 Euro.

Den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 1.046.004,45 Euro gewährt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit in den Aufsichtsorganen Gesamtbezüge in Höhe von 433.597,25 Euro. An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 17.990.639,66 Euro ausgereicht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:	
Vollzeitkräfte	2.570
Teilzeit- und Ultimokräfte	1.099
	<hr/>
	3.669
Auszubildende	267
	<hr/>
	3.936

Köln, 26. Februar 2008

Der Vorstand

Wüerst

Hastrich

Seigner

Schmitz

Dr. Tiedeken

3.2.3.5 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Köln für das Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 31.12.2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 23. April 2008

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

gez. Engel
Wirtschaftsprüfer

gez. Krüppel
Verbandsprüfer

4 Wertpapierbeschreibung für Pfandbriefe der Kreissparkasse Köln

4.1 Allgemeines

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Pfandbriefe. Da die Ausstattungsmerkmale der Pfandbriefe sowie die Angebotsbedingungen erst bei deren Ausgabe festgelegt werden können, müssen diese Informationen sowie die nachfolgend abgedruckten Anleihebedingungen im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen, die diesen Prospekt ergänzen, gelesen werden, die bei der Ausgabe von Pfandbriefen jeweils gemäß § 14 Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht werden.

Die Emittentin beabsichtigt, im Rahmen eines Angebotsprogramms Emissionen von Hypothekenspfandbriefen sowie Öffentlichen Pfandbriefen nach dem Pfandbriefgesetz in Form von Inhaberschuldverschreibungen (zusammen die „Pfandbriefe“) mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung oder mit variabler Verzinsung jeweils mit oder ohne Kündigungsrecht der Emittentin zu begeben. Pfandbriefe sind gedeckte Schuldverschreibungen, die aufgrund erworbener Hypotheken als Hypothekenspfandbriefe, die durch getrennte Deckungsmassen aus Hypotheken gedeckt sind oder aufgrund erworbener Forderungen gegen staatliche Stellen als Öffentliche Pfandbriefe, die durch getrennte Deckungsmassen aus Kommunalkrediten, Kommunalschuldverschreibungen oder Öffentlichen Pfandbriefen gedeckt sind, begeben werden.

Die Beschreibung der Pfandbriefe erfolgt in der genannten Reihenfolge:

Pfandbriefe mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung

Pfandbriefe mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung

Pfandbriefe mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung

In jedem Fall erfolgt die Rückzahlung am Ende der Laufzeit immer zu mindestens 100 % des Nennbetrages.

4.2 Verantwortliche Personen

Die Kreissparkasse Köln mit Sitz in Köln übernimmt für die im Prospekt gemachten Angaben die Verantwortung. Sie erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

4.3 Wichtige Angaben

4.3.1 Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte

Die Emittentin ist berechtigt, Pfandbriefe für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Pfandbriefe zu begeben. Die Emittentin wird überdies täglich an den internationalen und deutschen Geld- und Kapitalmärkten tätig. Sie kann daher für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, an denen Anlagewerte, die als „Basiswerte“ im Rahmen der Pfandbriefe mit derivativen Zinsstrukturen, wie unter dem Abschnitt 4.4.7 beschrieben, dienen, direkt oder indirekt beteiligt sind, und sie kann in Bezug auf diese Geschäfte auf dieselbe Weise handeln, wie wenn die Pfandbriefe mit derivativen Zinsstrukturen nicht ausgegeben worden wären.

4.3.2 Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses

Der Emissionserlös aus der Begebung von Pfandbriefen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.4 Angaben über die anzubietenden Pfandbriefe mit fester, ohne periodische oder mit variabler Verzinsung

4.4.1 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Köln handelt es sich um Inhaber- [Hypothekendarlehen], [Öffentliche Pfandbriefe], Emission ●.

Die Pfandbriefe haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

4.4.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Pfandbriefe sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

4.4.3 Verbriefung

Die Pfandbriefe samt Zinsansprüchen sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften zweier vertretungsberechtigter Personen der Emittentin und des von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bestellten Treuhänders.

Den Inhabern der Pfandbriefe stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Pfandbriefen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

4.4.4 Währung

Die Pfandbriefe werden in ● begeben.

4.4.5 Status und Rang

Die Verpflichtungen aus den Pfandbriefen stellen unmittelbare und unbedingte Verpflichtungen der Emittentin dar. Die Pfandbriefe begründen nicht nachrangige Verbindlichkeiten, die untereinander gleichrangig und (i) im Fall von Öffentlichen Pfandbriefen mindestens gleichrangig mit allen anderen Verbindlichkeiten der Emittentin im Rahmen der Öffentlichen Pfandbriefe und (ii) im Fall von Hypothekendarlehen mindestens gleichrangig mit allen anderen Verbindlichkeiten der Emittentin im Rahmen der Hypothekendarlehen sind. Hypothekendarlehen sind gedeckt durch erworbene Hypotheken, Öffentliche Pfandbriefe durch erworbene Forderungen gegen staatliche Stellen.

4.4.6 Kündigungsrechte

Die Pfandbriefe sind für die Gläubiger der Pfandbriefe unkündbar. Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass der Emittentin kein ordentliches Kündigungsrecht zusteht oder dass der Emittentin ein ordentliches Kündigungsrecht zusteht wie nachfolgend beschrieben:

Die Emittentin hat das Recht, die Pfandbriefe [jeweils] zum ● ([jeweils] der „vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

4.4.7 Verzinsung

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass Pfandbriefe [mit fester Verzinsung] [ohne periodische Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] begeben werden.

Die Endgültigen Bedingungen legen die Zinslaufperioden fest. Sofern in den Endgültigen Bedingungen eine Kombination der nachfolgenden Verzinsungsmöglichkeiten vorgesehen ist, wird jeder Zeitraum mit einer dieser Verzinsungsmöglichkeiten als Zinslaufperiode bezeichnet. In diesem Fall legen die Endgültigen Bedingungen zusätzlich den Beginn und das Ende der verschiedenen Zinslaufperioden fest.

Für die Zinszahlungen gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.

[Feste Verzinsung

Die Pfandbriefe werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsen sind [nachträglich am ● für die Zeit vom ● bis zum ● und anschließend] jeweils nachträglich am ● eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein „Zinstermin“). Die erste Zinszahlung erfolgt am ●.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der abgelaufenen Tage einer Zinsperiode dividiert durch die Anzahl der Tage einer Zinsperiode, die mit der Anzahl der Zinstermine pro Jahr multipliziert wird (Actual/Actual gemäß ICMA)] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

Die Verzinsung der Pfandbriefe endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 0 vorausgeht.

Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht, Zinsen in Höhe des vereinbarten Festzinssatzes an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen bleiben unberührt.]

[Ohne periodische Verzinsung

Periodische Zinszahlungen werden auf die Pfandbriefe nicht geleistet.

Sollte die Emittentin die Pfandbriefe bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Betrag der Pfandbriefe ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Pfandbriefe vorangeht, Zinsen in Höhe von [● Emissionsrendite einfügen] per annum an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen bleiben unberührt.]

[Variable Verzinsung

Die Pfandbriefe werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und danach von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)] [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) sowie evtl. weiteren von den Zinstermen abweichende Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind jeweils nachträglich [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich / zuzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der tatsächlichen Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Im Falle einer technischen Störung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen F-Zinssatz zum Zinsfeststellungstag innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag, ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention modified following adjusted).

Dabei ist „Bankgeschäftstag“ jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Der Zinslauf der Pfandbriefe endet an dem Tag, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Sollte die Emittentin die Pfandbriefe bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Pfandbriefe ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Pfandbriefe vorangeht, Zinsen in Höhe des sich anschließenden maßgeblichen F-Zinssatzes an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Pfandbriefe bleiben unberührt.]

4.4.8 Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung

Die Pfandbriefe werden zu 100 % am ● (der „Fälligkeitstag“) oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt (siehe auch Abschnitt 4.4.6).

Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Pfandbriefen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 5 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

4.4.9 Rendite

Bei der Berechnung der Rendite der Pfandbriefe sind alle Zahlungsströme der Pfandbriefe zu berücksichtigen (Verkaufskurs, alle Zinszahlungen, die Kapitalrückzahlung und etwaige Transaktionskosten).

Dadurch, dass die Pfandbriefe mit Zinssätzen verzinst werden können, deren Höhe bei Begebung der Pfandbriefe nicht feststeht, kann die Rendite der Pfandbriefe erst nach der letzten Zinszahlung bei Rückzahlung der Pfandbriefe berechnet werden.

Falls für die Pfandbriefe für bestimmte Zinsperioden bereits Zinssätze vorgesehen werden, wird in den Endgültigen Bedingungen die Mindestrendite, die mit den Pfandbriefen erzielt werden kann (ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten und etwaigen Ausgabeaufschlägen) angegeben.

Bei der Renditeberechnung nach der Methode des internen Zinsfußes (IRR: Internal rate of return) wird ein Abzinsungssatz ermittelt, bei dem die Summe der Barwerte aller Kapitaleinzahlungen, Ausschüttungen und Kapitalauszahlungen zu Laufzeitbeginn gleich groß ist und damit zu einem Kapitalwert von null führt. Der interne Zinsfuß gibt damit ökonomisch gesehen die Verzinsung des jeweils in der Anlage gebundenen Kapitals bzw. des durchschnittlich gebundenen Kapitals über den Betrachtungszeitraum an. Bei der internen Zinsfußmethode handelt es sich um eine der am häufigsten verwendeten Renditeberechnungsmethoden. Der interne Zinsfuß sollte jedoch nicht als alleiniges Kriterium für die Vorteilhaftigkeit einer Investition herangezogen werden, sondern immer im Gesamtzusammenhang betrachtet werden.

4.4.10 Ermächtigung

Die Pfandbriefe der Kreissparkasse Köln mit Sitz in Köln werden auf Grund der Genehmigung der Sparkasse vom ● begeben.

4.4.11 Emissionstermin

Die Pfandbriefe werden voraussichtlich am ● erstmalig emittiert.

4.4.12 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Pfandbriefe sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar. Es bestehen seitens der Emittentin keine Übertragungsbeschränkungen.

4.4.13 Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospektes keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und/oder Zinsen der Pfandbriefe (Quellensteuer). Hiervon zu unterscheiden ist die Kapitalertragsteuer, für deren Einbehaltung die auszahlende Stelle verantwortlich ist.

Potenziellen Anlegern der Pfandbriefe wird daher geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

4.4.13.1 Verkaufsbeschränkungen

Die Weitergabe dieses Prospekts und das Angebot der Pfandbriefe können in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin geht davon aus, dass Personen, die in den Besitz dieses Prospektes gelangen, sich über solche Beschränkungen informieren und diese beachten.

Insbesondere wurden und werden die Pfandbriefe nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert. Sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten oder verkauft werden. Ein Angebot, Verkauf, Weiterverkauf, Handel oder eine Lieferung, sei es unmittelbar oder mittelbar, innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen erkennt die Emittentin nicht an. Eine gegen diese Beschränkung verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen. Die Emittentin ist hierfür nicht verantwortlich.

4.5 Bedingungen und Konditionen des Angebots

Die jeweiligen Bedingungen und Konditionen des Angebotes werden vor Beginn einer Emission festgelegt und in den Endgültigen Bedingungen veröffentlicht.

4.5.1 Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots

4.5.1.1 Bedingungen, denen das Angebot unterliegt

[Die Emittentin hat das Recht, eine Emission nicht zu begeben, sofern sich während einer Angebotsfrist das Marktumfeld oder sonstige Rahmenbedingungen der Emission so gravierend verändern, dass nach Ansicht der Emittentin die Marktgerechtigkeit des Angebots der Pfandbriefe nicht mehr gegeben ist.]

[Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionsvolumen von ● nicht erreicht wird.]

4.5.1.2 Emissionsvolumen, Stückelung

Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberpfandbriefe zu je ●.

4.5.1.3 Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn

[Die Emission wird individuell für einen einzelnen Investor / eine Investorengruppe aufgelegt.] [Die Emission wird im freihändigen Verkauf angeboten.] [Die Emission wird im Rahmen eines Zeichnungsverfahrens platziert.]

[Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].]

[Die Pfandbriefe können vom ● bis zum ●, ● Uhr bei der Emittentin gezeichnet werden (die „Zeichnungsphase“). Eine vorzeitige Beendigung oder Verlängerung der Zeichnungsphase durch die Emittentin ist jederzeit möglich. Ein spezielles Zeichnungsverfahren wird nicht angewendet.]

4.5.1.4 Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung

Ein bestimmtes Zuteilungsverfahren ist nicht vorgesehen, es sei denn, die Endgültigen Bedingungen sehen eine andere Regelung vor.

4.5.1.5 Mindestzeichnung, Mindestanlagebetrag

[Die Mindestzeichnung beträgt ●.] [Der Mindestanlagebetrag beträgt ●.]

4.5.1.6 Lieferung der Wertpapiere

Die Pfandbriefe samt Zinsansprüchen sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.

Die Anleihegläubiger erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der Global-Inhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Pfandbriefe sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar.

4.5.2 Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung

4.5.2.1 Potentielle Investoren

Die Pfandbriefe werden an Privatanleger und/oder an institutionelle Investoren in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.

4.5.2.2 Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrages

Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrages durch ihre Depotbank oder durch die Emittentin. Sollte für die jeweilige Emission eine Börseneinführung vorgesehen sein, ist die Aufnahme des Handels vor Zulassung und Notierungsaufnahme an einer Wertpapierbörse oder vor der Einbeziehung in den Freiverkehr grundsätzlich nicht möglich.

[Die Emittentin beabsichtigt, unabhängig von der Erteilung einer Abrechnung börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Pfandbriefe anzukaufen.]

4.5.3 Kursfestsetzung, Verkaufskurs

[Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●.] [Anschließend werden die Pfandbriefe freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]

[Sieht die Emittentin in den Endgültigen Bedingungen vor, einen Ersten Verkaufskurs innerhalb oder am Ende einer Zeichnungsfrist zu bestimmen, gilt, dass bei der Festlegung des Ersten Verkaufskurses die verschiedenen Preisbildungsfaktoren für ein verzinsliches Wertpapier, sowie im Fall von Pfandbriefen mit Kündigungsrecht(en) der Emittentin, die für die Pfandbriefe enthaltene optionale Komponente berücksichtigt wird. Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Pfandbriefe freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]

4.5.4 Platzierung und Emission

4.5.4.1 Platzierung

Die Pfandbriefe können bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln bezogen werden. Sofern eine Platzierung durch ein oder mehrere zusätzliche andere Kreditinstitute erfolgt, wird dies in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

4.5.4.2 Zahl- und Hinterlegungsstelle

Die anfänglich bestellte Zahlstelle für die Pfandbriefe ist die Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln. Die Hinterlegungsstelle für die Pfandbriefe ist die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main.

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit eine andere Zahlstelle zu bestellen. Jede Änderung der Bestellung einer Zahlstelle wird unverzüglich durch Veröffentlichung eines Nachtrags zu der jeweiligen Emission unter Hinweisbekanntmachung im Bundesanzeiger oder in einem überregionalen Börsenpflichtblatt bekannt gegeben.

4.5.4.3 Emissionsübernahme, Platzierung durch andere Kreditinstitute

Zum Zeitpunkt der Prospekterstellung ist ein Vertrieb der Pfandbriefe über ein Konsortium nicht vorgesehen, es sei denn, die Endgültigen Bedingungen sehen eine andere Möglichkeit vor.

4.5.4.4 Emissionsübernahmevertrag

[Der Vertrag zur Übernahme der Emission der [Hypothek Pfandbriefe] [Öffentlichen Pfandbriefe], Emission ●, wurde am ● geschlossen.]

4.6 Zulassung zum Handel

[Die Emittentin beabsichtigt die [Einbeziehung der Pfandbriefe in den Freiverkehr der Börse Düsseldorf.] [Zulassung der Pfandbriefe zum Handel im regulierten Markt der Börse Düsseldorf.]]

[Es ist nicht beabsichtigt, die Pfandbriefe in den Freiverkehr einzubeziehen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zuzulassen.]

4.7 Märkte, auf denen Pfandbriefe derselben Gattung bereits zum Handel zugelassen sind

Bei den emittierten Pfandbriefen handelt es sich grundsätzlich um Erstemissionen, es sei denn, die Endgültigen Bedingungen geben eine andere Regelung vor.

4.8 Zusätzliche Informationen

4.8.1 Übernommene Informationen von Seiten Dritter

Die Angaben über das Rating der Kreissparkasse Köln (Institutsrating) unter Ziffer 3.1.3.5 sind korrekt wiedergegeben worden. Ferner sind – soweit bekannt und aus den von der Ratingagentur Moody's Investors Services Limited (Moody's) veröffentlichten Information ableitbar – keine Tatsachen unterschlagen worden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

4.8.2 Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden

In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Pfandbriefen und des jeweiligen Angebots, wie Verzinsung, Laufzeit, [vorzeitige(r) Rückzahlungstag(e),] Fälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Mindestzeichnung, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission. Darüber hinaus enthalten die Endgültigen Bedingungen einen Komplettabdruck der Anleihebedingungen. Die Emittentin behält sich vor, die Endgültigen Bedingungen auch als konsolidierte Fassung des Prospektes zu erstellen.

4.8.3 Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen

Dieser Prospekt wird nach seiner Billigung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Die gedruckten Fassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln sowie auf den Geschäftsstellen der Kreissparkasse Köln kostenlos erhältlich.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite der Emittentin. Die gedruckten Fassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln sowie auf den Geschäftsstellen der Kreissparkasse Köln kostenlos erhältlich.

4.8.4 Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen

An den Emissionen sind keine Berater beteiligt. In der Wertpapierbeschreibung ist kein von einem gesetzlichen Abschlussprüfer überprüfter Inhalt vorhanden und es sind keine Sachverständigeninformationen eingefügt.

4.8.5 Rating

Angaben zum Rating der Kreissparkasse Köln (Institutsrating) sind dem vorliegenden Basisprospekt unter Ziffer 3.1.3.5 zu entnehmen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass einzelne Emissionen von Pfandbriefen nach ihrer Emission geratet werden. Wenn eine Emission geratet ist, wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt, ob die Emittentin Informationen nach der Emission liefern wird und wo diese Informationen gegebenenfalls erhältlich sind.

5 Anleihebedingungen

§ 1 Nennbetrag

Die [Hypothekendarlehen] [Öffentlichen Darlehen] der Kreissparkasse Köln, Köln (nachstehend die „Emittentin“ genannt) im Gesamtnennbetrag von ● (in Worten ●) sind eingeteilt in ● auf den Inhaber lautende [Hypothekendarlehen] [Öffentlichen Darlehen] (nachstehend die „Darlehen“) im Nennbetrag von je ●.

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Köln handelt es sich um [Hypothekendarlehen] [Öffentlichen Darlehen], Emission ●.

Die Darlehen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

§ 3 Verbriefung

Die Darlehen samt Zinsansprüchen sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (nachstehend die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (nachstehend die „Clearstream Banking AG“), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften zweier vertretungsberechtigter Personen der Emittentin und des von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bestellten Treuhänders.

Den Inhabern der Darlehen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Darlehen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Darlehen werden in ● begeben.

§ 5 Kündigungsrecht der Emittentin, Bankgeschäftstag

[Die Darlehen sind sowohl für die Emittentin als auch für die Gläubiger der Darlehen unkündbar.]

[Die Darlehen sind für die Gläubiger der Darlehen unkündbar. Die Emittentin hat das Recht, die Darlehen [jeweils] zum ● ([jeweils] der „vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

§ 6 Fälligkeit und Verjährung

Die Darlehen werden zu 100 % des [Nennwertes] [Betrages] am ● (der „Fälligkeitstag“) [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 5 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 7 Status und Rang

Die Pfandbriefe begründen unmittelbare, unbedingte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Pfandbriefe sind nach Maßgabe des Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen mindestens im gleichen Rang mit allen anderen Verpflichtungen der Emittentin aus [Hypothekenpfandbriefen] [Öffentlichen Pfandbriefen].

§ 8 Verzinsung

[Feste Verzinsung

Die Pfandbriefe werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst. Die Zinsen sind [nachträglich am ● für die Zeit vom ● bis zum ● und anschließend] jeweils nachträglich am ● eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein „Zinstermin“). Die erste Zinszahlung erfolgt am ●.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der abgelaufenen Tage einer Zinsperiode dividiert durch die Anzahl der Tage einer Zinsperiode, die mit der Anzahl der Zinstermine pro Jahr multipliziert wird (Actual/Actual gemäß ICMA)] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

Die Verzinsung der Pfandbriefe endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 vorausgeht.

Sollte die Emittentin die Pfandbriefe bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Pfandbriefe ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Pfandbriefe vorangeht, Zinsen in Höhe des gemäß Abs. 1 vereinbarten Zinssatzes an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Pfandbriefe bleiben unberührt.]

[Ohne periodische Verzinsung

Periodische Zinszahlungen werden auf die Pfandbriefe nicht geleistet.

Sollte die Emittentin die Pfandbriefe bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Pfandbriefe ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Pfandbriefe vorangeht, Zinsen in Höhe von [● Emissionsrendite einfügen] per annum an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Pfandbriefe bleiben unberührt.]

[Variable Verzinsung

Die Pfandbriefe werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und danach von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)] [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) sowie evtl. weiteren von den Zinstermen abweichende Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind jeweils nachträglich [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich /zuzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der tatsächlichen Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Im Falle einer technischen Störung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen F-Zinssatz zum Zinsfeststellungstag innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).

Der Zinslauf der Pfandbriefe endet an dem Tag, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Sollte die Emittentin die Pfandbriefe bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Pfandbriefe ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Pfandbriefe vorangeht, Zinsen in Höhe des sich anschließenden maßgeblichen F-Zinssatzes an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Pfandbriefe bleiben unberührt.]

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Pfandbriefen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag (§ 5), ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

§ 10 Begebung weiterer Pfandbriefe, Rückkauf von Pfandbriefen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Pfandbriefe mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Pfandbriefen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Pfandbriefe“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Pfandbriefe.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Pfandbriefe zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen. Eine Tilgung freihändig erworbener Anteile ist jederzeit möglich.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Pfandbriefe betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger oder einem überregionalen Börsenpflichtblatt.

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Form und Inhalt der Pfandbriefe sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Pfandbriefen ist Köln.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt.

6 Endgültige Bedingungen

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter („●“) gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern („[]“) gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Pfandbriefen nach Maßgabe des Basisprospektes der Kreissparkasse Köln vom 16.09.2008. Vollständige Informationen über die Kreissparkasse Köln und das Angebot der Pfandbriefe sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen und der Basisprospekt vom 16.09.2008 einschließlich etwaiger Nachträge gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz (WpPG) zusammen gelesen werden. Der Basisprospekt kann auf der Website der Kreissparkasse Köln (<http://www.ksk-koeln.de>) eingesehen werden. Kopien des Prospektes werden an der Hauptstelle der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln, zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

1. **Emission:** ●
2. **ISIN:** ●
3. **WKN:** ●
4. **Währung:** ●
5. **Pfandbriefe:** [Hypothekendarfandbriefe] [Öffentliche Pfandbriefe]
6. **Kündigungsrecht der Emittentin** [Nicht anwendbar]

[Die Emittentin hat das Recht, die Pfandbriefe [jeweils] zum ● ([jeweils] der „vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen.]
7. **Verzinsung:** **[(bei fester Verzinsung:)**

Die Pfandbriefe werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst. Die Zinsen sind [nachträglich am ● für die Zeit vom ● bis zum ● und anschließend] jeweils nachträglich am ● eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein „Zinstermin“). Die erste Zinszahlung erfolgt am ●.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der abgelaufenen Tage einer Zinsperiode dividiert durch die Anzahl der Tage einer Zinsperiode, die mit der Anzahl der Zinstermine pro Jahr multipliziert wird (Actual/Actual gemäß ICMA)] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

Die Verzinsung der Pfandbriefe endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe § 6 Anleihebedingungen) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 der Anleihebedingungen vorausgeht.]

[(ohne periodische Verzinsung:)

Periodische Zinszahlungen werden auf die Pfandbriefe nicht geleistet.]

[(bei variabler Verzinsung:)]

Die Pfandbriefe werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und danach von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)] [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) sowie evtl. weitere von den Zinstermen abweichende Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind jeweils nachträglich [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich / zuzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der tatsächlichen Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermine (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Im Falle einer technischen Störung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen F-Zinssatz innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.]

- | | |
|-----------------------------|--|
| 8. Fälligkeitstag; | ● |
| 9. Rendite: | [Nicht anwendbar]

[Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.] |
| 10. Ermächtigung: | Die Pfandbriefe der Kreissparkasse Köln mit Sitz in Köln werden auf Grund der Genehmigung vom ● begeben. |
| 11. Emissionstermin: | ● |

- 12. Bedingungen, denen das Angebot unterliegt:** [Nicht anwendbar]
- [Die Emittentin hat das Recht, eine Emission nicht zu begeben, sofern sich während einer Angebotsfrist das Marktumfeld oder sonstige Rahmenbedingungen der Emission so gravierend verändern, dass nach Ansicht der Emittentin die Marktgerechtigkeit des Angebots der Pfandbriefe nicht mehr gegeben ist.]
- [Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionsvolumen von ● nicht erreicht wird.]
- 13. Emissionsvolumen, Stückelung:** Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberpfandbriefe zu je ●.
- 14. Öffentliches Angebot:** Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].
- 15. Zeichnungsphase:** [Nicht anwendbar]
- [Die Pfandbriefe können vom ● bis zum ●, ● Uhr bei der Emittentin gezeichnet werden. Eine vorzeitige Beendigung oder Verlängerung der Zeichnungsphase durch die Emittentin ist jederzeit möglich. [Ein spezielles Zeichnungsverfahren wird nicht verwendet] [● ggf. Zeichnungsverfahren definieren]
- 16. Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung:** [Nicht anwendbar]
- [Ein Zuteilungsverfahren ist nicht bestimmt.]
- [● ggf. Zuteilungsverfahren definieren]
- 17. Mindestzeichnung:** [Nicht anwendbar] [●]
- 18. Mindestanlagebetrag:** [Nicht anwendbar] [●]
- 19. Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrages:** [Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrages durch ihre Depotbank oder durch die Emittentin.]
- [Die Emittentin beabsichtigt, unabhängig von der Erteilung einer Abrechnung börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Pfandbriefe anzukaufen.]
- 20. Verkaufskurs:** [Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Pfandbriefe freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]]
- [Die Emittentin bestimmt am [●] [Ende der Zeichnungsfrist] den Ersten Verkaufskurs. Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Pfandbriefe freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]
- 21. Platzierung:** Die Pfandbriefe können [bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln] [sowie ● ggf. weitere Kreditinstitute nennen] bezogen werden.
- 22. Emissionsübernahme:** [Nicht anwendbar] [● Einzelheiten angeben]
- 23. Emissionsübernahmevertrag:** [Nicht anwendbar]
- [Der Vertrag zur Übernahme der Emission der Pfandbriefe, Emission ●, wurde am ● geschlossen.]
- 24. Zulassung zum Handel:** [Die Emittentin beabsichtigt die [Einbeziehung der Pfandbriefe in den Freiverkehr der Börse Düsseldorf.] [Zulassung der Pfandbriefe zum Handel im regulierten Markt der Börse Düsseldorf.]]
- [Es ist nicht beabsichtigt, die Pfandbriefe in den Freiverkehr einzubeziehen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zuzulassen.]

25. Märkte, auf denen Pfandbriefe derselben Gattung bereits zum Handel zugelassen sind:

[Nicht anwendbar] [ggf. Märkte angeben]

26. Rating:

[Nicht anwendbar]

[ggf. angeben, ob und wo Informationen erhältlich sind]

7 Unterschriftenseite

Köln, den 16. September 2008

Kreissparkasse Köln

gez. Dr. Tiedeken

gez. Seigner